

# Protokoll

35. Parteitag der CDU Deutschlands  
9. bis 10. September 2022, Hannover

# Protokoll

**35. Parteitag der CDU Deutschlands  
9. bis 10. September 2022, Hannover**



## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Eröffnung	5
Beschlussfassung über die Tagesordnung	10
Wahl des Tagungspräsidiums	11
Bestätigung der Antragskommission	11
Wahl der Mandatsprüfungskommission	11
Wahl der Stimmzählkommission	11
■ Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Hannover, <b>Belit Onay</b>	15
Bericht der Mandatsprüfungskommission	18
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, <b>Friedrich Merz</b> MdB	18
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	30
■ Video-Grußwort des Bürgermeisters der Stadt Kiew, <b>Vitali Klitschko</b>	44
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, <b>Daniel Caspary</b> MdEP	45
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der CDU für den Vorstand der Europäischen Volkspartei für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2024	48
Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten der CDU für die Kongresse der Europäischen Volkspartei für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2024	48
Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands: „Klarer Kurs für sichere Energie und eine starke Wirtschaft“	49
Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands: Änderungen des Statuts der CDU zur Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin/des stellvertretenden Generalsekretärs, Beratung und Beschlussfassung	69
Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin der CDU Deutschlands	70
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes zur Umsetzung der Vorschläge der Struktur- und Satzungskommission der CDU, <b>Mario Czaja</b> MdB	75

Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs	83
Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands, Änderungen des Statuts, der Geschäftsordnung, der Finanz- und Beitragsordnung und der Parteigerichtsordnung der CDU, Umsetzung der Vorschläge der Struktur- und Satzungskommission der CDU, Beratung und Beschlussfassung	84
Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands, „Volkspartei der Zukunft: Die CDU erneuern“	133
■ Grußwort des Landesvorsitzenden der CDU in Niedersachsen, <b>Dr. Bernd Althusmann</b> MdL	168
■ Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Ministerpräsident <b>Dr. Markus Söder</b> MdL	187
Sonstige Anträge	203
Schlusswort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, <b>Friedrich Merz</b> MdB	240
Rednerverzeichnis	244

## ANHANG

Beschlussprotokoll	249
--------------------	-----

**Freitag, 9. September 2022**

**Erste Plenarsitzung**

(Beginn: 13:28 Uhr)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

Eröffnung

**Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren, darf ich Sie bitten Platz zu nehmen. Herzlichen Dank! Hiermit eröffne ich den 35. Bundesparteitag der CDU Deutschlands und heiße sie in Hannover alle herzlich willkommen.

Ich grüße auch alle, die unseren Parteitag heute im Fernsehen oder im Livestream von CDU-TV verfolgen.

Liebe Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herrn, fast drei Jahre ist es her, im Dezember 2019, dass wir uns das letzte Mal auf einem Parteitag in Präsenz gesehen haben. Zu Beginn möchte ich sagen, es fühlt sich einfach richtig gut an, dass wir heute uns wieder hier zu einem Präsenzparteitag versammeln können. Schön, dass Sie alle da sind. Lassen Sie mich in guter Tradition auch Prälat Karl Jüsten und Oberkirchenrat Joachim Ochel ganz herzlich für die Andacht danken, mit der wir diesen Parteitag begonnen haben. Das hat gutgetan, das ist eine gute Tradition und natürlich ist es gut zu wissen, dass über allem, was wir in den kommenden zwei Tagen hier tun, ein guter Segen liegt.

Wir begehen diesen Parteitag, liebe Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren, in Präsenz und gleichzeitig wissen wir, dass einige aus unseren Reihen nicht mehr unter uns sind. Lassen Sie uns auch zu Beginn dieses Parteitages einen Moment innehalten und an die Frauen und Männer denken, die seit dem vergangenen Parteitag von uns gegangen sind.

Lassen Sie uns unser langjährigen Weggefährtinnen und Weggefährten gedenken. Wir sind ihnen dankbar für ihre Freundschaft, für ihre Treue und ihr unermüdliches Wirken für unsere Partei und für unsere Demokratie. Von den vielen, die von uns gegangen sind, möchte ich einige Persönlichkeiten unserer Partei stellvertretend nennen.

Gestern Nacht erreichte uns die Nachricht vom Tod unserer Freundin Dagmar Schipanski. Geboren am 3. September 1943, gestorben vorgestern am 7. September 2022, Mitglied unserer Partei seit 1980. Sie war unsere Kandidatin 1999 für das Amt der Bundespräsidentin und langjähriges Mitglied von Präsidium und Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Ihr Herzenthema war die Vollendung der Deutschen Einheit. Hierfür engagierte sie sich als Abgeordnete, als Ministerin und als Präsidentin des Thüringischen Landtags. Im Freistaat Thüringen baute sie die Wissenschaftslandschaft auf und leistete einen großen Beitrag für die Ansiedlung vielfacher außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Ihre Stimme wird uns fehlen.

Ich erinnere an Ursula Lehr aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen. Geboren am 5. Juni 1930, gestorben am 25. April dieses Jahres, Mitglied unserer Partei seit 1986. Wir verdanken Ursula Lehr viele wichtige Denkanstöße. Sie war eine leidenschaftliche Streiterin für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sie hat uns, die Politik, stets ermahnt, dass auch die Älteren ein Leben in Würde verdienen. Sie war für viele ein Vorbild, gerade auch für viele junge Frauen ihrer Generation, auch in der CDU. Sie war keine 40 Jahre alt, als sie ihre erste Professur erhielt. Es folgten Lehrstühle in Köln, Bonn und Heidelberg. Schließlich fand sie zur Politik und zu uns, zur Christdemokratie. Sie wurde Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit im Kabinett von Helmut Kohl und sie war vier Jahre Mitglied des deutschen Bundestages. Ursula Lehr Ursula Lehr war eine Pionierin, eine Frau, die ihrem Land und die ihrer Partei ein Stück voraus war.

Ich erinnere an Kristian Willem Tangermann aus dem Landesverband Hannover. Geboren am 11. April 1976, viel zu früh verstorben am 22. März dieses Jahres, Mitglied unserer Partei seit 1992. Er war Vorsitzender der Jungen Union und Vorstandsmitglied der CDU in Niedersachsen, ein Christdemokrat, fest verwurzelt in seiner Heimat, wo er seit 2016 Bürgermeister der Gemeinde Lilienthal war.

Und ich erinnere an unseren Freund Hartmut Perschau aus dem Landesverband Bremen, geboren am 28. März 1942, gestorben am 25. Juli dieses Jahres, Mitglied unserer Partei seit 1970. Hartmut Perschau war ein Christdemokrat, der an vielen Orten seine Spuren hinterlassen hat. Seine erste politische Station war die Hamburgische Bürgerschaft, wo er in den 80er-Jahren Vorsitzender der CDU-Fraktion war. Danach zog es ihn ins Europäische Parlament und schließlich im wiedervereinten Deutschland nach Sachsen-Anhalt, wo er Innenminister wurde. Mitte der 1980er-Jahre kehrt er zurück in den Norden, dieses Mal nach Bremen. Fast ein Jahrzehnt lang war er dort Bürgermeister und Senator, dann Mitglied der Bürgerschaft und Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Ich erinnere an Peter Schowtka aus dem Landesverband Sachsen, geboren am 7. Januar 1945, gestorben am 5. August dieses Jahres, Mitglied unserer Partei seit jenem November 1989. Peter Schowtka, ein Gegner des SED-Regimes, fand beim großen weltgeschichtlichen Ereignis, dem Zusammenhang der DDR seine Bestimmung. Wie viele seiner Landsleute engagierte er sich bei den Demonstrationen gegen die SED, später war er einer der Initiatoren des Runden Tisches. Aus dem Dolmetscher für ausländische Arbeitskräfte aus Mosambik im Braunkohle-tagebau wurde er Politiker. 1990 gewann Peter Schowtka die erste freie Bürgermeisterwahl in seiner Geburtsstadt Wittichenau, im Folgejahr zog er das erste Mal in den sächsischen Landtag ein, dem er bis 2014 angehörte. Von 1996 bis 2012 führte er als Landesvorsitzender die Kommunalpolitische Vereinigung im Freistaat Sachsen.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich erinnere an Karl Lamers aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, geboren am 11. November 1935, gestorben am 27. August dieses Jahres,

Mitglied unserer Partei seit 1955. Karl Lamers hat Geschichte, europäische Geschichte, geschrieben im wahrsten Sinne des Wortes. Als außenpolitischer Sprecher unserer Bundestagsfraktion veröffentlichte er gemeinsam mit unserem Freund Wolfgang Schäuble, damals Vorsitzender unserer Fraktion, ein Papier, das nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa Schlagzeilen machte. Das Schäuble-Lamers-Papier skizzierte die Idee eines Kerneuropas, in dem integrationswillige Staaten voranschreiten und mit ihrem Erfolg dann andere Daten ihnen zu folgen überzeugen. Begonnen hatte Karl Lamers politischer Weg Ende der 1960er-Jahre im Rheinland, als Landesvorsitzender der Jungen Union und Vorsitzender der CDU im Rhein-Sieg-Kreis. 1980 wurde er zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt, bis 2002 gehörte er unserem Parlament an.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste, ich bitte Sie um einen Moment des Innehaltens und Gedenkens an diese und an all unserer Verstorbenen.

(Musik)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, Sie zu bitten, noch einen Augenblick zu verweilen, denn gestern erreichte uns und die ganze Welt die Nachricht vom Tod der britischen Königin Elisabeth II. Sie war nicht nur über 70 Jahre das Staatsoberhaupt des Vereinigten Königreichs und Oberhaupt des Commonwealth. Sie wurde zu einer internationalen Symbolfigur für Stabilität, Verlässlichkeit und Würde im Amt. 15 Premierminister, von Winston Churchill bis Liz Truss, die am vergangenen Dienstag noch von ihr ernannt wurde, dienten ihr. Ihre Regentschaft ist die längste in der Geschichte Großbritanniens. Trotz aller Irrungen und Wirrungen der Weltgeschichte, nationaler Krisen und Erfolge, Königin Elisabeth war der Fels in der Brandung, der unverrückbar war und immer aufrecht stand. Ihr Führungsstil machte sie zur britischen Identitätsstifterin und zu einer Konstante in unser aller Leben. Wir gedenken ihrer heute hier in Hannover, der Stadt, die wie kein anderer Ort in Deutschland die jahrhundertealten Verflechtungen zwischen unseren beiden Ländern verkörpert. 1714 bestieg der in Hannover geborene Herzog Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg den englischen Thron und begründete als Kind George I. eine lange Tradition deutsch-britischer Beziehungen. Das Staatsoberhaupt eines unserer wichtigsten Nachbarn und engen Partner ist von uns gegangen. Wir verneigen uns vor ihrem Lebenswerk und sprechen der königlichen Familie sowie den Menschen in Großbritannien und des Commonwealth unser tief empfundenes Beileid und unsere Anteilnahme aus. Ich bitte Sie um einen Moment der Stille zu Ehren von Königin Elisabeth II. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wir kommen mit diesem Parteitag in wahrlich schwieriger und herausfordernder Zeit zusammen. Millionen Menschen blicken mit Sorge auf jede Tankquittung, auf die Nebenkostenabrechnung, auf Schreiben ihres Gasversorgers oder auf den nächsten Wochenendeinkauf. Auch Unternehmen leiden unter

hohen Energiekosten und immer neuen Belastungen. Wir steuern möglicherweise auf eine Rezession mit erheblichen Auswirkungen auf unsere gesamte Volkswirtschaft und auf bislang sicher geglaubte Arbeitsplätze zu.

Gerade in einer solchen Zeit, in der Führung, klarer Kurs und Handeln gefordert ist, leistet sich unser Land eine der wohl schwächsten Bundesregierungen aller Zeiten.

Wir sagen als CDU und CSU: Deutschland kann es besser. Deshalb ist dieser Parteitag so wichtig, deshalb kommt dieser Parteitag genau zur richtigen Zeit. Ja, wir werden auf diesem Parteitag auch über uns selbst sprechen, aber wichtiger ist, dass wir über unser Land sprechen, über konkrete Lösungen und was eine CDU-geführte Bundesregierung anders machen würde. Um diesem Schwung zu geben, um dem Land Schwung zu geben, liebe Freundinnen und Freunde, müssen wir uns selbst Schwung geben. Darum geht es heute und morgen hier in Hannover. Das Gute dabei ist, wir dürfen dabei auch auf den Rat, den Austausch und die Kenntnisse vieler Menschen außerhalb unserer Partei bauen, von denen einige heute hier sind und die ich gerne namentlich als unsere Gäste begrüßen möchte.

Stellvertretend für die Arbeitgeber in Deutschland begrüße ich an dieser Stelle unseren Freund Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, und Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie. Wir grüßen herzlich den Präsidenten des Bundesverbandes Großhandel, Einzelhandel und Dienstleistungen, Dirk Jandura, und für die Deutsche Industrie- und Handelskammer, Achim Dercks.

Als Partei von Ludwig Erhard und der Sozialen Marktwirtschaft stehen wir für Tarifpartnerschaft und ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, daher begrüße ich ganz herzlich die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Jasmin Fahimi. Seien Sie uns herzlich willkommen, und an ihrer Seite unsere Freundin Elke Hannack. Wir freuen uns ebenfalls, dass der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie und Energie, Michael Vassiliadis, bei uns ist, und der Bundesvorsitzende von DBB – Beamtenbund und Tarifunion, Ulrich Silberbach. Herzlich willkommen! Das Gleiche gilt für den Vorsitzenden der Gewerkschaft ver.di, Frank Werneke.

Ein herzlicher Gruß gilt unserem Freund Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen. Wir begrüßen den Präsidenten des Landkreistages Reinhard Sager, und den Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes Bernhard Krüsken. Herzlich willkommen in Hannover!

Und nicht weniger herzlich begrüße ich den Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände, Herrn Ali Ertan Toprak. Herzlich willkommen bei der CDU!

Meine Damen und Herrn, liebe Freundinnen und Freunde, „Mehr Sicherheit für Deutschland“ steht hier oben auf der Bühne, und was wäre unser Land ohne alle die Frauen und Männer, die jeden Tag für unsere Sicherheit sorgen. Ich freue mich daher sehr, dass wir heute wieder Vertre-

ter der Sicherheitskräfte und der Bundeswehr begrüßen können. Stellvertretend nenne ich den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes Oberst André Wüstner und den Präsidenten des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr Patrick Sensburg. Herzlich willkommen bei der CDU!

Ein herzlicher Gruß geht auch an die Vertreter der Polizei: Ich begrüße den Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow, und Rainer Wendt, den Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, genauso wie den Bundesvorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Dirk Peglow. Herzlichen Dank für Ihren Dienst in Deutschland an Ihre Kolleginnen und Kollegen! Ein weiterer Gruß und Dank geht an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Messe, Jochen Köckler. Wir freuen uns, heute bei Ihnen hier in der Hannover Messe zu Gast sein zu dürfen.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, an dieser Stelle wollte ich einen Gast besonders herzlich begrüßen, der uns eng verbunden ist und der gerne heute hier gewesen wäre. Ich hätte gerne begrüßt Vitali Klitschko, der bis gestern vorhatte, zu uns zu kommen und den die Umstände in der Ukraine es nicht erlauben, nach Hannover zu reisen. Deshalb von dieser Stelle aus besonders herzliche Grüße an Vitali Klitschko und an die gesamte Ukraine von der CDU Deutschlands. Wir stehen an Ihrer Seite!

(Lang anhaltender Beifall)

Vielen Dank, liebe Freundinnen und Freunde, für dieses starke Zeichen der Solidarität mit unseren Freunden in der Ukraine. Ich begrüße die zahlreichen Exzellenzen und Vertreter des diplomatischen Korps. Ich darf aus unserer internationalen Parteienfamilie einige Gäste namentlich begrüßen. Den Ministerpräsidenten Bulgariens und Vorsitzenden der GERB, Boyko Borisov. Herzlich willkommen! Den Vorsitzenden der SLS Slowenien, Marko Balažic, die Vorsitzende des lateinamerikanischen christdemokratischen Dachverbandes ODCA, Mariana Gómez del Campo. Herzlich willkommen in Deutschland! Den Vorsitzenden von Freedom Movement Belarus, Yuri Hubarevich, und die Vorsitzende der Jugendorganisation der EVP, Lídia Pereira. Ihnen allen ein herzliches Willkommen hier in Hannover!

Schließlich ist es uns eine große Ehre und Freude, dass wir hier heute in unserer Mitte begrüßen dürfen, fast in ihrer Heimatstadt, die Präsidentin der Europäischen Kommission, liebe Ursula von der Leyen. Herzlich willkommen in Hannover auf dem Parteitag der CDU Deutschlands!

Schließlich stellvertretend für die vielen Wegbegleiter in unserer CDU-Familie unseren früheren Bundespräsidenten Christian Wulff und die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth. Auch Sie, ihr beide, herzlich willkommen bei uns!

Lassen sich mich noch drei Personen hier im Saal begrüßen, die in der Vergangenheit bereit waren, unserer CDU als Vorsitzende zu dienen, eine große Aufgabe, eine große Verantwort-

tung, eine große Verpflichtung. Lieber Wolfgang Schäuble, liebe Annegret Kramp-Karrenbauer, lieber Armin Laschet, ganz herzlich willkommen als unsere ehemaligen Parteivorsitzenden auf dem Parteitag der CDU!

Selbstverständlich haben Sie festgestellt, dass in dieser Aufreihung eine Person fehlt. Angela Merkel lässt sich entschuldigen, sie kann nicht teilnehmen. Sie hat mich aber ausdrücklich darum gebeten, die herzlichen Grüße an den Parteitag auszurichten, was ich gerne tue. Wir grüßen Sie zurück und wünschen ihr gute Besserung und freuen uns, wenn Sie bei nächster Gelegenheit wieder einmal auf einem Parteitag der CDU Deutschlands dabei sein wird.

Last, but not least, ein besonderer Gruß gilt den zahlreichen Medienvertreterinnen und Medienvertretern. Ich hoffe sehr, dass wir Ihnen vor allem Anlass zu positiver und guter Berichterstattung geben werden. Ein besonderer Gruß geht dabei an die stolze Zahl von 58 Redakteurinnen und Redakteuren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Mit ihnen werden wir uns im Verlaufe dieses Parteitags besonders liebevoll beschäftigen.

Meine Damen und Herrn, damit dieser Parteitag seine Arbeit aufnehmen kann, müssen wir nur noch einige Regularien beschließen. Zu den Abstimmungen, die wir vor uns haben, ganz grundsätzlich: Wir schlagen Ihnen vor, dass Sie im Normalfall, wie wir das von Präsenzparteitagen immer kennen, mit Handzeichen abstimmen. Bei einfachen Abstimmungen ist dies gegenüber dem digitalen Weg eindeutig der schnellere Weg. Bei bestimmten Abstimmungen werden wir Ihnen direkt eine Abstimmung mit dem Tablet vorschlagen. Wir haben jetzt gleich die ersten zwei Abstimmungen, sozusagen als Probeabstimmungen, die wir über das Headset stattfinden lassen und digital vornehmen. Ich gehe zunächst davon aus, dass alle Delegierten ihr Tablet in Empfang genommen haben. Sollten Probleme mit Ihrem Tablet auftreten, ein Absturz oder ein Akkuprobem, dann melden Sie sich bitte bei unseren Servicemitarbeitern hier im Plenarsaal oder an einem der Punkte, wo Sie die Geräte austauschen können. Sie haben Sie beim Hereingehen auch schon besucht.

Ein letzter Hinweis: Sobald eine Abstimmung oder eine Wahl eröffnet ist, öffnet sich auf Ihrem Tablet automatisch das Abstimmungsfenster. Sobald Sie abgestimmt haben, schließt sich das Fenster ebenfalls automatisch und Sie haben wieder Zugriff auf alle anderen Anwendungen auf diesem Tablet.

**TAGESORDNUNGSPUNKT 3:**

#### Beschlussfassung über die Tagesordnung

Wir starten jetzt mit einer ersten Abstimmung. Hierbei handelt es sich um eine ganz einfache Abstimmung über eine Verfahrensfrage, die wir immer zu Beginn eines Parteitages abstimmen lassen müssen, und zwar, ob Sie dem Vorschlag des Bundesvorstandes zustimmen, die folgenden Regularien, also die Tagesordnungspunkte 2 bis 6 einheitlich en bloc abzustimmen. Gibt es dazu

Wortmeldungen? Das sehe ich, ist im Saal nicht der Fall. Damit gehen wir jetzt in die Abstimmung. Wer diesem Verfahren zustimmen möchte, auf dem Tablet, der möchte jetzt bitte mit Ja stimmen – einheitliche Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 2 bis 6, das sind alle Gremien für diesen Parteitag – oder, wenn Sie dagegen sind, mit Nein. Die Abstimmung ist eröffnet.

Ich vermute, dass Sie alle Gelegenheit hatten, jetzt abzustimmen. Damit schließe ich die Abstimmung. Die automatische Auszählung kann jetzt wenige Sekunden dauern, Sie werden gleich auf dem Bildschirm das Abstimmungsergebnis sehen. Da sehen Sie das Abstimmungsergebnis: Erforderlich gewesen wären für eine Zustimmung der Parteitagsdelegierten 387. Es haben mit Ja gestimmt 764, mit Nein 8, mit Enthaltungen 9. Damit ist der Verfahrensvorschlag so angenommen. Vielen Dank!

TAGESORDNUNGSPUNKT 2, 4, 5, 6:

Wahl des Tagungspräsidiums

Bestätigung der Antragskommission

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Wahl der Stimmzählkommission

Wir können damit gleich in die zweite Abstimmung gehen, auch die über Ihr Tablet. Wir stimmen jetzt ab über das Tagungspräsidium, die aktualisierte Tagesordnung, die Antragskommission, die Mandatsprüfungskommission und die Stimmzählkommission. Wir haben gerade beschlossen, wir stimmen darüber einheitlich ab. Gibt es Wortmeldungen dazu? Das ist erkennbar ebenfalls nicht der Fall, dann können wir in die Abstimmung eintreten. Ich stelle diese Vorschläge hiermit zur Abstimmung und eröffne diese Abstimmung. Auf Ihrem Tablet öffnet sich jetzt wieder das Abstimmungsfenster. Bitte stimmen Sie jetzt ab. Wer den Vorschlägen zustimmen möchte, den bitte ich mit Ja zu stimmen, andererseits mit Nein oder mit Enthaltung. Haben alle Delegierte abgestimmt? Das ist erkennbar der Fall. Dann schließe ich hiermit die Abstimmung. Damit liegt uns das Abstimmungsergebnis vor. Erforderlich wären gewesen 388. Mit Ja haben gestimmt 764, mit Nein 10, enthalten haben sich 8. Damit sind die Vorschläge des Bundesvorstandes bei der Besetzung sämtlicher Gremien und Kommissionen dieses Parteitages so bestätigt. Ich danke Ihnen sehr herzlich.

Damit ist das Tagungspräsidium im Amt und ich darf bitten, an unseren Freund Bernd Althusmann, die Tagungsleitung dieses Parteitages zu übernehmen. Desjenigen, der am 9. Oktober 2022 der neue Ministerpräsident des Landes Niedersachsen werden soll.

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender, lieber Friedrich Merz, die erste Abstimmung habe ich soeben gewonnen. Liebe Delegierte, liebe

Parteifreunde, willkommen in Niedersachsen, willkommen in Hannover, willkommen in einem großen starken Bundesland. Wir regieren hier seit fünf Jahren erfolgreich mit und ab dem 9. Oktober wollen wir dieses Land in eine gute Zukunft führen unter meiner Führung. Auch dazu dient heute dieser Bundesparteitag.

Zunächst vielen Dank für die Wahl des Tagungspräsidiums. Da wir uns für die kommenden beiden Tage viel vorgenommen haben, der Hinweis, dass wir uns im Tagungspräsidium die Leitung der Sitzung immer wieder aufgeteilt haben. Für den Moment sage ich auch im Namen von Franziska Hoppermann und Mario Voigt: Gute Beratung! Damit alles gut wird, möchte ich auf einige Formalia, und muss das auch tun, aufmerksam machen, bei dem ich jetzt um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit bitte.

Der erste wichtige Hinweis zur Antragsfrist: Nach § 6, Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge auf dem Parteitag von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Diese Anträge sind handschriftlich von den Antragstellern zu unterzeichnen. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, dann gehen Sie bitte in das Büro der Antragskommission und folgen Sie hierzu bitte der Ausschilderung. Das können Sie gar nicht verfehlen.

Damit diese Anträge ordnungsgemäß von der Antragskommission beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für deren Einbringung beschließen. Das Tagungspräsidium, also wir, schlagen Ihnen vor, den Antragsschluss auf 14:15 Uhr festzusetzen. Wir haben Sie auf verschiedenen Wegen bereits über diesen Vorschlag informiert. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um Ihr Kartenzeichen diesmal. – Damit haben wir die Antragsfrist jetzt mit großer Mehrheit so beschlossen. Ein Hinweis an die Antragskommission: Die Sitzung für die Antragskommission findet statt um 15:15 Uhr, und zwar im Sitzungsraum der Antragskommission. Diese finden Sie von sich aus gesehen rechts im Plenarsaal. Es erfolgt rechtzeitig vorher nochmal ein Hinweis des Tagungspräsidenten.

Ich weise an dieser Stelle auf Folgendes hin: Die Antragsbroschüren sind Ihnen rechtzeitig digital zugesandt worden. Sollten weitere Broschüren benötigt werden, können Sie diese am Info-Counter abholen. Folgen Sie auch hierzu bitte der Ausschilderung. Zudem finden Sie die Antragsbroschüre ebenfalls auf Ihrem Tablet. Auch die Initiativanträge werden nach Sitzung der Antragskommission auf Ihr Tablet übermitteln.

Nun noch ein Hinweis zu den Abstimmungen zu den Abstimmungsverfahren und zum Einsatz des Tablets: Wir schlagen vor, dass wir Abstimmungen per Handzeichen durchführen. In bestimmten Fällen und natürlich auf Antrag stimmen wir mittels des Tablets ab. Zu den Tablets folgende Hinweise: Wie auch beim letzten Präsenz-Parteitag in Leipzig im Jahr 2019 werden wir auch dieses Mal ein digitales Wahl-, Abstimmungs-, Informations- und Wortmelde-System mithilfe von Tablets einsetzen. Ich gehe davon aus, dass alle Delegierten ihre Tablets bereits an der

vorab mitgeteilten Ausgabestelle abgeholt haben. Die Delegierten, die noch nicht im Besitz ihres Gerätes sind, werden gebeten, sich ihr Tablet an der Ausgabestelle unmittelbar zum Eingang zum Plenarsaal abzuholen. Bitte nehmen Sie Ihre Delegierten-Tabletkarte – das ist die erste auf Ihrem Block – tatsächlich auch mit. Sonst bekommen Sie keins. Wir werden aber dafür sorgen, dass Sie es erhalten.

Zunächst zum Tablet als Informationssystem – ich muss diese Formalia vorweg sagen: Alle für den Parteitag notwendigen Tagungsunterlagen und weitere organisatorische Informationen befinden sich digital auf Ihrem Tablet. Sollten während des Parteitages Ergänzungen notwendig werden, erhalten Sie diese fortlaufend direkt auf dieses Gerät. Wir werden dann ansprechend die Stellen zusätzlich darauf hinweisen. Jetzt zum Tablet: Wir werden mit dem Tablet heute die anstehende Wahl einer stellvertretenden Generalsekretärin der CDU Deutschlands durchführen. Nähere Hinweise hierzu folgen unmittelbar vor Eintritt in den Wahlgang.

Einige Hinweise zum Tablet als Abstimmungssystem, auch wenn Sie es schon kennen: Abstimmung zu Anträgen sowie sonstige Abstimmungen werden wir angesichts der Anzahl der vorliegenden Anträge wie bislang durch Handzeichen und per Stimmkarte durchführen. Wird jedoch eine digitale Abstimmung beantragt oder sind die Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen unklar, folgt eine Abstimmung per Tablet. Alle Tablets befinden sich in einem geschlossenen System. Es ist nicht möglich, mit dem Tablet das Internet aufzurufen, E-Mail zu verschicken oder in andere Netzwerke zu gehen. Damit ist sichergestellt, dass Wahlen, Abstimmungen von außen nicht angreifbar oder manipulierbar sind. Das alles dient Ihrem, es dient auch unserem Schutz und der Wahrung des Grundsatzes der geheimen Wahl. Ihr Tablet kann auch nur hier im Plenum benutzt werden.

Schließlich die Wortmeldefunktion via Tablet: Sie können über das Tablet Ihre Wortmeldung zu jedem Zeitpunkt anmelden und damit können Sie direkt den entsprechenden Tagesordnungspunkt bzw. in der Antragsberatung den Antrag auswählen, zu dem Sie sprechen möchten. Unsere herzliche Bitte: Sie können schon jetzt Ihre Wortmeldung für den gesamten Parteitag anmelden. Bitte tun Sie das auch gerne bereits jetzt schon. Jede früh angekündigte Wortmeldung erleichtert uns die Abläufe. Wenn Sie es jetzt schon wissen, dass Sie sich melden wollen, dann bitte den Tagesordnungspunkt, den Antrag, zu dem Sie sprechen möchten, und melden Sie sich dann jetzt schon mit der Wortmeldung über das Tablet an.

Abschließend noch ein praktischer Hinweis: Sollten wider Erwarten Probleme mit dem Tablet auftreten – das stürzt ab, fällt Ihnen runter, Akku ist leer –, können Sie sich unmittelbar an die Servicemitarbeiter wenden hier im Saal direkt an der Servicestelle „Delegiertentables“, von Ihnen aus gesehen rechts. Dort erhalten Sie ein Austauschgerät. Ein letzter Hinweis zu den Tablets: Bitte geben Sie diese heute Abend nach den Beratungen ab. Im Austausch erhalten Sie wieder eine Delegierten-Tabletkarte. Diese brauchen Sie morgen Früh, um sich wieder ein

Tablet abzuholen. Wir wollen sicherstellen, dass Sie alle über Tablets verfügen, aber wir wollen allerdings sicherstellen, dass die auch geladen sind und sie somit zu jedem Zeitpunkt, Tag und Nacht, vollständig einsatzbereit sind und Sie sie auch nutzen können.

Nach diesen sehr formellen Hinweisen möchte ich auch nochmals persönlich Friedrich Merz, unserem Bundesvorsitzenden, und allen Parteimitgliedern der CDU Deutschlands aufs Herzliche dafür danken, dass ihr heute nach Hannover gekommen seid. Hannover ist heute mal das Zentrum der CDU Deutschlands. Und liebe Freunde, heute in vier Wochen, am 9. Oktober, am Geburtstag meiner elfjährigen Tochter, die dann zwölf wird, werden wir in Niedersachsen um 18 Uhr die Wahllokale schließen. Und ich möchte nach 18 Uhr, gegen 18:30 Uhr die erste Hochrechnung entgegennehmen. Ich möchte um 19 Uhr vor die versammelte Weltpresse, die Landespresse, aber auch weitere Medienvertreter treten und gemeinsam mit meinen Parteifreunden aus Niedersachsen erklären, die CDU in Niedersachsen ist stärkste Kraft, wir haben einen klaren Regierungsauftrag.

(Beifall)

Liebe Freunde aus allen Teilen Deutschlands, unterstützt uns in den nächsten vier Wochen mit allem, was ihr könnt. Wir brauchen jede Unterstützung, es kommt auf jede Stimme an. Liebe Freunde, dieses Land hat mehr verdient als bloßes Verwalten. Dieses Land Niedersachsen hat mehr verdient als ein „Weiter so“, dieses Land kann nicht den Anspruch haben, dass der amtierende Ministerpräsident erklärt, dass er am Ende der nächsten Wahlperiode in den Ruhestand gehen würde. Liebe Freunde, wer in Niedersachsen in den Ruhestand gehen will, kann das mit aller Ruhe und Bescheidenheit am 9. Oktober erreichen. Wir werden ihm dabei helfen.

(Beifall)

Unterschätzt bitte eines nicht: Nach den erfolgreichen Wahlen in Schleswig-Holstein, nach den erfolgreichen Wahlen in Nordrhein-Westfalen, nach den Erfolgen von Daniel Günther und Hendrik Wüst können wir in diesem Jahr das Tripel ergänzen, drei Ministerpräsidenten, die ein starkes Gegengewicht zur Ampel bilden. Diese Wahl am 9. Oktober ist auch eine Wahl, die über das weitere Schicksal der Ampel in Berlin entscheiden wird. Auch das ist bei dieser Wahl eine Aufforderung an die Wählerinnen und Wähler: Rot-Grün ist out, die Ampel ist out.

(Kräftiger, lebhafter Beifall)

Daher lasst uns nun gemeinsam kämpfen, Seite an Seite und mit einem klaren Ziel in Niedersachsen und auf Bundesebene. Niedersachsen kann mehr, Niedersachsen springt weiter und es geht nur mit einer starken CDU. Meine Damen und Herren, die CDU in Niedersachsen – das habt ihr gerade gemerkt – ist durchaus heiß auf diesen Wahlkampf. Wir freuen uns auf eine gute Auseinandersetzung, fair, sachlich, aber hart in der Sache. Zu dieser Sache gehört auch, dass wir mit Parteimitbewerbern heute, die hier in Hannover ein wichtiges Amt bekleiden,

ebenfalls jemanden haben. Herr Onay, ich kenne Sie sehr gut. Sie gehören aus meiner Sicht zu den sehr, sehr zuverlässigen Grünen des niedersächsischen Landesverbands, wenn ich das so sagen darf. Da wir in der Messe sehr gut zusammenarbeiten, Herr Oberbürgermeister Onay, wir freuen uns als CDU Deutschlands, aber auch als CDU Niedersachsen, dass wir Sie heute als Oberbürgermeister im Kreise der CDU begrüßen können. Sie haben das Wort, der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover wird jetzt zu uns sprechen. Herzlich willkommen!

#### TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

##### Grußworte

**Belit Onay:** Vielen Dank, Herr Dr. Althussmann, sehr geehrter Herr Vorsitzender Friedrich Merz und vor allem liebe Gäste, liebe Delegierte, liebe Besucherinnen und Besucher dieses CDU-Parteitages! Wir freuen uns in Hannover sehr, Sie heute hier begrüßen zu dürfen. Herr Friedrich Merz hat es bereits gesagt, es ist ein schönes Gefühl, dass man nach zwei Jahren der Unterbrechung durch Pandemie nun endlich wieder zusammenkommen kann, diskutieren, streiten, auch um die beste Idee ringen kann. Wir freuen uns, dass dieses schöne Gefühl, diese vielen Begegnungen mit alten Bekannten, aber auch neuen Menschen hier in Hannover stattfindet und eben auch mit unserer Stadt hoffentlich verknüpft sein wird.

Hannover ist die Messe- und Kongressstadt Deutschlands schlechthin, mit zentraler Lage mitten in Deutschland und natürlich auch im Herzen Europas. Aber ich glaube, gerade für diesen Parteitag ist Hannover auch aus inhaltlichen Gründen sehr gut geeignet, für Sie auch ein Stück weit als Inspirationsort zu dienen. Hannover ist – und das können wir so selbstbewusst sagen – die Stadt der Veränderung, die Stadt des Aufbruchs, hier können Sie den Geist dieser Transformation, dieses Aufbruchs an allen Orten spüren. Hannover versteht sich auch als Ort für eine nachhaltige Transformation, für eine nachhaltige Veränderung, für einen Wandel, für mehr gesellschaftliche Teilhabe und auch Gleichberechtigung.

Die Themen, die Sie in den nächsten beiden Tagen besprechen werden, sind daher die Themen, die auch uns hier in Hannover, in der Landeshauptstadt Niedersachsens, umtreiben. Da ist zum einen die Klimakrise, die faire und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe, aber leider auch der furchtbare Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Der Krieg Russlands in der Ukraine hält uns auch hier in Hannover in mehrerer Hinsicht in Atem. Hannover und insbesondere dieses Messegelände, auf dem wir uns befinden, war das Drehkreuz für Geflüchtete aus der Ukraine für den gesamten norddeutschen Raum. Ich glaube, das war wirklich ein Kraftakt der Kolleginnen und Kollegen hier unserer Berufsfeuerwehr, vieler sozial engagierter Menschen, das so gut zu organisieren und so den Menschen auch hier zu helfen.

Darüber hinaus hat Hannover, haben die Menschen in Hannover ihre Arme geöffnet. Wir haben Tausende Menschen in unserer Stadt willkommen geheißen, haben ihnen Zuflucht geboten

und ich glaube, auch das hat sehr, sehr gut funktioniert im Rahmen dieser Solidarität. Darüber hinaus verstehen wir uns auch in der Verpflichtung der kommunalen Solidarität dazu, die Stadt Mykolajiw, die leider aktuell immer wieder in den Schlagzeilen ist aufgrund verschiedenster Angriffe, auch zu unterstützen, mit Hilfstransporten, mit Hilfsgütern. Auch das werden wir fortsetzen.

Aber wir spüren die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auch im Alltag der Menschen, kalte Duschen in den Schwimmbädern, in den Sporthallen, kalte Schwimmbäder insgesamt. Das sind Einschnitte, die schon jetzt deutlich spürbar sind und die auch in den nächsten Monaten, so befürchten wir, noch zunehmen werden. Wir verpflichten uns auch als Kommunen dazu, hier mit in die Bütt zu gehen, hier Verantwortung zu übernehmen, aber wir hoffen natürlich auch, dass alle anderen Ebenen dort im Sinne der Menschen mitziehen.

Liebe Gäste, bei allen Krisen, die unsere Welt erschüttern, dürfen wir allerdings die Klimakrise nicht aus den Augen verlieren. Sie braucht sehr dringend unsere Antworten, bevor wir keine mehr geben können und es eventuell zu spät ist. Ihre Folgen konnten wir auch in diesem Sommer deutlich sehen. Gerade aktuell kämpfen die Einsatzkräfte im Harz gegen die Waldbrände, die dort toben. Auch noch meinen herzlichen Dank an alle Einsatzkräfte, die wirklich mit einem Mammutart, mit einem Kraftakt dort die Flammen bekämpfen und sich dem entgegenstellen.

Liebe Gäste, aber auch Hannover will seinen Beitrag leisten. Wir wollen bis 2035 klimaneutral sein. Wir wollen schon 2026 das letzte verbliebene Kohlekraftwerk Hannovers abschalten und dafür gemeinsam haben wir mit unseren Stadtwerken einen ambitionierten Plan vorgelegt. Geholfen hat dabei ein sehr breites gesellschaftliches Bündnis, aber auch ein sehr breites politisches Bündnis. Auch da möchte ich mich ganz herzlich bei der CDU-Ratsfraktion Hannover bedanken für die Unterstützung. Gerade diese Tage zeigen, wie wichtig es war, früh diesen Schritt zu gehen und sich freizumachen von fossilen Energieträgern, insbesondere aus Russland.

Zur Bekämpfung der Klimakrise brauchen wir allerdings auch eine Mobilitätswende. Wir haben in Hannover das Ziel einer autofreien Innenstadt. Nicht ganz unambitioniert, denn Hannover wurde als autogerechte Stadt aufgebaut. Klar ist, Infrastrukturen schafft Verkehr, das gilt für das Auto genauso wie für das Fahrrad. Besuchen Sie uns gerne in unserer Stadt und sehen Sie, wie sich diese Stadt verändert. Ich weiß, dass dieses Thema Mobilitätswände, Verkehrswende doch für Kontroversen sorgt, sicherlich auch hier. Wir sind gerade auch da mit Dr. Althusmann immer wieder auch in einem guten Austausch, sehr konstruktiv, auch kritisch, und verstehen uns da glaube ich auch als Sparringspartner im Kampf sozusagen oder im Ringen um die besten Ideen für unsere Stadt. Aber das bringt unsere Stadt auch weiter.

Wir haben jetzt als Ergebnis eines breit angelegten Dialogs ein Konzept vorgelegt für unsere Innenstadt, wo wir die Autofreiheit nicht als Selbstzweck sehen, sondern unsere Stadt weiterbrin-

gen wollen, Aufenthaltsqualität entwickeln wollen. Und das wollen wir mit unseren Menschen zusammen, eine smarte, resiliente, klimafreundliche und vor allem lebenswerte Innenstadt.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hannover steht für Aufbruch und Veränderung. Ich sagte es bereits, wir sind eine Stadt der Vielfalt. Hannover verbindet Tradition mit der Moderne. Wir sprechen das reinste Hochdeutsch in unserer Stadt, gleichzeitig werden allerdings in unserer Stadt im Alltag über 70 Sprachen gesprochen. Wir denken unsere Sprache auch weiter, vor allem inklusiver. Als eine der ersten deutschen Großstädte haben wir deshalb das Gendersternchen eingeführt in unsere Verwaltungssprache.

(Buhrufe und Unruhe)

Sie können sich vorstellen, dass das zu Diskussionen geführt hat, zu Widerspruch, aber auch zu Zuspruch. Letzten Winter, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat uns ein Rechtsgutachten bestätigt, dass wir damit als Kommune unserem Verfassungsauftrag nachkommen. Heute sind wir längst nicht mehr die einzige Stadt, nicht die einzige Kommune, die diesen Schritt zu mehr Gleichberechtigung gegangen ist.

Mit großem Interesse habe ich selbstverständlich auch gelesen, welche relevanten Veränderung zur Frauenförderung Sie auch auf Ihrem Parteitag diskutieren wollen. Gleichberechtigung ist kein „Nice-to-have“, deshalb freue ich mich sehr über diese Diskussion. Ich glaube, Sie gehen den richtigen Schritt. In diesem Sinne freue ich mich natürlich auf die Debatte und bin gespannt auf Ihre Beschlüsse.

Eine letzte – vielleicht – Information, auch aus unserer Stadt: Gesellschaftliche Veränderungen für mehr Teilhabe heißt manchmal eben auch, Althergebrachtes und vor allem Traditionen auch zu hinterfragen. Unser Schützenwesen in Hannover kennt eine Tradition der Bruchmeister, eine Tradition, seit sage und schreibe 720 Jahren. Dieses Amt war in diesen Jahrhunderten rein Männern vorbehalten bis zu diesem Jahr. Wir haben das geändert, haben die erste Bruchmeisterin verpflichten können. Das hat, wie ich finde, der Stadt gutgetan, diesem Amt gutgetan und auch der Tradition gutgetan. Es ist gut, dass es Frauen gibt und dass sie auch in den Institutionen mitwirken.

Liebe Gäste, liebe Delegierte, wir freuen uns, dass Sie da sind. Ich wünsche Ihnen gute Debatten, ich wünsche Ihnen viel Inspiration und ich hoffe, dass Sie auch eine schöne Zeit verbringen in der schönsten Stadt Deutschlands. Seien Sie herzlich willkommen in Hannover, genießen Sie diesen Parteitag und vor allem genießen Sie unsere Stadt. Herzlich willkommen in Hannover! Vielen Dank!

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, vielen Dank für dieses Grußwort! Ich hatte zwischenzeitlich den Eindruck, dass das Thema Gendersternchen hier etwas differenziert betrachtet wird. – Aber wir machen weiter in der Tagesordnung.

Liebe Delegierte, wir kommen nun zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 10:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Zu diesem Bericht erteile ich dem Landesgeschäftsführer der CDU Niedersachsen, Christian Meyer, das Wort.

**Christian Meyer**, Vorsitzender Mandatsprüfungskommission: Herr Tagungspräsident, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Delegierten, wir von der Mandatsprüfungskommission haben die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen geprüft. Wir konnten dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und maximal 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts besteht der Parteitag aus 1.001 Delegierten. Wir haben festgestellt, dass 1.001 Delegierte stimmberechtigt wären. Von diesen 1.001 Delegierten waren um 14:15 Uhr 919 Delegierte anwesend. Der 35. Parteitag ist damit beschlussfähig. Vielen Dank!

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Lieber Christian Meyer, vielen Dank allen Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission. Ich erlaube mir noch einen ganz persönlichen Dank. Wo ist er denn? Nun ist er schon von der Bühne gelaufen. Als Landesgeschäftsführer ist Christian Meyer schon seit vielen, vielen Jahren bei uns in Niedersachsen ein echter Leistungsträger, ein sehr hoch geschätzter Kollege und Freund. Auch in diesem Wahlkampf ist er mit Leidenschaft dabei, wie sie vielleicht nur wir Christdemokraten in uns tragen und er im Besonderen. Deshalb möchte ich einfach mal die Gelegenheit nutzen, mich als dein Landesvorsitzender mich ganz herzlich und persönlich bei dir mit einem großen Dankeschön zu bedanken.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir schreiten in der Tagesordnung voran. Wir kommen nun zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz MdB

Bevor ich jedoch Friedrich Merz ans Rednerpult bitte, sage ich zunächst: Film ab.

(Film)

2022, Deutschland ist der größte Verlierer, aus für Kartenzahlung, Flughafenchaos, Dauerbaustellen, aus für Sprach-Kitas, Fachkräftemangel, falsche Versprechen, Gewalt, Preissteigerungen, Verwaltungschaos, Regierungschaos.

(Verschiedene Zitate durcheinander)

Deutschland kann es besser, wenn wir daran glauben, dass wir aus Fehlern lernen können, wenn wir mehr den Machern als den Bedenkträgern glauben, wenn wir an Partnerschaft glauben, wenn wir neue Ideen glauben, wenn wir an die Menschen glauben, wenn wir an uns selbst glauben.

Friedrich Merz: So wie schon einmal, vor fünf Jahrzehnten, müssen wir jetzt neue Antworten auf die Jahre, vielleicht das Jahrzehnt geben, das vor uns liegt, Antworten darauf, was uns ausmacht, was uns unterscheidet und was nur uns gelingen wird.

Angela Merkel: Und wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.

Helmut Kohl: Mein Ziel bleibt – wenn die geschichtliche Stunde es zulässt – die Einheit unserer Nation.

Unsere Politik ist eine Politik, die das Bündnis stärkt. Das nordatlantische Bündnis und die Freundschaft und Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika sind Grundlage und Fundament unserer Sicherheitspolitik. Nur ein starkes, nur ein einiges Bündnis freier Völker kann den Frieden in Freiheit sichern. Dieses Bündnis bleibt auch Grundlage für eine Politik wirklicher Entspannung.

Ludwig Erhard: Deshalb ist es das Ziel der deutschen Sozialpolitik, alle sozialen Gruppen vor einer Entwicklung zu bewahren, in der sie zunehmend bloß Objekte staatlicher Fürsorge sind.

Konrad Adenauer: Ein fundamentales Ja oder ein fundamentales Nein. Will man den Anschluss an den Westen, will man auf die Dauer die Schaffung der Einheit Europas, will man die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit, dann sage man Ja.

Sprecher: Und auch heute braucht es einen klaren Kurs, Deutschland kann es besser; wir alle können es besser; die CDU kann es besser. Deshalb, Deutschland, jede, jeder, wir alle mit der CDU: neu denken, neu anpacken, neu machen, mit klarem Kurs mehr Sicherheit für Deutschland.

Liebe Delegierte, liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren, es spricht zu Ihnen der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz.

**Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU: Herr Tagungspräsident, lieber Bernd Althusmann, liebe Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren, vor knapp einem Jahr haben wir die Bundestagswahl verloren. Heute, im September 2022, sind wir zurück. Wir sind zurück auf Platz 1 unter den deutschen Parteien, die Christlich Demokratische Union.

Wir sind zurück auf Platz 1 unter den deutschen Parteien, weil wir dafür in diesem Jahr hart gearbeitet haben. Ich will mich an dieser Stelle herzlich bedanken, dass uns dies gemeinsam gelungen ist. Präsidium und Bundesvorstand der CDU, die neu gewählt worden sind im Januar, wir haben ein gutes Miteinander gefunden, eine vertrauensvolle, vertrauliche Arbeit im

Führungsgremium unserer Partei und ich will stellvertretend nennen für alle, die dabei sind, unseren Generalsekretär Mario Czaja. Wir arbeiten freundschaftlich und kollegial in diesem Ihrem Führungsgremium zusammen.

Wir haben die Streitereien von CDU und CSU hinter uns gelassen. Markus Söder und ich haben uns im Januar getroffen. Wir haben über das letzte Jahr gesprochen und wir haben uns gegenseitig fest in die Hand versprochen, 2021 wird sich nicht wiederholen. Und ich freue mich sehr darüber, dass Markus Söder morgen zu unserem Parteitag kommen wird. Ich werde auf den CSU-Parteitag gehen und wir werden eine neue Gemeinsamkeit von CDU und CSU in Deutschland zeigen und zeigen, dass wir gemeinsam stark sind und gemeinsam die stärkste politische Kraft in diesem Lande sind.

Wir haben eine gute Zusammenarbeit in der Bundestagsfraktion, liebe Freundinnen und Freunde. Ich will das ausdrücklich sagen: Mit dem Landesgruppenvorsitzenden, Alexander Dobrindt, der heute Nachmittag bei uns sein wird, nach meinem Empfinden – und ich kenne diese Fraktion nun schon seit einigen Jahren ganz gut – haben wir selten ein solches Einvernehmen, ein solches Vertrauen, ein solches freundschaftliches Zusammenwirken an der Spitze der Bundestagsfraktion gehabt. Und auch das ist ein Teil unseres Erfolges, dass wir als Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag zusammenhalten und unsere Arbeit gemeinsam machen im Deutschen Bundestag.

Und – last but not least –, Sie wissen, ich komme aus dem Europäischen Parlament, auch die deutsche Gruppe im Europäischen Parlament beziehen wir eng ein in unsere Arbeit. Daniel Caspary, vielen Dank, und den Kolleginnen und Kollegen im Europaparlament, auch ihr seid ein Teil unserer gemeinsamen Arbeit von CDU und CSU.

Liebe Freunde, und das sind die Erfolgsvoraussetzungen dafür, dass man Wahlen gewinnen kann. Der Tagungspräsident hat es bereits gesagt, wir haben einen sensationellen Wahlerfolg am 8. Mai 2022 in Schleswig-Holstein erzielt mit Daniel Günther als wiedergewähltem Ministerpräsidenten. Daniel, herzlichen Glückwunsch noch einmal von dieser Stelle aus. Herzlichen Dank für den großen Erfolg, den ihr im Norden erzielt habt. Das war wichtig, denn eine Woche später, am 15. Mai in Nordrhein-Westfalen, gerade 200 Tage im Amt, Hendrik Wüst. Am Tag vor der Wahl hieß es Kopf an Kopf und am Abend des Wahltages waren es neun Prozentpunkte Vorsprung vor den Sozialdemokraten, die dieses Land einmal als ihre Herzkammer bezeichnet haben. Ich kann nur sagen: Herzinfarkt bei den Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen.

Und dann, liebe Freundinnen und Freunde, nicht mit einer Wahl, sondern mit einem reibungslosen Übergang, Boris Rhein in Hessen, neuer Ministerpräsident, fünf Stimmen mehr, fünf Stimmen mehr als die Koalition dort Stimmen hat im Landtag. Lieber Boris Rhein, herzlich willkommen, herzlich willkommen in dieser Funktion, auch in der Führungsmannschaft der CDU Deutschlands! Wir freuen uns auf gute Zusammenarbeit. Ich füge hinzu, wir sagen an dieser

Stelle ein besonders herzliches Wort des Dankes an unseren Freund Volker Bouffier. Lieber Volker, Jahrzehnte Arbeit in der Landespolitik, in der Bundespolitik, einer unserer erfolgreichsten Ministerpräsidenten, ein treuer Freund und Wegbegleiter, herzlichen Dank auch von mir persönlich für deine Arbeit, für deine Freundschaft und für deine Hilfe, die wir in dieser Partei immer wieder erfahren haben.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir es in den nächsten Tagen und Wochen richtig machen, dann werden wir dieses Jahr abschließen mit einem weiteren großen Erfolg. Das Datum ist schon mehrfach genannt worden. Am 9. Oktober sind die Landtagswahlen hier in Niedersachsen. Richtig machen heißt, dass wir auf diesem Parteitag kluge Entscheidungen treffen, dass wir die richtigen Prioritäten setzen, uns natürlich mit uns selbst beschäftigen, aber noch viel mehr mit den Menschen draußen, mit den Unternehmen in Deutschland, mit der Krise, die dieses Land zu bestehen hat, mit unseren Antworten. Wenn wir das richtig machen, wenn von diesem Parteitag aus das richtige Signal nach Niedersachsen und darüber hinaus ausgeht, dann haben wir größte Chancen, dass am 9. Oktober der nächste Ministerpräsident des Landes Niedersachsen Bernd Althusmann heißt. Das wollen wir gemeinsam erreichen. So könnte dieses Jahr 2022 eines der erfolgreichsten Jahre in unserer Parteiengeschichte werden, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, einer Partei, die jetzt über 70 Jahre alt ist.

Ich gehöre dieser Partei seit 50 Jahren an. Ich bin als Schüler und Vorsitzender der Jungen Union in meiner Heimatstadt Brilon 1972 in die CDU eingetreten auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die sogenannten Ostverträge. Mich hat damals überzeugt und begeistert, dass die CDU in dieser Auseinandersetzung die einzige Partei war, die ohne Wenn und Aber am Wiedervereinigungsgebot unseres Grundgesetzes für die Deutsche Einheit festgehalten hat. Deshalb bin ich in die CDU eingetreten im Jahr 1972.

Und ich habe etwas in Erinnerung, liebe Freundinnen und Freunde. Damals war die CDU auch in der Opposition, aber aus der Opposition heraus kann man etwas erreichen. Die CDU ist nach Karlsruhe gegangen mit der bayerischen Staatsregierung zusammen und hat gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR geklagt. Das Ergebnis war, dass die deutsche Bundesregierung, damals unter Willy Brandt, eine Erklärung aufnehmen musste zur Deutschen Einheit und dieser Vertrag nur in Kraft treten konnte mit dieser Erklärung zur Deutschen Einheit, die die CDU/CSU durchgesetzt hat aus der Opposition heraus. Opposition kann etwas bewirken. Das haben wir 1972 schon einmal gezeigt.

Ich war zehn Jahre später junger Student in Bonn bei den größten Demonstrationen, die es damals gegen die NATO-Nachrüstung gegeben hat, ein Beschluss, an der die Regierung von Helmut Schmidt gescheitert ist und die erst Helmut Kohl anschließend durchsetzen konnte. Liebe Freundinnen und Freunde, damals schon einmal gegen den Protest der Öffentlichkeit,

gegen diejenigen, die auf die Straße gegangen sind, die CDU hat Kurs gehalten, und wenn sie damals nicht Kurs gehalten hätte, wären die Voraussetzungen für die Deutsche Einheit nicht mehr erfüllt gewesen. Auch das hat mich tief geprägt in meiner Zeit als Student und Referendar damals, wie Helmut Kohl diesem Protest in Deutschland begegnet ist.

Und dann erinnere ich mich an den 4. Mai 1985. Das war ein Samstag. Ich war am Tag zuvor gerade als junger Richter am Amtsgericht in Saarbrücken vereidigt worden. Am 4. Mai hielt Richard von Weizsäcker, unser damaliger Bundespräsident, seine Rede zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, eine Rede, die auf der ganzen Welt Beachtung gefunden hat als die Rede schlechthin zu diesem Tag des Gedenkens an das Ende des Zweiten Weltkrieges. Aus dieser Rede ist mir ein Satz in Erinnerung geblieben an diesem Samstagmorgen, der lautete: „Bei uns“, so hat er gesagt, „ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hineingewachsen. Die Jungen“, so hat er gesagt, „sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah, aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“ Dieser Satz hat sich mir eingeprägt und ich hätte mir niemals vorstellen können, dass es einen deutschen Bundeskanzler nach diesem Satz noch einmal geben würde, der im Bundeskanzleramt schweigend hintritt, dass dort von demjenigen, der sich Präsident der Autonomiebehörde der Palästinenser nennt, übelste Vorwürfe gegen den Staat Israel erhoben werden, der blanke Antisemitismus dort zum Ausdruck gebracht wird und der deutsche Bundeskanzler schweigt und ihm anschließend noch die Hand reicht. Ich hätte es mir niemals vorstellen können, dass so etwas passiert.

(Beifall)

Olaf Scholz wird sich möglicherweise an diese Begegnung heute schon nicht mehr erinnern, aber die Weltgemeinschaft hat diese Bilder aus dem deutschen Bundeskanzleramt gesehen und wird sie in Erinnerung behalten. Liebe Freundinnen und Freunde, stellen wir uns doch mal einen kurzen Augenblick vor, es wären nicht Olaf Scholz und Claudia Roth im Kanzleramt – diese Frau, die ständig mit 70 Dezibel durch die Republik reist –, sondern Angela Merkel und Monika Grütters, und es hätte diese Vorgänge um die Documenta in Kassel gegeben, was in diesem Lande los wäre. Ich sage, Antisemitismus wird nicht dadurch besser, dass er von links kommt, von beiden Seiten aus müssen wir uns in diesem Lande dagegen wehren, was da hier gerade passiert, und klarstellen, dass dies auf null Toleranz stößt in Deutschland.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Dieses Erbe ist genau der Grund, warum es niemals und an keiner Stelle – im Bund nicht, in den Ländern nicht, in Europa nicht – niemals eine Zusammenarbeit von der CDU und der CSU mit der AfD in diesem Lande geben wird. Niemals wird es eine Zusammenarbeit mit dieser Partei geben.

(Beifall)

Dann bin ich 1989 als einer der beiden jüngsten deutschen Abgeordneten in das Europäische Parlament gewählt worden. Diese Zeit hat mich sehr geprägt. Die bestimmt bis heute mein politisches Denken, mein politisches Handeln und meine politischen Erfahrungen. Sie sind die größten in dieser Zeit gewesen. Ich weiß, wie kompliziert diese Europäische Union ist, aber ich weiß auch, ohne Europa und ohne unsere Partner in der Europäischen Union wäre es niemals möglich gewesen, einen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl zu haben, der die Deutsche Einheit im Jahre 1990 ein Jahr später verwirklicht.

Ich habe die europäische Einheit und die Deutsche Einheit aus der Perspektive des Europäischen Parlaments miterlebt und ich weiß, welchen Schatz, welchen Wert es hat, dass wir Freunde und Partner in Europa haben. Sie dürfen wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, diese Freundschaft mit Europa. Liebe Ursula von der Leyen, darf ich das hier in dieser Offenheit sagen? Europa ist gefordert wie wahrscheinlich schon lange nicht mehr. Konzentration auf das Wesentliche, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, gemeinsame Wirtschaftspolitik, gemeinsame Finanzpolitik, gemeinsame Krisenbewältigung, aber es kann nicht sein, dass dieser Apparat in Brüssel arbeitet und arbeitet und arbeitet und produziert und produziert und eine Richtlinie, eine Verordnung nach der anderen produziert, als ob da nie irgendwas gewesen wäre. Jetzt heißt es auch für Europa: Stopp mit dieser Regulierung und Überregulierung und Konzentration auf Krisenbewältigung in der Europäischen Union. Diesen Auftrag möchte ich unseren Europaabgeordneten und auch der Kommission gerne mit auf den Weg geben.

(Beifall)

Europa, liebe Freundinnen und Freunde, wird seine Legitimation verlieren, wenn es uns nicht gelingt, in dieser herausfordernden Zeit eine gemeinsame und geschlossene Antwort der Europäer zu geben. Unterschätzen wir nicht, was auf der Welt gerade passiert. Es ist nicht nur eine Zeitenwende, es ist ein Epochenbruch, den wir erleben. Da gehen alte Gewissheiten zum Teufel und neue Realitäten entstehen.

Deshalb nehmen wir unsere Arbeit auch im Deutschen Bundestag so sehr ernst. Ja, wir sind Opposition im Deutschen Bundestag, aber Opposition ist nicht Mist, nein, Opposition ist konstitutiver Bestandteil der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, einer Demokratie. Ohne Opposition wäre die Demokratie keine Demokratie und deswegen spielen wir auf gleicher Augenhöhe mit der Bundesregierung, füllen diese Aufgabe im Deutschen Bundestag aus. Dass wir dabei Wirkungstreffer erzielen können, das konnten Sie in dieser Woche zum wiederholten Male erleben. Das machen wir weiter so und das werden wir auch im Deutschen Bundestag gemeinsam weiter auf den Weg bringen.

Wir sind bereit, mit der Bundesregierung zusammenzuarbeiten, soweit es möglich ist, aber wir werden dieser Bundesregierung auch entgegentreten und andere Antworten geben, soweit es nötig ist. Wir sind gerade in der Krise bereit – und haben es bewiesen –, mit der Bundesregie-

rung zusammenzuarbeiten. Wir haben ein großes Paket geschnürt für die Bundeswehr. Wir haben es getan – lassen Sie mich das hier ganz offen sagen –, weil auch wir dafür Mitverantwortung tragen, dass die Bundeswehr nicht in dem Zustand ist, in dem sie sein sollte. Auch deshalb haben wir zugestimmt, für 100 Milliarden Euro. Das sind neue Schulden und eine Änderung des Grundgesetzes und eine zusätzliche Belastung der jungen Generation, aber wir stehen dazu, weil wir für unsere Sicherheit und für unsere Freiheit etwas tun müssen, mehr tun müssen als in den letzten Jahren.

Wir haben mit den Parteien der Ampel-Regierung am 28. April eine gemeinsame EntschlieÙung in den Deutschen Bundestag eingebracht und mit ganz großer Mehrheit beschlossen über humanitäre Hilfe, finanzielle Hilfe und auch militärische Hilfe für die Ukraine. Ja, auch mit schweren Waffen, die wir an die Ukraine liefern müssen. Es fällt uns vielleicht schwer zu akzeptieren und ich weiß, dass auch in unserer Partei darüber diskutiert wird. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, darf ich noch einmal einen einzigen Satz vorlesen aus dem Interview, das Herfried Münkler vor drei Wochen gegeben hat und das sehr eindringlich daran erinnert hat, dass man Frieden nicht nur mit gutem Zureden und Gesprächsangeboten erreichen kann: „Der Weg an den Verhandlungstisch“, so sagt er, „führt einzig über militärische Erfolge der Ukraine, die Russland die Aussicht auf den großen Sieg nehmen.“ Das ist die bittere Wahrheit. Das ist die bittere Wahrheit und deswegen sprechen wir uns dafür aus, dass wir etwas tun, dass wir mehr tun als wir im Augenblick tatsächlich tun. Ich will es hier sehr deutlich sagen: Mit FDP und Grünen zusammen hätte ich eine Exportgenehmigung für 100 Marder-Panzer an die Ukraine erteilt, damit klar ist, dass wir alles tun, was in unseren Möglichkeiten steht, um diesem Land zu helfen.

Es geht, wie wir alle wissen, nicht „nur“ um dieses Land. So haben wir es doch alle gesagt, auch der Bundeskanzler. Dieser Angriff auf die Ukraine ist nicht nur ein Angriff auf die territoriale Integrität des zweitgrößten, nach Territorium zweitgrößten, Landes Europas. Es ist ein Angriff auf die politische Friedensordnung der Nachkriegszeit. Es ist ein Angriff auf unsere Freiheit. Liebe Freundinnen und Freunde, vielleicht fehlt uns mittlerweile an der einen oder anderen Stelle das Bewusstsein für die richtigen Prioritäten. Lassen Sie mich mit Kaja Kallas sagen, der Ministerpräsidentin von Estland, die vor einigen Tagen in einem Interview in einer deutschen Zeitung gesagt hat: „Energiepreise mögen steigen, aber Freiheit ist unbezahlbar.“ Das muss auch unser Wort aus Deutschland sein: Freiheit ist unbezahlbar.

Ich erinnere nicht aus Gründen historischer Reminiszenzen an diese Jahre der Gründungsgeschichte unseres Landes und der Parteiengeschichte der CDU Deutschlands. Ich erinnere insbesondere an das Jahr 1982, weil uns 40 Jahre später, 2022, möglicherweise eine ähnliche Bewährungsprobe bevorsteht, wie vor 40 Jahren, dass wir nämlich Antworten geben müssen, die unbequem sind, die auch dem einen oder anderen nicht gefallen mögen. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, für uns kommt nicht erst das Fressen und dann die Moral, sondern wir haben einen klaren Kompass. Die Freiheit, die Demokratie, die Offenheit, die Liberalität unserer

Gesellschaft, das sind die höchsten Güter, und dafür müssen wir bereit sein, notfalls auch einen Preis zu bezahlen. Die CDU Deutschlands ist es, die an dieser Stelle mehr gefragt ist als alle anderen Parteien in unserem Lande.

(Beifall)

An alle diejenigen, die immer noch zweifeln, möchte ich einen einzigen Satz nur richten: Wenn Russland die Waffen schweigen lässt, ist der Krieg zu Ende; wenn die Ukraine die Waffen niederlegt, ist die territoriale Integrität und die Existenz dieses Landes am Ende. Das ist der Unterschied, auf den wir hinweisen müssen. Das ist der Unterschied, um den es in dieser Auseinandersetzung geht. Klarheit, notfalls Härte, Konsequenz in dem, was man tut, und jederzeit die Gesprächsbereitschaft offenzuhalten, auch mit Russland können und dürfen nur die einzigen Antworten sein, die aus der Staatengemeinschaft des Westens kommt, der Europäischen Union, der NATO, all derer, die in diesen Konflikt involviert sind und helfen wollen, so wie wir das alle gemeinsam tun wollen.

Liebe Freundinnen und Freunde, dieser Parteitag steht unter dem Motto: Mit klarem Kurs mehr Sicherheit für Deutschland. Wir meinen mit mehr Sicherheit nicht nur die innere Sicherheit und die äußere Sicherheit unseres Landes, wir sprechen natürlich auch über Versorgungssicherheit für Deutschland. Wir haben uns in diesem Land zu abhängig gemacht von russischem Gas. Ich sage „wir“; das war ein Fehler, das war eine große politische Dummheit, es war vielleicht auch ein gehöriges Maß an Naivität, und das müssen wir jetzt korrigieren. Daran waren wir auch beteiligt, aber ich werde es nicht zulassen, dass der Eindruck erweckt wird in Deutschland, dass dies allein 16 Jahre CDU und CSU gewesen sind. 20 von 24 der letzten Jahre haben Sozialdemokraten in Deutschland mitregiert. Sie tragen mindestens genauso dieselbe Verantwortung für diese Dummheit und für diese Naivität und für diese Fehler, die wir in Deutschland gemacht haben. Anders als die Sozialdemokraten hat es bei uns nie eine solche politische Korruption gegeben wie bei der SPD.

(Beifall)

Das Zentrum dieser abgrundtiefen Korruption ist nicht Berlin, sondern ist hier in Hannover, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde. Hier in Hannover sitzt das Netzwerk, das bis heute offensichtlich funktioniert, und das müssen wir natürlich auch zur Sprache bringen, wenn es um die Fehler der Vergangenheit geht. Aber jetzt schauen wir natürlich richtigerweise auch nach vorn. Wir schauen nach vorn, um diese Abhängigkeit zu reduzieren und durch andere Lieferquellen zu erschließen, aber dies ist doch noch nicht die Stunde für kleine Helden und große Abenteuer.

Liebe Freundinnen und Freunde, „Kleine Helden, große Abenteuer“ ist der Titel eines Kinderbuchs von Robert Habeck. Damit hier kein Zweifel entsteht: Kinderbücher sind eine wunder-

bare Sache und Philosophie ist eine fantastische Wissenschaft, aber nur mit Kinderbüchern und Philosophie kann man doch die Probleme unseres Landes nicht lösen. Meine Damen und Herren, als ob er eine Vorahnung gehabt hätte auf das, was auf ihn möglicherweise mal zukommt, schreibt er in diesem Buch wörtlich: „Die kleine Susanna entdeckt mit ihrer Freundin die Geheimnisse der Zeit und Emily erfährt aus erster Hand, wie aufregend ein nächtlicher Stromausfall sein kann.“ Meine Damen und Herren, so schreibt Robert Habeck. Aber wir sind nicht Bullerbü, wir sind die viertgrößte Industrienation der Welt, die es sich nicht leisten kann, ein Trainee-Programm für Bundeswirtschaftsminister aufzusetzen. Sondern wir brauchen hier Menschen in den Ämtern, die was verstehen von der Aufgabe, die sie da wahrnehmen.

(Beifall)

Wenn der Trainer merkt, dass die Mannschaftsaufstellung nicht optimal ist, dann muss er eingreifen, und dann muss er notfalls die Zuständigkeiten ins Bundeskanzleramt holen. Ich habe den Vorschlag am Mittwoch gemacht, wiederhole ihn hier: Mindestens einen Energiesicherheitsrat im Kanzleramt mit Experten von außen, besser noch, einen nationalen Sicherheitsrat in Deutschland, eingerichtet nach dem Vorbild vieler anderer westlicher Länder, die das längst tun und nicht zulassen, dass da auf zweiter und dritter Ebene dilettiert wird, sondern dass professionell gearbeitet und auf eine solche Herausforderung richtig reagiert wird. Mehr können wir doch im Augenblick von dieser Bundesregierung nicht erwarten, als dass sie das tut. Wir sind sogar bereit, ihr dabei zu helfen, wenn sie uns fragt, aber sie steht in der Verantwortung, diese Aufgabe jetzt wahrzunehmen.

Wir sagen, auf einen solchen Angebotsschock – und das ist ein Angebotsschock, wenn plötzlich das Gas ausbleibt in diesem Umfang – dann muss man mit einer Ausweitung des Angebots antworten. Ausweitung des Angebotes kann doch nur heißen, in dem Augenblick, in dem wir jetzt sind, volle Kraft voraus mit allem, was uns zur Verfügung steht. Braunkohle? Steinkohle? Selbstverständlich, jede Form der regenerativen Energien, Biomasse, Wind und Sonne und natürlich auch Kernenergie. Wo ist denn eigentlich das Problem, dass wir das in Deutschland nicht hinbekommen?

(Beifall)

Was haben wir denn da in den letzten Tagen seit letztem Montag erlebt und gehört? Das ist doch unfassbar, was da vorgetragen wird. Dies Gestammel dann anschließend in den Fernsehnachrichten. Meine Damen und Herren, ich fordere von dieser Stelle den Bundeskanzler auf: Stoppen Sie dieses rot-grün-gelbe Narrenschiff auf diesem Kurs, auf dem Sie sind, und korrigieren Sie diesen Kurs so schnell wie möglich, damit unser Land nicht in eine ernsthafte Wirtschaftskrise abstürzt! Stoppen Sie das!

Nun werden besorgte Zeitgenossen fragen: Ja, aber wie geht denn das mit der Umwelt weiter? Wie geht denn das mit unseren Zielen, Klimaneutralität zu verwirklichen bis 2045? Meine Damen und Herren, zwei Antworten darauf. Die erste: Bis zum Jahr 2020 haben wir in Deutschland die Klimaziele erreicht. Seit 1990 hat sich die Wirtschaftsleistung unseres Landes verdoppelt und die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 Prozent reduziert. Bis zum Jahr 2020, und Sie wissen, wer in dieser Zeit regiert hat, es waren unionsgeführte Bundesregierungen, seit 2005 in der Verantwortung auch für diese schwierige Aufgabe, Klimaneutralität zu erreichen. 40 Prozent, das ist die gute Nachricht. Die etwas weniger gute Nachricht ist, jetzt wird es schwierig und unter den Bedingungen der Krise, unter den Bedingungen, dass wir fossile Brennstoffe wieder nutzen müssen, nicht mehr möglich; jedenfalls nicht so. Allein mit Vermeidung von CO<sub>2</sub>, so wie wir uns das bisher vorgenommen haben, wird es sicher nicht gehen, und trotzdem müssen wir die Ziele erreichen.

Trotzdem müssen wir bis zum Jahr 2045 spätestens klimaneutral werden. Wie machen wir das? Wir haben in diesem Leitantrag, der Ihnen als Initiativantrag des Bundesvorstandes vorliegt, dazu ein Kapitel geschrieben. Wir sagen auch denjenigen, die sich zu Recht um die Umwelt sorgen und die uns zu Recht fragen, welche Antworten habt ihr denn? Wenn es sich allein mit Vermeidung nicht erreichen lässt, dann müssen wir Technologien einsetzen, dann müssen wir CO<sub>2</sub> zurückgewinnen, dann müssen wir es trennen von Verbrennungsprozessen und Industrieprozessen, dann müssen wir es als Rohstoff verstehen und nicht nur als Umweltzerstörung und dann müssen wir etwas tun, was wir schon einmal sehr erfolgreich getan haben: Wir müssen an Kreisläufe denken, an Wirtschaftskreisläufe, an Recycling.

Liebe Freundinnen und Freunde, das waren die großen umweltpolitischen Erfolge der Union. Verbindet sich mit Namen von uns, in unseren Regierungen, dass wir so etwas hinbekommen haben. Warum kriegen wir das denn dann mit CO<sub>2</sub> nicht auch hin? Dann höre ich den Einwand: das sei alles viel zu teuer. Als der erste Ottomotor gebaut war, der erste Diesel gebaut war, die waren so teuer, die hat auch keiner gekauft, aber die Innovation war da, die Erfindung war da. Es waren Erfindungen aus Deutschland. Was hindert uns denn jetzt daran, genau auf diesem Weg wieder voranzugehen, zu sagen, den Anspruch an uns selbst zu stellen: Wir wollen die modernsten Technologien in Deutschland entwickeln – zusammen wo immer möglich, mit den europäischen Nachbarn und Freunden, aber zur Not auch allein – wir wollen die modernsten Technologien entwickeln, damit wir tatsächlich klimaneutral werden im Jahr 2045, vielleicht so gut, dass wir damit wieder technischer Schrittmacher, technologischer Schrittmacher auf der ganzen Welt sein können. Was hindert uns eigentlich daran, diesen Anspruch an uns selbst zu stellen, zuzugestehen, dass es so wie bisher gutging, aber nicht weitergeht, und dass wir in Zukunft etwas anderes auf den Weg bringen müssen?

Das könnte eine Antwort von uns sein, denn wir müssen heute die Frage beantworten, wovon unsere Kinder und Enkelkinder in den nächsten zehn Jahren, 20 Jahren und 30 Jahren in unse-

rem Land denn leben sollen. Von Gleichstellungsbeauftragten allein werden sie nicht leben können, meine Damen und Herren. Wir brauchen produzierende Industrie in Deutschland, wir brauchen Unternehmen mit Wertschöpfung, wir brauchen eine wettbewerbsfähige Industrie.

Nun sind die Fragen, vor die wir gestellt sind und die wir beantworten wollen und müssen, nicht allein materielle Fragen. Wir müssen auch die Frage beantworten, in welcher Gesellschaft wir denn leben wollen. Was macht uns als Land denn aus in dieser Welt, die sich so radikal verändert. Nun, auch da hilft ein Blick in unsere Geschichte, auch ein Blick in unser Grundgesetz. Wir haben die freiheitlichste Verfassung, die jemals auf deutschem Boden existiert hat. Wir können unverändert stolz darauf sein, ein solches Land zu sein, die freiheitlichste Gesellschaft, offen, liberal, frei, wie unsere Großeltern sie sich nur haben erträumen können. Freiheit in jeder Hinsicht: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Wahlfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Freiheit, Unternehmen zu gründen, Freiheit, den Beruf auszuüben, eine Ausbildung einzugehen, selbst die Freiheit, einfach nichts zu tun. Auch diese Freiheit hat unsere Gesellschaft, aber diejenigen, die sich diese Freiheit nehmen, haben nicht den Anspruch darauf, dass diese Gesellschaft ihnen dann auch gleichzeitig den Lebensunterhalt sichert.

Liebe Freunde, und das ist der entscheidende Unterschied zwischen uns und insbesondere den Sozialdemokraten. Diese Worte, die da immer wieder fallen von Grundsicherung und bedingungslosem Grundeinkommen, das sind nicht unsere Vorstellungen von Freiheit und Verantwortung. Wir gehen von einem Menschenbild aus, und dieses Menschenbild heißt: Zunächst einmal ist jeder für sich persönlich verantwortlich. Jeder ist ein Individuum. Wir gehen nicht vom Kollektiv aus, wir denken nicht vom Kollektiv aus, wir denken vom einzelnen Menschen.

Und wir sagen das als Christen, als Christdemokraten. Es muss nicht jeder unseren Glauben teilen, aber dahinter steht ein Menschenbild. Und weil es einmal eine Diskussion war, will ich an dieser Stelle gleich sagen: Mit mir als Vorsitzendem wird es daran, auch an unserem Namen mit dem „C“, keine Veränderung geben. Wir bleiben dabei, dass dieses „C“ in unserem Namen steht.

(Beifall)

Nicht, weil wir katholisch oder evangelisch sind, sondern weil wir doch irgendwo tief in unserem Inneren meinen zu spüren, dass es eine höhere Instanz gibt als uns und dass wir auf dieser Welt vielleicht eben doch nur die vorletzten Antworten geben, nicht die letzten. Aber das wird uns in unserem Ringen und in unserem Bemühen nicht nachlassen, alles zu tun, damit wir eine lebenswerte freiheitliche Gesellschaft bleiben. Meine Damen und Herren, um es noch deutlicher zu sagen: Jeder darf in diesem Land leben, wie er will, darf lieben, wen er will, und darf reden, was er will. Das macht die Freiheit unseres Landes aus. Aber wenn der Oberbürgermeister noch da wäre, würde ich es auch in seiner Gegenwart gerne sagen: Das schließt ein, dass zumindest die öffentlich-rechtlichen Institutionen und staatlichen Institutionen allgemeine

Regeln akzeptieren. Universitäten, meine Damen und Herren, und öffentlich-rechtlicher Rundfunk sind keine Volkserziehungsanstalten, sondern sie haben einen staatlichen Bildungsauftrag.

(Beifall mit Rufen)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen staatlich bestimmten Informationsauftrag, und an die halten sie sich bitte und an die Regeln, die wir uns alle in diesem Land gegeben haben, auch für die Verwendung der deutschen Sprache. Im Privatleben können sie machen und tun und lassen, was sie wollen, aber wenn sie einen Auftrag ausführen, der entweder mit Steuermitteln oder mit Gebühren, die von allen erhoben werden, finanziert wird, dann kann man erwarten, dass sie sich an die allgemein anerkannten Regeln in der Nutzung der deutschen Sprache, der Sprache von Goethe und Schiller, von Kant und Hegel, einfach an diese Regeln halten.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, und so machen wir uns jetzt auf den Weg der Erneuerung der CDU. Dieser Parteitag ist eine Etappe, ist ein Schritt auf diesem Weg. Wir werden 2023 eine intensive Diskussion über unsere Grundsätze haben. Den ersten Teil dieser Diskussion führen wir morgen und ich will an dieser Stelle ausdrücklich dank sagen alle denjenigen, die in der Grundsatzprogrammkommission die Arbeit aufgenommen haben. Das ist nicht für alle sofort und unmittelbar ersichtlich, aber da findet eine intensive Arbeit statt in zehn Kommissionen. Einen Teil dieser Arbeit bekommen Sie morgen bereits präsentiert und wir diskutieren morgen darüber.

Herzlichen Dank an alle diejenigen, die da mitwirken, und ich nenne stellvertretend und an erster Stelle Carsten Linnemann, Serap Güler und Mario Voigt, die diese Arbeit geleistet haben, auch Andreas Rödder, der heute bei uns ist. Wir führen diese Diskussion, wir machen es uns nicht leicht, wir machen es uns schwer, weil wir uns selbst vergewissern wollen, wo wir stehen und wo wir hinwollen in den nächsten Jahren, aber wir werden die CDU nicht neu erfinden. Wir stehen auf einem festen Fundament, wir haben eine Grundüberzeugung und trotzdem sind wir jederzeit bereit, kritisch, selbstkritisch zu überprüfen, ob unsere Positionen immer noch die richtigen sind. Wir bleiben im besten Sinne des Wortes offen, wir bleiben gespannt, wir hören zu und wir sind trotzdem und bleiben eine konservative, eine liberale und eine soziale Partei. Daran wird sich nichts ändern, liebe Freundinnen und Freunde, in der Diskussion, die wir jetzt vor uns haben.

Dann gehen wir auf diesem Weg in das Jahr 2024 hinein und dann werden wir einen mehrtägigen großen Parteikongress machen, wo wir das Grundsatzprogramm verabschieden, wo wir ein Europawahlprogramm verabschieden, wo wir dann auch Wahlen und Neuwahlen für den Bundesvorstand haben werden und wo wir uns dann auch auf das große Wahljahr 2025 vorbereiten.

Dies ist heute hier ein erster Schritt und ich will zum Schluss noch einmal an Sie herzlich appellieren: Lassen Sie uns gemeinsam verantwortlich mit dem, was uns in diesen beiden Tagen, heute und morgen, vorliegt, umgehen. Da schauen sehr viele Wählerinnen und Wähler, nicht nur unsere Mitglieder, auf uns und stellen sich die Frage: Was macht diese CDU da jetzt? Wie geht sie mit diesen großen Themen unserer Zeit um? Welche Antworten gibt sie auf die Herausforderungen, vor denen die privaten Haushalte, die Unternehmen stehen? Einen umfangreichen Vorschlag haben wir Ihnen dazu unterbreitet mit dem Leitantrag des Bundesvorstandes.

Aber bitte ordnen wir es auch richtig ein: Die Beschäftigung mit uns selbst ist notwendig, aber die Beschäftigung mit der Lage der Menschen, mit der Lage der Betriebe in Deutschland ist notwendiger als die Beschäftigung mit uns selbst. Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir diesen Anspruch, den wir an uns selbst stellen, einlösen, dann ist das, was ich zu Beginn gesagt habe, dass wir wieder zurück sind auf Platz 1 unter den deutschen Parteien, nicht nur eine Momentaufnahme. Dann wird es wieder das werden, was es über diese vielen Jahrzehnte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war. Dann ist die CDU zusammen mit der CSU die bestimmende politische Kraft unseres Landes. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten, dazu rufe ich Sie alle auf, daran mitzuwirken, und das macht doch auch Freude, im Dienste unseres so wunderschönen Landes, der Bundesrepublik Deutschland, diese Arbeit zu leisten. Nehmen Sie daran teil, zeigen wir diesen Führungsanspruch an unsere Mitglieder, aber auch und vor allem an die Wählerinnen und Wähler in Deutschland. Ich danke Ihnen sehr.

(Lang anhaltender, starker Beifall – die Delegierten erheben sich)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Lieber Parteivorsitzender, lieber Friedrich Merz, herzlichen Dank für diese leidenschaftliche Rede. Wir merken glaube ich alle, dass es was ganz anderes ist, ob wir den Applausbutton an unserem Rechner zuhause drücken oder ob wir mit allen zusammen in diesem Saal sind. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Bevor wir nun zur Aussprache kommen, darf ich die Mitglieder der Antragskommission darauf hinweisen, dass sich die Antragskommission jetzt trifft. Dafür nehmen Sie bitte von der Bühne aus gesehen den linken Ausgang und dort ist der Raum dann ausgeschildert. Wir kommen jetzt zu

TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden

Hierzu liegen auch schon einige Wortmeldungen vor. Ich erteile das Wort dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, unserem Freund Hendrik Wüst.

**Hendrik Wüst:** Verehrtes Tagungspräsidium, liebe Freunde! Lieber Friedrich, danke für dieses starke Rede. Es gibt viele Kategorien von Applaus und die kennen das alle, das sind Profis. Das war ein warmer und ehrlicher Applaus. Die Partei dankt ihrem Parteivorsitzenden für seine Arbeit als Partei- und Fraktionsvorsitzender, und das zu Recht.

(Beifall)

Die CDU ist mit dem Kurs der Modernisierung genau auf dem richtigen Weg, und auch das zeigt dieser Applaus. Ich will auch herzlich danke schön sagen für die gute Zusammenarbeit, lieber Friedrich, mit den Landesverbänden. Ich habe davon sehr profitiert, du hast es gesagt, bin 200 Tage vor der Landtagswahl ins Amt gekommen. Es gab nie eine Woche, in der wir nicht mindestens zwei-, dreimal Kontakt hatten, telefoniert haben. Ich sage auch ganz herzliches Dankeschön an alle anderen Landesverbände, an die Bundespartei, die Bundestagsfraktion bis hin zur CSU. Alle haben unterstützt, alle haben gewonnen. Unser Sieg bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen war ein Sieg für die ganze Union. Vielen herzlichen Dank für das gute Miteinander und die starke Unterstützung!

(Beifall)

Eine starke Opposition ist gerade in diesen Tagen besonders wichtig. Der Umgang der Ampel mit den immer größer werdenden Sorgen der Menschen, mit der Angst vor Teuerung, vor Inflation ist nahezu beschämend. Für viele Menschen werden die steigenden Kosten zu einem manifesten Problem der alltäglichen Lebensführung. Nicht nur Rentner, nicht nur Studierende, sondern immer stärker auch für die Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, mit kleinen, mit normalen, mit mittleren Einkommen. Eine warme Wohnung, der Weg zur Arbeit, ein voller Kühlschrank für die Familie darf nicht zum Luxus werden in Deutschland, liebe Freunde.

Die steigenden Preise sind auch eine immer größere Bedrohung für Arbeitsplätze in Deutschland. Das haben wir viele Jahrzehnte so in der Dimension gar nicht mehr gekannt. Aus der chemischen Industrie, aus der metallverarbeitenden Industrie, aus dem energieintensiven Mittelstand hören wir jeden Tag davon, dass Anlagen runtergefahren werden, dass Produktion reduziert wird, dass Produktion eingestellt wird. Was das mit den Beschäftigten macht, das können wir uns alle denken. Deswegen sind jetzt drei Dinge wichtig:

Erstens: Wir brauchen eine dauerhafte Entlastung auch der Wirtschaft, des Mittelstandes bis runter zu den Familienbäckereien. Dauerhafte Entlastung wird es nur geben, wenn es an die Ursachen geht. Die Kosten für die Energie müssen runter und deshalb gilt: Alles, was in Deutschland Energie erzeugen kann, muss jetzt genutzt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Das heißt, wir brauchen auch wieder vorübergehend mehr Kohleverstromung. Wir in Nordrhein-Westfalen sind dazu bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten, obwohl wir, wenn es möglich

ist, 2030 aus der Kohleverstromung raus wollen. Mit dem Streckbetrieb hatte sich eine große Breite in unserem Land doch schon abgefunden. Die Ampel geht jetzt ein großes Risiko ein, diese Chancen nicht zu nutzen. Anstatt immer mehr Menschen abhängig zu machen von Sozialleistungen, muss die Ampel daran arbeiten, dass die Menschen sich ihr normales Leben noch leisten können mit ihrer Hände Arbeit, darum muss es gehen.

(Beifall)

Zweitens: Bei den Entlastungen dürfen nicht wieder ganze Personengruppen vergessen werden. Ich denke beispielsweise an die Pendlerinnen und Pendler in Nordrhein-Westfalen. Bei uns zuhause pendeln mehr als die Hälfte der Menschen jeden Morgen zur Arbeit, auch Menschen, die sich die Tankfüllung kaum noch leisten können. Ich denke an die Familien. Kindergeld rauf ist gut, aber warum nur für das erste und zweite Kind? Das wäre der CDU, das wäre Rita Süßmuth nie passiert, die großen Familien zu vergessen. Auch große Familien brauchen Entlastung in diesen Tagen.

(Beifall)

Drittens: Wir müssen alle Chancen der Innovationen nutzen, beim Energiesparen, beim Energiespeichern, beim Energieproduzieren. Es sind genug Ideen da. Wir müssen sie jetzt umsetzen, um möglichst schnell unabhängig zu werden und um Wertschöpfung auch bei der Energieerzeugung bei uns in Deutschland zu halten.

Als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz sage ich eines auch ganz klar: Die Bundesregierung ist gut beraten, ein solches Entlastungspaket auch mit denen zu besprechen, die es mit bezahlen müssen und umsetzen müssen, mit Ländern, mit Städten und Gemeinden. Allein bei uns, allein in meiner Heimat in Nordrhein-Westfalen kostet dieses Paket nach Schätzungen drei bis vier Milliarden Euro. Vor allem müssen die Praktiker vor Ort, die Länder, die Kommunen ganz genau drauf schauen, dass nicht noch einmal so ein Murks passiert wie bei der Gasumlage oder dass man ganze Bevölkerungsgruppen wie Studierende und Rentner vergisst. Dieses Paket muss jetzt sitzen und darauf müssen wir Acht geben.

(Vereinzelt Beifall)

Darauf werden wir gemeinsam Acht geben, mit Daniel Günther, mit reiner Haseloff, mit Boris Rhein, auch mit Markus Söder, auch ich werde darauf achten. Wenn man die Namen so sieht und hört, die Kollegen sind alle hier, Markus kommt morgen, dann sieht man auch, wir haben die Bundestagswahl nicht gewinnen können, aber wir sind stark in den Ländern, wir sind stark aufgestellt in den Ländern und demnächst kommt Verstärkung. Bernd Althusmann, ich freue mich drauf, dass auf diese Liste demnächst auch dein Name kommt. Ich freue mich ab dem 9. Oktober, zusammen mit dir im Bund dafür zu sorgen, dass die normalen Leute sich das nor-

male Leben noch leisten können. Wir werden alles tun, so wie ihr alles getan habt und mich unterstützt habt, dass du Ministerpräsident in Niedersachsen wirst und dass Niedersachsen weiter springt.

(Beifall)

Die Ampel hat viel Vertrauen verspielt bei den Menschen. Wir erleben eine Kompetenz-Mangellage in der Bundesregierung. Ein Gesundheitsminister mit einer zunehmend wirren Kommunikation zur Pandemie, eine Verteidigungsministerin, die sich nur dann für die Truppe interessiert, wenn sie einen Helikopter nach Sylt braucht, der Kanzler, der von Zufallsgewinn redet. Als ich das gehört habe, habe ich mich gefragt, Zufallsgewinn, was soll das sein. Ich weiß, was Zufallsgewinn ist, der Sieg von Olaf Scholz bei der Bundestagswahl, das war ein Zufallsgewinn, liebe Freunde.

(Beifall)

Da oben steht's, wir sind die Partei der Sicherheit, wir sind die Partei der Stabilität und wir sind die Partei des Wirtschaftsaufschwungs der letzten 15 Jahre, und das trotz Eurokrise, trotz Staatsschuldenkrise. Deutschland war Wachstumslokomotive in Europa, und das lag an unserer Politik, an der unionsgeführten Bundesregierung. Davon, glaube ich, können wir auch heute noch manches lernen und zehren. Vor allen Dingen können wir dankbar dafür sein, selbstbewusst von dieser Zeit reden und wir können stolz auf die Zeit unter Angela Merkel sein.

(Beifall)

Wenn Angela Merkel in der Welt unterwegs war, dann galt ihr Wort. Angela Merkel hat man vertraut und dieses Vertrauen hat Deutschland in der Welt gutgetan. Wenn der Nachfolger in der Welt unterwegs ist, dann wissen alle, das ist der Mann, der zögert und zaudert, wenn es um die Hilfe für die Ukraine geht. Und das ist schlimm, dass sich viele Menschen in Deutschland und der Welt heute fragen, was gilt noch das Wort eines deutschen Kanzlers. Sowas hat es bei Angela Merkel nie gegeben. Lasst uns selbstbewusst zu unserer erfolgreichen Regierungszeit stehen.

Lieber Friedrich, der Kurs der Modernisierung ist wichtig und richtig. Zur modernen Volkspartei der CDU gehört natürlich auch der Anspruch, jederzeit bereit zu sein, wenn die anderen scheitern. Mir ist wichtig, dass wir heute klare Signale aussenden, dass die CDU wirksame Lösungen hat für die Alltagsprobleme der Menschen, dass die CDU bei wichtigen Themen auf der Höhe der Zeit ist. Lasst uns gerne auch über die Modernisierung unserer Partei diskutieren. Ich finde den Vorschlag des Bundesvorstands zur Parteireform richtig und ich werde ihn auch unterstützen, ja, auch die Quote, damit es ausgesprochen ist. Ich weiß: Das sehen andere auch anders.

(Vereinzelt Beifall)

Lasst uns das nachher ordentlich besprechen miteinander, zügig und abstimmen, aber lasst uns auf diesem Parteitag vor allen Dingen an den Themen arbeiten, die den Menschen außerhalb dieser Halle wirklich unter den Nägeln brennen. Es geht um Frieden und Freiheit in Europa, es geht um Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Es geht darum, dass die normalen Menschen sich das normale Leben noch leisten können. Darum kümmern wir uns als CDU, das ist unsere Verantwortung, dafür sind wir mal gegründet worden. Das sollte in diesen Tagen auch im Mittelpunkt unserer Arbeit hier stehen. Vielen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Als Nächstes bekommt das Wort Kai Wegner.

**Kai Wegner**: Lieber Friedrich Merz, liebe Freundinnen und Freunde! Klare Worte, klarer Kurs! Lieber Friedrich Merz, herzlichen Dank, das hat mal richtig gutgetan. Ich glaube, das hat uns als Partei mal richtig gutgetan. Und ich sage euch, genau diese Worte, dieser Kurs würden unserem Land richtig guttun, nicht diese zögernde und zaudernde Bundesregierung, die nicht weiß, wo sie hinwill, sondern ein klarer Kurs, eine klare Sprache. Vielen Dank, Friedrich Merz für deine Worte!

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, Hendrik Wüst hat's gesagt, Friedrich Merz hat's gesagt. In der Tat, die Lage ist ernst. Irgendwie gefühlt sind wir jetzt in dem zweiten und dritten Jahr einer schweren Krise, aber mein Eindruck ist, dass die Menschen in keiner der Krisen so sehr in Sorge waren wie in dieser Krise. Ich höre ganz oft von Menschen, die mich ansprechen, auch in meiner Heimatstadt Berlin: Herr Wegner, wie teuer wird es denn noch alles? Kann ich mir morgen noch mein Brot kaufen? Kann ich mir morgen meine Butter noch leisten? Kann ich eigentlich in meiner Wohnung wohnen bleiben? Die Menschen haben Angst und wollen Lösungen.

Lieber Friedrich Merz, ich bin dir und dem Bundesvorstand sehr dankbar. Wir haben eine in einige Initiativen als Berliner Union zu diesem Parteitag eingebracht und wir bieten Lösungen mit unserem Grundsatzbeschlusstext für diesen Parteitag. Dieses Land braucht einen echten Energiepreisdeckel, liebe Freundinnen und Freunde, und wir dürfen nicht zu kurz springen. Wir brauchen auch diesen Energiepreisdeckel für Gas, liebe Freundinnen und Freunde. Fast jeder Zweite in Deutschland heizt mit Gas, auch die brauchen jetzt unsere Unterstützung und unsere Hilfe bei den explodierenden Kosten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe es gesagt, ich komme aus Berlin. Berlin ist eine Mieterstadt wie so viele Städte in Deutschland. Ich glaube, es ist gut und richtig, dass wir sagen in unserem Beschlusstext, dass wir einen Kündigungsstopp für Mieter brauchen, die ihre Rechnung für Energie derzeit nicht zahlen

können. Liebe Freundinnen und Freunde, das haben wir in Regierungsverantwortung in der Coronazeit doch auch hinbekommen. Warum schafft nicht einmal diese Bundesregierung das, auch hier müssen wir vorangehen. Ich hoffe auf Ihre, auf eure Unterstützung bei diesem Text.

Denn die Menschen haben Angst, ich habe es gesagt. Ich will das auch noch mal unterstreichen, was Hendrik Wüst gesagt hat. Eine warme Wohnung, ein warmes Essen darf niemals Luxus in diesem Land sein. Ich sage euch auch, die Menschen, die morgens aufstehen, arbeiten gehen, sich krumm machen, abends müde nach Hause kommen, Steuern zahlen, die heute Ängste haben, diese Menschen brauchen eine Stimme in diesem Land. Die einzigen, die einzige Partei, die für diese Menschen noch eine Stimme sein kann, das ist die CDU, liebe Freundinnen und Freunde. Um diese normalen Leute müssen wir uns wieder stärker kümmern.

(Beifall)

Wir wollen Volkspartei bleiben. Wir haben das mehrfach diskutiert und angesprochen. Da müssen wir uns natürlich auch um alle kümmern, alt, jung, arm, reich, aber ich sage das auch, liebe Freundinnen und Freunde, sehr bewusst, in Stadt und Land. Wir müssen die Menschen auch wieder in den Städten erreichen. Wenn ich so an Berlin denke – der eine oder andere ist das eine oder andere Mal da – Stausituation, vieles funktioniert nicht. Nun hatten wir am 26. September auch eine Wahl in Berlin. Nun befassen sich ernsthaft Berliner Gerichte mit diesem Ausgang der Wahl, nicht mit dem Ergebnis, sondern mit der organisatorischen Durchführung. Ich bin als Berliner schon viel gewöhnt. Nicht falsch zu verstehen, ich lebe in der großartigsten Stadt, ich liebe Berlin und ich finde, Berlin ist eine richtig tolle Hauptstadt für unser Land, aber noch schöner wäre es, wenn in Berlin so manches mehr funktionieren würde.

Berlin hat eine regierende Bürgermeisterin, die kennen Sie alle. Die steht so für gute Familien-Gesetze, gute Kinder-Gesetze, gute Rücktritts-Gesetze auch das eine oder andere Mal. Liebe Freundinnen und Freunde, jetzt haben wir in Berlin eine Arbeitsgruppe vom Senat eingerichtet, „Gute Wahlen“. Mir würde es völlig reichen, wenn wir in Berlin keine Arbeitsgruppe „Gute Wahlen“ hätten, sondern wenn wir in Berlin funktionierende Wahlen hätten, Wahlen, die rechts-sicher sind und die am Ende zu einer guten Regierung führen.

Deswegen, lieber Bernd Althusmann, viel Erfolg im Oktober in Niedersachsen. Niedersachsen hat eine bessere Regierung verdient. Aber, lieber Friedrich Merz, vielleicht kommt 2026 – da wählt Berlin offiziell, ein bisschen früher als man denkt – vielleicht kommt 2026 in Berlin schon im Februar oder März 2023. Ich will, wir als Berliner Union, wollen zeigen, dass die CDU auch Großstadt kann. Dafür brauchen wir diese Beschlüsse für die ganz normalen Menschen in unserem Land.

Heute einen guten Parteitag! Herzlichen Dank, Friedrich Merz, für die tollen Worte!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Kai Wegner. Als Nächste bekommt das Wort Julia Klöckner.

**Julia Klöckner**: Guten Tag, lieber Friedrich Merz, lieber Bernd Althusmann und liebe Freundinnen und Freunde! Zugegeben, das ist ein kurzer Parteitag, aber es ist ein wichtiger Parteitag und wir sind auf dem Weg und es ist der richtige Weg. Lieber Friedrich, nach 16 Jahren die Regierung zu verlieren, das kann eine Partei auseinanderbringen, das kann eine Partei dermaßen auf die Probe stellen, dass man den Tritt in der Opposition nicht findet. Bei uns ist es genau anders gelaufen und dafür herzlichen Dank. Du hast diese Partei zusammengehalten, du hast diese Fraktion zusammengehalten, du bist derjenige, der eine Regierung treibt und deutlich macht mit uns zusammen, dass es für Deutschland auch eine andere Regierung geben kann, und wir uns vorbereiten, nicht mit Opposition in der Blockade, sondern mit ganz klaren Vorschlägen, die wirklich etwas anderes den Bürgern versprechen als das, was jetzt die Regierung in Berlin tut.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht nicht darum, Unhaltbares zu versprechen, sondern es geht darum, auch zu diskutieren und Diskussionen zuzulassen. Liebe Freunde, auch die Frage darum, wie ist die Bandbreite von Diskussionen: Gilt das Argument oder gilt die Gesinnung? Wenn links okay ist, kann doch nicht rechts einfach für alle anderen Parteien genutzt werden, die nicht links der Mitte sind. Wenn links nicht linksextrem ist, dann können doch nicht durch dieses Wording alle bürgerlichen Parteien – und darunter verstehe ich uns als CDU/CSU – als rechts abgekanzelt werden. Lasst uns wieder in eine Debattenkultur gehen, wo wirklich die Argumente gelten und nicht die Gesinnung. Diejenigen, die von Diversität reden, von Vielfalt – ja, Vielfalt ist wichtig –, aber wenn die nur ihre eigene Meinung gelten lassen für die Vielfalt, die sie definieren, dann ist die Debattenkultur in Deutschland begrenzt und beendet. Am Ende muss das Argument gelten und die Überzeugung. So soll auch dieser Parteitag sein.

Ich möchte schließen mit einem ganz wichtigen Punkt, wenn es um Unternehmerinnen und Unternehmer, um unsere Wirtschaft geht: Wer in diesen Tagen von uns als Union in der Plenardebatte den Grünen gegenüber sagt, Wohlstand ist kein Selbstläufer und die Deindustrialisierung ist nicht nur ein Hirngespinnst, sondern eine Gefahr für Deutschland und für die Arbeitsplätze, wer das heute sagt, wer das gesagt hat in dieser Woche, in den Plenardebatten, der wurde abgetan als rechts oder als Populist.

Es sieht anders aus, die Sorgen bei unseren Unternehmerinnen und Unternehmern sind da. Wir haben die höchste Inflationsquote seit 50, 60 Jahren, wir haben Kaufkraftverluste und wir haben 26 Prozent mehr Insolvenzen als im Jahr davor. Jetzt geht es darum, dass dieser Wettbewerbsstandort Deutschland bestehen bleibt. Wir brauchen ein Sofortprogramm Wirtschaft. Darüber werden wir heute sprechen, aber ich sage auch: Wer sich Gedanken darüber macht,

wie kleine Einkommen geschützt werden können, muss sich auch Gedanken machen, wie unsere Wirtschaft hier weiter wirtschaften kann und wie die berufliche Bildung gleichwertig wird zur akademischen Bildung. Das machen wir als Union und deshalb sind wir Volkspartei und keine Klientelpartei. Deshalb sagen wir auch zur FDP, es ist unanständig, den vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die kalte Progression nicht in diesem Jahr auszugleichen, sondern ins nächste Jahr zu schieben. Das ist keine Entlastung, das ist eine Steuererhöhung, die unanständig ist.

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Julia, als Nächstes bekommt das Wort Tilman Kuban.

**Tilman Kuban**: Liebe Franziska, lieber Bernd, lieber Friedrich! Vor einem Jahr hingen bei den meisten von uns die Mundwinkel ziemlich weit unten. Manch einer prophezeite den Untergang der Christdemokraten in ganz Europa, verglich uns mit Parteien in Italien, aber wir haben es geschafft. Wir haben es geschafft mit einer Mitgliederbefragung, die Parteibasis und unsere Führung zu versöhnen. Wir haben es geschafft mit zwei erfolgreichen smarten Ministerpräsidenten, Wahlen zu gewinnen, und wir haben es geschafft, mit einem Partei- und Fraktionsvorsitzenden die Ampel zu treiben zu den richtigen Entscheidungen und dafür zu sorgen, dass die CDU heute wieder da ist. Ohne diesen Prozess und ohne Friedrich Merz wäre dies nicht möglich gewesen, dass wir an der Spitze der Parteien in Deutschland stehen. Danke, lieber Friedrich, für deine Arbeit!

(Beifall)

Aber, wir sind auch 2014 mit Jogi Löw Fußball-Weltmeister geworden und trotzdem 2018 in der Vorrunde der Weltmeisterschaft ausgeschieden, weil wir nicht mehr innovativ waren, weil wir nicht mehr gut waren, weil wir keinen Spirit mehr hatten. Deswegen ist mein Wunsch, lasst uns als CDU wieder gemeinsam Substanz gewinnen, lasst uns ein Alternativmodell zur Ampel aufzeigen und knallhart an den Ideen arbeiten, die Friedrich heute skizziert hat. Dabei sind wir alle gefordert, ob im Bereich der Wirtschaftspolitik, ob im Bereich der Außenpolitik oder der Sozialpolitik. Wir wollen nicht unsere Überzeugungen über Bord werfen, sondern wir wollen mit klaren Positionen in die nächsten Jahre gehen, das wird der Grundsatzprogrammprozess von Carsten Linnemann deutlich machen und dafür müssen wir alle fleißig mitarbeiten.

Ich will, dass meine Generation in einer CDU mitarbeiten kann, die wieder den Mut hat, groß zu denken. Denn diese Welt befindet sich in einem Kampf der Systeme, einem Kampf der Systeme zwischen Autokratie und Demokratie. Wir werden es sehen, dass in den nächsten Jahren noch weitere Krisen auf uns zukommen, und deswegen tun wir gut daran, auch zu erkennen, dass die Autokratie immer schneller sein wird als die Demokratie, aber dass es für uns um die Frage

geht, ob die Demokratie schnell genug ist in seinen Entscheidungsfindungen. Wir haben alle lange geglaubt, dass Russland unser Energiepartner sei, aber wir wurden eines Besseren belehrt. Es ist Zeit, die Naivität abzulegen und auch heute zu erkennen, dass Wladimir Putin erst an den Verhandlungstisch zurückkehren wird, wenn er unter Druck gerät. Man kann diesen Konflikt jetzt nicht einfrieren, man muss am Ende klar sagen: Wir müssen die Ukraine, solange es geht, unterstützen, damit sie Landgewinne hat. Das tun wir auch anders als die Ampelregierung in Berlin.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen mit den Demokratien in dieser Welt eine neue Handelszone, eine Sicherheitszone entwickeln, mit Afrika eine Energiepartnerschaft aufbauen und zeigen, dass es Zeit für eine Entflechtung mit Russland und China ist und eine Verflechtung mit echten Partnern und echten Freunden in dieser Welt.

Ich will mit meiner Generation in einer CDU mitarbeiten, die den Aufstieg eines jeden Einzelnen ermöglicht. Während unsere Mitbewerber auf der einen Seite sich hinstellen und erklären und darüber philosophieren, ob es eigentlich noch verantwortungsbewusst ist, Kinder in die Welt zu setzen, sorgen wir für einen positiven Gegenentwurf. Wir sind diejenigen, die Aufstieg wieder möglich machen in diesem Land, die auch bei der Eigentumbildung dafür sorgen, dass das, was heute vielleicht ein bisschen infrage steht, dass sich die Krankenschwester und der Facharbeiter nach jahrelanger harter Arbeit auch eine eigene Wohnung oder ein Reihenhaus leisten können, dass das wieder möglich wird, weil wer Eigentum hat, der sorgt fürs Alter vor und der weiß um seine Verantwortung. Das müssen wir als CDU Deutschlands wieder stärker fördern.

Ich will mit meiner Generation in einer Partei mitarbeiten, die zur digitalsten und innovativsten und attraktivsten Partei Europas wird. Dabei machen wir heute den ersten Schritt, wenn wir ein Recht auf digitale Teilnahme an Vorstandssitzungen auf konkrete Anfangs- und Endzeiten und eine politische Eltern- und Pflegezeit gehen. Dafür haben wir als Junge Union lange gekämpft. Aber wir müssen danach weitermachen.

Wir müssen dafür sorgen, dass diese Partei noch attraktiver wird, indem wir auch uns Gedanken machen über die Frage, wenn Bindungskräfte für Parteien, für Kirchen, für Gewerkschaften und Vereine nachlassen, aber wir auf der anderen Seite sehen, dass immer mehr Projektmitarbeit gefragt ist, ob wir nicht auch unsere Parteiarbeit verändern müssen, mehr projektbezogene Mitarbeit anbieten, sowohl vor Ort als auch auf Landesebene wie auf Bundesebene. Dann werden wir eine echte Mitmachpartei sein, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich bin der festen Überzeugung, die CDU kann Großes leisten, wir können auch manchmal kontrovers diskutieren, hart in der Sache, aber fair im Umgang und anschließend gemeinsam

vorangehen, denn wir haben einen Blick: nach vorne, unser Ziel, dass wir gemeinsam mit den besten Ideen für Deutschland und Europa ins Kanzleramt wieder einziehen, spätestens 2025. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Tilman. Wir bleiben in Niedersachsen. Als Nächstes bekommt das Wort Bernd Althusmann.

**Dr. Bernd Althusmann**: Herr Bundesvorsitzender, meine Damen und Herren Delegierten! Ja, am 9. Oktober geht es in Niedersachsen, von Nordhorn bis Lüchow, von Cuxhaven bis Hannover-Münden um eine Wahl. Die Umfragen sehen in Niedersachsen beide Parteien, die CDU und die SPD nahezu Kopf an Kopf. Diese Wahl in Niedersachsen wird wichtig sein auf dem Weg unserer Partei, der CDU Deutschlands, auf dem Weg zur Bundestagswahl spätestens 2025. Dazwischen liegen noch einige andere Landtagswahlen und ich kann uns allen nur viel Erfolg wünschen, denn eines braucht unser Land mit Sicherheit: schnellstmöglich ein Ende der Ampel, die dieses Land in die Katastrophe führt. Das ist unser Auftrag als Union, jetzt auch für die nächsten Wochen und die nächsten Monate.

(Beifall)

Friedrich Merz hat uns als Partei wieder Kraft, Mut, Zuversicht und sicherlich auch Haltung gegeben. Ich möchte aber mit Blick auch auf den vorliegenden Leitantrag, der gleich noch eingebracht wird, uns vielleicht doch etwas sagen, was mich auch als Wirtschaftsminister in einem der größeren Bundesländer ernsthaft umtreibt. Wir müssen uns auch als Union ehrlich machen. Die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes kann nicht lauten: Wir werden alles verhindern können, wir werden nicht alle Sorgen nehmen können. Es wird Wohlstandsverluste in Deutschland geben, es wird Knappheiten in den nächsten Wochen und Monaten geben. Wir werden am Ende eine Situation haben, die uns noch schwer herausfordern wird, selbst dann, wenn die Gasversorgungsspeicher derzeit bei 85 Prozent liegen. Es wird zu regionalen Engpässen kommen, weil die Szenarien der Bundesnetzagentur hier nicht ausreichend die Validität der Zahlen vorhersagen können. Meine Damen und Herren, in einer solchen Situation sind die Zahlen der Bundesnetzagentur maßgebend für die Frage, ob im Januar, Februar oder März tatsächlich ein Gasnotstand in Deutschland entsteht. Dafür sind die Voraussetzungen notwendigerweise vorhanden, damit es nicht eintritt: 20 Prozent Gaseinsparung. Derzeit werden wir im Moment 15 Prozent für die Gasverstromung einsetzen, d. h., dieses Ziel ist kaum zu erreichen. 20 Prozent aus Nordstream 1, dieses Ziel ist nicht zu erreichen. Ein normaler Winter könnte erreichbar sein, und es müssen darüber hinaus schnellstmöglich LNG-Kapazitäten an der norddeutschen Küste geschaffen werden, gemeinsam mit Schleswig-Holstein, gemeinsam mit Hamburg und auch Mecklenburg-Vorpommern werden wir dies auf den Weg bringen.

Aber eines bleibt jetzt die größte Belastung für die Menschen in unserem Land, ist eine Gasumlage, die von vorne bis hinten nicht durchdacht ist. Liebe Freunde, wofür ist die Gasumlage eingeführt worden? Um am Ende 24 Milliarden Euro einem Unternehmen wie Uniper hinterherzuschmeißen, was in den Jahren zuvor Milliardengewinne gemacht hat und am letzten Wochenende sogar ein wunderbar rauschendes Fest in Mailand gefeiert hat. So habe ich mir das mit der Gasumlage in Deutschland nicht vorgestellt.

(Beifall)

Ich erwarte, dass der Bund dort einschreitet und es aus dem Bundeshaushalt bezahlt. Die Menschen müssen nicht belastet werden. Das kann der Bund mit seinen Steuereinnahmen selber darstellen.

In dieser Situation führen wir eine abenteuerliche Debatte mit Blick auf Niedersachsen, mit Blick auf Deutschland und die drei verbliebenen Atomkraftwerke. Ich will es mal deutlich sagen: wer in einer Kriegs- und Krisensituation in Deutschland die 33 Terawatt der drei verbliebenen Atomkraftwerke schlichtweg zum Ende des Jahres auslaufen lassen will, aber gleichzeitig womöglich zum nächsten Jahr Strom aus der zerstörten Ukraine, Strom aus Frankreich nach Deutschland importiert, weil wir selber nicht den Mut haben, für unsere eigenen Probleme zu sorgen, der hat es nicht verdient, dieses Land zu regieren.

(Beifall)

Ich will einen letzten Punkt nennen, der mich als Wirtschaftsminister auch in Niedersachsen besonders umtreibt. Ich habe im April im Bundesrat, ich habe im Juli den Bundeswirtschaftsminister aufgefordert, kümmern Sie sich als Bundesregierung um die mittelständischen Betriebe in unserem Land. 99 Prozent der Betriebe sind mittelständische Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland, Handwerksbetriebe, landwirtschaftliche Betriebe, produzierendes Gewerbe. Meine Damen und Herren, ich habe jetzt eine Antwort erhalten auf meinen Brief vom 20. Juli. Der Bundeswirtschaftsminister hat mir Anfang der Woche mitgeteilt, dass man anhand der Listen sich weiterhin auf die energieintensiven Betriebe in Deutschland konzentrieren werde und nicht auf die Bäckereien, nicht auf die Fleischereien, nicht auf den Mittelstand. Ich sage, das, was wir im Moment erleben, ist ein schwerer Anschlag auf den deutschen Mittelstand. Diese Bundesregierung hat das Herz Deutschlands, das wirtschaftliche Herz, das Rückgrat, den Pfeiler der deutschen Wirtschaft, überhaupt nicht mehr im Blick. Das ist eine Katastrophe, was in den nächsten Wochen und Monaten auf uns zukommen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die eigentliche Entlastung, die wirklich wirkt, das wäre in Niedersachsen kein Rot-Grün, das wäre auf Bundesebene auf jeden Fall „Die Ampel muss so schnell wie möglich weg“. Meine Damen und Herren, wir als CDU Deutschlands, wir stehen an der Seite der

ganz normalen Menschen in diesem Land, der Leistungsträger in diesem Land. Das sind diejenigen, die Polizeibeamten, die Krankenschwestern, das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die jeden Tag die Ärmel aufkrepeln. Die stehen morgens um 6 Uhr, um 7 Uhr auf, bringen ihre Kinder in die Schule, in den Kindergarten, wohin auch immer, das sind diejenigen, bei denen wir als CDU aufgefordert sind, ihnen klar eine Perspektive zu geben, Entlastung auf der einen Seite, aber die Betriebe dabei nicht zu vergessen, und diesen Menschen jetzt unter die Arme zu greifen. Das ist unsere Aufgabe als Union für die nächsten Wochen.

(Beifall)

Deshalb habe ich nur eine Bitte, heute auch für den weiteren Ablauf des Parteitages. In vielerlei Hinsicht sind manche Debatten längst geführt wird. Bitte achten wir als CDU Deutschlands darauf, dass wir uns nicht nur innerparteilich betrachten. Die Menschen dort draußen sind es, die auf uns schauen. Die haben im Moment ganz andere Sorgen, als wir sie manchmal in den innerparteilichen Debatten glauben als besonders herausstellen zu müssen. Achten wir darauf, dass die Menschen in unserem Land nicht vergessen werden, dass wir darauf achten, was wirklich wichtig ist in unserem Land, jetzt zu tun. Das ist die Aufgabe der Union. Unsere DNA sagt, wir sind vom Grund auf positiv, wir sind die Christlich Demokratische Union mit einem positiven Menschenbild. Die anderen, das sind die Griesgrämigen, das sind diejenigen, die immer durch die Gegend gehen und sagen, was alles nicht geht. Wir sind die Partei, die sagt, was möglich ist. Wir wollen dieses Land in eine gute Zukunft führen. Das ist die Aufgabe der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Vielen Dank!

(Beifall mit Rufen)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, für diesen Vorgeschmack für dein Grußwort am morgigen Tag, lieber Bernd Althusmann. Als Nächstes bekommt das Wort Franke Bauernfeind, die Bundesvorsitzende des RCDS.

**Franca Bauernfeind**: Liebe Freunde, lieber Friedrich Merz, liebe Delegierte! Ich freue mich heute zu Ihnen hier in diesem Saal sprechen zu können als Bundesvorsitzendes des RCDS. Ich möchte mich bedanken für die gute Zusammenarbeit zwischen CDU, CDU-Bundestagsfraktion und Ihnen allen in den Kreisverbänden, in den Landesverbänden und im Bundesverband, zwischen uns Studenten und der CDU.

Liebe Freunde, wir haben es hier jetzt schon öfter gehört und uns ist das allen klar: Die Bundesregierung macht keine gute Arbeit. Es kann nicht sein, dass verschiedene Gruppen, ob es Rentner oder eben wir Studenten sind, ständig vergessen werden. Liebe Freunde, erst beim dritten Energie-Entlastungspaket ist es der Ampel gelungen, auch nach viel Druck uns Studenten 200 Euro pauschal auszuzahlen. Das kann nicht sein, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein hier in dieser Situation. Diese Ampelregierung macht das falsch und nimmt Studenten und andere Gruppen nicht in den Blick.

Auch die Hochschulen sind mit den hohen Energiekosten konfrontiert. Nach zwei bis zweieinhalb Jahren Corona und digitaler Lehre darf es nicht mehr sein, dass Schulen und Hochschulen in diesem Winter schließen, liebe Freunde. Daher freue ich mich, dass mit Karin Priem wir auch eine Vorsitzende der Kultusministerkonferenz haben, die diese Probleme in den Blick nimmt und löst, denn die Ampel tut das nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Gemeinsam auch mit der CDU und mit der CDU-Bundestagsfraktion kämpfen wir ebenfalls gegen chinesische Einflussnahme auf unsere Hochschulen und die Wissenschaft. Daher freue ich mich, dass wir an diesem Parteitag einen Antrag gegen Kooperationen mit Konfuzius-Instituten haben. Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung für eine freie Wissenschaft und Bildung. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, und als Nächstes bekommt der Ministerpräsident des nördlichsten Bundeslandes, Schleswig-Holstein, Daniel Günther, das Wort.

(Beifall)

**Daniel Günther**: Liebe Delegierte, ich will gerne die Chance nutzen, die erste, die wir sozusagen als schleswig-holsteinische Delegation haben, um beim Bundesparteitag einfach mal Danke zu sagen. Das ist die erste Chance seit der Landtagswahl für alle Unterstützung, die wir auch aus anderen Landesverbänden bekommen haben. Ohne euch, ohne so viel Unterstützung hätten wir das in Schleswig-Holstein nicht gepackt. Ganz, ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich will mich aber auch bei dir, lieber Friedrich, bedanken, nicht nur für deine Rede, sondern auch dafür, dass du uns Rückenwind gegeben hast. Denn man muss sich immer noch mal vergegenwärtigen, wo standen wir im letzten Jahr. Platz 2 bei der Bundestagswahl, das sozialdemokratische Jahrzehnt war angekündigt. In Schleswig-Holstein hatten wir auch eine Meinungsumfrage, womit deutlich hinter den Sozialdemokraten lagen. Wir haben das geschafft, Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein zu gewinnen, Platz 1 in den Umfragen zu schaffen. Das liegt natürlich auch daran, Hendrik, da sind wir uns einig, weil wir auch einen guten Job in den Landesverbänden gemacht haben, aber wir hätten das, Friedrich, ohne deine Kompetenz als Parteivorsitzender in diesen Zeiten – Ich sage das bewusst, weil bei uns beiden das auch nicht Liebe auf den ersten Blick war, das mag auch an mir gelegen haben. Aber wir haben das wirklich richtig dir auch zu verdanken, weil du die Partei geeint hast, weil du wirklich dafür gesorgt hast, dass wir an einem Strang gezogen haben. Danke dafür an dieser Stelle, lieber Friedrich, die Unterstützung war wichtig für uns in Schleswig-Holstein.

(Vereinzelt Beifall)

Auch deswegen gucken im Moment ganz viele Menschen auf diesen Parteitag. Das müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen, denn in einer Krise ist es so: Wenn man eine Regierung hat, die nicht an einem Strang zieht, weil die Ampel in unterschiedliche Richtungen läuft, dann sehnen sich die Menschen nach denjenigen, die wirklich auch Führung zeigen können.

Ich finde immer so sinnbildlich, wenn ich mich an 2008 erinnere, als Angela Merkel und Peer Steinbrück mal die Formulierung gemacht haben, „eure Spareinlagen sind sicher“, das hat den Menschen Sicherheit gegeben. Heute Olaf Scholz, 2022, ist die Botschaft: Wir prüfen auf europäischer Ebene mit einer Expertenkommission, ob wir Übergewinne nutzen können, um Steuereinnahmen zu generieren, damit wir eine Möglichkeit haben, euch entsprechend mit einer Energiepreisbremse, wo wir nicht wissen, was sie bedeutet und wie hoch sie ist, zu entlasten. Wie soll man mit solchen Botschaften den Menschen, den Unternehmen in unserem Land eine Perspektive für diesen Winter geben? Da brauchen wir eine klare Ansage, was wir als CDU heute mit dem Energiepapier auch machen, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Ich sage das auch als Ministerpräsident, Hendrik Wüst hat das eben auch gesagt. Diese Krise werden wir nur bewältigen, wenn wir zusammen an einem Strang ziehen, und Länder und auch die Kommunen in unserem Land. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die wir zu übernehmen haben. Ich kann nur sagen, die Einbindung des Bundes mit den Ländern gemeinsam findet überhaupt nicht statt. Wir haben null Information darüber, was der Bund plant. Deswegen sage ich sehr, sehr klar: Das muss sich ändern. Wir wollen mithelfen, um die Menschen gut durch diese Krise zu führen. Das geht aber nur, wenn man an einem Strang zieht. Deswegen erwarte ich von dem Bundeskanzler, dass er endlich dafür sorgt, dass wir diese Krise auch gemeinsam lösen können, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Weil die Menschen auf uns gucken, ist mir wichtig, dass wir heute auch zeigen, dass wir alle an einem Strang ziehen. Das, was ich eben über Friedrich Merz gesagt habe mit seiner Rede, finde ich beeindruckend gezeigt, in welche Richtung das gehen soll. Ich kann aus meiner Erfahrung im Landtagswahlkampf nur sagen: Warum haben wir die Wahl gewonnen? Weil wir allen alle an einem Strang gezogen haben, weil wir alle überzeugt gewesen sind, dass wir den Wahlsieg schaffen können. Genau diesen Rückenwind müssen wir auch unseren Parteifreunden in Niedersachsen, müssen wir auch Bernd Althusmann an der Stelle geben. Deswegen hat jede Delegierte, jeder Delegierte heute auch eine Verpflichtung dazu, dieses klare Zeichen der Geschlossenheit auch auszusenden und zu unterstützen den Modernisierungskurs von Friedrich Merz. Da haben wir alle eine gemeinsame Verantwortung.

Deswegen bin ich mir sicher – Bernd, ich habe dir das eben gesagt –, in dem Abstand zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein haben wir am Ende noch zehn Prozentpunkte zugelegt. Ich

weiß, dass ihr das in Niedersachsen genauso schaffen könnt, wenn wir dich alle unterstützen. Denn ich möchte nicht mehr alleine in der norddeutschen Ministerkonferenz als schwarzer Ministerpräsident sein. Ich will das mit dir an deiner Seite machen. Dafür kämpfen wir gemeinsam, dafür bitte ich alle herzlich um Unterstützung. Vielen Dank!

(Beifall mit Rufen)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen zum TOP Aussprache liegen uns nicht vor. Wir kommen aber jetzt zu einer Person, die unser Parteivorsitzender Friedrich Merz vorhin in seiner Rede schon erwähnt hat und der heute gerne bei uns gewesen wäre. Ich freue mich, dass diese Person uns einmal per Video einen kurzen Gruß geschickt hat, und deswegen freuen Sie sich mit mir wenigstens digital den Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, bei uns begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

Grußworte

**Vitali Klitschko** (im Video): Liebe Freunde in der CDU, aus Kiew schicke ich euch meine herzlichen Grüße von der Partei UDAR. Gerne wäre ich heute bei euch in Hannover. Leider kann ich wegen des russischen Angriffskrieges gegen unser Land heute nicht bei euch sein.

Am 24. Februar 2022 hat Russland die Ukraine angegriffen. Schon fast 200 Tage verteidigen wir mutig nicht nur unser Land und unsere Heimat, sondern auch unsere Werte, unsere Vision von unserer Zukunft und unseren Willen, in einer europäischen und demokratischen Ukraine zu leben. Heute steht die Ukraine an der Spitze des Kampfes für europäische Werte. Unsere Soldaten sind die Wächter der Demokratie an der Ostgrenze der westlichen Zivilisation, um ganz Europa vor der russischen Bedrohung zu schützen.

Ich möchte der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag für ihre Hilfe und ihre Position bei der Frage nach den Waffenlieferungen für die Ukraine danken. Ich möchte mich persönlich bei allen Bürgerinnen und Bürgern sowie jeder deutschen Stadt und Gemeinde für die Hilfe, die sie für uns, die Ukraine, geleistet haben, ebenso ganz herzlich bedanken. Wir schätzen Ihre Hilfe ungemein und sind sehr, sehr dankbar für Ihr großes Herz und Ihre Solidarität in dieser schwierigen Zeit. Wir sind unendlich dankbar für Ihre Unterstützung und Solidarität mit unserem Volk im Kampf für unsere Freiheit und Unabhängigkeit.

Glauben Sie bitte auch weiterhin an die Ukraine, stehen Sie bitte weiter so treu und mit der vollen Überzeugung an der Seite der Ukraine. Stehen Sie bitte auf der Seite der Demokratie. Weil kämpfen wir für unsere gemeinsamen Werte, verteidigen wir unsere gemeinsamen Werte. Wir verteidigen ganz Europa und jeder von euch. Liebe Grüße aus Kiew, euer Vitali Klitschko. Einen schönen Parteitag wünsche ich euch!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Ein ganz großes Dankeschön an Vitali Klitschko. Als CDU Deutschlands zollen wir ihm alle den größten Respekt. Jeden Tag stellt er unter Beweis, was es heißt, im Jahre 2022 für Freiheit im wahrsten Sinne des Wortes zu kämpfen. Im Namen des Parteitags und im Namen der CDU Deutschlands sage ich auch sehr deutlich, die Ukraine muss und die Ukraine wird die Freiheit weiter verteidigen und diesen Krieg gewinnen. Slava Ukraini von hier.

(Beifall)

Der erste Präsenzparteitag nach so viel digitaler Unterbrechung zeigt auch, wie viel Debatte bei uns wieder erwünscht ist. Deswegen tagt die Antragskommission auch noch weiterhin, deswegen brauchen wir jetzt ein bisschen Flexibilität. Wir springen ein bisschen im Programm und machen jetzt weiter mit

TAGESORDNUNGSPUNKT 13:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament,  
Daniel Caspary MdEP

Dafür gibt es jetzt zunächst einmal einen Wechsel im Tagungspräsidium, damit Sie auch noch andere drei Kolleginnen Kollegen hier vorne sehen.

(Musik)

**Lucia Puttrich**, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir haben die Flexibilität gezeigt, dass wir die Tagesordnungspunkte ein bisschen verändern, je nach Ablauf. Das Tagungspräsidium ist jetzt wieder komplett. Deshalb können wir es fortsetzen. Wir kommen nun zum Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Als Einstieg zu diesem Grußwort sage ich zunächst: Film ab!

(Filmmusik)

Nach diesem Video darf ich jetzt ganz herzlich Herrn Caspary zu uns nach vorne auf die Bühne bitten, Daniel Caspary, um seinen Redebeitrag zu halten.

(Beifall)

**Daniel Caspary**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Hätten Sie sich vor einem Jahr halben Jahr vorstellen können, dass ein Bundeskanzler und eine Bundesregierung so schnell den Unmut, das Unverständnis und den Ärger fast aller europäischer Partner auf sich ziehen kann? Liebe Freunde, wir Abgeordnete im Europäischen Parlament werden derzeit häufig gefragt: Kann man dieser Bundesregierung vertrauen? Spielen die nicht doch ein doppeltes Spiel? Warum gibt es aus Deutschland nur so zögerliche Waffenlieferungen? Warum spricht sich diese Bundesregierung oft nicht vor wichtigen Entscheidungen mit ihren Partnern ab und denkt fast nur an sich?

Liebe Freunde, heute rufen wir von hier aus unseren Partnern und auch den Menschen in der Ukraine zu, wir in der CDU schämen uns für den zaudernden, zögerlichen und vergesslichen Bundeskanzler. Wir hätten das besser gemacht.

(Beifall)

Doch der Kanzler vergisst nicht nur den Inhalt wichtiger Termine und Gespräche, sondern er weiß anscheinend auch nicht, was zu unserer Grundüberzeugung gehört. Deutschland kann es auf Dauer nur dann gutgehen, wenn es auch unseren Partnern gutgeht. Daher gilt, wir in der Union denken nicht nur an uns, sondern wir stehen Seite an Seite mit unseren Partnern. Darauf, liebe Partner, könnt ihr euch verlassen.

Aber, wie gesagt, der Ärger und das Unverständnis über die Bundesregierung ist groß in Europa. Beispiel Energiepolitik. Wir wissen es alle, Energie ist derzeit knapp in Europa. Es ist ein gemeinsames Problem. Manche haben zu wenig Öl, manche zu wenig Gas und manche zu wenig Strom. Doch das sollten wir dann auch gemeinsam lösen.

Da ein Beispiel: Groningen liegt in den Niederlanden, dort befindet sich derzeit Europas größtes Gasfeld. Dieses Gasfeld sollte zum Jahresende abgeschaltet werden, weil es dort massive Schäden an Gebäuden und regelmäßig Erdbeben gibt. Die Niederländer wären bereit, das Gasfeld weiter zu betreiben, auch um uns in Deutschland mehr Gas zur Verfügung zu stellen. Sie würden das machen, obwohl das ganz offensichtlich Nachteile für die Menschen vor Ort bringt. Diese Menschen wären solidarisch, aber Sie haben zu Recht kein Verständnis, dass sich unsere Regierung noch immer um die Entscheidung drückt, die Kernkraftwerke weiterlaufen zu lassen, um auch einen Beitrag für die Energieversorgung in Europa zu leisten.

Wir wollen, dass auch wir Deutschen solidarisch sind mit unseren Nachbarn. Wir wollen, dass durch mehr Stromangebot die Strompreise nicht weiter steigen. Wir wollen, dass es zu keinem Blackout in Europa kommt. Daher fordern wir den Bundeskanzler auf: Sprechen Sie endlich ein Machtwort und beenden Sie diese unsägliche und teure Diskussion über den Weiterbetrieb unserer Kernkraftwerke. Es ist genug geschwurbelt, gezaubert und gezögert in dieser schwierigen Zeit, wir brauchen endlich klare Entscheidungen auch zu dieser Frage in Berlin.

(Beifall)

Und Friedrich, du hast es vorhin angesprochen, auch auf der europäischen Ebene gilt, vor allem Sozialisten und Grüne machen mit neuen Vorschriften und Vorgaben gerade weiter, als wäre nichts passiert. Auch hier ein paar Beispiele: die Richtlinie über Industrieemissionen, das „Zero Pollution Package“, der Vorschlag für ein Bodengesundheitsgesetz, die Überarbeitung der Umweltstrafrechtsrichtlinie, die Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinie, das Lieferkettengesetz, die Berichterstattungspflichten zur Nachhaltigkeit, die Überarbeitung der Produkthaftungsrichtlinien und, und, und. Für uns in der Union ist es klar, wir haben verstanden. Wir können Bürger

und Unternehmen in diesen Zeiten nicht immer weiter belasten. Wir machen da nicht mit, wir wollen den Menschen stattdessen Raum zum Atmen geben, den Unternehmen ein Signal setzen und die geplante Gesetzgebung verschieben, und dafür setzen wir uns gemeinsam ein.

(Beifall)

Dann die Lage auf den Lebensmittelmärkten, weltweit, aber auch bei uns in Deutschland und Europa. Das Essen wird immer teurer und gleichzeitig kommt in Brüssel der unerträgliche Entwurf für eine Verordnung über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf die Tagesordnung. Wenn man mit Landwirten spricht, die sind im besten Fall noch verwundert, in aller Regel aber verärgert und frustriert. Gerade jetzt, wo so viele Lebensmittel knapp und teuer sind, soll ihnen wieder das Leben schwerer gemacht werden. Auf über drei Millionen Hektar Fläche gäbe es allein in Deutschland sieben Millionen Tonnen Getreideertrag weniger. Das würde unsere Eigenversorgung weiter schwächen, Lebensmittel würden noch knapper und teurer.

Deshalb heute unsere klare Botschaft an die Verbraucher, aber vor allem auch an unsere Landwirtschaft: Wir stehen an eurer Seite, wir brauchen in dieser schwierigen Zeit mehr heimische Landwirtschaft und nicht weniger. Deshalb werden wir als Union im Parlament alles tun, diesen Vorschlag in dieser Form zu stoppen.

(Beifall)

Wenn alles teurer, alles schwieriger und alles herausfordernder wird, dann müssen wir doch schauen, wo wir den Menschen wieder mehr Freiheit, den Unternehmen mehr Raum zum Handeln geben können. Es ist auch schon angesprochen heute, das geht beispielsweise mit Freihandelsabkommen. Davon liegen in Brüssel mehrere ausverhandelt auf dem Tisch. Doch dann muss man sie auch vollständig in Kraft setzen, damit sie auch ihre ganze Wirkung entfalten können, damit sie dann wirklich wieder mehr Freiheit und Möglichkeiten für Unternehmen und Unternehmer geben können.

Auch deshalb rufen wir der Bundesregierung zu: Bringen Sie das Freihandelsabkommen mit Kanada endlich in den Deutschen Bundestag ein, schenken Sie den Unternehmen endlich auch neue Möglichkeiten, besser durch diese schwierige Krise zu kommen. Die Belastungen in diesen schwierigen Zeiten sind mehr als genug.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, bei uns in Deutschland und Europa stehen wir vor vielen Herausforderungen. Ich habe Ihnen einige Beispiele über Themen genannt, um die wir uns in der Europäischen Union kümmern. Wir in der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament sind motiviert im Einsatz. Wir freuen uns über Ihre Anregungen und danken für Ihr Vertrauen.

(Beifall)

**Lucia Puttrich**, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, Daniel Caspary. Wie motiviert die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist, hat man eben Ihren Anmerkungen und Ihren Ausführungen angemerkt. Herzlichen Dank!

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass Sie gerne bereits jetzt Ihre Wortmeldungen für spätere TOPs oder Anträge über das Tablet anmelden können. Sollte also jemand sprechen wollen, bitte über das Tablet anmelden.

Wir kommen jetzt zum

#### TAGESORDNUNGSPUNKT 14:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der CDU für den Vorstand der Europäischen Volkspartei für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2024

Die Vorschläge sind Ihnen zugegangen, Sie finden sie auch auf Ihrem Tablet in den Tagungsunterlagen. Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Ich frage dennoch sicherheitshalber nochmals, ob das Wort gewünscht wird. – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung, die wir per Handzeichen vornehmen können. Wer also für die vorliegenden Vorschläge stimmt, den bitte ich jetzt um das Hand- bzw. das Kartenzeichen. – Danke schön. Ich frage nach Gegenstimmen. – Da sehe ich keine. Enthaltungen – sehe ich auch keine. Damit haben wir entsprechend abgestimmt. Vielen Dank! Das ist nicht nur eine Mehrheit, das war sehr deutlich. Ich gratuliere allen Gewählten und wünsche im Namen des Parteitages eine erfolgreiche Amtszeit und eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Nun kommen wir zu

#### TAGESORDNUNGSPUNKT 15:

Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten der CDU für die Kongresse der Europäischen Volkspartei für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2024

Auch hier sind Ihnen die Vorschläge zugegangen. Sie finden Sie auch auf Ihrem Tablet in den Tagungsunterlagen. Wortmeldungen liegen auch hier bis jetzt nicht vor. Aber auch jetzt frage ich sicherheitshalber nochmal, ob von jemanden das Wort gewünscht wird. – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann kommen wir auch jetzt schon zur Abstimmung, die wir wieder per Handzeichen oder Kartenzeichen durchführen können. Wer also für die vorliegenden Vorschläge stimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Hand- oder Kartenzeichen. – Besten Dank! Ich frage nach Gegenstimmen. – Da kann ich keine sehen. Enthaltungen? – Auch da gibt es keine. Insofern gibt es hier einen einstimmigen Beschluss. Auch hier gratuliere ich allen Gewählten und wünsche erfolgreiche Beratungen auf den EVP-Kongressen.

An dieser Stelle bitte ich nochmals um Ihre Aufmerksamkeit, denn gerne möchte ich zwei Delegierten gratulieren, die heute Geburtstag haben. Sie haben sich entschieden, ihren Geburtstag in der Unionsfamilie zu feiern. Ich hoffe, dass Sie hier im Saal sind. Liebe Alexandra Hellstern-Mittel und lieber Felix Wilhelm Ockenfuß, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! Wir wünschen Ihnen alles erdenklich Gute, wir wünschen Ihnen auch einen schönen Niedersachsen-Abend und lassen Sie sich schön feiern. Alles Gute, herzliche Glückwünsche und Gottes Segen!

(Beifall)

An dieser Stelle darf ich dieses kurze Intermezzo, diesen Teil des Tagungspräsidiums beenden. Ich darf ankündigen, dass wir jetzt wieder einen entsprechenden Wechsel im Tagungspräsidium haben werden. Ich übergebe jetzt an Mario Voigt als denjenigen, der jetzt mit den anderen beiden gemeinsam hier das Tagungspräsidium führen wird. Also bitte einen kleinen Moment Geduld für einen weiteren Wechsel, um dann in die Antragsberatung reinzukommen bezüglich des Energieantrages des Bundesvorstandes.

(Musik)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Ich darf fortsetzen in unserem Bundesparteitag, darf Sie recht herzlich einladen bei unserer inhaltlichen Debatte jetzt zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands: „Klarer Kurs für sichere Energie und eine starke Wirtschaft“

teilzunehmen. Der Bundesvorstand hat in seiner gestrigen Sitzung den Antrag an den Parteitag gestellt, der lautet: „Klarer Kurs für sichere Energie und eine starke Wirtschaft“. Der wurde beschlossen und ist Ihnen als Antrag E gestern als E-Mail übermittelt worden. Er liegt auch in der momentanen Fassung in digitaler Form auf Ihrem Tablet vor. Es dauert ungefähr noch fünf Minuten, bis er nach der Beratung der Antragskommission auf dem digitalen Gerät eingespielt wurde. Es wurden kleine Änderungen aufgenommen. Sie finden das Ganze unter dem Navigationspunkt Anträge und Beschlüsse.

Friedrich Merz hat in seiner Rede bereits wichtige Elemente dieses Antrags angesprochen. Der Antrag ist unsere Antwort auf die derzeitige Krise, er ist unser Plan für die Krise und umfasst zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Energieversorgung, zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger für den Wirtschaftsstandort Deutschland und für den Wohlstand in unserem Land.

Ich rufe also den Antrag E auf, denen jetzt Andreas Jung und Jens Spahn einführen werden nacheinander. Deswegen begrüße ich jetzt Andreas Jung als ersten Redner. Lieber Andreas, du hast das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

**Andreas Jung:** Herr Tagungspräsident, lieber Friedrich Merz, liebe Freundinnen und Freunde! An diesem Montag wurde der Stresstest vorgestellt, die Ergebnisse von den Übertragungsnetzbetreibern. Die Übertragungsnetzbetreiber, das sind die, die sich mehr mit Physik beschäftigen als mit Politik. Die haben zwei sehr klare Ergebnisse.

Erstens: Egal, was Scholz und Habeck diese Woche im Bundestag gesagt haben, es gibt nach wie vor das Risiko eines Blackouts, eines Notstands in diesem Winter. Das ist nicht abgewendet. Und zweitens, dort formuliert als dringende Empfehlung, als dringende Empfehlung: Es müssen jetzt alle Möglichkeiten der Energieerzeugung genutzt werden, alle Möglichkeiten der Energieerzeugung nutzen. Das ist unsere Botschaft in diesem Antrag und das ist unsere Botschaft hier aus Hannover an Habeck, an Scholz und an die ganze Ampel. Nehmen Sie die Empfehlung dieser Experten ernst und die rosarote Brille ab. Nutzen Sie jetzt alle Potenziale, lassen Sie nichts mehr links liegen, tun Sie jetzt endlich alles dafür, damit wir in Deutschland gemeinsam gut durch diesen Winter kommen.

(Beifall)

Friedrich Merz hat es in seiner Rede in nicht zu überbietender Deutlichkeit formuliert, über allem steht der Einsatz für Frieden und Freiheit, über allem steht unsere Solidarität mit der Ukraine, die für ihre Freiheit kämpft und für gemeinsame Werte. Sie haben es berührend gefunden, wie Sie es zu Beginn des Parteitags es mit einem langen, stehenden Applaus zum Ausdruck gebracht haben: Den Menschen in der Ukraine gelten alle unsere Gedanken.

Aber richtig ist auch, dieser Konflikt hat auch Auswirkungen auf uns, und nicht erst seit dem 24. Februar. Lange im letzten Jahr hat Putin begonnen, Energie als Waffe gegen uns einzusetzen mit der Nicht-Befüllung der Gasspeicher von Gazprom. Da ging es nicht um Markt, da ging es um Macht. Es geht ihm darum, uns müde zu machen. Es geht ihm darum, Druck auszuüben, uns zu spalten, unsere Gesellschaft auseinanderzutreiben, etwas zu tun gegen die Menschen in unserem Land, gegen unsere Wirtschaft. Das können wir uns nicht bieten lassen, wir werden dem die Stirn bieten. Da gibt es nur eine klare Botschaft und die heißt: Die Haltung gegen Putin ist wichtiger als Energie aus Russland.

Wenn das unsere Haltung ist, und die haben wir eindrucksvoll hier schon zum Ausdruck gebracht, dann hat das Konsequenzen. Die Konsequenz ist, wir müssen jetzt eben alles tun, um von den hohen Importquoten bei Kohle, wo wir es weitgehend geschafft haben, bei Öl, wo ist noch nicht erreicht ist, und bei Gas aus Russland runterzukommen. Dazu müssen wir auch Wege gehen, die wir sonst nicht oder nicht mehr gegangen wären. Das ist jetzt die Konsequenz.

Da sind viele unserer Strategien richtig geblieben. Es bleibt richtig, die erneuerbaren Energien auszubauen und es muss jetzt noch schneller gehen. Wo Beschleunigung vorgestellt werden,

unterstützen wir die. Es bleibt richtig, auf Energieeffizienz zu setzen. Die Ampel muss ihr Chaos bei der Förderung der Gebäudesanierung beenden und die Wasserstoffstrategie muss umso konsequenter umgesetzt werden. Es muss noch schneller gehen.

Aber, bei allem, wo Gas als Brücke berechtigt bleibt, müssen wir jetzt Wege gehen, wie zum Beispiel Flüssiggas. Deshalb will ich Bernd Althusmann gratulieren, dass es ihm als Wirtschaftsminister gelungen ist, maßgeblich durch seinen Einsatz, dass hier in Niedersachsen zwei Terminals entstehen sollen für LNG, zwei Terminals, durch deinen Einsatz, lieber Bernd, ganz maßgeblich. Das muss vorangetrieben werden und wir haben es im Bundestag unterstützt.

Wir haben nach dem 24. Februar gesagt, dort wo notwendige Entscheidungen getroffen werden müssen, da sind wir bereit, gemeinsam Verantwortung zu übertragen. Uns wäre es lieb gewesen, es wäre noch schneller gegangen, diesen Weg haben wir unterstützt, das muss jetzt entscheidend und entschieden vorangebracht werden.

Aber es werden maßgebliche Entscheidungen eben nicht getroffen, die notwendig wären. Damit bin ich wieder bei dem Stresstest und ich bin bei der Kernenergie. Um es auch da klar zu sagen, wir haben den Ausstieg nicht aus Hysterie beschlossen, sondern wir haben ihn gemeinsam im Bundestag, in der Partei, auf vielen Parteitagen und Wahlprogrammen beschlossen wegen der Risiken, wegen der ungeklärten Endlagerfrage. Ich war zwei Jahre in der Endlager suchkommission, auch hier, von uns hat sich kein Landrat gemeldet, der gesagt hätte, ich hätte das gerne bei uns. Diese Grundsatzentscheidung bleibt.

Wir müssen jetzt aber eine Frage beantworten. Können wir wirklich mitten in dem Winter, in dem ein Energienotstand droht, sichere Kernkraftwerke abstellen? Mitten in dem Winter am 31. Dezember? Und unsere Antwort ist: nein, das können wir nicht. Die Antwort von Habeck ist aber, das wird gemacht, weil sein Vorschlag nicht geht und deshalb wäre das die automatische Folge davon.

Zu dem, was er vorgeschlagen hat, dieser Stottermodus, wenige Bemerkungen: Erstens, da wurde auf Netzstabilität geprüft, aber nicht auf Preise. Wir haben eine Preisexplosion. Die Ampel tut auch in ihrem lang diskutierten Paket zu wenig für Normalverdiener, die jetzt hart getroffen sind. Sie tut zu wenig für den Mittelstand, für Bäckereien gar nichts, für das Handwerk gar nichts. Sie tut zu wenig für die Industrie, obwohl gewarnt und gesagt wurde, da geht es an die Substanz der deutschen Industrie, da muss mehr passieren. Für all das machen wir Vorschläge in unserem Konzept. Die Ampel aber macht nur Dinge, die es teurer machen. Die Gasumlage wird die Energie weiter verteuern. Sie haben unsern Antrag abgelehnt. Wir wollten sie aufheben, sie soll zum 1. Oktober kommen, das wird konkret. Die Entlastungen werden nicht konkret. Jetzt soll der Steuerzahler dafür bezahlen, dass Kernkraftwerke nicht laufen. Das Personal soll bleiben, sie sollen aber nicht laufen. Das verteuert Energie. Das ist der falsche Weg, wir brauchen Maßnahmen zur Dämpfung der Kosten, nicht zur Verteuerung der Energie. Deshalb werden wir dem entgegentreten.

(Beifall)

Klimaschutz war gar kein Maßstab bei dieser Entscheidung. Wir haben im Sommer immer wieder gefordert: Machen Sie auch einen Klimastresstest. Prüfen Sie nicht nur die Stabilität der Netze, sondern auch die Auswirkungen auf die Stabilität des Ökosystems. Was könnten wir an CO<sub>2</sub> einsparen, wenn wir Kernenergie befristet weiterlaufen lassen, nicht als Ausstieg aus dem Ausstieg, aber befristet weiterlaufen lassen und dafür auf Kohle verzichten, CO<sub>2</sub> einsparen. Das ist nicht gemacht worden. Stattdessen wird einseitig von der Bundesregierung in dieser Krise auf Kohle gesetzt und jetzt auch noch auf Ölkraftwerke. Die Begründung dafür, dass Lingen Emsland nicht ans Netz im Sinne eines Notbetriebs gehen soll, ist, der Bundesregierung von Robert Habeck, hier würden schwimmende Ölkraftwerke angeschwommen kommen können und die könnten dann hier die Versorgung übernehmen. Das zeigt, da wird einseitig auf die Fossilen gesetzt, der Klimaschutz wird nicht berücksichtigt und das mit einem grünen Minister. Ich hätte es für unvorstellbar und es ist noch schlimmer bei der Bio-Energie.

Bei der Bio-Energie – Sie erinnern sich an den letzten Sommer –, da hat es mehr geregnet als in diesem und wir hatten eine gute Ernte. Da liegt der Mais in den Lagern und es könnte jetzt genutzt werden nur für Energieerzeugung, nicht für Polenta. Es kann nur für Bio-Energie genutzt werden, für Strom, für Wärme, für Bio-Methan. Aber die Ampel lässt den Deckel dort. Sie hat es ignoriert. Wir haben auch da beantragt, den gesetzlichen Deckel wegzunehmen, damit es für diesen Winter genutzt werden kann. Habeck dann im Sommer irgendwann die Wende gemacht, hat aber immer noch nicht was Konkretes dazu eingeleitet. Jetzt steht am Montag in seinem Papier zum Stresstest, nur für diesen Winter, nicht für den nächsten, würde der Notbetrieb vorgeschlagen, weil im nächsten Winter, da würde mehr Bio-Energie zur Verfügung stehen. Deshalb sagen wir aus Hannover: Herr Minister Habeck, hätten Sie unseren Antrag angenommen, dann könnte schon in diesem Winter die Bio-Energie einen wesentlichen Beitrag leisten, nicht Peanuts, sondern einen wesentlichen Beitrag. Schon in diesem Winter würde es Entlastungen und mehr Sicherheit bringen, das Risiko minimieren. Es ist ein Versäumnis, dass Sie es nicht getan haben.

(Beifall)

Wenn man es zusammenfasst, dann ist es die real existierende Klimapolitik der Ampel. Nicht nur, dass sie zu wenig für Energiesicherheit tun, zu wenig für Belastungen tun. Nein, der Kanzler, der sich selbst ausgerufen hat im Wahlkampf als Klimakanzler, die, die sich als Klimakämpfer geriert haben, die deckeln Bio-Energie, nutzen nicht CO<sub>2</sub>-freie Potenziale, setzen auf die Fossilen, schließen nicht die Lücke beim Klimaschutz, verstoßen gegen das Klimaschutzgesetz. Das ist nicht Klimaschutz, das ist das Gegenteil. Deshalb kommt es auf uns an, dass wir die Dinge zusammenbringen: Energiesicherheit, Klimaschutz, bessere Entlastung.

Dazu gehören auch die Einsparungen. Es gibt immer noch keinen nationalen Energiesparpakt. Da wird immer von oben verordnet, werden Verordnungen verkündet, aber nie, nie hat der Bundeskanzler und die Regierung, Ministerpräsidenten, Kommunen an einen Tisch geholt, um

hier voranzugehen. Denn alles, was wir jetzt sparen, hilft uns im Winter. Deshalb werden wir auch da den Finger in die Wunde legen, auf europäische Solidarität pochen. Es gibt mit keinem unserer Nachbarländer ein Energieabkommen, das diese Bundesregierung abgeschlossen hat. Es ist ein großes Versäumnis. Das verletzt europäische Solidarität, wenn man hier nicht bereit ist, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. All das bringt unser Antrag zum Ausdruck. Ich bitte Sie um Zustimmung und eine lebendige Diskussion zu diesem Antrag. Wir sagen damit, was in dieser Krise für Deutschland notwendig ist. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Lieber Andi Jung, recht herzlichen Dank für deine Einführung. Wir haben jetzt die Anträge digital eingestellt auf den Tablets. Ich will vielleicht mal, liebe Delegierte, sagen: Kein Schweigen ist fruchtbarer als das Zuhören. Ich weiß, das ist hier ein großes Familientreffen. Wir haben uns lange nicht mehr gesehen, aber es ist, glaube ich, wichtig bei so einem relevanten Antrag, dass diejenigen, die Sie jetzt lange nicht mehr gesehen haben und viel zu sagen haben, vielleicht das außerhalb dieses Saales tun. Ich denke, so haben wir eine fruchtbare Debatte. Darauf kommt es an. Insofern geben Sie den Rednern hier vorne auch die Gelegenheit, Ihre Punkte zu machen. Ich denke, das ist ungemein wichtig und ich setze auf Ihr Verständnis. Schönen Dank!

(Beifall)

Nachdem Andreas Jung jetzt eingeführt hat, bitte ich dann Jens Spahn um sein Wort. Bitte schön!

**Jens Spahn**: Lieber Mario, liebe Freundinnen und Freunde, nach fast zehn Jahren, vor der Pandemie, die wirtschaftlich sehr, sehr gut gelaufen sind, Haushaltsüberschüsse, soziale Sicherungssysteme, die Überschüsse hatten, Lohn- und Rentensteigerungen, wie wir sie selten gesehen haben, Rekordbeschäftigungen.

Nun, zwei Krisen hintereinander, die Pandemie, jetzt der Krieg und die Folgen, die Energiekrise, wo es ans Eingemachte geht. Wo wir merken, dieses Jahrzehnt wird anders, wird schwerer, ein Epochenbruch, wie es unser Vorsitzender, wie es Friedrich gerade genannt hat. Ja, es ist richtig, die Ukraine zu unterstützen, das tapferere ukrainische Volk in seinem Kampf für seine Freiheit, aber auch für unsere Freiheit zu unterstützen.

Es ist aber auch genauso richtig, dass das Folgen hat, Folgen für Europa und für Deutschland, für unsere Energieversorgung, für unseren Wohlstand, für unseren Zusammenhalt. Unser Antrag, den wir vorstellen, den wir gemeinsam erarbeitet haben auch von Fraktion und Partei, um das gut abzustimmen, der macht dafür einen Vorschlag, wie wir damit umgehen wollen.

Das sind zwei, drei wichtige Alimente. Das erste – der Andreas Jung hat schon darauf hingewiesen – das erste wichtige ist, wir haben einen Angebotsschock. In einer Zeit, wo etwas knapp ist – und

das zeigen Preise an, Marktwirtschaft, hohe Preise gibt es dann, wenn etwas knapp ist und Strom, Energie ist gerade knapp, weil das Angebot knapp ist in einer solchen Phase –, muss man das Angebot erweitern. Jede Kilowattstunde zählt, das ist das Mantra von Robert Habeck. Mit diesem Mantra „Jede Kilowattstunde zählt“ werden Duschtipps und Einsparverordnungen begründet. Wenn aber jede Kilowattstunde zählt, dann reichen für ein Industrieland nicht Duschtipps, dann muss jede Form der Energieerzeugung wieder ans Netz in dieser schwierigen Zeit. Und das ist genau das, was wir vorschlagen.

(Beifall)

Es geht um Biogas, Photovoltaik und Wind, wo die Potenziale nicht genutzt werden, wo man nur zwei, drei Regeln ändern müsste und wir hätten mehr Energieerzeugung. Es geht um Kohle, Kohlekraftwerke in Deutschland übrigens, die mit die modernsten auf der Welt, die ans Netz gehen können. Das haben wir schon im März gesagt im Deutschen Bundestag. Da haben die Grünen uns noch ausgelacht, als wir gesagt haben, fährt die Kohlekraftwerke hoch, damit wir bei der Gasverstromung runterfahren können. Im Juli schienen sie es dann begriffen zu haben, sie haben das Gesetz geändert. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, seitdem sind zwei, in Worten, nur zwei Kohlekraftwerke wieder ans Netz, weil sie dann die Vorgaben so hoch gemacht haben und es so schwer gemacht haben für die Betreiber, es ans Netz zu bringen, diese Kohlekraftwerke, die wir so dringend bräuchten. Liebe Freundinnen und Freunde. Dass jetzt noch so viel Gas verstromt wird, hat was damit zu tun, dass diese Regierung die Kohlekraftwerke nicht ans Netz bringt. Das hätte schon seit Monaten passieren müssen.

(Beifall)

Und dann die Kernkraftwerke. Da ist gerade schon einiges dazu gesagt worden, aber man muss es immer noch mal wieder deutlich machen. Der Stresstest, weil immer etwas anderes behauptet wird, hat klar gesagt, alle drei Kernkraftwerke mindestens im Streckbetrieb durchgehend am Netz zu halten, um die Stabilität zu sichern. Robert Habeck handelt gegen die Empfehlung des Stresstests.

Ich habe mich sowieso gefragt, wofür es überhaupt einen Stresstest braucht. Wir haben jeden Tag Stresstest. Familien, Handwerker, Bäckereien, mittelständische Unternehmen, die können seit Monaten auf ihrer Stromrechnung sehen, was los ist. Sie haben seit Monaten Stress, wenn sie daran denken, was in diesem Winter, was in den nächsten Wochen an Kosten auf sie zukommt. Jedes Angebot macht den Preis günstiger. Wer einen Stresstest wollte, der hatte ihn eigentlich jeden Tag. Erweitern Sie das Angebot auch im nächsten Jahr, damit die Preise unten bleiben für Familie, Handwerk und Mittelstand in Deutschland.

(Beifall)

Aber das Entscheidende – und ich will es nochmal sagen, weil ich hier die Freunde aus Niedersachsen auch sehe –, das Entscheidende, das Verrückteste an dem, was da entschieden werden

soll rund um die Kernkraftwerke, ist eine Lösung, die man wirklich keinem mehr erklären kann, schon gar nicht einem Klimaschützer. Das Bundesministerium, Herr Habeck will nämlich zwei Ölkraftwerke, zwei schwimmende Ölkraftwerke mieten zu horrenden Preisen, irgendwo im Norden an der Küste festmachen, weil nämlich der Stresstest sagt, eigentlich bräuchten wir die Energie aus dem Kernkraftwerk Lingen, eigentlich bräuchten wir sie für die Netzstabilität. Weil wir das aber nicht wollen, bringen wir Ölkraftwerke ans Netz.

Liebe Freundinnen und Freunde, nur weil Herr Trittin sein Lebenswerk in Gefahr sieht, nur weil die Altfundis aus Gorleben und Brokdorf gerade wieder wach werden, nur weil die Mehrheit der Grünen-Wähler – das ist die einzige Partei, bei der die Mehrheit nicht die Kernenergie jetzt für diese Zeit nutzen will –, nur deswegen ist ein grüner Klimaminister dazu bereit, lieber Ölkraftwerke laufen zu lassen mit CO<sub>2</sub>-Ausstoß als klimaneutrale Kernkraftwerke. Leute, wo sind wir denn? Das ist eine einzige Atom-Partei, aber keine Klimaschutz-Partei. Das wird in diesen Tagen deutlich.

(Beifall)

Der zweite wichtige Punkt, in dem Ersetzen, im mehr Angebot machen, im Ersetzen von Gas und mehr Angebot ist das Entlasten. Es geht um Zusammenhalt, denn das ist auch eine soziale Frage für viele. Putin will spalten, er will die Gesellschaft spalten, auch durch den Energiekrieg, den er macht, und die Probleme, die das bringt.

Und die Wahrheit ist – sie ist schon ausgesprochen worden –, wir können nicht jeden in Deutschland, in Europa so stellen, als gäbe es diesen Krieg, als gäbe es diese Krise nicht. Da ist auch ein Stück Soziale Marktwirtschaft, die Preise einerseits wirken zu lassen. Denn sie sind ein Anreiz, Energie einzusparen, effizienter zu werden. Aber Soziale Marktwirtschaft heißt eben auch, soziale Härten abzufedern. Soziale Härten – das geht mittlerweile weit in die Mitte hinein –, Menschen mit 1.800, 2.200 Euro netto, Handwerkerfamilien, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Strom- und ihre Gasrechnung bezahlen wollen. Nun haben wir am Sonntag eine Entlastungspaket gesehen, da werden 65 Milliarden ins Schaufenster gestellt, aber wenn man mal genau hinschaut, ist genau für diese Familien, für diese Handwerker, für diesen Mittelstand da nichts drin. Das ist ein PR-Termin gewesen, für den diejenigen, die es wirklich brauchen, sich nichts kaufen können.

Deswegen sagen wir her sehr konkret: Wir möchten Sicherheit geben, gerade für diejenigen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die viel zu selten im Blick sind, gerade aktuell, weil alle immer nur schauen, was ist da, wo die Sozialtransfers sind. Das ist auch okay, aber es reicht eben nicht. Die ändern sind die, die den Laden am Laufen halten.

Wir schlagen vor statt einer Energiepauschale für alle, 300 Euro gezielt, 1.000 Euro für das untere Einkommensdrittel, denn die brauchen es wirklich. Es geht um gezielte Entlastung und Unterstützung. Wir schlagen vor einen Strom- und Grundpreisbedarf. Was heißt das? Dass

jeder Haushalt zum Beispiel beim Gas – das ist auch ein Vorschlag der Sachverständigen Frau Prof. Grimm, 75 Prozent des Jahresverbrauchs, Vorjahresverbrauchs zu zwölf Cent pro Kilowattstunde bekommen. Das gibt Sicherheit für diesen Winter.

Denn, liebe Freundinnen und Freunde, das Gefährliche an der aktuellen Situation ist doch gerade eins: Die Menschen sind wahnsinnig verunsichert, diese Krise, dieser Krieg hält weiter an. Und sie fragen sich, was auf sie zukommt. Mit einem solchen Grundbedarf bei Strom und Gas würden wir ihnen Sicherheit geben können tatsächlich für das, was sie brauchen im Winter. Sie würden sich ausrechnen können, was auf sie zukommt. Ich bin sehr sicher, das würde zum sozialen Frieden in unserem Land beitragen. Von der Ampel gibt es nur vage Ankündigungen, von uns gibt es ein konkretes Angebot, wie wir sozialen Zusammenhalt in diesem Land auch in schwerer Zeit schaffen können.

(Beifall)

Das gilt auch für Handwerk und Mittelstand, Industrien. Man hat das Gefühl, die wissen gar nicht, was da los ist, wie viele sich da Sorgen machen. Dass es überhaupt ein Unterstützungspaket jetzt angekündigt gibt, nachgeklettert von Robert Habeck gestern in der Debatte, ist schon mal ein Schritt. Aber es ist bis jetzt eben nur eine Ankündigung.

Im Übrigen sagen wir auch in dem Papier – und das müssen wir in den nächsten Monaten noch weiter ausarbeiten –, jetzt ist die Zeit für angebotsorientierte Wirtschafts- und Wachstumpolitik, nicht für schuldenfinanzierte Maßnahmen und Nachtrageprogramme. Wir haben Rekordinflation. Das Angebot muss erweitert werden. Da geht es um Wettbewerbsfähigkeit, Steuerreform, Bürokratieabbau. Aber da geht es auch um freien Handel.

Liebe Freundinnen und Freunde, der Wirtschaftsminister kann nach Katar fahren. Er macht einen Knicks beim Emir, wo Menschenrechte eher eine untergeordnete Rolle spielen, um Gas zu kaufen. Das ist auch okay in dieser Zeit, schwierig genug alles. Aber wer Gas in Katar kaufen kann, der muss doch einen Handelsvertrag mit Kanada auch endlich im Deutschen Bundestag beschließen können, liebe Freundinnen und Freunde. Das kann doch nicht richtig sein, dass das seit Monaten, seit Jahren nicht möglich ist, dass wir dieses Freihandelsabkommen miteinander verabschieden.

(Beifall)

Und ein letztes, weil wir diese Schallplatte von den 16 Jahren immer hören. Wir haben Verantwortung für diese Lage, Mitverantwortung für diese Lage. Aber warum, warum eigentlich haben wir so viel russisches Gas in den letzten Jahren in unsere Energieversorgung einbezogen? Auch der Teil muss mal erzählt werden. Wir sind aus Kohle und Kernenergie parallel in den Ausstieg gegangen. Ich habe jetzt keine Grünen gesehen, die irgendetwas dagegen gehabt hätten, dass wir aus Kohle und Kernenergie aussteigen. Wir sind stark in den Ausbau von Erneuerbaren gegangen. Wir haben übrigens in der Regierungszeit von Angela Merkel den Anteil von Erneuerbaren an Strom auf fast 50 Prozent gebracht, verzehnfacht in den letzten Jahren. Aber

jeder wusste, wenn wir diesen Weg gehen, dann ist Gas die Brücke, die wir brauchen, um in einem Industrieland Versorgungssicherheit zu haben. Selbst die Ampel hatte in ihrem Koalitionsvertrag im Dezember letzten Jahres noch reingeschrieben, dass wir 40 bis 50 neue Gaskraftwerke brauchen. Das ist der erste Grund.

Der zweite Grund ist, das russische Gas war das günstigste. Das ist einfach die Wahrheit, die banale. Zwar betriebswirtschaftlich, volkswirtschaftlich, kurz- und mittelfristig die bessere, weil günstige Alternative und hat viel beigetragen zu unserem Wachstum in den letzten Jahren. Wir sehen aber, langfristig hat das eben hohe Kosten auch für unsere Sicherheit. Deswegen ist es richtig, dass wir das aufarbeiten, was da im breiten gesellschaftlichen Konsens passiert ist.

Aber liebe Freundinnen und Freunde, einst akzeptiere ich nicht. Ich meine, Olaf Scholz hat gelegentliche Erinnerungslücken, es ist pathologisch. Aber schauen wir doch einfach mal, 1998, 99, 2000, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, die Sozialdemokraten haben von den letzten 24 Jahren in 20 Jahren in diesem Land mitregiert und kommen jetzt nicht so billig mit dieser Nummer mit den 16 Jahren ständig raus, die sie uns da jede Woche erzählen.

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

Es war Sigmar Gabriel, der 2015 die Gasspeicher hat verkaufen lassen an Russland. Es war Sigmar Gabriel, ein Niedersachse übrigens, der die norwegischen Verträge gekündigt hat, um die russischen zu erhöhen. Es war Gerhard Schröder, Jürgen Trittin und Joschka Fischer, die Nordstream 1 unter Rot-Grün begonnen haben. Wir haben eine Verantwortung, und wir haben was aufzuarbeiten, ohne Zweifel. Aber von Herrn Scholz, bei dem Gas-Gerd noch immer in der Partei ist, wo Teile der Partei korrumpiert waren, weil sie russisches Geld genommen haben und bis heute Putin-Versteher sind, von Olaf Scholz lassen wir uns über die letzten 16 Jahre nichts, aber auch gar nichts erzählen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Deswegen machen wir hier ein Angebot, denn Kritisieren alleine reicht nicht, wie wir in dieser Krise für mehr Angebot bei der Entlastung, beim Wirtschaftswachstum vorgehen würden, was wir tun, wenn wir regieren würden. Der entscheidende Unterschied. Auch wir würden wahrscheinlich Fehler machen in dieser Krise. Ich bin übrigens der Letzte, der kritisiert, dass man in einer solchen Krise auch mal nachbessern muss. Dafür verändern sich die Dinge zu schnell. Das ist nicht unsere Kritik. Unsere Kritik ist, dass nicht der Schulterschluss mit Ländern und Kommunen gesucht wird. Unsere Kritik ist, dass Dinge seit März nicht umgesetzt werden, die wir diskutiert haben. Aber unsere Kernkritik ist, dass am Ende denen Ideologie wichtiger ist, wichtiger ist, den Laden zwischen Rot, Grün und Gelb zusammenzuhalten, um irgendwie jedem seine Klientel zu bedienen, aber am Ende eben nicht das Land vor die Partei zu stellen. Das machen wir anders, das ist unser Angebot. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Jens, für deine couragierte Einführung zum Leitantrag. Wir haben jetzt die Aussprache vor uns. Ich darf sagen, dass wir den Leitantrag insgesamt in zehn Ziffern unterteilt haben, damit wir die Beratungen einfacher strukturieren können und die nacheinander abarbeiten. Ich werde jetzt die einzelnen Ziffern des Antrages aufrufen und jeweils über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen lassen.

Gibt es gegen dieses Verfahren Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann starten wir jetzt mit den Ziffern 1 und 2 zur Beratung. Das ist der Einleitungsteil und der Aspekt der sicheren Energie. Dort sind bereits Wortmeldungen eingegangen. Ich darf Sie jetzt aufrufen. Als Erster hat sich Stephan Toscani aus dem Saarland gemeldet, danach hält sich bitte bereit Gitta Connemann.

**Stephan Toscani**: Lieber Mario, liebe Freundinnen und Freunde! Eine große Stärke dieses Antrags ist, dass wir Bereiche in den Blick nehmen, die die Ampel völlig vernachlässigt. Das sind zum einen die Unternehmen und insbesondere die kleineren und mittleren Unternehmen. Ich will eure Aufmerksamkeit aber auf einen Bereich lenken, der ebenso wichtig ist und den wir, wo wir Hilfsangebote machen mit diesem Antrag, das sind die Kommunen. Unsere Kommunen haben in dieser Energiekrise mit galoppierenden Heizkosten zu rechnen für Stadthallen, für Dorfgemeinschaftshäuser, für Kitas, für Schulen. Die Gefahr besteht, dass einzelne Stadtwerke, einzelne kommunale Energieversorger in eine Schieflage geraten. Das ist ein Problem für alle Kommunen in Deutschland oder für viele Kommunen in Deutschland. Es ist aber auch und gerade ein Problem für besonders finanzschwache Kommunen. Finanzschwache Kommunen, wie wir sie beispielsweise in meiner saarländischen Heimat haben. Aber das betrifft nicht nur das Saarland, das ist ein Thema für finanzschwache Kommunen in Rheinland-Pfalz, zum Teil in Hessen, zum Teil in Nordrhein-Westfalen, weil dort strukturelle Einnahmeschwäche zusammenkommt mit einer hohen Überschuldung durch Kassenkredite.

Gerade diese finanzschwachen Kommunen werden es in dieser Krise besonders schwer haben. Deshalb ist es richtig, deshalb finde ich es stark, dass wir als CDU Deutschlands unseren Kommunen Hilfsangebote machen mit diesem Leitantrag. Wir fordern konkret einen Schutzschirm für Stadtwerke, oder wir fordern Unterstützungsmaßnahmen für die Kommunen ganz generell. Die Ampel lässt die kommunale Seite völlig außen vor in dieser Krise, wir machen konkrete Hilfsangebote für unsere Kommunen. Auch deshalb unterstütze ich aus voller Überzeugung diesen Leitantrag. Denn eins ist klar: Die CDU ist die große kommunale Kraft in Deutschland, die CDU ist die starke föderale Kraft in Deutschland. Danke für eure Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Stefan. Ich habe gerade die Info erhalten, dass Gitta Connemann zu einem anderen Zifferpunkt des Antrages sprechen möchte. Dementsprechend rufe ich jetzt auf aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen Felix Spehl, und dann hält sich Thomas Heilmann aus dem Landesverband Berlin bereit.

**Felix Spehl:** Erst mal vielen lieben Dank für den Antrag. Ich habe ein bisschen das Problem gehabt, dass die ganzen Unterlagen nicht gedownloadet werden konnten von der Antragskommission. Deswegen muss sich darauf jetzt spekulieren, dass der Aspekt noch nicht eingearbeitet ist. Ich hätte einen mündlichen Änderungsantrag zum Ergänzen, und zwar in Zeile 201 bitte ich darum zu ergänzen: „Zudem muss durch einen Ausbau der deutschen Flüssiggasflotte ein Transport des Flüssiggases jederzeit gewährleistet werden.“ Ich will betonen, wie wichtig das ist, denn es ist wirklich wichtig, dass wir das explizit erwähnen. Wir haben zurzeit einen Mangel an Tankern, die Flüssiggas transportieren können. Die Folge wäre wie folgt, wenn wir das jetzt nicht mit einarbeiten, dass wir jetzt auch diese Schiffe bestellen bzw. die Anreize setzen, dass diese Schiffe bestellt werden unter deutscher Flagge, dann werden wir das Problem bekommen, dass zwar in ein paar Jahren dann die Terminals stehen, aber wenn es dann wieder möglich ist, und Stress ausgeübt wird aus Russland, dass dann diese russische Geiselnhaft einfach weitergehen könnte, weil wir einfach nicht das Gas transportiert bekommen kriegen. Deswegen wäre es dort wirklich wichtig, dass wir das mit reinbauen. Vielen Dank!

**Prof. Dr. Mario Vogt,** Tagungspräsidium: Sagen Sie gerade noch mal die Zeilennummer!

**Christian Stehl:** Das ist Zeile 201. Ergänze: „Zudem muss durch einen Ausbau der deutschen Flüssiggasflotte ein Transport des Flüssiggases jederzeit gewährleistet werden.“

**Prof. Dr. Mario Vogt,** Tagungspräsidium: Wir nehmen das erst mal auf, der Antragsteller wird jetzt kurz noch mal befragt. Danke für Ihren Hinweis. Wir machen weiter mit Thomas Heilmann.

**Thomas Heilmann:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn der Parteitag schon eine ganze Weile dauert, ist das ein glaube ich sehr wesentlicher Antrag, den wir hier beraten. In keinem Politikfeld hat die CDU so schlechte Kompetenzwerte wie beim Thema Klima und Energie. Dieser Antrag ist ein sehr wohlthuender Schritt dahin, dass wir diese Kompetenz wieder zurückgewinnen. Ich würde gerne auch als Mitglied in dem entsprechenden Ausschuss des Deutschen Bundestages gerne daran appellieren, dass wir draußen die Geschichte erzählen, warum wir eigentlich nicht mehr erneuerbare Energien haben. Das hat nämlich zwei Gründe, und das wird immer weggelassen.

Der eine Grund ist, dass vor 15 Jahren erneuerbare Energien sehr teuer waren und wir, um die EEG-Umlage nicht ins Unendliche steigern zu lassen, skeptisch waren. Das waren wir wahrscheinlich ein Stück zu lang und das ist unser Teil. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die zwölf grünen Umweltminister in der Umweltkonferenz sich nicht in der Lage sahen, über zehn Jahre eine vernünftige Regelung zum Thema Naturschutz und erneuerbarer Energien haben durchbringen können, das, was sie jetzt versuchen, nachzuholen.

Der zweite Grund, warum der dazugehört, ist, dass die Genehmigungsverfahren zu lange dauern. Es ist nicht so, wie Olaf Scholz diese Woche im Deutschen Bundestag auf Friedrich Merz

entgegen hat, dass wir jedes Windrad verhindert haben, sondern dass die Genehmigungsprozesse zu lang gedauert haben. Die Ampel hatte jetzt in ihrem Koalitionsvertrag drin stehen, dass sie die Genehmigungsverfahren halbieren will, hat das aber nicht eingelöst bisher. Aber daran liegt es, dass viele Windräder sich nicht drehen und viele Solaranlagen nicht möglich sind, gerade dann, wenn die mittelständische Wirtschaft das beantragt hat. Deswegen ist für den Gesamtkontext so wichtig, dass wir sagen, wir könnten heute gut erneuerbare Energien mehr gebrauchen. Denn, wie Friedrich Merz richtig gesagt hat, wenn das Angebot höher wäre, wären auch die Preise niedriger.

Aber es ist eben auch so, dass die Komplexität unserer Verwaltungsstruktur, unsere Genehmigungsprozesse und der Kampf mit dem Naturschutz viele dieser Anlagen verhindert hat, und das kann man der CDU nun wirklich nicht in die Schuhe schieben. Das ist glaube ich sehr wichtig für den Gesamtkontext. Zu E8, das kommt später, lieber Mario, würde ich mich dann noch mal dazu melden. Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Thomas Heilmann! Jetzt kommt bitte nach vorne Markus Reichel und es hält sich bereit Jan Redmann. Ich darf Herrn Spehl sagen, dass der Antragsteller seinen Vorschlag übernimmt. Damit ist es integriert und wir werden dann danach darüber abstimmen. Ich hoffe jetzt, dass Herr Reichel da ist. Bitte schön!

**Markus Reichel**, Antragskommission: Liebe Freunde, liebe Gäste hier auf dem Parteitag! Ich möchte zu diesem Antrag, den ich im Übrigen auch wirklich unterstütze – ich halte ihn für sehr gut – noch mal einen Punkt ein bisschen herausarbeiten, der, glaube ich, auch wichtig ist für die Diskussion. Das ist letztlich die Tatsache, dass die beste Sozialpolitik am Ende eine gute Energiepolitik ist. Was meine ich damit? Wir sind momentan Zeugen eines der größten Umverteilungsprogramme von unten nach oben, und dafür trägt die alleinige Verantwortung diese Ampelregierung. Konkret: Wir exportieren oder wir zahlen für den Import von Gas 150 Milliarden Euro mehr, was aber an Stromkosten bei den kleinen und mittleren und überhaupt den Energieverbrauchern ankommt, das ist ein Vielfaches davon, 700 oder 800 Milliarden Euro im Jahr. Dass das so ist, das liegt ausschließlich daran, dass diese Ampel getrieben ist von einem enormen Misstrauen gegenüber dem Markt, den Unternehmern, den Unternehmen und eben den Arbeitgebern im Ganzen.

Ich kann Ihnen sagen, genau hier sieht man auch den Unterschied zwischen der Ampel und der CDU. Ich sehe das auch laufend bei den Beratungen im Ausschuss für Arbeit und Soziales, wo ich im Deutschen Bundestag auch Mitglied bin. Das einzige Lösungsmodell der Ampel für soziale Herausforderungen ist eben, mehr Geld, mehr Umverteilung, weniger Markt. Das ist eben der Punkt. Das finde ich eben gut, dass wir das in diesem Antrag auch herausarbeiten. Für uns gilt: Wir wollen die Probleme erst einmal an der Wurzel lösen und dann erst können wir durch geeignete soziale Entlastungsprogramme praktisch mit den Folgen arbeiten.

Die Ampel macht es genau andersherum. Sie legt erst einmal auf alles viel, viel Geld und kümmert sich überhaupt nicht um die Wurzel des Problems. Deswegen wäre meine Bitte, noch in diesen Antrag einen Satz einzufügen, und zwar in der Folge der Zeile 128: „Nur eine auf Ökologisch-Sozialer Marktwirtschaft aufbauende Energiepolitik ermöglicht eine wirkungsvolle Sozialpolitik. Das wäre meine Bitte, und herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Gut, recht herzlichen Dank, Herr Reichel! Jetzt tritt Jan Redmann ans Rednerpult. In der Zwischenzeit klären wir mit dem Antragsteller ab, ob das übernommen werden kann. Es hält sich dann bereit für die Ziffern 3, 4 und 5 Wiebke Winter, bitte.

**Jan Redmann**: Liebe Freundinnen und Freunde! Auch ich möchte mich zunächst mal sehr herzlich für die Vorlage dieses Entschließungsantrages bedanken. Auch der Zeitpunkt, an dem wir den diskutieren, macht sehr deutlich, worum es wirklich geht und worum sich die größte Oppositionspartei in Deutschland in diesen Tagen wirklich kümmern muss.

Meine Damen und Herren! Es scheint – und das ist eine erschreckende Erkenntnis –, dass im Bundeswirtschaftsministerium das Einmaleins der Wirtschaftspolitik verloren gegangen ist, nämlich die banale Gewissheit, dass der Preis gebildet wird aus Angebot und Nachfrage. Und in einer Zeit, in der das Angebot knapp ist, kann man auch mit noch so viel Unterstützung nicht dazu kommen, dass der Preis sinkt, im Gegenteil, der Preis wird dann sogar noch steigen. Deshalb ist es richtig, dass wir uns ausdrücklich dazu bekennen, zusätzliche Atomkraftwerke ans Netz zu nehmen, nicht nur Steinkohlekraftwerke wieder ans Netz zu nehmen, sondern auch Braunkohlekraftwerke. In Brandenburg sind noch zwei Reservekraftwerke in Jänschwalde nicht am Netz, immer noch nicht. In Sachsen ist auch ein Braunkohlekraftwerk immer noch nicht am Netz. Wir tun also gegenwärtig nicht alles dafür, das Angebot auszuweiten.

(Beifall)

Ich möchte aber auch auf eine Passage hinweisen, die mir als Brandenburger sehr wichtig ist, das ist der Absatz ab Zeile 154. Dort geht es um das Öl, das nach Deutschland kommt durch Pipelines. Es ist genau eine Pipeline, das ist die Pipeline, die in Schwedt ankommt. Die 27 EU-Staaten haben sich im Mai darauf verständigt, den größten Teil des russischen Ölbezugs mit einem Embargo zu belegen, nämlich jedes Öl, was mit Tankern in die Europäische Union kommt. Das ist auch richtig, liebe Freundinnen und Freunde. Die EU-Staaten haben sich aber nicht darauf verständigt, sofort aus dem Bezug von Öl auszusteigen, das durch Pipelines kommt. Das hat auch seinen Grund, denn gerade dort, wo die Pipelines ankommen, ist es nicht ohne weiteres möglich, diesen Ölbezug zu ersetzen. Die Raffinerien stehen entweder an einem Hafen,

wo Öl dann auch gerne mit Schiffen aus anderen Ländern kommen kann, oder sie stehen dort, wo eine Pipeline ankommt. Wenn durch diese Pipeline kein Öl mehr kommt, dann ist es nicht ohne weiteres möglich, das zu kompensieren.

So ist die Situation in Schwedt. Die Situation ist dort so, dass neun von zehn Autos in Ostdeutschland mit Mineralölprodukten aus Schwedt versorgt werden. Die Flughäfen in Ostdeutschland werden aus Schwedt versorgt. Die Bitumenindustrie, also Bitumen, den man zum Bauen braucht, kommt in Ostdeutschland fast vollständig aus Schwedt. 80 Prozent aller Wohnungen in Schwedt werden durch Fernwärme versorgt aus dieser Raffinerie. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir in unserem Antrag betonen, dass die Bundesregierung ein Versprechen abgegeben hat, dass Sie ein Versprechen abgegeben hat, nämlich nicht auszusteigen, ohne dass für Versorgungssicherheit gesorgt worden ist, Versorgungssicherheit auf anderem Wege, dass die Raffinerie auch vollständig weiter produzieren kann, auch die Arbeitsplätze – nebenbei bemerkt, einige 100 mit einigen Zulieferern noch deutlich mehr – gesichert sind.

Dieses Versprechen – so ehrlich müssen wir uns hier heute machen – ist alles andere als dabei erfüllt zu werden. Die brandenburgischen Minister der SPD ziehen sich gerade aus der Taskforce bei Robert Habeck zurück, weil diese Taskforce in den letzten Monaten nicht den Hauch eines Ergebnisses geliefert hat. Wir müssen, meine Damen und Herren, davon ausgehen, dass zum 31.12. keine Ersatzlösung für Schwedt, für den pipelinegestützten Bezug von Rohöl vorliegt.

Dann darf nicht die Region um Schwedt, dann darf nicht Ostdeutschland, darf nicht Ostdeutschland der Leidtragende sein wegen des Versäumnisses dieser Bundesregierung. Ich bitte euch – und ich erwarte von der CDU –, dass wir die Bundesregierung an ihre Versprechen erinnern, dass wir es nicht zulassen werden, dass ohne eine Kompensierung des Rohölbezugs, dass ohne eine Absicherung der Arbeitsplätze, dass ohne eine Versorgung Ostdeutschlands mit Mineralölprodukten am 01.01. aus dem Bezug des Pipeline-Öls ausgestiegen wird, meine Damen und Herren. Da bitte ich um eure Unterstützung. Vielen Dank!

**Prof. Dr. Mario Vogt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Jan Redmann! Ich darf Herrn Reichel mitteilen, dass der Antragsteller seine Ergänzung übernimmt. Dann ist jetzt auf meiner Liste noch Dr. Markus Pieper für die Antragskommission. Bitte schön!

**Dr. Markus Pieper**, Antragskommission: Meine Damen und Herrn, weniger für die Antragskommission, mehr aus Sicht des Europäischen Parlaments. Dieser Antrag, meine Damen und Herren, hat Substanz, Klarheit, Planungssicherheit. Es ist ein CDU-Antrag. In Brüssel würden wir uns solche Vorgaben wünschen, damit die Kommission ein einheitliches Vorgehen im Binnenmarkt tatsächlich darstellen kann. Gerade heute, gerade eben haben sich die Energieminister im Rat geeinigt, dass man sich in Europa einheitlich beim Thema Strommarkt und Gasdeckel bewegen möchte.

Und was kommt aus Berlin? Was kommt von der Ampel, meine Damen und Herren? Stückwerk, die Gasumlage, kein Modell für Europa. Die Versemmlung des Katar-Vertrages, die Italiener freuen sich über einen Langfristvertrag, den Habeck nicht wollte. Was kommt von der Ampel? Der Kernkraftausstieg in Zeiten höchster Not, in Zeiten höchster Energiepreise, allgemeines Kopfschütteln im Europäischen Parlament.

Meine Damen und Herren, so wird das nichts, die Kollegen im Europäischen Parlament zeigen uns einen Vogel. Wir sollen die Einsparvorgabe in Spanien von 15 Prozent einhalten und ihr in Deutschland schließt die sichersten Kernkraftwerke der Welt. Resultat: Nur zwei von 27 Ländern sind bereit, Deutschland mit Gas zu helfen, und ich verstehe das sogar. Kernkraftausstieg, das Hickhack um die Ukraine-Unterstützung, die grüne Besserwisseri, die Ampel verspielt Deutschlands Kredit und Glaubwürdigkeit in Europa. Das kritisieren wir in Brüssel und das müssen wir in Berlin ändern. Der Antrag ist wirklich eine sehr, sehr gute Grundlage dafür. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Vogt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Pieper! Damit ist die Rednerliste zu den Ziffern 1 und 2 erschöpft. Ich kann auch keine weiteren Wortmeldungen erkennen. Dann würden wir jetzt über die Empfehlung der Antragskommission in geänderter Fassung abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen kann, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. – Nicht ganz so müde! Sehr gut! – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Empfehlung gefolgt und die Ziffern 1 und 2 sind angenommen.

Ich rufe jetzt die Ziffern 3, 4 und 5 auf. Hier geht es um das Thema Energiequellen, Kernkraft, Biomasse, Wasserstoff. Dort haben wir Wortmeldungen. Als Erstes von Wiebke Winter, danach von Carsten Linnemann. Bitte schön, Wiebke!

(Vereinzelt Beifall)

**Wiebke Winter**: Liebe Freundinnen und Freunde! Das Entlastungspaket hat uns alle sehr beschäftigt in der letzten Zeit. Was mich ganz besonders beschäftigt hat, ist, dass die Ampel heimlich, still und leise etwas beschlossen hat, was dem Klimaschutz gerade in seiner internationalen Wirkung mehr als abträglich ist. Es wurde beschlossen, dass der Aufwuchspfad für den CO<sub>2</sub>-Preis ausgesetzt werden soll und damit international das Zeichen gesetzt, dass wir nicht länger an der CO<sub>2</sub>-Abgabe und damit an unserer Klimapolitik festhalten.

Ich finde, das ist ein desaströses Zeichen, gerade wenn wir sehen, wie in Pakistan die Menschen sterben, wie bei uns in Deutschland die Wälder brennen und wie überall auf der Welt die Menschen hungern, weil die Klimakrise fortschreitet. Wir dürfen international nicht dieses Zeichen setzen, und deswegen ist es so wichtig, dass wir uns als CDU klar zum Klimaschutz bekennen, klar dazu bekennen, dass wir die CO<sub>2</sub>-Bepreisung richtig finden und dass wir der Ampel hier nicht nach dem Mund

reden wollen, sondern dass wir uns davon abgrenzen, für das Klima. Deswegen bitte ich Sie, stimmen Sie dem Antrag E8 und E9 in der Fassung zu, wie wir ihn jetzt hier vorgeschlagen haben, dass wir uns dafür einsetzen, dass wir auf internationaler Ebene das klare Zeichen setzen: Deutschland bleibt dran am Klimaschutz. Deutschland möchte sich weiter für Klimaneutralität bis 2045 einsetzen, denn wir haben nicht mehr viel Zeit. Wir müssen uns jetzt einsetzen und das ist ein wesentlicher Baustein. Deswegen bitte ich Sie darum, stimmen Sie dem Antrag E8, E9 zu. Vielen Dank!

**Prof. Dr. Mario Vogt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Wiebke Winter. Jetzt Carsten Linnemann.

**Dr. Carsten Linnemann**, Antragskommission: Vielen Dank, guten Tag zusammen! Ich würde ganz gerne die Wiebke Winter unterstützen. Ich fände es ein fatales Signal, wenn die CDU Deutschlands sich nicht klar zum CO<sub>2</sub>-Preis bekennt. Alle Ökonomen auf diesem Globus sehen dieses Thema als so global an, dass es über den CO<sub>2</sub>-Preis am besten über den Emissionshandel gelöst werden kann. Ich möchte Ihnen nur zwei, drei Zahlen nennen. Im letzten Jahr haben wir 33 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> auf diesem Globus, in Anführungsstrichen, „verbraucht“, ein Drittel davon aus China. Allein im letzten Jahr hat China um zwei Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> die Emission gesteigert, in einem Jahr zusätzlich. Das ist doppelt mal so viel, wie Deutschland insgesamt an CO<sub>2</sub> ausgestoßen hat.

Das Bundesverfassungsgericht, Ziel 2045, wenn wir das erreichen, dürfen wir noch 6,5 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> verbrauchen. Das ist so viel, wie China in einem halben Jahr ausstößt. Was ich damit sagen will, ist: Dieses Thema ist nur global zu lösen. Damit will ich nicht ablenken, wir sind hier in Hannover, hier auf dieser Messe kann man sehen, was wir für Umwelttechnologien machen. Wir müssen Vorbild sein, gar keine Frage, aber dieses Thema muss global angegangen werden, und deswegen müssen wir an diesem CO<sub>2</sub>-Preis festhalten, auch in so einer Situation, denn sonst werden andere das nicht nachmachen, was wir vormachen.

Deshalb schlage ich folgenden Kompromiss vor. Wir übernehmen die Formulierung von Wiebke Winter und schreiben dazu: Die Kompensation, weil wir Zeiten wie diese haben, erfolgt über Haushaltsmittel. Aber das Instrument CO<sub>2</sub> abzuschaffen, wäre meines Erachtens fatal. Wir als CDU müssen daran festhalten. Vielen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Vogt**, Tagungspräsidium: danke, Carsten. Als nächste Wortmeldung habe ich Thomas Heilmann.

**Thomas Heilmann**: Nach der sehr überzeugenden Wortmeldung von Carsten Linnemann würden wir als Antragsteller diese Formulierung übernehmen und wollten jetzt das Tagungspräsidium fragen, ob man sich darauf einigen kann, ob das geht oder nicht. Dann müsste ich so gar nicht mehr sagen.

**Prof. Dr. Mario Vogt**, Tagungspräsidium: Es ist immer gut, das Tagungspräsidium zu fragen, aber in dem Fall müsste man den Antragsteller fragen. Der wird schon gefragt gerade. Insofern, wir arbeiten dran.

**Thomas Heilmann**: Das heißt, ich vertraue mal, die werden einen Vorschlag machen, ich schließe mich dem an. Vielen Dank! Kann man die Debatte kurzhalten.

**Prof. Dr. Mario Vogt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, die Debatte ist kurzgehalten. Aber die Abstimmung kann nicht kurzgehalten werden, weil erst der Vorschlag vorliegen muss. – Wir warten sinnsuchend auf die Aussagen der Antragskommission. –

Ich mache mal der guten Ordnung halber einen Verfahrensvorschlag. Wir stellen mal die Abstimmung zu den Ziffern 3, 4 und 5 zurück, bis die Antragskommission bzw. der Antragsteller sich da positioniert hat. Wir fahren fort und rufen die Ziffern 6, 7 und 8 auf. Hier geht es um das Thema bezahlbare Energie, die Gasumlage und die Energiegrundversorgung. Dort haben wir genau eine Wortmeldung. Die stammt von Klaus Wiener, der sich für Mikrofon 1 angemeldet hat. Herr Wiener, ich bitte Sie um Ihre Wortmeldung. Bitte schön!

**Klaus Wiener**: Vielen Dank! Ich möchte vorwegschicken, dass ich den Antrag auch unterstütze. Mir geht es um die Zeilen ab 435, um die Grundversorgung, wo vorgesehen ist, dass 75 Prozent des Vorjahresverbrauchs zu einem bestimmten Preis zu haben sind. Genannt sind hier eben die zwölf Cent. Ich finde das insofern nicht optimal, als man damit diejenigen auch bestraft, die vorher schon sich angestrengt haben, die gespart haben, die investiert haben in Maßnahmen in ihr Haus. Ich finde es besser, wenn man hingehen würde und sagen würde, man macht eine Kopfpauschale, zum Beispiel 500 m<sup>3</sup> Gas pro Person. Dann wäre es egal, wie viel man darüber hinaus verbraucht. Das müsste man halt bezahlen. Aber, wie gesagt, 75 Prozent des Vorjahresverbrauchs würde ich nicht so gerne unterstützen wollen. Vielen Dank!

**Prof. Dr. Mario Vogt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Wiener! Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das kann ich nicht erkennen. Dann würde ich jetzt über die Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 6, 7 und 8 abstimmen lassen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Wir kehren zurück zu den Ziffern 3, 4 und 5, wo es einen Kompromissvorschlag gegeben hat. Der Andreas Jung wird jetzt die Empfehlung der Antragsteller begründen.

**Andreas Jung**, Antragskommission: Wir würden gerne folgende Formulierung vorschlagen: „Die kommende Stufe der CO<sub>2</sub>-Bepreisung im nächsten Jahr soll nicht ausgesetzt werden. Die entsprechenden Einnahmen müssen aber eins zu eins zur Entlastung von Bürgern und Wirtschaft bei den Energiekosten eingesetzt werden.“ Das ist die Empfehlung der Antragskommission. Nach meiner Wahrnehmung sind die Antragsteller damit auch einverstanden.

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungskommission: Ich schaue noch mal auf die Antragsteller. Es scheint Daumen hoch zugeben, also, sehr gut! Dann gibt es keine weiteren Wortmeldungen zu den Ziffern 3, 4 und 5. In geänderter Fassung würde ich jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Wer diesen Vorschlägen folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen. Wir kommen zu den Ziffern 9 und 10. Da handelt es sich um die Themen Wirtschaftsstandort, Fachkräfte, Belastungsmoratorium, Unterstützung von Unternehmen bei Energiefragen. Dort haben wir genau eine Wortmeldung, die stammt von Gitta Connemann. Bitte schön, liebe Gitta, du hast das Wort.

**Gitta Connemann**: Liebe Freundinnen und Freunde! Während wir hier sitzen, schauen Menschen auf uns, die zum Teil in hoher Not und Angst sind. Ich spreche da für 3,5 Millionen Betriebe in Deutschland, übrigens 99 Prozent von ihnen kleine und mittlere. Wir reden über Betriebe im Schnitt mit 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und ich weiß, dass Sie alle immer und immer wieder, Tag für Tag, bei diesen Betrieben vor Ort sind, um zu erfahren, wo der Schuh drückt.

In den letzten Jahren war es so: Bürokratieabbau, Genehmigungsbeschleunigung, eine hohe Abgabenlast. Das waren alles Probleme, die die Betriebe umgetrieben haben, aber sie konnten damit leben. Was zurzeit passiert, ist mehr als das, denn viele dieser Mittelständler fürchten um ihre Existenz. Sie haben Angst. Ich habe dieses Gefühl in dieser Form noch nicht wahrgenommen wie aktuell, dass Betriebsleiterinnen, Geschäftsführerinnen zum Teil vor uns stehen und nicht nur sagen, wie es ihnen geht, sondern zum Teil in Tränen ausbrechen.

Es geht zurzeit um die Existenz dessen, was wir in Sonntagsreden immer das Rückgrat Deutschlands nennen. Aber das ist es nicht nur in Sonntagsreden, das ist es montags, dienstags, mittwochs, donnerstags, freitags und samstags. Diese Betriebe sorgen nicht nur für die Arbeit in Deutschland, für die Ausbildung in Deutschland, sondern sie sind das Rückgrat gerade auch in den ländlichen Regionen und sie stehen für eine Haltung, nämlich Übernahme von Verantwortung. Dafür dürfen wir ihnen dankbar sein, auch an diesem Parteitag.

(Beifall)

Wenn man die Situation sieht, in der sie stecken, dann haben viele dieser die Auswirkung von Corona noch nicht überwunden. Denken Sie an Veranstaltungswirtschaft, Dehoga, Schausteller, Facheinzelhandel, die gerade den Eindruck hatten, es klärt sich auf, und dann kommt eine Inflation, die zu einem führt, einem Einbrechen der Binnennachfrage. Sie werden die Ersten sein, die wieder die Zeche bezahlen mit allen Folgen, die sich daraus ergeben.

Zurzeit erreichen uns jeden Tag die Nachrichten von Insolvenzen, Betriebsaufgaben, Stilllegungen, egal wie Habeck es nennt. Es bedeutet am Ende, dass Betriebe die Türen zu machen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit verlieren und dass der Wirtschaftsstandort Deutschland gerade an die Wand gefahren wird.

(Beifall)

Wenn man sieht, das größte Problem, die Inflation, der Preisträger Nummer eins ist die Energie. Ich bin sehr dankbar, Jens Spahn und Andi Jung hatten es dargestellt, was man machen kann, um sofort dazu zu kommen, dass Energie mehr verfügbar ist und bezahlbarer wird. Das, was damit nichts zu tun hat, ist die Gasumlage. Diese Gasumlage bedeutet zum Teil für Betriebe den letzten Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.

Nur ein Beispiel: In meiner Heimat gibt es Gartenbaubetriebe, kleine Betriebe. Für einen mittleren Gartenbaubetrieb bedeutet die Gasumlage eine Zusatzbelastung von 300.000 Euro pro Jahr, die nicht erwirtschaftet werden kann. Wissen Sie, was die Antwort der Ampel auf die Frage war, wie man diese Betriebe erhalten will, wie man auch für eine Ernährungssicherung in Deutschland noch sorgen will. Die Antwort der Ampel war: Wir können durch Importe aus dem Ausland vorsorgen. Das ist die Antwort der Ampel an unsere Betriebe, und das ist ein Schlag ins Gesicht der Betriebe, jeden Tag.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur gut, in diesem Antrag zu sagen, die Gasumlage zu stoppen, sondern darauf hinzuweisen, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Woche einen Antrag eingebracht hat, der von der Ampel abgelehnt worden ist, und das ist verlogen und verantwortungslos.

(Beifall)

Wir reden aber auch darüber, wie wir die Wirtschaft entlasten können. Ich bin dankbar, dass in diesem Antrag verankert ist, etwas zu dem sich Friedrich Merz immer und immer wieder bekennt, übrigens auch Alexander Dobrindt, den ich ganz herzlich willkommen heißen möchte für die CSU. Ihr redet immer vom Belastungsmoratorium. Zu diesem Belastungsmoratorium passt übrigens nicht das Thema Schriftformerfordernis jetzt bei Arbeitsverträgen oder aber Themen wie die Taxonomie. An dieser Stelle danke ich unseren Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament, in der EVP-Gruppe, dass sie deutlich machen, die Taxonomie darf in dieser Form, wie sie geplant ist von der Kommission, nicht kommen. Es wäre eine weitere Belastung für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn es um Entlastung geht, dann sei an dieser Stelle gesagt: Bürger und Betriebe entlastet man, indem man ihnen weniger wegnimmt. Alles andere ist Umverteilung. Das findet zurzeit in diesem Land statt. Die Ampel bereichert sich jeden Tag über Steuern bei der kalten Progression, über die Umsatzsteuer und bei vielem anderen mehr. Diese Gewinne müssen zurückgegeben werden, indem sie strukturell zurückgegeben werden. Runter mit den Steuern! Bei der Stromsteuer ist ein Betrieb in Deutschland 40-mal so hoch besteuert wie im Rest Europas. Das verzehrt die Wettbewerbsfähigkeit und deshalb ist es gut, dass wir ein Signal dagegensetzen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch eine Bemerkung. Leistung muss sich lohnen, das gilt auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb ist es gut, dass wir uns dafür aussprechen, die kalte Progression abzubauen. Der Staat bereichert sich damit gerade mit zehn bis 15 Milliarden Euro. Die Leute brauchen mehr Netto vom Brutto und das geht über die kalte Progression. Wie sollen wir zukünftig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sagen können, dass sie jeden Tag zur Arbeit fahren sollen, jeder Tank wird zum Minusgeschäft, und auf der anderen Seite werden die Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger ausgesetzt. Das ist ein Skandal.

(Beifall)

Deswegen müssen wir immer wieder auch von diesem Parteitag aus sagen: Leistung muss sich lohnen und diese Leistung wird erbracht von den mittelständischen Betrieben, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wenn Deutschland eine Zukunft haben will, dann nur mit ihnen, und deshalb kann ich nur empfehlen, diesen Antrag zu Ziffer 9 und 10 vollumfänglich zuzustimmen. Herzlichen Dank!

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Gitta Connemann, für das Plädoyer für Ziffer 9 und 10. Da überrascht auch nicht, dass sich keiner mehr zu Wort meldet. Bevor wir darüber abstimmen, möchte ich aber noch einen lieben Gast aus Bayern begrüßen. Zu uns ist gestoßen Alexander Dobrindt, Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Lieber Alexander, herzlich willkommen, schön, dass du heute bei der CDU bist.

(Beifall)

Dann kommen wir jetzt zu den Ziffern 9 und 10 und zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die kann ich nicht erkennen. Damit sind die Ziffern 9 und 10 auch angenommen und damit der Gesamtantrag des Bundesvorstandes. Wir haben den ersten Beschluss unseres Parteitages in inhaltlicher Art und Weise. Herzlichen Glückwunsch, Andi Jung, Jens Spahn, stellvertretend für diejenigen, die den Antrag erstellt haben im Bundesvorstand. Ich kann feststellen, der Antrag E des Bundesvorstandes ist beschlossen. Das ist ein starkes Zeichen für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Das ist unser Plan durch die Krise, das ist unser Angebot für einen starken Wirtschaftsstandort. Wir können stolz sein, dass wir das als CDU heute auf den Weg gebracht haben. Es ist ein klarer Kurs für sichere Energie und eine starke Wirtschaft. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Damit darf ich im Namen von Bernd Althusmann, Franziska Hoppermann, Andi Jung Danke sagen für die gute Beratung. Hier oben gibt es jetzt einen Wechsel im Tagungspräsidium. Wir bitten um einen kleinen Moment Geduld. Ich kann mir vorstellen, jetzt gibt es durchaus auch noch ein paar inhaltlich spannende Diskussionen. Herzlichen Dank!

(Musik)

**Daniel Günther**, Tagungspräsidium: Moin, weiter geht's! Zu

TAGESORDNUNGSPUNKT 11:

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands: Änderungen des Statuts der CDU zur Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin/ des stellvertretenden Generalsekretärs, Beratung und Beschlussfassung

Bevor wir gleich zur Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin kommen, müssen wir noch die satzungsrechtlichen Grundlagen für diese Wahl schaffen. An wenigen Stellen muss unser Statut deshalb geändert bzw. ergänzt werden. Das betrifft zum einen die Aufgabenbeschreibung der stellvertretenden Generalsekretärin, zum anderen die Zugehörigkeit zu Bundesvorstand und Präsidium. Die entsprechenden Anträge finden Sie unter B. Dort sind es die Anträge B99, B105 und B108 auf den Seiten 80 bis 83 ihrer Antragsbroschüre.

Änderungsanträge, die sich auf diese Bundesvorstandsanträge beziehen, liegen nicht vor. Die Änderungsanträge B100 und B101 betreffen den Digitalbeauftragten und werden deshalb bei der Beratung der weiteren Änderungen des Statuts unter TOP 17 aufgerufen.

Ich lasse deshalb jetzt hier über die drei vorgenannten Anträge B99, B105 und B108 abstimmen. Wird zu diesen Anträgen das Wort gewünscht? – Jetzt muss ich einmal kurz darauf hinweisen, dass eingegangen ist eine Wortmeldung von Florian Hummel. Die bezieht sich aber eigentlich auf TOP 17 zu B89. Deswegen weise ich nur darauf hin, dass diese Wortmeldung zu dem Zeitpunkt dann auch erst aufgerufen wird. Ich hoffe, das ist alles in Ordnung. Ich kann jetzt Florian Hummel nicht sehen. Bitte grüßt ihn herzlich, wir rufen ihn nachher auf.

Dann schlage ich Ihnen vor, dass wir die Anträge B99, B105 und B108 im Block abstimmen. Wird hierzu das Wort gewünscht? Ist jemand mit dem Vorschlag nicht einverstanden? Das ist nicht der Fall. Dann rufe ich jetzt die Anträge B99, B105 und B108 zur gemeinsamen Abstimmung auf. Ich lasse über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – So, mal ein bisschen mehr Enthusiasmus. Kartenzeichen! – In Schleswig-Holstein wäre hier mehr Stimmung. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall, dann ist das einstimmig so beschlossen.

Dann haben wir die notwendigen Änderungen und Ergänzungen des Statuts zur Wahl einer stellvertretenden Generalsekretärin beschlossen. Dann können wir, nachdem wir das Statut geändert haben, zur Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin schreiten. Ab jetzt habe ich keine Kompetenz mehr dafür und gebe das Wort weiter an Ina Brandes.

**Ina Brandes**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Liebe Freundinnen und Freunde, wie beim Amt des Generalsekretärs liegt auch bei dieser Personalie das Vorschlagsrecht beim Parteivorsitzenden. Daher gebe ich das Wort nun an Friedrich Merz.

**Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU: Liebe Ina Brandes, liebe Freundinnen und Freunde! Ich danke dem Parteitag herzlich, dass Sie meinem Vorschlag gefolgt sind, die Satzung zu ändern um die Position der stellvertretenden Generalsekretärin/ des stellvertretenden Generalsekretärs. Herzlichen Dank dafür! Ich möchte Ihnen vorschlagen, ich möchte dem Parteitag der CDU Deutschlands vorschlagen, die Bundestagskollegin Christina Stumpp aus Baden-Württemberg zur stellvertretenden Generalsekretärin der CDU Deutschlands zu wählen.

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

#### TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin der CDU Deutschlands

**Ina Brandes**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für diesen Vorschlag! Liebe Christina, komm bitte auf die Bühne, wir freuen uns auf deine Vorstellung.

**Christina Stumpp**: Liebe Delegierte, liebe Freundinnen und Freunde! Nach vielen digitalen Events treffen wir uns heute zum ersten Mal wieder persönlich im großen Kreise unserer CDU-Familie. Ich sage euch ganz ehrlich, live sind mir die Parteitage am liebsten, live, das ist nah bei den Menschen und mitten im Leben. Das ist es doch, was unsere CDU ausmacht.

(Lebhafter Beifall)

Seit unserem letzten Präsenzparteitag 2019 ist viel passiert. Dass die Bundestagswahl eine Zäsur war, ist uns allen ausreichend bewusst. Wir haben die richtigen Lehren daraus gezogen, seitdem vieles angepackt und unsere CDU gemeinsam mit Friedrich Merz wieder auf Kurs gebracht. Diesen Weg gehen wir als Team CDU konsequent weiter.

(Beifall)

Beispielsweise mit unserem neuen Grundsatzprogramm, mit dem wir die Leitplanken für uns als moderne Volkspartei von morgen neu definieren und zugleich dafür sorgen, dass unser Markenkern wieder sichtbar wird. Des Weiteren haben wir mit der Einrichtung des neuen Kommunalbüros im Konrad-Adenauer-Haus unsere kommunalpolitische Ebene klar in den Fokus gestellt. Auf diesem Weg folgt heute mit der Schaffung des neuen Amtes der stellvertretenden Generalsekretärin ein weiterer wichtiger Schritt. Hiermit möchte ich mich mit Demut und voller Kraft um das neue Amt bewerben, damit möchte ich mich auch ganz formell in den Dienst unserer Partei stellen und bitte ganz herzlich um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Mein Name ist Christina Stumpp, ich bin 34 Jahre alt, glücklich verheiratet und junge Mutter. Mein Sohn Maximilian ist zu Anfang der Woche zwei Jahre alt geworden. Er und mein Mann schauen heute von zuhause aus zu und drücken mir natürlich ganz fest die Daumen.

(Beifall)

Ich bin auf dem elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb großgeworden. Das hat mich geprägt. Ich war nie jemand, der nur zugeschaut und anderen die Verantwortung überlassen hat, vielmehr wollte ich mich einbringen, anpacken und aktiv mitgestalten. Beruflich habe ich eine Ausbildung in der Kommunalverwaltung absolviert und danach Steuerrecht studiert. In den letzten Jahren war ich in der Landesverwaltung tätig und zuletzt persönliche Referentin des Landwirtschaftsministers in Baden-Württemberg.

Als Regionalrätin bin ich im Verband der Region Stuttgart kommunalpolitisch aktiv. Seit September letzten Jahres vertrete ich den Wahlkreis Waiblingen in Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag. Seit 2001 bin ich JU-Mitglied, seit 2003 Mitglied der CDU. Damals waren wir in der Opposition, das sind wir jetzt wieder. Damals hatten wir einen Kanzler, der öfters mal Basta gesagt hat, heute haben wir einen Kanzler, der gar nichts sagt oder schlichtweg sich an nichts mehr erinnern kann, und beides ist schlecht für unser Land. Beides zeigt deutlich, gerade in diesen Zeiten braucht es eine starke CDU.

(Beifall)

Natürlich wurde ich als sparsame Schwäbin immer gefragt, warum wir das Amt der stellvertretenden Generalsekretärin denn nun brauchen. Und ich will es euch sagen: Wir meinen, es ist ernst mit der Erneuerung, die CDU muss wieder ein Ort der Diskussion und ein Ort der Ideenschmiede für das Morgen sein. Die SPD ist im vergangenen Jahr fast zufällig stärkste Partei im Bund geworden. Von stärkster Kraft reden wir besser nicht, die SPD ist mit ihrer Verantwortung aber völlig überfordert. Umso wichtiger ist, dass wir jetzt die Weichen stellen, um die Mehrheiten im Jahr 2025 wieder zurückzugewinnen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Eine Mehrheit zu gewinnen, ist für die CDU kein Selbstzweck. Wir sind es den Menschen schuldig. Denn Deutschland hat etwas Besseres verdient wie eine Scholz-Regierung ohne Verantwortung, ohne Richtung und ohne Führung, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Die Erneuerung unserer Partei muss von unten nach oben erfolgen. Dafür darf man nicht immer nur auf die Berliner Blase schauen, sondern müssen vor allem auch den ländlichen Raum im Blick haben. Eine besondere Bedeutung kommt deshalb der kommunalen Ebene zu. Sie ist das Fundament für eine erfolgreiche politische Arbeit unserer Partei. Und Sie, liebe Delegierte und liebe Mitglieder, sind das Gesicht unserer CDU vor Ort, Sie sind es, die mit Ihrem Engagement einen unschätzbaren Beitrag für unsere Partei leisten.

(Beifall)

Als Mitglied der kommunalen Familie will ich den Kontakt und den Austausch mit unseren Gemeindevertretungen, Stadt- und Kreisräten sowie Bürgermeistern stärken und fördern. Mir

ist wichtig, dass wir als CDU Stadt und Land, Nord und Süd, Ost und West verbinden. Wir sind nicht nur die Partei der Großstädte wie die Grünen und wir sind auch nicht nur die Partei des kleinen Mannes, wie es die SPD gerne für sich beansprucht. Wir sind Volkspartei fürs ganze Land mit einer starken Basis und einem klaren Kurs. Wir haben alle Menschen im Blick, insbesondere diejenigen, die täglich aufstehen und zur Arbeit gehen. Das muss sich zukünftig noch stärker in unserer Politik widerspiegeln, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Die Ampel hingegen lässt Städte, Gemeinden und Kreise im Stich. Energiesicherheit, Mobilität, Betreuung der Flüchtlinge aus der Ukraine, außer netten Worten und Appellen hört man von Scholz, Habeck nichts. Dabei brauchen unsere Kommunen gerade jetzt konkrete Unterstützung und Planungssicherheit. Die Ampel sieht es aber offensichtlich anders. Das zeigt sich vor allem bei unserem Bundeswirtschaftsminister. Für kein Selfie ist der sich zu schade, jeder flotte Spruch geht ihm leicht über die Lippen, aber wenn es konkret wird, wenn es um gute Politik für unser Land geht, dann ist dieser Minister ein Totalausfall.

Unsere Bürgerinnen und Bürger werden in der größten Energiekrise aller Zeiten mit kalten Duschtipps vertröstet, und über die verkorkste Gasumlage brauchen wir erst gar nicht zu sprechen. Und wenn sich die Koalitionspartner noch gegenseitige Schuld zuweisen, dann zeigt das, wie es um die Ampel steht. So sieht keine verantwortungsvolle und nachhaltige Politik aus. Das ist Chaos mit Ansage, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Blicken wir nun nach vorne. In genau einem Monat steht hier in Niedersachsen die Landtagswahl an. Das ist für uns eine weitere wichtige Wegmarke. Hier können wir unter Beweis stellen, dass wir wieder Volkspartei sind, dass wir die Bürgerinnen und Bürger wieder für unsere Politik begeistern. Wir haben mit Bernd Althusmann einen starken Kandidaten um das Amt des Ministerpräsidenten. Einer, der weiß, worauf es ankommt, und was dem Land wirklich guttut.

(Lebhafter Beifall)

Lasst uns deshalb beim Wahlkampfendspurt nochmal den Turbo zünden auf den Marktplätzen, an den Infoständen, an den Haustüren und auch im Netz. Denn eines ist klar: Es ist allerhöchste Zeit, um die SPD endlich abzulösen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Und es stehen noch weitere wichtige Wahlen an. 2023 und 2024 finden in zehn Ländern Kommunalwahlen statt. Hier müssen wir unserem Anspruch als Kommunalpartei und gestaltende Kraft gerecht werden. Die Vorbereitungen laufen bereits und ich werde mit unserem neuen Kommunalbüro voller Einsatz und meinen Beitrag leisten, dass wir überall wieder stärkste Kraft werden.

(Beifall)

Kommunalpolitik ist Politik für die Bürger im besten Sinne des Wortes. Uns geht es nicht um Ideologie, sondern um konkrete Ideen, die die vielen Städte und Gemeinden noch ein bisschen lebenswerter machen. Daher ist es nicht egal, welche Partei den Bürgermeister stellt oder die Mehrheit im Rat hat, auf unsere CDU ist Verlass. Alle Probleme, die bestehen, werden zunächst auf kommunaler Ebene angepackt. Selbst den Klimawandel als die große Herausforderung unserer Zeit oder auch Fragen der Versorgungssicherheit kann man nur gemeinsam mit der kommunalpolitischen Familie lösen. Aber die kommunale Ebene ist nicht nur ausführende Gewalt, sondern sie ist ein Ort, wo eigene Ideen entstehen. Hier werden Probleme an der Wurzel gepackt und gelöst. Dafür haben wir im Kommunalbüro bereits das Ideennetzwerk gegründet. Dort können Sie sich bedienen an Musteranträgen, Pressemitteilungen, Projekten und Publikationen. Es gibt so viele gute Ideen, davon soll die ganze Partei profitieren. Ich will dafür sorgen, dass unsere Mandatsträger und Mitglieder besser vernetzt und qualifiziert werden. In unserer Partei steckt so viel Potenzial, lasst uns das nutzen und weiter ausbauen.

(Beifall)

Zentral für das Kommunalbüro ist außerdem die Nachwuchsgewinnung. Das ist mir als JÜlerin und Kommunalpolitikerin ein besonderes Herzensanliegen. Wir werden künftig mehr für die Gewinnung neuer Mandatsträger tun. Dabei wollen wir insbesondere durch Scouting und Mentoringprogramme auch Jugendliche und insbesondere Frauen erreichen und für unsere CDU begeistern. Wir müssen schon jetzt die Köpfe von morgen im vorpolitischen Raum an uns binden und dies in einer Art Talentschmiede fördern und aufbauen.

(Vereinzelt Beifall)

Mein Ziel: Wenn sich Menschen und insbesondere Jugendliche vorstellen können, sich politisch zu engagieren, müssen wir als CDU erste Anlaufstelle sein. Wir wollen nicht nur jünger, moderner, weiblicher werden, sondern es ist mir persönlich ein Herzensanliegen, den großen Erfahrungsschatz unserer langjährigen Mitglieder mit einzubeziehen, um einen echten Mehrwert auf allen Ebenen damit zu schaffen. Die Zukunft sieht so aus, wie wir sie gestalten, hat einst der französische Soziologe und Zukunftsforscher Jean Fourastié gesagt. Lasst uns dies selbstbewusst, kraftvoll und vor allem gemeinsam und geschlossen angehen. Friedrich Merz, Mario Czaja und ich sind genau in diesem Sinne angetreten. Wir wollen gemeinsam mit euch, gemeinsam mit rund 400.000 Mitgliedern als Team CDU die Zukunft gestalten. Dabei werde ich euch auch in die Pflicht nehmen, mitzuwirken und mitzugestalten an der politischen Willensbildung, an der Mitgliederer Gewinnung und an den kommenden Wahlkämpfen. Denn unsere CDU lebt vom Miteinander.

(Beifall)

Ich will und ich werde dabei das Sprachrohr der kommunalen Ebene sein und für unsere Mitglieder natürlich direkt ansprechbar sein. Dafür bitte ich Sie heute ganz herzlich um Ihr Vertrauen. Herzlichen Dank!

(Anhaltender, lebhafter Beifall mit Rufen)

**Ina Brandes**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Christina, für diese kämpferische Vorstellung. Gibt es Fragen an die Kandidatin? – Das ist nicht der Fall. Dann schreiten wir jetzt zum Wahlgang. Wir werden diese Wahl per Tablet durchführen. Da es sich um eine geheime Wahl handelt, kommen auch unsere Tischwahlkabinen bitte zum Einsatz. Wenn ich gleich den Wahlgang eröffne, öffnen sich automatisch auf Ihrem Tablet der digitale Stimmzettel. Sie müssen ihn also nicht auf Ihrem Tablet suchen. Geben Sie Ihre Stimme ab und klicken Sie auf „Abschicken“. Wenn es keine weiteren Fragen gibt, eröffne ich hiermit den Wahlgang.

Solange der Wahlgang läuft, möchte ich zwei Delegierte unter uns ganz besonders begrüßen. Das ist einmal unser Freund Otto Wulff als unser ältester Delegierter.

(Lebhafter Beifall)

Und das ist Lili Fischer als jüngste Delegierte.

(Lebhafter Beifall)

Schön, dass die beiden wieder dabei sind. 67 Jahre liegen zwischen den beiden, aber sie haben natürlich sehr viel gemeinsam in unserer Union. Die CDU als Union der Generationen, auch dafür stehen wir.

(Musik)

Wenn Sie fertig sind, dann nehmen Sie bitte die Tischwahlkabinen runter. Dann können wir von hier oben besser sehen, ob Sie fertig gewählt haben. Wunderbar, ganz hervorragend! Vielen Dank!

(Musik)

Ich schließe hiermit den Wahlgang, vielen Dank!

(Musik)

**Ina Brandes**, Tagungspräsidium: Ich darf vermelden, uns liegt ein Ergebnis vor. Abgegebene Stimmen 846. Ungültige Stimmen 0, Enthaltungen 20, gültige Stimmen 826. Die erforderliche Mehrheit beträgt 414. Es wurden abgegeben für Christina Stumpp 740 Stimmen, 89,59 Prozent.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Damit ist Christina Stumpp erste stellvertretende Generalsekretärin der CDU Deutschlands. Liebe Christina, komm bitte hoch, damit ich dich fragen kann, ob du die Wahl annimmst.

(Beifall)

Nimmst du die Wahl an?

**Christina Stumpp**: Ich möchte mich ganz, ganz herzlich für das große Vertrauen bedanken und ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Sie werden viel von mir hören in Sachen Kommunales. Ich freue mich auf die Kommunalwahlen 23/24 in zehn Ländern. Wir haben einiges zu tun, packen wir es an. Ich freue mich drauf.

(Beifall)

**Ina Brandes**, Tagungspräsidium: ganz herzlichen Dank! Ihr jetzt machen wir eine kurze Pause und haben ein Wechsel im Tagungspräsidium.

(Musik)

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, wir kommen nun zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes zur Umsetzung der Vorschläge der Struktur- und Satzungskommission der CDU, Mario Czaja MdB

Thorsten Frei, Hendrik Hoppenstedt und ich werden die anschließenden Beratungen als Tagungspräsidium leiten. Wir wollen schon jetzt darauf hinweisen, dass es in Teilen komplexe Beratungen werden, da sie auch immer mit Verfahrensfragen verbunden sind. Hierzu werden wir dann immer sehr genau die Verfahren und Abstimmungsgegenstände im Detail erläutern, so dass eine transparente und konzentrierte Beratung gewährleistet ist. Dazu aber später mehr. Jetzt zunächst einmal freuen wir uns auf den Bericht unseres Generalsekretärs Mario Czaja. Lieber Mario, du hast das Wort.

**Mario Czaja**, Generalsekretär der CDU: Vielen Dank, liebe Ina, verehrtes Tagungspräsidium, lieber Friedrich, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde! Zunächst, liebe Christina, herzlichen Glückwunsch zu diesem großartigen Ergebnis. Danke für die Zusammenarbeit, die wir bislang schon miteinander haben. Ich bin mir sicher, wir werden vieles zusammen wuppen. Du bringst viel Energie mit und ich lerne vielleicht auch noch Baden-Württembergisch, es freut mich auf die Zusammenarbeit. Danke, dass du mit dabei bist.

(Beifall)

Friedrich Merz hat heute in seiner Rede gezeigt, wie wir aufs Land schauen, welche Herausforderungen in unserem Land bestehen, wie wir auf die aktuellen Krisen reagieren wollen. Vor allem ist dabei deutlich geworden, auch mit dem Beschluss unseres Antrags, dass Deutschland es besser kann, wenn wir es denn wollen. Die CDU kann es besser und wir haben die besseren Ideen für unser Land. Wir haben mit diesem Antrag zum Ausdruck gebracht, wir kümmern uns um unser Land, wir nehmen die Herausforderungen derzeit an, wir haben auch die notwendige Erfahrung, die Lösungen und den Gestaltungswillen, die Dinge zu tun, die zu tun sind.

Erlaubt mir, in meiner Rede kurz auf drei Schwerpunkte einzugehen. Ich will zunächst einen kurzen Blick noch einmal werfen auf diese Regierung, die noch nicht einmal mehr 200 Tage Verantwortung hat. Ich möchte zweitens darüber sprechen, was die Menschen von uns erwarten und was derzeit in Deutschland sorgt; und drittens, was können wir am besten tun. Wie können wir uns darauf vorbereiten, dass wir die Dinge am besten anpacken und die Probleme unseres Landes lösen?

Liebe Freundinnen und Freunde, schauen wir zunächst auf die Bundesregierung. Der Befund wird euch und vielen anderen Menschen ähnlich gehen. Jeden Tag kommen Menschen hinzu, die diesen Befund teilen. Die Menschen haben Angst, sie haben tiefe Sorgen. Es ist schlecht für die Bürgerinnen und Bürger, dass es keine Sicherheit darüber gibt, wie es in der Zukunft vor sich geht. Sie sind fassungslos. Schauen nicht nur wir, sondern das ganze Land auf die Regierung, wie die Ampel zögert und zaudert, wie sie sich zerstreitet und herumrudert.

Heute ist schon mehrfach der Verantwortliche genannt worden. Der Verantwortliche dafür ist Olaf Scholz. Er wurde während des Wahlkampfs häufig als „Scholzomat“ verspottet. Er hatte sich diesen Namen nun auch wirklich redlich verdient, immer und immer wieder die gleichen Sätze zu sagen. Aber aktuell muss man sagen, es wäre wenigstens schön, wenn das herauskommen würde, aber selbst da hat er derzeitig nichts zu sagen. Liebe Freundinnen und Freunde, die Sprachlosigkeit, die wir von Olaf Scholz wahrnehmen, ist schlecht für das Land, ist schlecht für den Zusammenhalt in unserem Land. Er ist ein schwacher Kanzler. Willy Brandt und Helmut Schmidt würden sich zu Recht für ihren Nachfolger schämen und dass ich in diesem Zusammenhang einen SPD-Kanzler nicht nenne, der hier mit dieser Stadt auch eng verbunden ist, das liegt auf der Hand. Gerhard Schröder würde sich für nichts schämen, nicht mal mehr dafür, aber er schämt sich auch nicht für die Dinge, die er momentan so in Moskau tut.

Bleiben wir kurz beim SPD-Kabinett. Da gibt es Frau Lambrecht, die eigentlich selbst sagt, sie wollte nie Verteidigungsministerin werden, aber eigentlich sollte sie die sicherheitspolitische Zeitenwende maßgeblich managen und die Bundeswehr auf neue Herausforderungen einstellen. Ja, eigentlich, aber sie stolpert, oder besser gesagt, sie fliegt von einem Fettnapf zum nächsten – manchmal nimmt sie auch noch Familienangehörige mit –, aber im Wesentlichen ist das, womit sie auffällt. Und dann haben wir da den Bundes-Twitter-Minister mit Schwerpunkt Gesundheits-Tweets, Herrn Lauterbach, der Maßnahmen ankündigt, dann wieder zurücknimmt, das Gegenteil wieder verkündet, der viel Chaos erzeugt, was er zunächst selber geschaffen hat. Jetzt hört ihm niemand mehr zu. Das ist gefährlich, wenn es jetzt wieder darauf ankommt, gegebenenfalls auf eine Corona-Pandemie in irgendeiner Form das Richtige zu sagen. Ihm vertraut man jedenfalls nicht mehr.

Und ich will auf eine zweite Partei eingehen, die in dieser Koalition aus meiner Sicht viel zu gut bei wekommt. Das sind die Grünen, denn in Wahrheit sind die Grünen keine bürgerliche Partei, sondern sie sind weiterhin verschanzt in tiefer Ideologie. Es ist doch bezeichnend, dass sie nicht einmal ihrer Grünen-Ikone Greta Thunberg in dieser zugespitzten Situation zuhören können, die zu Recht sagt, Klimaschutz und Kernkraft, das passt zusammen. Greta Thunberg hat in dieser Sache recht. Dass man sowas mal auf einem CDU-Parteitag sagen muss, ist schon etwas Besonderes. In dieser Frage hat sie zweifelsohne recht, aber die Grünen bleiben weiterhin in ihren Schützengräben, in ihrer alten Ideologie hängen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich verstehe ja, manche finden diesen Sound, diesen Grünen-Sound von Robert Habeck ganz nett, so homöopathisch, gefühlig, ein bisschen was von Klangtherapie, wenn man ihm zuhört. Aber eines versteckt sich dahinter bei den Grünen immer und immer wieder, das ist im Grunde der alte Evergreen, dass es sich um das Thema Untergangsszenario handelt, dass es um die Frage geht, Horrorszenarien an die Wand zu malen, dass das um Geisterbahnretorik geht. Ich habe immer wieder den Eindruck, wenn ich den Grünen zuhöre, der Planet wäre richtig gut, wenn dieser Planet völlig ohne Menschen wäre. Dann ist die Welt der Grünen so richtig in Ordnung, aber ich halte das für eine ziemlich unfassbare Position. Ich habe auf Grünen-Parteitag gehört, dass gesagt wurde, es wäre eigentlich ökologisch vernünftig, wenn man gar keine Kinder mehr auf die Welt bringen würde. Selbst solche Positionen finden auf Grünen-Parteitag noch mäßigen Applaus.

Aber die jungen Menschen sollen Lust darauf haben, Ingenieurwissenschaften zu studieren und den Energiewandel zu lösen, Medizin zu studieren und Krebs zu bekämpfen. Das ist der große Unterschied zwischen uns Christdemokraten und den Grünen. Wir Christdemokratinnen und Christdemokraten glauben daran, dass die Menschen die Welt besser machen können, dass wir die Welt besser machen können, dass wir Lösungen haben, um die Probleme dieser Zeit anzugehen. Das ist der große Unterschied und deswegen noch einmal: Die Grünen sind keine bürgerliche Partei, sondern tief ideologisch. Die einzige bürgerliche Partei, das sind und bleiben wir.

(Beifall)

Kommen wir zum Dritten in dieser Koalition, zur FDP. Uns geht es höchstwahrscheinlich allen so, Alexander Dobrindt und all den anderen in der Fraktion. Wenn wir auf die FDP schauen, dann ist sie eigentlich nicht wiederzuerkennen. Von dem, was sie früher einmal versprochen hat, von Generationengerechtigkeit, nichts zu sehen. Ein Haushalt mit vielen Schattenhaushalten. Ja, es ist so. Man kann es der FDP nur zurufen: Lieber nicht regieren als so regieren. Dieser Satz ist zwar etwas abgedroschen, aber er gilt bei der FDP immer und immer wieder.

(Beifall)

Es scheint das Schicksal einer Ampel zu sein, was die FDP derzeit hat: lange Rotphasen, lange Grünphasen, ein bisschen Gelb. Das ist ihr Schicksal und ansonsten nicht mehr Festhalten an ihren Prinzipien.

Diese Regierung ist schlecht für unser Land, und Millionen von Menschen sehnen sich gerade in dieser Zeit nach Orientierung, nach Haltung, nach Führung.

Lasst mich nun auf meinen zweiten und den viel wesentlicheren Punkt kommen, um den es mir geht, nämlich die Frage, was die Menschen derzeit besorgt. Jede und jeder von uns kann derzeit Geschichten erzählen, wie ich sie auch jeden Tag erlebe, sei es bei der Bürgerkommunikation im Adenauer-Haus, sei es in den Bürgerbüros, in unseren Wahlkreisen, am Telefon, per

Mail: Die Menschen haben Angst vor steigenden Preisen. Da gibt es die junge Mutter, die 400 Euro mehr Abschlag für die Gasrechnung zahlen muss. Da gibt es den Rentner, der sich fürchtet wegen seiner Nebenkostenabrechnung. Da gibt es die Familie, die anstatt 80 Euro jetzt 120 Euro für den Wocheneinkauf ausgibt, und trotzdem ist immer weniger im Korb.

Wir alle spüren es. Ich spüre es. Da braut sich etwas im Land zusammen. Die Angst vor dem, was sich da zusammenbraut, zieht durch alle Familien, durch alle Generationen. Die Deutschen sind sich nicht mehr sicher, wo das hinführen soll. Ich Sorge mich ernsthaft um den Zusammenhalt in unserem Land, und dieses Gefühl ist verbunden mit einem schleichenden Gift, das in der gesamten Gesellschaft vorhanden ist. Es erfasst die hart arbeitende Industriearbeiterin, es erfasst den hart arbeitenden Krankenpfleger, den Handwerksmeister oder, um es Robert Habeck noch mal zu sagen, den Bäcker eben auch.

Ich erinnere mich noch, als wir mit Birte Glißmann in Tornesch an den Haustüren im Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein unterwegs waren, als die Menschen über die Herausforderungen dieses Krieges und der Energieversorgung sprachen. Bei Josef Hovenjürgen im Wahlkampf in Duisburg, einem armen Kiez, einer Gegend, in der es den Menschen nicht gut geht, wo die Rentner große Sorgen davor haben, dass diese Inflation ihnen das letzte Ersparte raubt, oder, weil es Jan Redmann vorhin angesprochen hat, die Situation in der Uckermark. Als ich mit eurer Kreisvorsitzenden, Karina Dörk, sprach, wie es den Frauen und Männern da derzeit geht in der großen Ölraffinerie in Schwedt. Diese Menschen haben tiefe Angst über das, was kommt, und sie fühlen sich von dieser Zeit nicht sicher. Dann laufen eben abends die Nachrichten und sie sehen eine Zerstrittenheit, keine Ergebnisse, nichts.

Friedrich Merz hat es gesagt: Wann, wenn nicht jetzt, wäre die Zeit, dass die Union als Partei die Menschen zusammenführt, wo die Regierung spaltet, als Partei die konkreten Lösungen anbietet, wo andere Arbeitskreise einsetzen? Die Menschen in unserem Land fragen nach uns. Sie suchen nach Antworten von uns. Sie wollen, dass es jemanden gibt, der ihnen Zuversicht gibt, und sie wissen, dass wir das in der Vergangenheit häufig in schwierigen Situationen getan haben.

Das bringt mich zu meinem dritten und letzten Punkt und den Themen, die wir auch gleich besprechen werden. Wir sind die Partei, die seit 1949 in Deutschland Haltung gezeigt hat, die Führung gezeigt hat, die Verantwortung übernommen hat, und auch jetzt – das zeigen die Umfragen, Friedrich hat es angesprochen – die Menschen suchen nach uns. Sie wollen gerne, dass wir wieder stärker Verantwortung übernehmen. Das ist ein gutes Zeichen, es muss uns aber auch mahnen und demütigen machen, dass wir verdeutlichen, worauf es jetzt ankommt, auch jetzt ankommt, das Vertrauen zu rechtfertigen und langfristig zurückzugewinnen.

Es ist eine große Chance für uns, denn um uns herum in Europa sind die Christdemokratien nach einer solchen Wahlniederlage nicht immer stärker geworden, sondern häufig schwächer. Es ist eine große Chance für uns, für diejenigen, die uns schon als ausgestorben beschrieben

haben und gesagt haben, die Zeit der Union ist längst vorbei. Deswegen war es gut, dass wir uns auf den Weg gemacht haben, die Dinge anzugehen, Vertrauen zurückzugewinnen. Lieber Daniel Günther, Friedrich Merz hat es vorhin angesprochen, ihr wart im November 2021 schon abgeschrieben. Die Journalisten haben gesagt, das wird doch nichts mehr, aber dann hast du diese unfassbaren 43,5 Prozent geholt. Ich will noch einmal Glückwunsch sagen für dieses extrem starke Ergebnis – da bist du, Daniel.

(Beifall)

Das hat Rückenwind gegeben. Das hat Spaß gemacht. Auch für die Woche danach bei Hendrik Wüst, denn bei dem war es auch so. Was war das für eine Aufholjagd, die wir da erlebt haben! Es war unbegreiflich. So weit zurückgelegen, völlig abgeschrieben, aber wir haben eben gezeigt, wir lassen uns den Schneid nicht abkaufen. Wir sind aus einem anderen Holz geschnitzt und haben auch in Nordrhein-Westfalen gewonnen.

(Beifall)

Jetzt haben wir wieder eine Wahl, wieder ein Kopf-an-Kopf-Rennen, lieber Bernd Althusmann. Die Niedersachsen haben es zweifelsohne verdient, dass sie keine mickrige Scholz-Regierung, keine mickrige rot-grüne Regierung à la Olaf Scholz bekommen. Niedersachsen kann weiter springen. Der hiesige Ministerpräsident will die gute Wirtschaftspolitik von dir nicht fortsetzen. Zeigen wir den Leuten in den nächsten vier Wochen, wer dieses Land richtig gut regieren kann. Mit dir in Niedersachsen, unserem Stammland, einem Land, in dem wir häufig und intensiv politische Verantwortung übernommen haben, ich wünsche dir viel Erfolg und gebe dir alle Unterstützung, die wir für diese Zeit geben können.

(Beifall)

Das Tripel wäre schön für das Vertrauen in die Union. Aber apropos Vertrauen: Vertrauen hat natürlich auch etwas damit zu tun, dass wir an unseren Inhalten arbeiten, dass wir die Grundwerte-Charta und das Grundsatzprogramm erarbeiten. Ich möchte dir, lieber Carsten, herzlich danken für die Zusammenarbeit, die wir in den letzten sieben Monaten miteinander hatten. Das war richtig gut zu spüren, welche Kraft dort in der Partei vorhanden ist. Was waren das für Momente, als sie auf einmal mir gesagt haben, die Mitglieder aus der Basis können sich an den Fachkommissionen beteiligen. Und wir bekamen so wenig Stunden, tausende an Zuschriften, beeindruckende Lebensläufe, Vitas, Facharbeiterinnen, Wissenschaftler, Unternehmerinnen, Handwerker, alle Berufsgruppen, Jung und Alt, Frau und Mann, alle Regionen, Land und Stadt war dabei. Was für ein Schatz, was für ein Reichtum, der in unserer Partei ruht. Es macht großen Spaß, mit dir dieses Thema des Grundsatzprogramms anzugehen. Carsten, dir und all denen, die in den Fachkommissionen jetzt schon hart gearbeitet haben: Herzlichen Dank für diese Zusammenarbeit, herzlichen Dank für so viel konstruktives Miteinander.

(Beifall)

Uns bewegt, wie in diesem Land der Zusammenhalt gestärkt werden kann, wie wir den Wohlstand sichern. Deshalb bewegt uns auch eben ganz besonders, wie wir denen helfen, die es nicht so leicht in unserem Land haben. Wir werden heute und morgen, vor allem morgen noch einmal, eine Reihe an Fragen diskutieren, zum Beispiel zum Thema Deutschlandjahr, um den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken. Ein anderes Thema ist für uns, wie das Miteinander in der Gesellschaft funktioniert. Ich muss es deutlich sagen, es ist einfach nur schockierend, wenn ich sehe, dass die Bundesregierung das Sprach-Kita-Programm in Berlin einstellt. Ein Programm, was dafür da ist, dass in den Kitas Erzieherinnen da sind, die den Kindern, die aus nicht-deutschen Haushalten kommen, die nicht-deutscher Herkunft sind, dass diese Kinder Deutsch lernen, mit deutschen Kenntnissen auch in einem deutschen Kindergarten, in einer Schule Deutsch sprechen können vom ersten Jahr an, eines der erfolgreichsten Integrationsprogramme, die es in den letzten elf Jahren gegeben hat. Es passt nicht zusammen, Zuwanderung auf der einen Seite zu erhöhen und Integration, insbesondere wenn sie so erfolgreich ist, auf der anderen Seite einzusparen. Silvia Breher und viele andere, wir werden dafür kämpfen, dass wir dieses Programm zurückholen.

(Beifall mit Rufen)

Genau aus diesen Punkten arbeiten wir programmatisch, weil es um die Themen geht, die die Menschen unmittelbar bewegen, weil es so viele Sorgen und Aufgaben in unserem Land gibt, die die Menschen von uns erwarten, dass wir darauf die entsprechenden Antworten haben. Ich muss euch ehrlich sagen, im Gegensatz zu diesen Sorgen ist das, was wir gleich diskutieren, die eigenen Strukturen, unser Statut und unseren Blick auf uns selbst, fast eine Nichtigkeit. Denn eins ist doch klar, natürlich müssen wir diese Diskussion führen. Wir werden uns ehrlich machen, wir müssen uns ehrlich machen. Wir haben bei der letzten Bundestagswahl keine Mehrheit mehr bei den jungen Menschen errungen. Viele junge Menschen haben Grüne und FDP gewählt mit großen Erwartungen, die beide Parteien nicht erfüllen.

Ich habe mit Freude gesehen, dass in Baden-Württemberg jetzt erste Verantwortliche von „Fridays for Future“ zu uns kommen, in der Jungen Union Mitglied sind. Einer ist sogar jetzt Junge-Union-Kreisvorsitzender geworden, weil er sagt, diese Technologiefeindlichkeit und wenige Offenheit für das, wie man die Welt von morgen gestaltet, kann er bei den Grünen gar nicht mehr länger nachvollziehen. Die Antworten darauf wird er nur in der Union finden.

Aber wir haben auch bei Frauen nicht mehr so viel Zustimmung bekommen, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Gott sei Dank, das war keine Absage für alle Zeiten, aber es war ein Denkkettel für die CDU, so klar und deutlich müssen wir das schon beschreiben. Wenn wir darüber nachdenken, wie wir uns erneuern und uns verändern, dann sollten wir uns immer wieder Gedanken darüber machen: Wollen wir eigentlich nur noch den letzten Spiegelstrich in einer Antragskommission beraten, aber den nicht mehr umsetzen und nicht mehr gestalten? Wollen wir uns nur am Lagerfeuer der harten Stammwählerschaft wärmen oder wollen wir mehr Menschen für unser Ding, für die CDU begeistern?

Darauf kommt es an, wenn wir jetzt über die Veränderung unserer Partei sprechen. Denn wir wollen Politik machen; wir wollen mitmischen, wir wollen etwas bewegen, wir wollen anderen zeigen, dass wir es besser können. Deutschland kann es besser, die CDU kann es besser und die CDU mit Friedrich Merz kann es besser.

(Beifall)

Menschen, die genau das wollen, die gibt es da draußen in den U-Bahnen, in den Universitäten, in den Werkshallen, in den Krankenhäusern, in den Bäckereien. Sie suchen nach den Antworten. Und ich will hier an dieser Stelle vor allem Tilman, einen Satz, den du neulich gesagt hast, noch einmal zitieren. Tilman Kuban sagte, dass sich diese Mehrheit auch verändert, dass es heute egal ist, wo du geboren wurdest, wo du herkommst, was du glaubst oder auch nicht, wen du liebst oder auch nicht. Das ist etwas für die CDU, was sie anerkennen muss. Das kann ich, lieber Tilman, nur unterschreiben.

(Beifall)

Wenn wir dazu bereit sind, wenn wir bereit sind, diese Veränderung in der Gesellschaft aufzunehmen, die übrigens in der DNA der Union liegt. Seit 1949 hat die CDU immer große Breite und Vielfalt gezeigt. Es war beeindruckend und damals – manche würden sagen divers, wir würden sagen vielfältig –, als die Union entstanden ist 1949 aus Nord- und Süddeutschen, aus Katholiken und Protestanten, aus Menschen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, das war eine ziemliche Kraftanstrengung und eine Besonderheit, eine Vielfalt, die in der Union sich widerspiegelt hat. Das war auch nach dem Grundsatzprogramm von Kurt Biedenkopf so, dass die Union sich geweitert hat zur Mitgliederpartei. Darum ging es. Es ging um Vielfalt in der Union, dass mehr Menschen mitmachen in unserer Partei und sich von uns eingeladen fühlen. Und sie sollen spüren, dass wir Lust darauf haben, dass mehr Menschen bei uns mitmachen.

Nun liegen heute einige Vorschläge der Struktur- und Satzungskommission vor uns. Vorschläge der Struktur- und Satzungskommission, die den Anspruch haben, dieser Anforderung, die ich eben beschrieben habe, gerecht zu werden. An dieser Kommission waren alle Landesverbände und alle Vereinigungen beteiligt. Deswegen erlaube mir, dass ich denen, die in dieser Kommission mitgearbeitet haben, noch einmal herzlich thanksage für ihre Arbeit. Sie haben die Partei repräsentiert. Sie haben es sich nicht leicht gemacht. Sie haben Vorschläge erarbeitet, damit wir wieder Mehrheiten in unserem Land finden. Herzlichen Dank an all die Mitglieder der Struktur- und Satzungskommission für Ihre, für eure Arbeit.

(Beifall)

Sie konnten aber wegen der Pandemie ihre Entscheidungen nicht auf den Parteitag bringen und beraten, und diese Vorschläge dienen nicht dem Selbstzweck, sondern sie dienen dazu, dass die CDU in Deutschland wieder Verantwortung übernehmen kann. Deswegen werden wir das heute besprechen.

Wenn wir also jetzt gleich über politische Eltern und Pflegezeit, die Frauenquote, hybride Sitzungen und Umlaufverfahren, Digitalbeauftragte und digitale Beteiligung, rechtssichere Onlineneparteitage und Mentoring-Programme für Junge und Ältere, die bei uns mitmachen wollen, über Jugendstellvertreter und ein modernes Beitragsrecht beraten, dann lasst uns bitte nicht vergessen, worum es im Kern geht: Wir wollen unsere Partei attraktiver machen, damit sich wieder mehr Menschen von uns angesprochen fühlen.

(Beifall)

Jeder kann sich vielleicht noch an den Moment erinnern, als er von der CDU angesprochen wurde, als sie von der CDU angesprochen wurde. Vielleicht wissen Sie noch, wann es zwischen Ihnen und der CDU gefunkt hat, wann dieser CDU-Moment da war.

Ich will Ihnen kurz sagen, wo mein CDU-Moment war, wo es bei mir gefunkt hat. Das war 1993, bin ich in die CDU eingetreten, aber ich muss dafür ein kleines Stück zurückgehen in das Jahr 1987. Im Jahr 1987 war ich als junger Mensch, als junger „People“ aus Berlin, als zwölfjähriger auf dem ersten Katholikentag und dem einzigen Katholikentag, den es in der DDR jemals gab, in Dresden. Auf diesem Katholikentag hat Kardinal Meisner die besondere Predigt gehalten, die unter der Überschrift stand: Wir folgen keinem anderen Stern als dem Stern von Bethlehem. Was war das für eine Ansage in Dresden? In einem Land, in dem sich alle um den roten Stern ihr Leben organisieren sollten.

(Beifall)

Als er kurz danach als Berliner Kardinal abgerufen wurde nach Köln, habe ich 1987 in der Berliner Hedwigs-Kathedrale als Ministrant ministrieren dürfen, und wir hatten das Gefühl, jetzt werden wir wieder zurückgelassen. Jetzt ist derjenige, der uns so aus dem Herzen gesprochen hat und diese Predigt gehalten hat, wieder weg. Es war für mich, für uns alle damals, wahnsinnig wichtig, dass bei diesem Gottesdienst auch Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen dabei waren. Es waren meine ersten Begegnungen mit den beiden und sie haben uns damals Mut gemacht. Wir fühlten uns nicht mehr alleingelassen. Wir wussten, da gibt es noch welche, die für uns einstehen und die die Wiedervereinigung nicht vergessen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Vielleicht war das auch der Moment, der den Mut bei meinem Vater stärkte, mit mir am 4. November 1989 zu der großen Demonstration unter der Weltzeituhr am Berliner Alexanderplatz zu gehen. Denn für mich gab es nie etwas Natürlicheres als die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland, aber vor allem von Ost- und Westberlin. Und ich weiß, wem wir es zu verdanken haben. Es war Helmut Kohl, der Kanzler der Einheit, der aus einem geteilten Land zum

richtigen Moment die richtige Entscheidung getroffen hat, der die Werte der CDU hochgehalten hat. Das hat mich tief geprägt, dass da immer welche waren, die sich dafür eingesetzt haben und diese Werte nicht aufgegeben haben.

(Beifall)

Daher habe ich aus tiefer Überzeugung im Wissen darum, dass es immer eine Kraft gab, die für Werte stand, auch wenn der Wind ihnen ins Gesicht blies, habe ich 1992 die Junge Union, übrigens in der Katholischen Kirchengemeinde gründen können und bin 1993 in die CDU eingetreten. Wir hatten gelernt, die CDU steht für was, sie hat Werte, sie geht anständig miteinander um und sie lässt sich nicht so schnell umblasen. Ich sage euch das, damit ihr wisst, in welchem Geist ich in die Partei eingetreten bin, damit ihr wisst, wo ich herkomme, aber damit ihr auch wisst, was mich als Generalsekretär prägt.

Ich habe eine Bitte an euch alle: Wenn wir jetzt gleich hier in dieser Parteitagshalle die wichtigen Debatten zu unserer Struktur- und Satzungsfrage führen, lasst uns diese Debatte anständig führen, lasst uns diese Debatte im Geist unserer Volkspartei führen, lasst uns diese Debatte mit christdemokratischer Haltung führen, mit Respekt, mit Achtung, mit Anstand, aber auch mit Mut. Der Zeitgeist wird nicht von anderen bestimmt. Wir können den Zeitgeist bestimmen, wenn wir es wollen. Strecken wir die Hände aus, seien wir eine einladende Union, machen wir die Arme breiter, dann werden wir auch wieder Verantwortung für unser Land tragen. Das ist, worauf es ankommt. Darauf schauen die Menschen in dieser Situation und lasst uns dies jetzt entscheiden. Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall)

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Mario Czaja, für den Bericht des Generalsekretärs und für deine engagierte Arbeit in den letzten Wochen und Monaten, insbesondere auch für diesen Bundesparteitag, auf dem wir das erste Mal seit Langem wieder zusammenkommen können.

TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs

Wir haben eine Wortmeldung vorliegen zum Bericht des Generalsekretärs. Ich darf Frau Karina Dörk aus dem Landesverband Brandenburg nach oben bitten.

**Karina Dörk:** Sehr geehrter Herr Merz, sehr geehrter Herr Generalsekretär Czaja. Ich bedanke mich zuerst einmal bei Ihnen und bei allen Rednern hier, dass ganz klare Worte gefunden wurden. Ich komme aus einer Region im Osten, aus der Uckermark. Jan Redmann hat vorhin gerade erzählt, dass wir ein riesiges Problem haben mit unserer Raffinerie, einer Raffinerie, die bis daher eine der erfolgreichsten in ganz Europa war.

Nun haben wir das Unglück, dass wir an der Druschba-Trasse sind, aber das will ich jetzt gar nicht thematisieren. Für mich ist wichtig, dass wir, die wir jetzt merken, dass unsere ersten Betriebe in Kurzarbeit gehen, dass die ersten Unternehmen sich abmelden, Unterstützung bekommen von Ihnen allen, dass wir vor Ort Aktionen organisieren. Weil ansonsten, wenn wir jetzt als CDU diese Lücke nicht füllen, gerade im Osten, dann wird die AfD dies tun. Deshalb bitte ich um Unterstützung für alle unsere Aktionen, die wir vor Ort machen, weil wir jetzt an der Stelle, auch wenn wir im Osten, in Brandenburg noch keine Wahl haben, jetzt den Menschen signalisieren, dass die CDU die einzige Partei ist, die da ist für die Probleme, auch eine Lösung hat.

Deshalb bin ich auch sehr dankbar für das vorhin verabschiedete Programm, weil genau das die richtigen Signale sind an unsere Menschen, aber natürlich auch an unsere Mitglieder, die im Osten sehr stark auch sich für diese derzeitige Situation verantwortlich fühlen und ganz einfach auch auf die Straße gehen wollen. Aber diesen Protest, den die Bürger im Moment gerade im Osten verspüren, dass wir diesen kanalisieren und bei der CDU belassen, darum bitte ich um Unterstützung. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dörk. Ich denke, in der Union sind wir dafür bekannt, dass wir den Zusammenhalt pflegen, in guten wie in schlechten Zeiten. Deshalb herzlichen Dank! Weitere Wortmeldungen liegen zum Tagesordnungspunkt 9 nicht vor.

Damit darf ich aufrufen den

TAGESORDNUNGSPUNKT 17:

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands, Änderungen des Statuts, der Geschäftsordnung, der Finanz- und Beitragsordnung und der Parteigerichtsordnung der CDU (Umsetzung der Vorschläge der Struktur- und Satzungscommission der CDU), Beratung und Beschlussfassung

Das bedeutet, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die B-Anträge zur Änderung des Statuts, der Geschäftsordnung, der Finanz- und Beitragsordnung und der Parteigerichtsordnung.

Wir beginnen mit den B-Anträgen zur Änderung des Statuts. Bevor wir in die Antragsberatung eintreten, bitten wir um Ihre Aufmerksamkeit für einige Verfahrenshinweise. Wir rufen die Anträge des Bundesvorstandes und die dazugehörigen Änderungsanträge mit ihren jeweiligen Antragsnummern und den Seitenzahlen aus der Antragsbroschüre auf. Sodann werden wir nach Wortmeldungen fragen, und wir stimmen, wie wir das schon bei der vorhergehenden Antragsberatung zum Leitantrag getan haben, über die Empfehlung der Antragskommission ab. Für Änderungen des Statuts ist nach § 41 unseres Statuts die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Parteitags erforderlich.

Kollege Althusmann hat Arbeitsfähigkeit wiederhergestellt, Tasche ist wiedergefunden. – Für Änderungen des Statuts ist nach § 41 die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Parteitags erforderlich, das sind 501 Delegierte. Gleiches gilt für Änderungen der Finanz- und Beitragsordnung, der Geschäftsordnung und der Parteigerichtsordnung, da diese Bestandteile des Statuts sind. Gibt es zu diesem Verfahrenshinweisen Ihrerseits Fragen oder Wortmeldungen? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann können wir so verfahren.

Wir rufen den Antrag des Bundesvorstandes B1 auf der Seite 53 auf. Der Antrag dient lediglich der sprachlichen Klarstellung. Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Wir fragen sicherheits- halber noch einmal in den Saal. Möchte sich jemand zu dem Antrag B1 des Bundesvorstandes zu Wort melden? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den Antrag B1 anzunehmen, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen gegen den Antrag B1? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag B1 des Bundesvorstandes so angenommen, ohne Gegenstimmen, ohne Enthaltungen.

Wir rufen auf den Antrag B2 des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge B3 bis B7 auf den Seiten 53 bis 55. Hier geht es um eine weitere Verkürzung der auf Aufnahme fristen. Auch hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Gibt es Wortmeldungen im Saal zum Antrag B2 des Bundesvorstandes und den dazu verbundenen Anträgen B3 bis B7? – Auch das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B2 anzunehmen und die Anträge B3 bis B7 abzulehnen. Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgen möchte, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei großer Mehrheit und wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so angenommen.

Wir kommen damit zum Antrag des Bundesvorstandes B8, B9, B10 und B11 auf den Seiten 55 und 56. Diese Anträge dienen der Präzisierung einzelner Bestimmungen zur Aufnahme und den Mitgliedsrechten. Auch hierzu liegen uns keine vorab angemeldeten Wortmeldungen vor. Gibt es aus dem Saal Wortmeldungen zu B8, B9, B10 und B11? – Auch das ist nicht erkennbar, keine Wortmeldungen. Wir lassen dann abstimmen über die Empfehlung der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge B8, B9, B10 und B11 anzunehmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Danke sehr! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind die Anträge B8 bis B11 einstimmig durch den Bundesparteitag angenommen.

Wir rufen auf den Antrag B12 und den dazugehörenden Antrag B13 auf der Seite 56. Auch hier geht es wieder um sprachliche Konkretisierungen. Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Gibt es aus dem Plenum heraus Wortmeldungen zu B12 und B13? Das ist nicht der Fall. Dann

kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B12 anzunehmen und den Antrag B13 abzulehnen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Danke sehr! Gibt es Gegenstimmen gegen die Empfehlung der Antragskommission? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der Antrag B12 bei großer Mehrheit mit wenigen Stimmen und Enthaltungen so angenommen, der Antrag B13 bei großer Mehrheit abgelehnt.

Wir rufen auf den Antrag B14 auf der Seite 56. Auch die hier vorgetragene Änderung dient der Klarstellung. Wortmeldungen liegen auch hierzu nicht vor. Ich nehme an, das bleibt auch so, wenn wir in den Saal gucken. Das ist so, keine Wortmeldungen zum Antrag B14. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag B14 anzunehmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitten wir wiederum um das Karten- oder Handzeichen. – Danke sehr! Gibt es Gegenstimmen gegen die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag B14? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der Antrag B14 einstimmig angenommen.

Als Nächstes kommen wir zum Antrag B15 des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge B16 und B17 auf der Seite 57 in der Antragsbroschüre. Hier geht es um die Mitteilungspflichten des Mitglieds bei einem Wohnsitzwechsel. Wortmeldungen sind hierzu nicht angezeigt worden. Gibt es Wortmeldungen zum Antrag B15 oder B16, B17 aus dem Plenum heraus? Das ist auch nicht der Fall. Insofern kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B15 anzunehmen und die Anträge B16 und B17 abzulehnen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Danke sehr! Gibt es Gegenstimmen? – Eine. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das bei überwältigender Mehrheit mit einer Gegenstimme so beschlossen worden.

Wir kommen damit zum Antrag B18 und B19 auf den Seiten 57 und 58 der Antragsbroschüre. Inhalt der Regelungen, die Ihnen hier vorgeschlagen werden zur Satzungsänderung, Statutenänderung, ist die Anhörung des Mitglieds vor Parteiordnungsmaßnahmen. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es aus dem Saal heraus Wortmeldungen zu den Anträgen B18, B19 des Bundesvorstandes? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag B18 und den Antrag B19 anzunehmen. Wer diesem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitten wir bekanntermaßen um das Karten- oder Handzeichen. – Danke sehr! Gibt es Gegenstimmen gegen das Votum der Antragskommission in Bezug auf B18, B19? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so angenommen worden.

Wir kommen nun zu dem Antrag des Bundesvorstandes B20. Dazu gehören die Anträge B21, B22, B23, B24, B25, 26, 27 bis B30. Also noch mal abgekürzt, wir kommen zur Antragsberatung

über den Antrag des Bundesvorstandes B20 in Verbindung mit den Anträgen B21 bis B30 auf den Seiten 58 bis 61. Gegenstand hier ist der Beispielkatalog für parteischädigendes Verhalten. Dazu liegt uns eine Wortmeldung vor. Das ist Christian Buchen aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen. Dafür ist das Mikrofon 1 von uns aus gesehen auf der linken Seite geöffnet. Herr Buchen, Sie haben das Wort!

**Christian Buchen:** Verehrtes Tagungspräsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche für den Rheinisch-Bergischen Kreis, § 12: Parteischädigendes Verhalten. Das ist ein scharfes Schwert, was wir in unserem Statut haben. Insofern ist es auch gut, dass wir das konkretisieren, denn wir brauchen es dann, wenn sich jemand partout nicht an unsere Spielregeln halten möchte.

Jetzt haben wir ein Problem mit dem Spiegelpunkt 6. Denn da heißt es zwischen all den ganzen guten Beispielen: Jemand legt parteischädigendes Verhalten an den Tag, wenn er in sozialen Medien gegen die CDU und ihre Repräsentanten nachdrücklich und fortgesetzt Stellung nimmt und dabei erhebliche Verbreitung erlangt. Für das scharfe Schwert „parteischädigendes Verhalten“ ist uns das zu unspezifisch. Was heißt denn nachdrücklich und fortgesetzt? Drei Posts in einer Woche, zehn in einem Monat? Wann er erlange ich erhebliche Verbreitung? 100 Likes, 500 Likes, wenn es 20-mal geteilt wird oder 100-mal. Das ist für uns die große Frage. Weil es wirklich das Schwert ist „parteischädigendes Verhalten“, möchten wir nicht, dass dieses verwässert wird. Daher unser Antrag B28, dass wir gerne dem Votum der Antragskommission folgen, aber den Punkt 6 rausnehmen.

(Beifall)

**Ina Scharrenbach,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Buchen. In der Entgegnung für die Antragskommission Prof. Dr. Günter Krings.

**Prof. Dr. Günter Krings,** Antragskommission: Ganz herzlichen Dank dem Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis widerspreche ich nur ungerne, aber in dem Fall muss ich es namens der Antragskommission auch aus Überzeugung doch tun. Was der Antragsteller richtig, glaube ich, erkannt hat, ist, dass wir bei diesem Parteiausschluss-themen, insbesondere bei denen, immer genau die richtige Linie finden müssen zwischen zu abstrakten Regelungen, wo man nicht weiß, was gilt eigentlich jetzt, aber eben auch zu konkret und zu eng zu formulieren, wo es nachher keinen Anwendungsfall hat. Deshalb haben mich viele schon im Vorfeld auch seit Monaten angesprochen, Jahren fast, Leute, modernisiert endlich eure Satzung, euer Statut. Denn es ist eben ein Unterschied, ob jemand schlecht über die CDU redet in einem Bierzelt, wo drei, vier Leute bei lauter Musik zuhören, oder ob man das auf Social Media macht. Wir alle kennen das leider, glaube ich, aus den Kreisverbänden, dass es diese Fälle gibt, auch aus größeren Gliederungen, wo einzelne Leute aus der CDU permanent gegen die eigene Richtung schießen und damit auch wirklich schweren Schaden zufügen.

Insofern ist es glaube ich ein Gebot der Zeit, dass diese Satzung an der Stelle Parteiausschluss auch ins digitale Zeitalter überführt wird. Von daher ist dieser Punkt, die Ziffer 6 aus unserer Sicht, der Sicht der Antragskommission, aber auch aus meiner Sicht hoch nötig. Insofern ist es wichtig, genau diesen Punkt, wo wir das Verfahren oder Verhalten, glaube ich, kennen, auch mit abzudecken, ausdrücklich in der Satzung.

Jetzt gibt es eine Sorge, die ich verstehen kann. Ist das klar genug formuliert? Da gibt es glücklicherweise auch anhand der anderen Ziffern, die schon länger dabei sind, was parteischädigendes Verhalten sein kann, da gibt es Rechtsprechung des Bundesparteigerichts. Da muss man eben keine Sorge haben, dass wenn man die Partei sachlich kritisiert, wenn man sogar Parteitagsbeschlüsse grundstürzend ändern will, dass das darunterfällt. Diese ganze Form der Kritik, auch öffentlich, ist natürlich weiterhin möglich. Da gibt es Rechtsprechung des Bundesparteigerichts, was sich dazu bei ähnlichen Vorschriften verhalten hat, die man hier eins zu eins übertragen kann. Insofern die Sorge, dass das zu weit geht, die teilen wir nicht. Deshalb bitte ich herzlich, dem Votum der Antragskommission zu folgen und diese Ziffer 6 als wichtigen Modernisierungsschritt ins digitale Zeitalter unseres Statuts drin zulassen. Vielen Dank!

(Beifall)

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Günter Krings. Eine weitere Wortmeldung ist eingegangen aus dem Landesverband Baden-Württemberg, Dr. Albrecht Schütte, zum Antrag B27. Herr Dr. Schütte, am Mikro 4.

**Dr. Albrecht Schütte**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wir haben aus Rhein-Neckar diesen Antrag B27 mit einer Zielrichtung gestellt. Das passt jetzt nicht, weil er im Allgemeinen dann mitbehandelt wird. Deshalb ziehen wir ihn hiermit zurück und stellen ihn dann bei nächster Gelegenheit wieder. Vielen Dank!

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Schütte. Damit ist der Antrag B27 zurückgezogen. Weitere Wortmeldungen zum Antrag des Bundesvorstandes B20 und den dazugehörigen Anträgen B21 bis B26 und B28 B bis B30 liegen nicht vor. Damit treten wir ein in die Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, die Anträge B20 und B23 in der Fassung der Ihnen vorliegenden Antragsbroschüre auf Seite 58 ff. anzunehmen und die Anträge B21, B22, B24 bis B26 und B28 bis B30 abzulehnen. B27 ist gerade durch den Antragsteller zurückgezogen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Danke sehr! Gibt es Gegenstimmen? – Vielen Dank! Gibt es Enthaltungen? – Vielen Dank! Damit ist der Antrag B20 und B23 in der Fassung des Vorschlags der Antragskommission mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so angenommen worden.

Wir kommen damit zum Antrag B31 auf der Seite 61 in der Antragsbroschüre. Es handelt sich hierbei um eine redaktionell systematische Änderung. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Das bleibt auch so bei dem Blick in den Saal. Damit kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag B31 anzunehmen. Wer dem Votum folgen möchte, bitten wir ums Karten- oder Handzeichen. – Herzlichen Dank! Gibt es Gegenstimmen gegen die Empfehlung der Antragskommission zu B31? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der Antrag B31 so angenommen worden.

Damit haben wir schon mal ein ganzes Stück geschafft. Jetzt kommen wir zu B32 und ich darf – Kurze Abstimmung im Tagungspräsidium: Wir nähern uns jetzt den Beratungen und Abstimmungen über die Anträge zur Frauenquote. Ob wir die vorliegenden Vorschläge und Änderungsanträge heute beraten, entscheidet sich jetzt gleich. Denn quasi vor die Klammer sind die gleichlautenden Anträge B49, B56, B62, B67, B72 und B76 des Kreisverbandes Vechta. Diese in der Antragsbroschüre auf den Seiten 66 bis 74 zu finden, zu behandeln.

Der Antragsteller beantragt, dass die Christlich Demokratische Union Deutschlands zu den Vorschlägen der Struktur- und Satzungskommission zur Einführung einer verbindlichen Frauenquote zunächst eine bundesweite Mitgliederbefragung durchführt. Erst nach dem Ergebnis dieser Mitgliederbefragung soll über die Einführung einer verbindlichen Frauenquote abgestimmt werden. Der antragstellende Kreisverband fordert ausdrücklich, dass die entsprechenden Anträge des Bundesvorstandes zur Änderung und Ergänzung von § 15 unseres Statuts so lange zurückgestellt werden. Der Inhalt der einzelnen Anträge des Kreisverbandes Vechta ist immer gleichlautend. Seine Anträge richtet er einzeln gegen alle vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Anwendungsfälle, der Frauenquote sowie beispielsweise parteiinterne Vorstandswahlen, Delegierten- und Vertreterwahlen sowie Listenaufstellungen zu öffentlichen Wahlen. Die Anträge sind damit ausdrücklich nicht auf eine Änderung des Statuts gerichtet.

Die Zielsetzung der Anträge, wie Beratung und Beschlussfassung über Änderungen des § 15 unseres Statuts hinter eine Mitgliederbefragung zurückzustellen, entspricht einem Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung. Deshalb ist über diesen entsprechend unserer Geschäftsordnung auch gesondert und vor der weiteren Behandlung der Sache selbst zu beraten und abzustimmen. Da sämtliche Anträge des Kreisverbandes Vechta in Wortlaut und Ansinnen gleich sind und alle vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen betreffen, können diese Anträge auch gemeinsam beraten und abgestimmt werden. Es kann daher jetzt einmal für die Anträge des Kreisverbandes Vechta geredet werden und dann erfolgt die Gegenrede. Anschließend erfolgt die Abstimmung über die Anträge des Kreisverbandes Vechta. Aus und für den Antragsteller CDU Kreisverband Vechta spricht Jochen Steinkamp, Landesverband Oldenburg. Dafür wird das Mikro 2 geöffnet.

**Jochen Steinkamp:** Vielen Dank, Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, ich spreche hier, wie gerade richtig schon gesagt worden ist, für den Kreisverband Vechta und möchte Ihnen auch kurz erläutern, wie wir zu diesem Antrag gekommen sind. Wir

haben zweimal im Kreisvorstand zu diesem Thema diskutiert. Wir konnten uns weder auf eine Position pro Quote einigen noch contra. So ausgeglichen waren die Positionen. Es war eine sehr faire, eine sehr sachliche, eine sehr von Respekt für die andere Meinung geprägte Debatte, die wir uns auch heute hier wünschen. Wir haben gesagt, da wir kein klares Meinungsbild haben, lasst uns doch diese Frage wieder zurückgeben an unsere Delegierten, an unsere Basis. Der Generalsekretär hat gestern in der Pressekonferenz gesagt, dass der vorliegende Vorschlag sinngemäß ein Vorschlag ist, der aus der Basis und dem Herzen der Partei entstanden sei. Wenn das so ist, dann sollten wir auch keine Sorge davor haben, diese Frage dem Herzen der Partei anzuvertrauen, unseren Mitgliedern in Deutschland.

(Beifall)

Ich weiß, dass auch natürlich Gegenargumente kommen gegen diesen Vorschlag. Ich finde es absolut verständlich zu sagen, lasst uns heute das entscheiden. Das ist ein absolut legitimes Thema, ein absolut legitimes Anliegen. Es wurde aber auch gesagt, es wird mit enormen Kosten einhergehen. Da wurden teilweise siebenstelligen Summen aufgerufen, die eine solche Befragung kosten würde. Ich glaube, dass ist zu einem Bruchteil dieser Kosten zu haben. Bei einer Mitgliederbefragung zu einem so wichtigen Thema sollte das Kostenargument hier nicht das entscheidende sein.

(Beifall)

Es handelt sich auch nicht um eine Befragung zum Parteivorsitz, sondern zu einer sachlichen Frage. Der zweite und der letzte Punkt: Der Bundesparteitag müsste dann wieder entscheiden, d. h., wir hätten das Thema wieder auf der Tagesordnung. Das ist richtig, aber wir hätten eine ganz klare Aussage der Basis, d. h., wir müssten nicht wieder bei null anfangen und das Thema diskutieren, sondern könnten mit dem breiten Votum der Basis eine klare Entscheidung treffen. Soweit aus Sicht des Antragstellers, aber auch ich möchte aus Sicht des Antragstellers noch mal einen großen Dank der Struktur- und Satzungskommission aussprechen für ihre Arbeit, denn egal, wie die Debatte über die Quote heute ausgeht. Diese Vorschläge machen die Partei, unsere Volkspartei CDU zu einer moderneren Volkspartei, die viel mehr Menschen ansprechen wird als bisher. Deswegen vielen Dank für Ihre Arbeit!

(Beifall)

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jochen Steinkamp, für die Rede, für den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, und die Gegenrede hält unser Parteivorsitzender Friedrich Merz. Bitte sehr!

(Beifall)

**Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde, die Debatte über diese Satzungsänderung begleitet uns nun seit drei Jahren. Im November 2019 ist die Struktur-

und Satzungskommission eingesetzt worden, um Vorschläge zu machen für die Änderung unserer Satzung. Darüber ist jetzt drei Jahre diskutiert worden. Alle Landesverbände sind beteiligt worden, alle Vereinigungen sind beteiligt worden, es liegen jetzt Vorschläge vor zur Beschlussfassung. Eine Beschlussfassung über Satzungsänderungen kann nur ein Bundesparteitag herbeiführen.

(Beifall)

Es gibt kein anderes Gremium der Partei als einen Bundesparteitag. Deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, lasst uns diese Diskussion und diese Entscheidung jetzt nicht noch einmal verschieben.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben durch die Coronapandemie viel Zeit verloren. Wir konnten nur digitale Parteitage abhalten. Eine Satzungsänderung muss jedenfalls bisher auf einem Präsenzparteitag erfolgen. Jetzt stellen Sie sich mal einen kurzen Augenblick vor, wir würden das heute nicht entscheiden und wir würden dieser Entscheidung wieder aus dem Wege gehen, dann hätten wir wahrscheinlich zwei Jahre eine anhaltende Diskussion über die Frage, ob wir das machen sollen oder nicht. Denn wahrscheinlich werden wir im Jahr 2023 keinen Bundesparteitag, jedenfalls keinen großen Bundesparteitag abhalten. Dann begleitet uns diese Frage, so wie wir sie jetzt diskutieren, bis in das Jahr 2024 hinein. Wird es damit besser? Wird es damit anders? Nein, liebe Freundinnen und Freunde, ich plädiere dafür, dass wir heute die Diskussion führen und dass wir heute die Entscheidung darüber treffen, ob wir Ja sagen oder Nein sagen zu den Vorschlägen der Struktur- und Satzungskommission. Ich bitte deshalb, diesen Antrag abzulehnen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, Sie haben die Rede und die Gegenrede gehört. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wir weisen an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass wir, wie bereits bei allen Anträgen zuvor, auch bei diesen Anträgen über das Votum der Antragskommission abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Ablehnung der Anträge. Ich weise weiter ausdrücklich darauf hin, dass zur Abstimmung über die Empfehlung eine einfache Mehrheit, das heißt die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ausreichend ist, denn die Anträge sind, wie bereits festgestellt, nicht auf eine Satzungsänderung gerichtet. Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, die Anträge abzulehnen, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind die vorliegenden Anträge des CDU-Kreisverbandes Vechta mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

(Beifall)

Damit kommen wir jetzt zu den Beratungen und Abstimmungen zur Frauenquote. Ich darf an den Präsidiumskollegen Thorsten Frei übergeben.

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ina Scharrenbach. Wir wollen jetzt gemeinsam durch die vorliegenden Anträge gehen. Ich möchte zunächst einmal darauf hinweisen, dass es zur Frauenquote insgesamt sieben Anträge des Bundesvorstandes gibt. Das ist zum einen der Antrag B32, der das Ziel neu formuliert, nämlich dass Frauen an Parteiämtern in der CDU und an öffentlichen Mandaten zukünftig ausdrücklich gleich beteiligt sein sollen. Mit Antrag B36 wird der Wechsel vom bisherigen Frauenquorum zur Frauenquote vollzogen. Antrag B51 gibt die Steigerung der Frauenquote für Vorstandsämter auf 40 und 50 Prozent vor. Antrag B57 regelt die Frauenquote für Delegierten- und Vertreterwahlen. Antrag B63 gibt die Anwendung der Regelungen für Vereinigungen und Sonderorganisationen vor, abschließend Antrag B68 betrifft die Vorgaben für die Aufstellung von Kandidatenlisten zu öffentlichen Wahlen, B73 dann das Inkrafttreten und die Befristung der Änderungen bis zum 31. Dezember 2029.

Diese Anträge betreffen zwar einzelne Aspekte der Frauenquote, bauen andererseits aber ersichtlich aufeinander auf. Das wird zum einen dadurch deutlich, dass sich die Frauenquote über 40 auf 50 Prozent steigert, zum anderen aber auch dadurch, dass die Steigerungsschritte sowohl bei parteiinternen Wahlen, Delegierten- und Vertreterwahlen als auch bei der Aufstellung von Listen für öffentliche Wahlen gleich sind. Noch deutlicher wird es dadurch, dass die Befristung aller Anwendungsfälle umfasst ist.

Deshalb schlagen wir Ihnen vor, dass wir die vorgenannten sieben Anträge des Bundesvorstandes mit den dazugehörigen Änderungsanträgen zunächst im Block beraten und dann auch im Block abstimmen. Es geht also um die Anträge B32 bis B75, und es findet sich im Antragsbuch auf den Seiten 61 bis 74. Wird zu diesem Verfahrensvorschlag das Wort gewünscht? – Das sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt zunächst über meinen Verfahrensvorschlag abstimmen lassen, die Anträge B32 bis B75 mit Ausnahme der vorgenannten Anträge des Kreisverbandes Vechta im Block zu beraten und abzustimmen. Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, dann bitte ich Sie jetzt um ihr Hand- oder Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Ich mache die Gegenprobe. – 1, 2, 3, bei wenigen Gegenstimmen. Ich frage auch noch nach den Enthaltungen – und auch einigen wenigen Enthaltungen hier, hier hinten sehe ich eine, haben wir das mehrheitlich so beschlossen. Herzlichen Dank, dass Sie diesen Vorschlag angenommen haben. Wir steigen dann in die Debatte zur Frauenquote ein. Es betrifft also formal die Anträge B32 bis B75. Ich bitte alle Delegierten, die hierzu Wortmeldungen haben, diese dann auch über das Tablet entsprechend einzureichen.

Ich will Sie gerne darauf hinweisen, dass viele Delegierte von diesem Angebot bereits Gebrauch gemacht haben. Es liegen derzeit insgesamt 34 Wortmeldungen vor. Wir möchten Ihnen deshalb vorschlagen, die Redezeit pro Redebeitrag auf drei Minuten zu begrenzen.

(Beifall mit Rufen)

Ich habe ein paar Wortzeichen zur Kenntnis genommen. Herzlichen Dank dafür! Es ist tatsächlich so, dass wir als Tagungspräsidium nur eine Zeitbegrenzung auf drei Minuten vorschlagen können, aber ich habe den unwidersprochenen Willen der Delegierten zur Kenntnis genommen, dass sie gerne eine Redezeitbegrenzung auf zwei Minuten hätten.

(Lebhafter Beifall)

Herzlichen Dank! Ich hatte zwar das Gefühl, dass der Vorschlag damit angenommen ist. Ich bitte trotzdem darum, wenn Sie es zu sehen, es noch mal mit ihrem Kartenzeichen zu bekräftigen. – Ganz herzlichen Dank! Gegenprobe? – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen und Gegenstimmen dann so beschlossen.

Wir kommen jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Abstimmung. Wir kommen noch nicht zur Abstimmung, sondern natürlich kommen wir jetzt zur Diskussion.

(Beifall und Heiterkeit)

Wir diskutieren jetzt alle aufgerufenen Anträge. Als Erstes möchte ich das Wort geben Franziska Dezember vom Landesverband Berlin, die hier auf der Bühne sprechen wird.

(Beifall)

Im Übrigen, wenn ich das sagen darf, ich sage vielleicht die nächsten beiden immer noch an, damit die entsprechenden Redner sich bereits auf den Weg zum jeweiligen Mikrofon machen können. Als Nächstes werde ich Annette Widmann-Mauz und dann Corinna Rotte aufrufen. So, jetzt hat Frau Dezember das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

**Franziska Dezember:** Sehr geehrtes Tagungspräsidium, liebe Delegierte! Wie gut, dass wir hier heute stehen und uns gemeinsam überlegen, wie wir mehr Frauen für unsere Union begeistern können.

(Beifall)

Schauen Sie sich mal um, ja, wir haben zu wenig Frauen. Nicht nur in diesem Sitzungssaal, sondern vor allem in den Orts-, Kreis- und Landesverbänden. Ja, wir haben ein Problem, und wir alle in der Union sehen dieses Problem. Deshalb ist es auch wichtig und richtig, dass wir hier heute trotz aller aktuellen Krisen dieses Problem versuchen zu lösen und gemeinsam eine Lösung finden. Wir bieten hier heute auch nicht den Streit, den manche in der Öffentlichkeit eventuell gerne sehen würden.

(Beifall)

Vorgeschlagen wurde die Einführung einer Frauenquote. Das lehne ich, genau wie viele Mitglieder in unserer Partei, ab.

(Beifall mit Zustimmung)

Ich bin nicht nur Mutter von zwei Kindern und Studentin, sondern auch Kreisvorsitzende der Frauen Union bei uns. Auch in meinem Kreisvorstand Frauen zwischen 20 und 70 lehnen diese Quote mit überwältigender Mehrheit ab, genauso wie auch unsere Landesvorsitzende übrigen.

(Beifall)

Was uns jedoch alle eint, ist dass wir gemeinsam mehr Frauen, leistungsbereite, engagierte Frauen für unsere Union gewinnen wollen. Doch das geht niemals über Quoten.

(Beifall)

Quoten sind ein Ausdruck von Gleichstellung und von Identitätspolitik. Sie helfen kein bisschen bei der Vereinbarkeit von Familie und politischem Engagement.

(Beifall)

Diese Bedenken habe ich schon von vielen anderen Mitgliedern auch bei uns und auch aus anderen Landesverbänden gehört. Deshalb habe ich vor einiger Zeit mit anderen engagierten Frauen zusammen einen Antrag gegen Quoten in unserer Union geschrieben. Deshalb hat dieser Antrag, ein Mitgliederantrag, innerhalb von zwei Tagen das Quorum erreicht und war zum Schluss mit über 1.100 Unterstützern der erfolgreichste Mitgliederantrag in der Geschichte unserer Union.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin mir sicher, wir überzeugen Frauen nicht durch Quoten. Frauen wählen uns nicht wegen Quoten und Frauen engagieren sich bei uns nicht wegen Quoten. Wir überzeugen in der Union durch gute Politik und durch eine gute Diskussion. In diesem Sinne freue ich mich auf die vor uns liegende Debatte. Danke!

(Lebhafter Beifall mit Zustimmung)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Franziska Dezember! Ich möchte gerne die nachfolgenden Redner darauf hinweisen, wir haben jetzt eine Redezeitbegrenzung auf zwei Minuten beschlossen auf Wunsch der Delegierten. Bitte halten Sie sich daran, es war wäre arg unangenehm, wenn ich so eine kurze Redezeit auch noch unterbrechen oder beenden müsste. Deswegen bitte mit viel Disziplin ans Mikrofon treten! Die Nächste, die zu uns sprechen wird, ist Annette Widmann-Mauz aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

(Beifall)

**Annette Widmann-Mauz:** Liebes Tagungspräsidium, liebe Delegierte! Wenn eine Sache rund werden soll, dann muss man sie von allen Seiten betrachten, aus verschiedenen Blickwinkeln, von Männern und Frauen mit unterschiedlichen Erfahrungen. Was tote Winkel in der Politik bedeuten, das haben wir in den letzten Jahren oft erlebt. Was tote Winkel genau für die Attraktivität unserer Partei, für das Mitwirken von jungen Frauen, von Frauen mit Familienverantwortung, von Frauen, die im fortgeschrittenen Alter Beruf, Familie vereinbaren und noch ehrenamtlich engagiert sind, das sehen wir jeden Tag. Gemischte Teams verhindern tote Winkel, sie liefern deshalb auch die besseren Ergebnisse. In der Wirtschaft ist dieses Arbeitsmuster „State of Art“, genauso selbstverständlich wie in der Gesellschaft die gleiche Beteiligung von Frauen und Männern. Niemand in unserem Land kann auf das Potenzial der Frauen verzichten –

(Beifall)

– weder in der Wirtschaft noch in den Hochschulen und auch nicht bei uns hier in der CDU.

(Lebhafter Beifall)

Wir sind die Volkspartei der Zukunft und wir sind sicher auch weiter als vor 25 Jahren. Allein dieser Parteitag zeigt es. Wir sind weiblicher, wir sind bunter, die Kabinette sind paritätisch besetzt und in unseren Landesvorständen und im Bundesvorstand hat sich viel verändert. Aber zur ehrlichen Analyse, liebe Delegierte, gehört auch, wir haben viel ausprobiert seit 1985. Viele, viele Sollbestimmungen und Freiwilliges. Was ist das Ergebnis? Eigentlich müssten wir längst weiter sein. Die Mehrheit unserer Landtagsfraktionen hat heute weniger CDU-Frauen als noch vor 20 Jahren. In den Spitzenpositionen sieht es noch schlechter aus. In keinem Bundesland haben wir an der Spitze eine Vorsitzende. Nur jeder zehnte Kreisverband wird von einer Frau geführt und in den Chefetagen der Rathäuser sieht es nicht besser aus. Liebe Freundinnen und Freunde, andere haben uns in der Zwischenzeit überholt. Wir bleiben nicht nur hinter unserem eigenen Anspruch, wir bleiben auch hinter unseren Möglichkeiten zurück.

(Beifall)

Das wird umso sichtbarer – solange Angela Merkel da war, waren die Scheinwerfer auf sie gerichtet. Jetzt wird offensichtlich, dass wir Nachholbedarf haben. Wollen wir ernsthaft mit dem Tempo weitermachen? Wollen wir noch 80 Jahre brauchen, bis so viele Männer wie Frauen für uns in den Parlamenten sitzen oder sage und schreibe 240 Jahre, bis wir in der Mitgliedschaft uns so verstehen und so vertreten sind wie in der Gesellschaft. Ich bin mir ganz sicher, wir können mehr und wir können es besser.

(Beifall)

Liebe Delegierte, im Reitsport gibt es den Satz: Jetzt heißt es springen. Dafür braucht es nur ein kleines bisschen Mut. Lassen Sie uns gemeinsam springen, denn Mut macht mehr möglich.

(Beifall mit begeisterten Rufen)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annette Widmann-Mauz! Ich habe jetzt, weil ich bei der ersten Rednerin sehr kulant war, auch bei der zweiten Rednerin, die jetzt die gegen-teilige Position vertreten hat, sehr kulant. Ich will nur darauf hinweisen, bei der nächsten Red-nerin und auch den nächsten Rednern werde ich nach zwei Minuten den Beitrag beenden.

(Lebhafter Beifall)

Als Nächstes spricht zu uns Corinna Rotte vom Landesverband Nordrhein-Westfalen. Bitte schön, Frau Rotte!

**Corinna Rotte**: Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin Corinna Rotte aus Paderborn, Mutter von drei Kindern, Ehefrau, berufstätig in einem Maschinenbauunternehmen, verantwortlich für unseren Haushalt. Dies ist der Steckbrief von Millionen von anderen Frauen, aber ich habe eine weitere Eigenschaft. Ich bin nämlich Kreisvorsitzende der CDU.

(Beifall)

Vor einem Jahr bin ich als CDU-Kreisvorsitzende gewählt worden in einer der mitgliederstärks-ten Verbände in Nordrhein-Westfalen, weil ich meinen Mut zusammengenommen habe und weil mein Mann seine volle Unterstützung zugesagt hat, nämlich beim Haushalt und bei der Betreuung unserer Kinder. Das, liebe Freundinnen und Freunde, ist doch das, was wir Frauen und Mütter brauchen, um uns politisch zu engagieren. Ohne die Unterstützung meines Man-nes hätte ich dieses politische Engagement nicht möglich gemacht. Keine Frauenquote der Welt stellt sicher, dass meine Kinder am Mittag aus der Kita abgeholt werden, während ich auf dem Parteitag bin –

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

– oder abends betreut sind, wenn ich um 17 Uhr in einer Kreistagsitzung bin. Schauen wir uns den Vorschlag der Satzungskommission an: Hybride Sitzungen, begrenzte Sitzungszeiten sind schon ein guter Ansatz. Die Frauenquote allerdings ist nur Symptompolitik, die die Ursachen eines mangelnden Frauenengagements außer Acht lässt.

(Lebhafter Beifall)

Sie ist ein Relikt aus früheren Jahrzehnten. Die Welt aber hat sich weitergedreht, das Rollenver-ständnis hat sich längst verändert. Machen wir uns doch mal ehrlich, wir leben in einer Zeit, in der wir es uns schlichtweg nicht erlauben können, in der Politik auf Frauen zu verzichten. Und Frauen wollen sich einbringen. Schauen wir uns doch die Elternbeiräte an, wo es zu 99 Prozent Frauen sind, die sich einbringen. Sie tun es, weil sie greifbar etwas zum Positiven für sich und die Umwelt verändern können. Was wir also brauchen, sind mutige Frauen, die sich trauen, interessante Ämter und Mandate anzunehmen, und Themen, für die die Frauen brennen und wo sie greifbare Veränderungen erzielen können.

An dieser Stelle möchte ich mich auch an meinen Bundestagsabgeordneten Carsten Linne-  
mann wenden. Wenn wir im Frühling wieder eine Klausurtagung des Kreisvorstandes veranstal-  
ten und ich morgens um 4 Uhr an deiner Hotelzimmertür klopfе, wirst du uns ad hoc fünf Punk-  
te nennen, wofür die CDU steht. Wenn davon mindestens zwei explizit Frauen ansprechen, sind  
wir als Partei 1.000-mal attraktiver als mit einer antiquierten Frauenquote. Deshalb lehne ich  
die Quote kategorisch ab.

(Beifall und Zustimmung)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Rotte! Als Nächstes hat das Wort Mecht-  
hild Heil und danach Gitta Connemann.

**Mechthild Heil**: Es kommt auf die Leistung an, so wird es immer gefordert. Das klingt wirklich  
klasse, aber nur, wenn man nicht genau hingehört. Denn es ist ein zutiefst zynischer Satz. Be-  
deutet es doch, Frauen, ihr habt eben in den letzten 70 Jahren viel zu wenig geleistet. Frauen  
wollen oder können nicht so viel leisten, was für einen Delegierten oder für ein Mandat in der  
CDU notwendig ist. Sonst wären die Frauen überall da, sonst hätten wir die 50-Prozent-Quote  
hier. Glaubt eigentlich irgendjemand hier im Saal, hier und jetzt im Jahre 2022, dass es am  
Leistungsmangel der Frauen läge, dass das ein Problem ist.

(Beifall)

Was für ein Blödsinn! Aber machen wir uns doch mal die Mühe und schauen ein bisschen ge-  
nauer hin: Welche Art von Leistung brauchen wir denn in der CDU? Was macht uns denn stark  
in der CDU? Wen wählt man in der CDU und warum wird die CDU gewählt? Denjenigen, der  
besonders viele Wählerstimmen erhält oder der besonders ehrlich ist, mehr als 60 Stunden ar-  
beitet, verständlich oder klar spricht, dem Land dient, wertgebunden ist? Was zählt bei uns in  
der CDU? Und das ist genau die Frage, über die wir heute auch an der Stelle entscheiden. Wir  
entscheiden, wer wir sein wollen. Wollen wir eine Partei sein, der es nur diese Pseudo-, diese  
Leistungsträger gibt, egal ob Mann oder Frau, wie auch immer man die identifizieren soll, die  
ihre Ideen dann einbringen dürfen. Oder wollen wir eine Partei sein, die von der Vielfalt unse-  
rer Fähigkeiten von den Mitgliedern geprägt ist?

Ich bin Unternehmerin und wenn die jungen Frauen alle sagen – ich bin auch verheiratet, habe  
drei Kinder –, das war früher mal wichtig in der Partei, fragt heute kein Mensch mehr nach. Ich  
finde, das ist nicht die Qualifikation, die man haben muss. Als Unternehmerin, als Vorsitzende  
in einem Kreisverband, in einem Stadtverband, da weiß ich sehr genau, nur gemischte Teams  
sind erfolgreich. Das müsste bei uns in der CDU auch gelten. Wir brauchen in der CDU natürlich  
die Schnellen, wir brauchen die Treiber, wir brauchen die überdurchschnittlich Begabten, wir  
brauchen die, die wählbar sind. Wir brauchen die, die den Laden zusammenhalten, die Glaub-

haften, die Sympathischen, die Ausgleichenden, die Kompromissbereiten, die Loyalen. Ich stehe für eine CDU, die offen ist für all diese Frauen und Männer, die sich in unserer Demokratie einbringen wollen.

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank!

**Mechthild Heil**: Also hören wir auf damit, nur die Leistung zählt nicht, geben wir endlich den Männern und Frauen den Raum, den sie brauchen und wo sie sich einbringen.

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Mechthild! Jetzt kommt Gitta Connemann, und ich bitte Karin Prien sich bereitzuhalten.

**Gitta Connemann**: Das große Finale – laut mancher Medien ging es bei dieser Debatte heute darum. Aber ganz im Ernst, wen interessiert aktuell diese Debatte um unsere Satzungsfragen?

(Beifall mit Rufen)

Deshalb beeinflusst das Ergebnis heute auch eines nicht, die Landtagswahl in Niedersachsen. Da geht es um ganz andere Fragen, um Existenzen. Die Ampel hat keine Antworten. Es kommt auf die CDU an. Auch weil wir uns trauen, um Lösungen zu ringen. Und diese Debatte zeigt, die Debatte ist endlich zurück in der CDU und dafür sind wir auch dir, lieber Friedrich, sehr dankbar.

(Beifall)

Zur Wahrheit gehört bei uns, engagieren sich zu wenig Frauen. Damit entgeht uns so viel an Klasse, an Kreativität, an Erfahrung, an Empathie. Bernd Althusmann hat darauf reagiert, eine paritätische Liste, aber freiwillig, und so geht es. Danke Bernd!

(Beifall)

Die Frage ist, wie können wir für Mitglieder attraktiver werden. Heute geben wir Antworten mit verbindlichen Anfangs- und Endzeiten, mit der Möglichkeit zur hybriden Teilnahme. Eines hilft nicht: Quoten. Eine Frauenquote ist kein Instrument zur Mitgliederwerbung. Das zeigen auch die anderen Parteien. Was macht uns aus als CDU? Das ist doch das Bekenntnis, dass du alles sein kannst, egal woher du kommst, wie du aussiehst, wen du liebst. Der Union ging es immer um das Individuum, nicht um das Kollektiv, nicht um die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, nicht um Proporz. Quoten passen damit nicht zusammen, sie sind Ausdruck eines Zeitgeists, führen aber nicht zu mehr Vielfalt. Deshalb, die Quote ist nicht das beste Instrument, jedenfalls für mich. Aber egal, wie die Entscheidung heute ausgeht, morgen ist ein neuer Tag, so oder so. Was bleibt, Deutschland braucht die Union, für mich ohne Quote.

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gitta Connemann. Als Nächstes spricht zu uns Karin Prien und danach Andrea Klieve.

**Karin Prien**: Herr Tagungspräsident, lieber Thorsten Frei, liebe Freundinnen und Freunde! Das ist gar nicht so einfach an einem Tag wie heute, in einer Situation, in der unser Land in einer Notlage ist und viele Menschen nicht wissen, wie sie über den Winter kommen, über interne Strukturen zu sprechen. Man könnte sagen, ach, das ist doch alles gar nicht wichtig. Die Wahrheit ist aber, es geht um die Frage, ob die Union zukunftsfähig ist. Es geht um die Frage, ob wir 2025 wieder Regierungsverantwortung übernehmen werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herrn, das werden wir dann, wenn wir so weitermachen, in der Opposition in Berlin, in den Ländern, als erfolgreiche Regierung, und wenn wir unsere Partei modernisieren. Modernisierung heißt dann eben auch, dass wir in der Breite unserer Mitgliedschaft, dass wir in den Führungsämtern und den Mandaten selbstverständlich Parität zwischen Männern und Frauen in unserer Partei leben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Nun könnte ich sagen, das haben wir doch alles schon miteinander beschlossen. Liebe Frau Prof. Süßmuth, Sie erinnern sich, in Essen 1985 haben wir das alles miteinander aufgeschrieben, 44 Thesen zur neuen Partnerschaft zwischen Männern und Frauen. Da haben wir uns das alles versprochen. Natürlich ist es wichtig, die Rahmenbedingungen für junge Frauen, übrigens auch für ältere Frauen, so zu gestalten, dass das lebbar ist, dass es modern ist, dass es zeitgemäß ist. Aber liebe Freundinnen und Freunde, das reicht doch nicht. Wir haben seit 1995 das Quorum in unserer Partei eingeführt. Was ist daraus geworden? Das Quorum ist eine lästige Verfahrensvorschrift in vielen Verbänden, die genutzt wurde und die umgangen wurde, Mal um Mal, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Was also bedeutet eine moderne Gleichstellungspolitik für die CDU heute? Es ist eine gelebte Partnerschaft von Männern und Frauen, in der Familienarbeit, in der Erwerbsarbeit, aber auch, wenn es darum geht, die Macht zwischen Männern und Frauen zu teilen. Denn darum geht es in Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Was wir heute tun müssen, ist ein klares Bekenntnis abzugeben, ein Bekenntnis dafür, dass wir die Perspektive von Frauen wollen, dass wir die Expertise von Frauen wollen in unserer Partei und dass wir Instrumente dafür nutzen werden, die sich bei anderen Parteien als wirksam erwiesen haben.

Meine Damen und Herrn, die Quote ist kein elegantes Instrument, aber wir haben so vieles andere ausprobiert. Und jetzt geben wir doch diesem Instrument einmal die Chance. Lassen Sie uns das für fünf Jahre machen, wie unser Parteivorsitzender vorgeschlagen hat, und dann schauen wir. Wir können nur besser werden und wir können nur gewinnen über diese Entscheidung. Stimmen Sie dem Antrag der Antragskommission zu.

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Karin Prien. Als Nächstes kommt jetzt Andrea Klieve auf die Bühne, danach will bitte ich Yvonne Magwas sich bereitzuhalten.

**Andrea Klieve**: Andrea Klieve aus Essen aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen. Ich möchte kurz ein bisschen Emotionen rausnehmen. Ich glaube, in der Zielrichtung sind wir uns doch hier alle, die wir hier heute sitzen, einig. Wir wollen mehr Frauen in der CDU, wir wollen mehr Frauen, die sich beteiligen. Es geht doch am Ende nur um die Frage der Mechanik. Wie wollen wir das erreichen? Da kann ich Ihnen als eine Frau, die seit mittlerweile 31 Jahren in der CDU ist, sagen: Die Quote ist dafür das absolut untaugliche Mittel.

(Beifall)

Sie kennen alle Argumente, ich will sie nicht wiederholen. Ich will Ihnen eins sagen, was für mich ganz wichtig ist, von dem ich zutiefst überzeugt bin. Weder unsere Mitglieder noch unsere Wähler noch die, die wir wieder zu unseren Wählern machen wollen, verlangen von uns eine Quote. Darauf muss es doch ankommen, was unsere Mitglieder, was unsere Wähler, was die, die wir da draußen als Wähler ansprechen wollen, was die von einer CDU erwarten. Viele von Ihnen sind im Moment im Wahlkampf – ich war auch im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen – und ich kann Ihnen sagen, am Wahlkampfstand haben die Wähler ganz viele Erwartungen an eine CDU, an eine Politik der CDU, aber das Thema Frauenquote, das kam in keinem einzigen Gespräch vor. Also der Glaube, da draußen warten alle Menschen auf eine Positionierung der CDU zur Frauenquote, möchte ich ein Stück weit relativieren.

Es geht um eine Symbolpolitik. Diese Symbolpolitik sollten wir weder jetzt noch in Zukunft machen. Ich möchte Sie herzlich bitten, horchen Sie ein bisschen in sich rein. Wenn Sie für sich nicht das Gefühl haben, dass eine Frauenquote jetzt der richtige Schritt ist, dann stimmen Sie einfach dagegen.

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Frau Klieve. Herzlichen Dank dafür, dass Sie den zeitlichen Rahmen perfekt eingehalten haben. Das sollte stilbildend und für die weiteren Wortmeldungen sein. Als Nächstes ist Yvonne Magwas da und dann anschließend Denise Bittner vom Landesverband Berlin. Bitte schön, Yvonne!

**Yvonne Magwas**: Liebe Freundinnen und Freunde! Ich stehe heute hier als Mitglied des Lenkungs-kreises der Struktur- und Satzungs-kommission. Und wir hatten eine gute Struktur- und

Satzungskommission, über alle Landesverbände hinweg, über alle Organisationen hinweg, über die gesamte Breite unserer Partei. Wir hatten intensive Diskussionen und, liebe Freundinnen und Freunde, wir haben ein großes Paket geschnürt. Lieber Tilman Kuban, liebe Gitta Connemann, lieber Karl-Josef Laumann, jeder hat etwas bekommen und jeder musste etwas geben. Am Ende ist es ein sehr, sehr guter Kompromiss geworden. Es ist ein Kompromiss, der Ihnen heute hier vorliegt, ein Kompromiss, der breit getragen ist. Ich möchte zwei Botschaften an Sie richten: Gefundene Kompromisse müssen auch tragen, sie müssen halten. Das ist wichtig für die Verlässlichkeit einer Volkspartei.

(Beifall)

Eine zweite Botschaft: Aus einem guten Paket wird ein schlechtes Paket, wenn man etwas herausnimmt. Die Struktur- und Satzungskommission hat ihren Beitrag geleistet, dass die Union fit ist für die Zukunft. Lassen Sie uns bitte heute diese Chance nutzen. Wir sind eine starke Volkspartei der Mitte. Vielen Dank!

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Yvonne Magwas! Als Nächstes spricht dann zu uns Denise Bittner vom Landesverband Berlin, und dann bitte ich außerdem den Ministerpräsidenten Hendrik Wüst, sich als nächsten Redner bereitzuhalten. Bitte schön, Denise Bittner!

**Denise Bittner**: Vielen herzlichen Dank, lieber Herr Tagungspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier beim Parteitag und auch aus der Partei, die alle so zuschauen! Viele haben jetzt gesagt in diesen Tagen vor der Debatte, die Frauenquote sei die zweitbeste Lösung. Punkt 1 ist, ich bin überhaupt nicht der Meinung, dass es die zweitbeste Lösung ist, ich bin überhaupt nicht der Meinung, dass es eine gute Lösung ist.

(Beifall)

Als junge Frau in der CDU fühle ich mich tatsächlich erheblich stigmatisiert durch diese Geschichte und auch durchaus benachteiligt. Hier haben gerade viele Damen vor mir geredet, die schon viel erreicht haben in der Partei, die weit nach vorne gekommen sind. Dass ich mir da jetzt sagen lassen muss, und jetzt kommt ihr Jüngeren, und ihr schafft es nur mit der Quote, halte ich für ein erhebliches Stigma und auch für eine große Benachteiligung.

(Beifall mit Rufen)

Aber wenn wir jetzt mal für einen kleinen Moment annehmen, es wäre die zweitbeste Lösung: Sowohl der Parteivorsitzende Friedrich Merz als auch Mario Czaja haben heute, finde ich, sehr, sehr großartige Reden gehalten und viele wichtige Sachen gesagt und zu ganz vielen Themen was Richtiges gesagt. Sie haben gesagt, die CDU kann es besser. Jetzt kommen wir mit dieser Frauenquote und machen das, was die Grünen tun und die Linken und die SPD.

(Beifall)

Für uns gibt es nur die zweitbeste Lösung? Das kann nicht unser Ernst sein. Wir haben in unserem Mitgliederantrag, von dem die Franziska Dezember vorhin schon gesprochen hat, gesagt. – Also wir haben weitere Vorschläge gemacht, wir haben gesagt, das muss im Bundesvorstand jetzt in die Hand genommen werden, das Thema, weil na klar, wir brauchen mehr Frauen. Ich weiß nicht, wie es den Frauen hier im Raum geht. Ich bin eine Frau, ich bin seit über zehn Jahren in der CDU. Mich hat sowas wie ein Mentoringprogramm, ein Unterstützungsangebot, ein vernünftiges Netzwerkangebot noch nie erreicht. Deswegen ist meine Bitte an Sie, liebe Delegierte, stimmen Sie gegen die Quote und für die beste Lösung und nicht für die zweitbeste. Denn wir sind die CDU, wir können die allerbeste Lösung.

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank!

**Denise Bittner**: Und wenn ich noch ein kleines bisschen Zeit habe?

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Nur für einen Satzesatz.

**Denise Bittner**: Ich habe keine Uhr. Ich bin Vorsitzende einer sehr kleinen kommunalpolitischen Fraktion in Berlin. Für uns ist tatsächlich das Problem –; Ich kann die Damen verstehen, die dafür geredet haben, das sind Landesvorsitzende, Ministerinnen, Bundestagsabgeordnete, da ist das halt nicht so ein großes Problem mit Quoten für Frauen oder Quoten für bestimmte Kreisverbände, Landesverbände, Ortsverbände. Bei uns ist das schwierig. Wir machen das Ehrenamt, wir machen das nach Feierabend. Da ist das wichtig, dass jeder Einzelne will, kann und alles gibt.

(Beifall)

Deswegen setze ich mich auch in meiner Fraktion in diesem kleinen Bereich gegen jede Quote ein, nicht nur gegen die Frauenquote, sondern gegen alle andern auch. Ich bitte Sie herzlich, unseren Mitgliederantrag und damit auch allen anderen Anträgen gegen die Quote zuzustimmen.

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Bittner. Der Nächste ist Hendrik Wüst und danach bitte ich Freya Kerssenbrock vom Landesverband Hamburg, sich bereitzuhalten. Bitte, Hendrik Wüst!

**Hendrik Wüst**: Vielen herzlichen Dank, Thorsten Frei! Ich erlaube mir auch als Mann in dieser Debatte was zu sagen, aber ich will über eine starke Frau sprechen.

(Beifall)

ich stehe heute nur hier, weil immer wieder starke Frauen mich gefördert haben. Die stärkste Frau natürlich, unsere Mutter. Unsere Mutter ist 1942 geboren, neun Jahre Volksschule und dann ein Jahr ins Kloster, dann Ausbildung im elterlichen Betrieb zur Fleischerin. Wir reden vom west-

fälischen Münsterland in den 50er-Jahren. Mehr Chancen auf mehr Bildung hatte meine Mutter nicht. Das war auch der Antrieb für unsere Mutter, bei ihren Kindern pingelig darauf zu achten, dass kräftig gelernt wurde. Ich bin ziemlich sicher, dass das bei vielen von Ihnen und euch auch so war. Das war die Nachkriegsphilosophie: „Kannste was, dann haste was, dann biste was.“ Bei uns Kindern war es eben so, dass das Elternhaus da hinterher war. Wir hatten alle Chancen, meine beiden Schwestern und ich, dreimal Abi, dreimal Studium. Über mich kann sich jeder ein Bild machen, aber bei meinen Schwestern kann ich sicher sagen, sie sind beruflich sehr erfolgreich.

(Beifall und Heiterkeit)

Jetzt gucken wir uns nur diese eine Generation vor uns an. Da ging das vielen Frauen so, viele haben einen Führerschein gemacht für den Notfall, aber viel gefahren sind sie nicht. Höhere Bildung war da auch nicht drin. Das war nicht nur bei meiner Mutter so. Glauben wir ernsthaft, dass unsere Mütter dümmer waren als wir? Natürlich war das nicht so.

(Beifall)

Natürlich war das nicht so. Es geht also schon darum, dass auch Chancenräume eröffnet werden, dass Frauen auch Chancen kriegen. Es geht darum, dass wir uns heute darauf committen, uns mehr anzustrengen, mehr Frauen mehr Chancen zu geben. Deswegen werbe ich auch für die Quote. Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall und Rufe)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hendrik Wüst. Als Nächstes bitte ich Freya Kerksenbrock aus Hamburg auf die Bühne und dann anschließend sollte sich bitte Anja Wagner-Scheid vom Landesverband Saar bereithalten. Bitte schön, Frau Kerksenbrock!

**Freya Kerksenbrock**: So, einmal durch den Saal gelaufen! – Liebe Delegierte, ich bin glaube ich heute eine von denen, um die es geht. Ich bin 35 Jahre alt, Mutter von zwei Kindern, aus dem Landesverband Hamburg, Mitglied des Landesvorstandes, Mitglied des Kreisvorstandes, stellvertretende Ortsvorsitzende, und ich trage mich regelmäßig mit dem Gedanken schwanger, mein politisches Engagement zu beenden. Und das liegt nicht daran, wie man merkt, dass ich keine Ämter habe oder dass ich nicht reingekommen bin oder dass Männerseilschaften mich davon abgehalten haben, sondern es liegt daran, dass ich gemerkt habe, dass der Lebensentwurf, den ich gewählt habe mit meinen beiden Kindern, berufstätig zu sein, verheiratet zu sein, sich zunehmend weniger mit meiner politischen Tätigkeit vereinbaren lässt. Also bin ich zu meinem Landesvorsitzenden gegangen und habe gesagt, hier, Christoph Ploß in Hamburg, geht das noch? Und er sagte zu mir: Freya, wenn das nicht geht, dann machen wir das möglich, und zwar nicht über eine Quote, sondern indem ich mit ihm darüber gesprochen habe, wie wir die Arbeitsweise unserer Partei so gestalten können, dass jemand wie ich daran teilnehmen kann.

(Lebhafter Beifall)

Was wir gemacht haben, es ganz einfach. In der Tat, Corona hat uns da sehr geholfen, wir haben Hybridsitzungen eingeführt. Aber wir haben auch darüber gesprochen, was ist denn eigentlich ein Leistungsträger in unserer Partei. Worauf kommt es uns bei unserem politischen Nachwuchs tatsächlich an? Was sind unsere starken Leute und wen fördern wir tatsächlich? Sind es diejenigen, die am meisten Plakate geklebt haben, oder sind es diejenigen, die sich aufgrund ihrer Profession, aufgrund ihrer Lebenserfahrung immer und immer wieder einbringen nach ihren jeweiligen Möglichkeiten? Deswegen, ich spreche mich heute auch gegen eine Quote aus, weil ich sage, geben Sie mir nicht noch mehr Ämter, geben Sie mir die Möglichkeit, meinen jetzigen Ämtern auch wirklich gerecht zu werden. Vielen Dank!

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Freya Kerksenbrock!

**Anja Wagner-Scheid**: Liebe Delegierte, ich bin eine Quotenfrau, das sagten 40 Frauen im Jahr 2020, 40 Frauen aus den Top-Positionen in unserer Gesellschaft. Sie wollten, dass Frauen ganz selbstbewusst mit dem Thema Quote und Quotenfrau umgehen, und das wünsche ich mir auch für unsere Partei heute und jetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Viele Frauen wollen keine Quotenfrau sein, da dieses Thema und das Wort negativ besetzt sind, und da man ihnen auch täglich suggeriert, dass ihnen etwas geschenkt würde, was ihnen nicht zusteht. Dabei ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern doch eine Selbstverständlichkeit heute und zudem konservativ und auch christlich. Wir brauchen mehr Frauen in unserer Partei, das ist uns alles klar, in Parteigremien, aber auch in den Parlamenten. Und ein Instrument ist die Frauenquote. Ein besseres hat mir bisher noch keiner vorgestellt. Als das Frauenquorum 1996 befristet eingeführt wurde, da gab es auch viele Zweiflerinnen und Zweifler, und trotzdem hatten wir es gemacht und heute ist es eine Selbstverständlichkeit. Da das Frauenquorum nicht ausreicht, müssen wir heute den zweiten Schritt gehen und die Frauenquote heute verabschieden. Wir sollten das tun, und wir sollten es bis 2029 ausprobieren. Ich bitte Sie deshalb, geben Sie sich heute einen Ruck, stimmen Sie für die Frauenquote und geben Sie an der Stelle dieser Idee eine Chance.

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, liebe Frau Wagner-Scheid aus dem Saarland. Als Nächstes spricht Franca Bauernfeind aus Thüringen zu uns und danach bitte ich Ines Claus, sich bereitzuhalten. Franca Bauernfeind!

**Franca Bauernfeind**: Liebe Freunde, wir haben jetzt schon viele Argumente gegen die Frauenquote gehört und auch ich bin gegen die Frauenquote. Ich bin im Übrigen gegen jede Quote, um das auch mal so klarzustellen.

(Beifall)

Ich möchte noch mal den großen Bogen spannen. Wissen Sie, warum ich in die CDU eingetreten bin? Ich stimme natürlich mit vielen Inhalten auch überein, aber es war vor allem die Frage, dass ich in eine Volkspartei eintreten möchte, weil es hier um Qualität geht, weil es um Meinungen geht, weil es um Diskussion geht und weil es um ein Miteinander geht, liebe Freunde. Ich möchte nicht, dass eine Gruppe vor oder über eine andere Gruppe gestellt wird. Ich möchte in einer Partei Politik machen, in der wir nicht in Kategorien denken, liebe Freunde. Nicht in Kategorien, sondern in der wir nicht einander uns gegenseitig ausspielen. Das Motto „Frauen unterstützen Frauen“, dieses Motto gilt genauso für mich wie das Motto „Männer und Frauen unterstützen sich gegenseitig“, liebe Freunde.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Sache feststellen. Wir haben vorhin über die Frage Mitgliederbefragung ja, nein gesprochen. Der Parteitag hat sich dagegen entschieden. Aber wir hatten einen Mitgliederantrag, wo die Basis unserer Partei, wo sich über 1.000 Mitglieder beteiligt haben, die sich gegen die Quote ausgesprochen haben. Von daher haben wir auch viele Mitglieder, die mitgewirkt haben, die sich mit der Frage auseinandergesetzt haben und die abgestimmt haben, liebe Freunde. Behaltet das im Hinterkopf. Ich freue mich, wenn ihr mit gegen die Frauenquote stimmt. Vielen Dank!

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Franca Bauernfeind. Als Nächstes springt spricht Ines Claus aus Hessen zu uns und dann bitte ich Juliane von der Ohe aus Niedersachsen, sich bereitzuhalten. Bitte, Ines Claus!

**Ines Claus**: Liebe Delegierte, viele Menschen machen sich Sorgen in diesem Land. Wir haben viele Krisen und die müssen wir bewältigen. Ich finde, das geht immer besser, wenn die CDU regiert. Dafür brauchen wir Wählerinnen und Wähler. Das war jetzt eine Binsenweisheit, aber wie bekommt man diese Wählerinnen und Wähler, wie bekommt man Menschen, die sich mit dieser Partei identifizieren. Das bekommen wir zusammen hin, wenn wir Strukturen dafür schaffen. Wir haben vieles miteinander ausprobiert, wir haben eben schon gehört, wie lange dieser Prozess geht. Jetzt würde jedes Unternehmen, das feststellt, dass es ein Defizit gibt, eine Strategie auflegen. Eine Strategie ist das Papier, was uns vorliegt. Es hat eben diese guten Ideen. Das eine tun heißt nicht, das andere lassen. Natürlich müssen wir auch besser werden im Bereich des Monitorings und des Mentorings. Wir müssen besser werden in den anderen Bereichen, dass sich Frauen angesprochen fühlen. Das müssen wir alles tun, aber ich finde, wir sollten dieser Idee nun auch näher treten, dass sich Frauen bei uns als Wählerinnen und Wähler, als Mitglieder, aber auch in Funktion eben gut und zuhause fühlen. Insofern werbe ich auch für dieses Papier und hoffe auf Unterstützung. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, Ines Claus. Als Nächstes spricht Juliane von der Ohe zu uns, und danach bitte ich Elke Hannack, sich bereitzuhalten. Bitte schön!

**Juliane von der Ohe**: Liebes Tagungspräsidium, meine Damen und Herren, liebe Delegierte! Ich bin jahrelang schwanger gegangen bzw. habe ein ambivalentes Gefühl zur Frauenquote gehabt. Es gab für mich Dinge, wo ich dafür war, wo ich dagegen war. Aber inzwischen ist es so, wenn ich sehe, was in der Ampel an Inkompetenz und an teilweise gruseligen Gestalten jetzt im Grunde genommen am Regieren ist, die im großen Maße durch die Quote hochgespült worden sind. Also ich weiß nicht, wie es euch geht, aber mir wachsen da Haare aufm Rücken.

(Beifall mit Rufen)

Insofern, ich will mich noch mal kurz vorstellen: Ich bin Bezirksvorsitzende der Mittelstandsunion in Nordostniedersachsen und bin auch Mitglied des Landesvorstandes. Es hat nie eine Rolle gespielt, was ich für ein Geschlecht habe. Sondern jeder, der mitarbeitet, ist herzlich willkommen. Das weiß ich eben sehr zu schätzen. Meine Vorrednerin, gerade die jungen Damen haben es gesagt. Ich persönlich habe die alten weißen Männer noch gekannt in der CDU, dann würde ich wahrscheinlich auch für die Quote sprechen. Aber ich habe auch viele andere Junge inzwischen kennen gelernt und bin der Meinung, die Quote, die in meinen Augen höchst undemokratisch ist, hat in unserer CDU nicht zu suchen. Danke schön!

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Juliane von der Ohe. Als Nächstes spricht nun Elke Hannack vom Landesverband Berlin zu uns und dann bitte ich Sarah Beckhoff vom Landesverband Nordrhein-Westfalen, sich bereitzuhalten.

**Elke Hannack**: Liebe Freundinnen und Freunde, für mich ist es ein bisschen ungewöhnlich, immer noch die Quote zu diskutieren. Wir haben sie in den vergangenen Jahren in der Wirtschaft, übrigens gemeinsam auch mit unseren Sozialpartnern, teilweise auch per Gesetz, eingeführt und installiert. Das kann man auch sagen nach den paar Jahren, wo sie installiert wurde, die Quote wirkt. Deshalb will ich sagen, die Quote ist kein Teufelszeug, sie ist ein Hilfsinstrument, um verfestigte Strukturen auch zu überwinden. Das wird doch keiner hier bestreiten, dass wir verfestigte Strukturen haben.

(Beifall)

Ich will mal ein paar positive Aspekte benennen der Quote. Da wo es sie gibt, modernisiert sie die Führungskultur. Das kommt allen zugute. Frauen sorgen nachweislich für mehr Effizienz in gemischten Teams und davon profitieren alle. Gemischte Teams sind kreativer, der Kommunikationsstil, die Kultur verändert sich. Auch davon profitieren alle, nicht nur die Frauen. Konferenzen würden kürzer, d. h., die Quote schont unser aller Nerven. Frauen in Führungspositio-

nen, liebe Kolleginnen, liebe Freundinnen und Freunde, sie sorgen für eine familienfreundlichere Arbeitskultur als die, die wir haben. Und das dient Müttern und Vätern gleichermaßen. Ich will aus eigener Erfahrung in gemischten Teams sagen, ich sage Ihnen, auch die Witze unserer Kollegen werden anspruchsvoller, wir erleben mehr Vielfalt, mehr Begeisterung, mehr Inspiration. Wollen wir uns das alles entgehen lassen? Ich schlage vor, nein, Qualität kommt von Quote, stimmen Sie für noch mehr Qualität in der Union. Stimmen Sie bitte für die Quote!

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elke Hannack. Als Nächstes spricht Sarah Beckhoff aus Nordrhein-Westfalen zu uns und daran anschließend Susanne Wetterich aus Baden-Württemberg. Bitte schön!

**Sarah Beckhoff**: Liebe Parteifreunde, die Lage ist dramatisch. Uns brechen die Mitglieder an der Basis weg. Noch nie war es so einfach, in ein Mandat, insbesondere auf kommunaler Ebene zu kommen, als Ortsvorsitzender gewählt zu werden wie jetzt. Und wir sprechen über eine Frauenquote ab Kreisvorstandsebene. Das ist schlicht weltfremd.

(Beifall)

Es geht uns natürlich um mehr Frauen in der Mitgliedschaft insgesamt. Es muss von unten nach oben wachsen und nicht andersherum. Wir haben aktuell einen Mitgliederanteil von 26 Prozent Frauen. Für diese 26 Prozent wollen wir 50 Prozent der Posten reservieren. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, das ist ein Angriff auf unsere innerparteiliche Demokratie.

(Beifall mit Rufen)

Ungleichheit bekämpft man nicht mit Ungerechtigkeit. Die Quote leistet keinen Beitrag zur Rekrutierung von mehr Frauen in die CDU, sondern sie ist eine erzwungene Umverteilung der Ämter innerhalb der bereits bestehenden Mitgliedschaft. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht hier auch nicht darum, ihr habt das bekommen, die anderen haben was bekommen, die dritte Vereinigung bekommt auch noch ihr Bonbon, sondern es geht doch um unsere innerparteiliche Demokratie, die wir verteidigen müssen. Deswegen bitte ich Sie, stimmen Sie für den Antrag, dass wir keine Frauenquote haben wollen. Danke schön!

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sarah Beckhoff! Wir haben jetzt als nächste Rednerin Susanne Wetterich und danach Irina Feldmann.

**Susanne Wetterich**: Verehrtes Tagungspräsidium, meine Damen und Herren! Ich höre immer wieder, es geht hier um Leistung und nicht um Quote. Ich frage mich schon die ganze Zeit, warum eigentlich diese zwei Begriffe ein Gegensatz sein sollen. Das ist doch kein Gegensatz, im

Gegenteil. Wieso sollen Frauen keine Leistung bringen? Sie sind bestens ausgebildet, sie sind qualifiziert, sie stehen ihren männlichen Kollegen in nichts nach, habe ich zumindest noch nicht festgestellt. Das das gilt selbstverständlich auch in der Politik. Es gibt auch in unserer Partei mehr als genügend Frauen, die die politische Arbeit gestalten wollen und es auch können. Aber es gibt eben Unterschiede, zum Beispiel dass die Frauen nicht so gerne vordrängeln und dass sie aufgrund von Traditionen – Herr Wüst hat uns darauf hingewiesen – und natürlich auch ihrer Lebensverläufe, ich sage nur Familienphase, gewisse strukturelle Nachteile haben. Diese strukturellen Nachteile zu überwinden, dafür ist die Quote ein Mittel.

Meine Damen und Herren, ich habe keine, aber wirklich keine der aktiven Frauen in unserer Partei, egal ob sie jetzt meiner Meinung sind oder nicht, erlebt oder kennen gelernt, die die Hände in den Schoß legt und meint, irgendwie geht alles automatisch, ich steige jetzt in den Quotenaufzug und dann fahre ich irgendwie nett nach oben. Das wird so nicht kommen.

Außerdem: Wir reden hier immer von Leistung, aber es geht erst mal gar nicht um Berufsqualifikationen, sondern es geht um Ehrenämter innerhalb der Partei, in die wir mehr Frauen wählen wollen und gewählt werden sollen. Ich weiß nicht, warum man da immer dann das Leistungsargument so anführen muss. Wir haben in den 20 Jahren von 2000 bis 2021 den Mitgliederanteil der Frauen in der CDU um 1,5 Prozent erhöht. Meine Damen und Herren, so kann es nicht weitergehen. Das ist mehr als Schneckentempo. Ich habe das mal gerechnet. Ich habe dreimal nachgerechnet, weil ich gar nicht geglaubt habe. Aber wir würden dann noch 325 Jahre brauchen, bis wir die 50 Prozent hätten.

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank!

**Susanne Wetterich**: Es muss etwas passieren, meine Damen und Herren. Deshalb wir brauchen nicht weniger Leistung, sondern wir brauchen mehr Qualität. Die weibliche Sicht bereichert die Bandbreite der Entscheidungen und die Themensetzung erweitert sich. Deswegen bitte ich Sie, stimmen Sie der Quote zu. Und meine Herren, Sie sind gut und das halten Sie aus.

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Susanne Wetterich. Ich sehe jetzt an Mikrofon Nummer 4 einen Geschäftsordnungsantrag. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Aus dem Plenum: Vielen Dank, liebe Freunde. Ich glaube, die Argumente sind ausgetauscht. Ich beantrage hiermit den Abbruch der Debatte, um sofort zur Abstimmung zu kommen.

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, es ist Antrag auf Schluss der Debatte gestellt. Das ist nach unserer Satzung selbstverständlich möglich, nachdem Rede und Gegenrede vor der Abstimmung erfolgt ist. Ich möchte trotzdem, einfach nur, dass Sie das für Ihren Hinter-

grund wissen, sagen, dass wir etwa zwei Drittel unserer Rednerliste abgearbeitet haben und etwa ein Drittel noch vor uns liegt. Deswegen sollten Sie das einfach für das weitere wissen. Es ist jetzt Rede für Ende der Debatte gehalten worden. Jetzt gibt es die Möglichkeit, eine entsprechende Gegenrede zu halten. – An Mikrofon 3 gibt es eine Wortmeldung. Ich gehe mal davon aus, dass das ein Antrag auf Gegenrede ist. Bitte schön, dann haben Sie das Wort!

Aus dem Plenum: Das ist korrekt, Herr Präsident, ich möchte gerne gegen diesen Antrag stellen. Ich bin froh, dass wir auf unserem Bundesparteitag mal intensiv diskutieren, dass wir uns auch mal die Zeit nehmen –

(Beifall)

– bei so einem sehr kontrovers diskutierten Thema die Dinge auszudiskutieren. Es ist gerade drauf hingewiesen worden, dass über zwei Drittel schon zu Wort gekommen sind. Wir tun uns glaube ich keinen Gefallen, wenn wir an der Stelle jetzt hier abbrechen.

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, damit haben wir Rede und Gegenrede gehört. Wir würden jetzt darüber abstimmen. Über solche Geschäftsordnungsfragen stimmen wir mit einfacher Mehrheit ab. Ich würde vorschlagen, das können wir per Hand- und Kartenzeichen machen. Wer dem Antrag auf Schluss der Debatte zustimmen möchte, also Schluss der Debatte, den bitte ich jetzt um das Hand- und Kartenzeichen. – Vielen Dank! Wir machen die Gegenprobe. Wer für Beendigung der Debatte ist, nein, nein, nein, nein, für Beendigung und Abarbeitung der Rednerliste, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wir haben hier oben den Eindruck, dass Letzteres die Mehrheit ist.

(Zwischenrufe)

Ich glaube, das kann man schon sagen. Ich meine schon, ja. Das war relativ klar. Gut, dann würden wir die Rednerliste weiter abarbeiten. Ich will einfach noch mal –; Es gab unterschiedlich starke Disziplin. Viele haben das super gemacht und sind deutlich sogar unter der Zeit geblieben. Einfach mit viel Zeitdisziplin und dann kriegen wir das gut hin. – Als Nächstes ist auf der Rednerliste Irina Feldmann vom Landesverband Brandenburg.

**Irina Feldmann**: Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrtes Präsidium, liebe Delegierte! Seit sechs Jahren bin ich Vorsitzende der Frauen Union Barnim. Ich bin begeistert, so viele kompetente und engagierte Frauen in meinem Team dabei zu haben. Der Vorsitzende meines CDU-Kreisverbandes Barnim, Danko Jur, hat schon vor Jahren erkannt, dass qualifizierte Frauen der Partei gut zu Gesicht stehen. Sie sind eine inhaltliche Bereicherung und erreichen damit besonders Frauen in der Wählerschaft. Dorothee Bär hat die Quote mal als Krücke bezeichnet. Für mich ist die Frauenquote ein Schmerzmittel, sie verdeckt die Symptome und bekämpft nicht die eigentlichen Ursachen.

Die Quotenregelung impliziert, dass Frauen ohne diese nicht erfolgreich sind. Sie macht den Erfolg, den die Frau ohne die Quote gehabt hätte, für immer unsichtbar. Es braucht nicht nur mehr Frauen in Ämtern, Funktionen und Mandaten, es braucht mehr qualifizierte, kompetente Frauen in der Parteiarbeit der CDU. Der Vergleich mit dem Instrument des Proporz hinkt. Dieser in der analogen Anwendung führt zum eigentlichen Problem. Es gibt aktuell zu wenig Frauen in der CDU, und noch weniger, die sich einbringen wollen oder einbringen können. Auch in Brandenburg besonders im ländlichen Raum fehlt es an Frauen in der CDU. Hier bliebe am Ende der Stuhl leer.

Ich habe den Antrag als Erstunterzeichnerin unterstützt, weil so vielen beruflich erfolgreichen Frauen, die ich kenne, auch im Job, niemand etwas geschenkt hat. Sie alle sind Power-Frauen. Warum funktioniert das in der Berufswelt, nicht aber in Parteistrukturen. Während für viele Männer zu den Sitzungen die entspannte Stammtisch-Atmosphäre dazugehört, möchten Frauen oftmals einfach produktiv und möglichst effektiv arbeiten. Viele Frauen haben trotz gleichberechtigter Partnerschaft zu ihrer beruflichen Tätigkeit dennoch eine Vielzahl an häuslichen Tätigkeiten und die Kinderbetreuung inne. Gerade junge Frauen mit kleinen Kindern, von alleinerziehenden Frauen ganz zu schweigen, ist es fast unmöglich, sich einzubringen oder Funktionen auszuüben, da die meisten Sitzungen in den späten Abendstunden, dazu noch in Präsenz stattfinden. Es braucht bessere Rahmenbedingungen für alle Frauen, um allen Frauen die gleiche Chance zur gleichberechtigten Teilhabe und Mitwirkung in den Parteistrukturen zu ermöglichen.

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Liebe Frau Feldmann!

**Irina Feldmann**: Deshalb werbe ich für unseren Antrag, danke schön!

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Feldmann. Als Nächstes hat das Wort Annegret Kramp-Karrenbauer, und danach bitte ich Wiebke Winter, sich bereitzuhalten. Annegret Kramp-Karrenbauer. Darüber hinaus, bis Sie hier vorne auf der Bühne ist, möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, dass wir jetzt, insbesondere nachdem wir uns vorhin auch darüber unterhalten haben, die Rednerliste schließen, sodass wir dann auch planmäßig zu einem Ende kommen. Sind Sie damit einverstanden, dass wir die Rednerliste schließen? Dann bitte ich Sie um das Hand- oder Kartenzeichen. – Herzlichen Dank! Wir machen noch sicherheitshalber die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das so beschlossen. – Annegret Kramp-Karrenbauer hat das Wort.

(Beifall)

**Annegret Kramp-Karrenbauer**: Liebe Freundinnen und Freunde! Ich stehe hier als eine CDU-Frau, zugegebenermaßen nicht mehr ganz so jung wie manche, die hier gesprochen haben. Ich stehe hier als jemand, der dieser Partei unglaublich viel zu verdanken hat und die in

dieser Partei einiges erreicht hat, zusammen mit euch. Aber ich stehe auch hier als jemand, der diesen allerersten Schritt nur gehen konnte, weil es damals ein Frauenquorum gab, dass mir diese Chance gegeben hat.

(Beifall)

Es ist mir wichtig zu sagen, es geht heute nicht darum – und wir dürfen diesen Eindruck auch nicht entstehen lassen –, dass es die einen gibt, die für Frauen sind, und die anderen, die gegen sind. Es geht darum, dass wir uns Gedanken darüber machen und uns darüber verständigen, wie wir unserem eigenen Anspruch, nämlich Partei für alle in dieser Gesellschaft zu sein, authentisch gerecht werden. Frauen wollen sehen, dass die Partei, die sie wählen, auch wirklich ohne Wenn und Aber für Frauen steht. Und nicht die Quote, liebe Freundinnen und Freunde, nicht die Quote muss beweisen, dass sie wirkt. Wenn alles, was wir bisher ausprobiert haben, gewirkt hätte, dann würden wir heute bei einer Parität stehen und nicht bei der Situation, wie wir sie haben.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, bin ich absolut einig mit dem Vorsitzenden, mit Friedrich Merz. Ich bin dankbar, dass er aufgegriffen hat, das, was die Satzungskommission aufgelegt hat, und das war ein harter Kompromiss. Es war für die einen nicht genug, für die anderen war es schon zu weit. Aber es war ein Kompromiss, der im Ende auch das ausmacht, was uns als christliche Volkspartei ausmacht, nämlich die Fähigkeit, Brücken zu bauen und Kompromisse, tragfähige Kompromisse zu schließen. Darum geht es. Es geht darum, dass wir für die Zukunft, weil wir authentisch sind, mehrheitsfähig sind, damit wir endlich diese Bundesregierung so schnell wie möglich wieder aufs Altenteil schicken können. Darum bitte ich um eure Zustimmung, vielen Dank!

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annegret Kramp-Karrenbauer! Als Nächstes hat Wiebke Winter das Wort, aus Bremen. Dann bitte ich, dass sich Elisabeth Winkelmeier-Becker bereithält. Vielen Dank! Wiebke Winter!

**Wiebke Winter**: Liebe Freundinnen und Freunde, ich der festen Überzeugung, dass jeder hier im Saal verstanden hat, dass gemischte Teams besser funktionieren als zu gleiche Teams. Das sehen wir zum Beispiel daran, dass Niedersachsen eine paritätische Liste aufgestellt hat. Auch wir in Bremen planen genau das zu tun, und zwar freiwillig. Ich bin stolz und dankbar und froh, dass ich weiß, dass ich heute hier Delegierte bin, dass ich im Bundesvorstand bin, weil ich euch mit meinen Ideen überzeugen konnte, nicht weil ich eine Frau bin, nicht, weil ich irgendeine anderen möglichen Qualifizierungen mitbringe, nein, weil ihr gesagt habt, ich finde eure Ideen, deine Ideen richtig. Ihr habt gesagt, ich finde das, was du mitbringst, richtig. Das ist das, was für mich zählen sollte in dieser Partei. Das, was eine Person mitbringt, nicht das, welches Geschlecht diese

Person hat, nicht die Frage, was eine Person ansonsten für Merkmale mitbringt, sondern für welche Überzeugungen, für welche Werte und für welche Ideen sie steht. Ich bin dafür froh und dankbar, dass es bislang immer so war in unserer Partei und ich kann an dieser Stelle nur ganz klar sagen, ich bin froh, dass ich keine Quotenfrau bin und ich möchte auch keine sein.

(Beifall)

Deswegen bitte ich euch, stimmt gegen das Votum der Antragskommission und dafür, dass wir diesen Antrag nicht annehmen. Vielen Dank!

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wiebke Winter! Als Nächstes spricht Elisabeth Winkelmeier-Becker aus Nordrhein-Westfalen und dann anschließend bitte ich Ruth Baumann, sich bereitzuhalten. Vielen Dank! Elisabeth!

**Elisabeth Winkelmeier-Becker**: Liebes Tagungspräsidium, liebe Mitstreiter hier bei uns! Wir reden über die Quote, wir sind uns einig, dass wir mehr Frauen in sichtbarer Verantwortung brauchen, im ureigensten Interesse, und das vor allem aus zwei Gründen: Wir brauchen die Sichtweise von Frauen für gute Politik, wir brauchen doch alle Argumente, um unseren Politikansatz verwirklichen zu können, alle Sichtweisen einzubringen und daraus die beste Lösung zu entwickeln für eine gute Politik. Da ist der Fünfte und Sechste, der mit dem gleichen Werdegang kommt, schlichtweg eine Doppelung und keine Bereicherung. Vielleicht müssen wir noch selbstkritisch feststellen, dass zu viele aus der gleichen Perspektive auf Wirtschaft und Energiepolitik geschaut haben in der Vergangenheit. Vielleicht hätten uns da ein paar Frauen in Verantwortung auch mal andere Ideen gebracht und zu anderen Ergebnissen geführt.

(Vereinzelt Beifall)

Der andere Aspekt ist: Wir sind Volkspartei und wir wollen gewählt werden. Dafür ist es wichtig, die Frauen anzusprechen, auch mit sichtbaren Frauen in Verantwortung. Das ist unser Ansatz als Volkspartei. Da frage ich mich, wir haben dieses Verfahren jetzt seit vielen Jahren. Was gibt uns die Hoffnung, dass wir zu anderen Ergebnissen kommen, wenn wir das Verfahren beibehalten? Nichts gibt uns diese Hoffnung. Wir müssen hier zu neuen Methoden kommen bei der Auswahl unserer Menschen in Verantwortung. Ist das jetzt leistungswidrig? Ich darf sagen, es geht hier nicht Beamtenpositionen, sondern es geht um Teilhabe, um geteilte Macht, an der Frauen ihren Anteil beanspruchen wollen und dürfen.

Schon unser Grundgesetz sagt, dass es mit Gleichberechtigung nicht getan ist, sondern wir haben strukturelle Ungleichheiten und die brauchen es, dass man ganz bewusst dagegen angeht als Staat und auch wir als Partei. Drittens die Frage, was ist denn Leistung in diesem Sinne. Es ist der toughe Auftritt auf dem Kreisparteitag oder ist es eben auch das Managen einer Familie, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Sich-Behaupten auch einer Frau in einer verantwortlichen Position im Beruf.

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Elisabeth, kommst du –

**Elisabeth Winkelmeier-Becker:** Mich hat nicht die Quote hochgespült und viele Frauen auch nicht, aber zu viele gehen uns verloren, gute Frauen, die wir brauchen für unsere gute Politik, und deshalb stimmen Sie für die Quote! Danke schön!

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elisabeth Winkelmeier-Becker! Als Nächstes spricht Ruth Baumann aus Baden-Württemberg und dann anschließend Christine Schneider aus Rheinland-Pfalz. Zunächst Ruth Baumann, bitte schön!

**Ruth Baumann:** Liebe Steuerzahler, Gleichberechtigung ist eine Selbstverständlichkeit, Punkt. Frauen sind keine zu betreuenden Wesen, aber machen wir uns ehrlich. Seit 20 Jahren reden wir darüber, Augen verdrehen oder die Wahl zum paritätischen Ersatzkandidaten sind keine Erfolgsmodelle, sondern überholt. Vielleicht schreckt das auch couragierte Mitglieder ab. Aufbruch heißt für mich, leben wir einfach selbstverständlich Wertschätzung und Respekt und lassen wir uns auch daran messen. Wir brauchen die hellsten Köpfe, Geschlecht, Haarfarbe oder Regio egal. Es braucht keine Quote, es braucht Macher, und die haben wir mit Friedrich Merz an der Spitze gegen die Quote.

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ruth Baumann. Als Nächstes Christine Schneider aus Rheinland-Pfalz, und dann bitte ich ebenfalls aus Rheinland-Pfalz Julia Klöckner, sich bereitzuhalten. Bitte schön Frau Schneider!

**Christine Schneider:** Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Ich kann viele der jungen Frauen verstehen, die sich hier heute gegen eine Quote ausgesprochen haben. Vor über 30 Jahren bin ich in diese Christlich Demokratische Union eingetreten und vor 25 Jahren bin ich das allererste Mal in den rheinland-pfälzischen Landtag gewählt worden, weil Heiner Geißler mein Mentor war und weil er sich für Frauen in der Politik eingesetzt hat. Aber ich fand es damals extrem diskriminierend, als Quotenfrau angesprochen zu werden, nach dem Motto, die ist nur wegen der Quote in den Landtag gekommen. Darum habe ich von Anfang an immer mich gegen die Quote gewehrt. Heute, nach 25 Jahren, nachdem ich zwischenzeitlich im Europäischen Parlament bin, weiß ich, ohne Heiner Geißler, ohne seinen Einsatz, ohne das Quorum wäre ich niemals in den Landtag gekommen und ich würde heute niemals an diesem Rednerpult stehen.

(Beifall)

Und jetzt sind wir doch ganz ehrlich, wir reden doch heute gar nicht über eine paritätische Listenbesetzung. Wir wollen heute das rechtlich umsetzen, was wir 1996 schon beschlossen haben, weil wir feststellen, dass der Beschluss von damals nicht wirkt, weil er nicht überall umgesetzt wird. Das wollen wir uns jetzt als rechtliche Vorgabe geben. Dann wollen wir auf die

40 Prozent gehen, und hoffentlich haben wir irgendwann paritätische Besetzung, weil wir genügend Frauen und Männer in unserer Union haben und dann auch die Gesellschaft abbilden. Darum geht es doch letztendlich. Vielen Dank an Friedrich Merz, unseren Parteivorsitzenden, der bereit war, diesen sehr, sehr guten Kompromiss jetzt auf die Tagesordnung zu setzen. Wir müssen das Thema jetzt abräumen, wir brauchen ein Signal nach draußen, dass bei uns in der Union Frauen willkommen sind. Bitte stimmen Sie dem Antrag zu!

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schneider! Als Nächstes hat Julia Klöckner das Wort, und dann bitte ich Bernhard Rotzinger aus Baden-Württemberg, sich bereitzuhalten. Bitte schön, Julia Klöckner!

**Julia Klöckner**: Liebe Freunde! Es wird unruhig, ist mir klar, weil die allermeisten schon wissen, wie sie abstimmen werden. Aber es ist nicht so, dass die Quote ein politisch inhaltliches Ziel ist, dass wir wollen. Die Quote ist ein Instrument, um ein anderes Ziel zu erreichen. Darüber scheinen sich ziemlich wenige Gedanken zu machen, weil sie berauscht sind, wenn Frauen sich selber bezichtigen, sie wollen keine Quotenfrau sein.

(Beifall)

Überlegt doch mal, was hier rausgesendet wird. Wir vergessen völlig, worum es überhaupt geht. Es geht nicht um die Frauen, ob die es leichter haben als die Männer in der CDU. Darum geht es doch überhaupt nicht. Es geht um die CDU, es geht um das Produkt CDU, es geht vor allen Dingen um die Wählerinnen und Wähler. Wir sind nicht aus Selbstzweck eine Partei, wir wollen die Mehrheit in der Bevölkerung haben, die zugegebenermaßen nicht alle bei uns in der CDU sind. Das Argument, wir haben nur 26 Prozent Frauen, deshalb dürfen auch nicht mehr Frauen in Posten kommen oder dass die Quote eine Rolle spielt. Das wäre wunderbar, wenn das aufgehen würde, dass wir auch nur 26 Prozent Frauen in der Gesellschaft haben. Unsere Wählerinnen und Wähler sind anders aufgestellt. Entweder passt uns das oder wir passen denen nicht mehr. Auch das muss man mal im Blick haben.

(Beifall)

Über was reden wir denn hier? Und liebe Freunde, auch das will ich sagen: wir senden doch hier Signale aus. Ist euch was aufgefallen? Bisher hat erst ein Mann geredet.

(Beifall)

Und das größte Johlen ist dann, wenn Frauen gegen Frauen in Stellung gebracht werden. Was ist das denn hier?

(Beifall mit Pfiffen und Rufen)

Was ist das denn hier? Ist das unsere Botschaft von diesem Tag hier? Um es mal sehr deutlich zu sagen, die richtig guten Frauen haben überhaupt kein Bock hier drauf.

(Beifall)

Es geht doch nicht darum, dass wir –. Nee, ja, ich weiß, jetzt gibt's noch ein paar Jungs, die jetzt die Arme verschränken. Ich stehe nicht zur Wahl, deshalb bin ich auch jetzt hier im Amt hier gerade. Aber ich will mal wirklich sagen, dieses Schenkelklopfen, weil man denkt, jetzt hat es endlich mal eine Frau gesagt. Ist euch auch aufgefallen, dass junge Frauen eher gegen die Quote sind? Und das ältere Frauen oder reifere Frauen es anders sehen? Jetzt könnt ihr mich einschätzen, in welchem Altersabschnitt ich bin.

(Beifall)

Ich werde 50 dieses Jahr, ist ja klar.

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Julia!

**Julia Klöckner**: Aber ich will es abschließend sagen, ich selbst bin durch das Quorum in die Politik gekommen. Ich hatte überhaupt kein Interesse an der Politik. Ich war Chefredakteurin, wurde nicht einmal gefragt, wurde nicht zweimal gefragt, ich wurde wegen des Quorums dreimal gefragt. Man hat sich bemüht um mich und wir haben dann auch Erfolge erzielt. Und liebe Jungs, und damit will ich jetzt schließen: Es geht hier nicht um die Frauen, es geht auch um euch. Es gibt auch Männer, die den Wahlkreis nicht direkt gewinnen, und die sind froh, wenn es ein gutes Wahlergebnis gibt, dass sie auch reinrutschen. So viel dazu!

(Anhaltender, lebhafter Beifall mit Rufen)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Julia Klöckner! Als Nächstes spricht jetzt Bernhard Rotzinger, und dann bitte ich Annelene Bornmann, sich bereitzuhalten.

**Bernhard Rotzinger**: Jetzt habe ich natürlich ein Problem, so kämpferisch kann ich das nicht. Aber eingangs will ich gleich sagen, Position, ich bin für die Quote.

(Beifall)

Ich will mich kurz vorstellen. Mein Name ist Bernhard Rotzinger, ich bin 48 Jahre in der CDU, seit drei Jahren Kreisvorsitzender in Freiburg, also ein „Seiteneinsteiger“ in die Politik, und habe in diesen drei Jahren viel gelernt und ich bin auch deshalb für die Frauenquote. Ich möchte Sie mit drei Zahlen konfrontieren: Beim Kreisverband Freiburg hat die Senioren-Union einen Frauenanteil von 47 Prozent, die gesamte CDU einen Frauenanteil von 24 Prozent und die Junge Union einen Frauenanteil von 15 Prozent. Da kann sich jetzt jeder seine Gedanken machen. Ich wundere mich ein bisschen über die Diskussion hier, weil die Kompetenz der Frauen und die Kompetenz unserer Frauen ist glaube ich unstrittig. Das hat sich heute auch gezeigt hier.

(Beifall)

Ich glaube, darüber müssen wir gar nicht diskutieren, sondern es geht darum, dass wir Räume öffnen, dass wir Korridore ermöglichen und dass wir Frauen, die noch nicht entschlossen sind, zum Beispiel Kreisvorsitzende zu werden, dass wir sie ermutigen und fördern und dass wir ihnen eine Perspektive eröffnen. Nach der Erfahrung, die ich in diesen drei Jahren jetzt gemacht habe – ich war vorher Polizeipräsident und habe Frauenförderung in der Polizei betrieben, habe da ein bisschen den Blick drauf, ob Frauen faire Chancen haben in einer Organisation –, aus all diesen Gründen bin ich für diese Frauenquote. Noch ein Hinweis an die Frauen: Lassen Sie sich von dem Kampfbegriff Quotenfrau nicht beeindrucken. Für mich ist das ein Kampfbegriff, um Frauen zu diskreditieren, die besser sind als Ihre Konkurrenz. Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Bernhard Rotzinger. Als Nächstes hat Annelene Bornmann aus Niedersachsen das Wort, und dann bitte ich Brigitte Schäuble, sich bereitzuhalten. Vielen Dank! Annelene Bornmann ist die Nächste.

**Annelene Bornmann**: Schon wieder eine junge Frau hier vorne, und ich habe es satt, als junge Frau betitelt zu werden, die ja eh keine Ahnung hat.

(Lebhafter Beifall)

Ich müsste jetzt noch ein bisschen älter werden, um bei dieser Debatte mitsprechen zu können. Ich bin keine Quotenfrau und ich möchte auch in Zukunft ehrlicherweise nicht von Ihnen dazu gemacht werden.

(Beifall)

Ich bin Bezirksvorsitzende eines JU-Verbandes in Niedersachsen und ich habe mich in Kampfkandidatur gegen einen Mann durchgesetzt.

(Beifall)

Und das nicht, weil ich eine Frau bin, sondern weil ich mutig war, mich dagegen zu stellen, und weil ich an meine eigene Kompetenz und die andern scheinbar auch geglaubt haben. Wir haben in unserem Gemeindeverband der CDU einen paritätischen Vorstand, wir haben in unserem Gemeindeverband eine paritätische Gemeinderatsfraktion. Es kann auch ohne Quote gehen, wenn man das möchte und vor Ort umsetzen kann. Ich möchte, dass Sie heute gegen diese Quote stimmen, um uns nicht mehr weiter als Quotenfrauen zu diskreditieren.

(Beifall mit Rufen)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annelene Bornmann. Als Nächstes spricht jetzt Brigitte Schäuble aus Baden-Württemberg zu uns und dann bitte ich Joy Alemazung, sich bereitzuhalten.

**Brigitte Schäuble:** Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich bin natürlich für die Quote. Frauenpolitisch kommt mir unsere CDU manchmal vor wie ein Patient, der sich vor einem minimal-invasiven Eingriff fürchtet, der ihm eventuell helfen könnte oder ihm eventuell eine größere Operation erspart oder sogar das Leben retten kann. Aber den Kopf in den Sand stecken oder schönreden, das hilft nicht. Das haben wir lange genug gemacht. Aber jetzt, der Patient hat Angst. Vor was? Vor zu viel Frauen! Ich bin Vorsitzende im Kreisverband Rastatt. Wir haben keine Angst vor Frauen. Die Vorgaben dieses Kompromisses light, die erfüllen wir nämlich schon längst. Die Hälfte unseres Vorstands sind Frauen. Das ging natürlich bei uns auch nicht von jetzt auf nachher. Das braucht einiges an Durchhaltevermögen und Überzeugungskraft, um die Frauen zu überzeugen. Aber, Sie kennen den Spruch, die erste Million ist die schwerste. Auch da gilt, Frauen überzeugen andere Frauen, sie ziehen sie nach, denn Frauen orientieren sich an anderen. Sie brauchen Beispiele, sie brauchen Vorbilder. Dann sagen sie nämlich, was sie kann, kann ich auch.

Jetzt mal ehrlich: Das Quorum war doch genauso umstritten. Davor hatten auch einige Angst. Jetzt frage ich war mal ketzerisch in den Saal: Gibt es irgendeinen Mann, dessen politische Karriere in der CDU vom Quorum ausgebremst oder der am Quorum gescheitert ist? Ich bin deshalb sicher, dass auch die Quote unserer Partei keinen Schaden zufügen wird. Und jetzt zum Schluss noch das Argument, was man immer hört, dass die Quote es schlechten, unqualifizierten oder unfähigen Frauen möglicherweise ermögliche, in Parteifunktionen zu kommen, diese Sorge teile ich ausdrücklich nicht. Ich wette, dass keine einzige Frau hier aufgrund der Quote in ein Amt oder Funktion kommen würde, so schlecht, so unqualifiziert und so ideologisch stur und verbohrt sein würde wie der derzeit amtierende Wirtschaftsminister der Grünen, Robert Habeck. Danke schön!

(Beifall)

**Thorsten Frei,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Brigitte Schäuble! Als Nächstes spricht Joy Alemazung zu uns, und dann bitte ich Christine Arlt-Palmer, sich bereitzuhalten.

**Joy Alemazung:** Liebe Delegierte, wir haben ein paar Statistiken gehört. Ich habe mich gefragt, sind wir ehrlich, dass das daran liegt, dass wir nicht leistungsfähige Frauen haben. Ist das wahr, dass wir nicht genug leistungsfähige Frauen haben? Natürlich ist die Antwort nein! Viele von uns haben schon die Erfahrung gemacht, dass Frauen manchmal sich nicht zutrauen. Es gibt einen großen Unterschied zwischen „Ich traue mir das zu“ und „Ich kann das“. Und ich spreche hier für Quoten, weil ich mir sicher bin, dass wir Quoten als ein Ermutigungsinstrument verwenden können, um Frauen, die leistungsfähig sind, da zu haben, wo wir sie haben wollen.

(Beifall)

Ich könnte viele Beispiele nennen, aber aufgrund der Zeit werde ich nur das persönliche Beispiel meiner Kinder geben. Ich habe zwei Söhne und eine Tochter. Der älteste Sohn will immer

nach vorne gehen und was sagen. Und im Gottesdienst, Fürbitte wird er immer nach vorne gerufen. Aber ich habe die Tochter gesehen, weil sie viel liest und gut reden kann, ermutigt. Ich habe gesagt, dein Bruder war schon oft, du musst das machen. Quote. Und nachdem sie das einmal gemacht hat, wollten alle, dass sie das immer wieder macht. Bitte, lassen Sie uns unsere Töchter, unsere Schwestern mit Quote die Möglichkeit bieten, ihre Fähigkeit für unsere Partei einzubringen.

(Beifall)

Ich möchte mit einem banalen Beispiel enden. Ich komme ursprünglich aus Kamerun. Ich bin in der Bundespräsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentages – sorry, meine Zeit ist jetzt vorbei, ich bin gleich am Ende. Ich bin zweimal gewählt worden in dieses Präsidium. Jedes Mal habe ich fast doppelt so viel Stimmen als alle anderen Kandidaten. Ich bin am 17. Oktober als Bürgermeister einer Stadt in Deutschland gewählt worden gegen sieben Kandidaten, im ersten Wahlgang mit 66,2 Prozent.

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Herr Alemazung!

**Joy Alemazung:** Letzter Satz: Wenn wir heute sagen, wir wollen etwas für Menschen mit Migrationshintergrund, für schwarze Menschen tun, gegen Antirassismus usw., ich darf nicht sagen, ich habe es schon geschafft, die sollen es nach Leistung schaffen. Das wäre falsch. Danke schön!

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Alemazung. Als Nächstes tritt auf die Bühne Christine Arlt-Palmer, und dann bitte ich als Nächstes Silvia Gränzdröffer-Bucher, sich bereitzuhalten. Christine Arlt-Palmer hat das Wort.

**Christine Arlt-Palmer:** Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Die Frage, die wir jetzt diskutieren, ist wahrlich nicht kriegsentscheidend. Aber dennoch ist es eine sehr wichtige Frage für die CDU und für die Zukunftsfähigkeit der CDU. Ich möchte eigentlich – es sind viele gute Argumente erzählt worden – nur kurz ein paar Zahlen nennen. Lassen Sie mal die Zahlen auf sich ein bisschen wirken. Wir haben als CDU weibliche Mandatsträgerinnen in einer Größenordnung von 20 Prozent. Wir haben kommunale Fraktionsvorsitzende weiblich im Schnitt um die 15 Prozent bzw. darunter. Wir haben in drei CDU-Landesverbänden überhaupt nur Oberbürgermeisterinnen. Bürgermeisterinnen stellen wir als CDU mit einem Anteil von unter zehn Prozent. Landrätinnen gibt es in neun Landesverbänden der CDU überhaupt nicht. Europa-Abgeordnete haben wir als CDU in zehn Landesverbänden keine einzige Frau. Ganz ehrlich, dieses Ergebnis ist peinlich, ist blamabel, ist für eine Volkspartei unzumutbar.

(Beifall)

Die Gretchenfrage ist doch: Sind wir mit solchen Ergebnissen zufrieden, stellt uns das zufrieden, haben wir ein Problem damit oder haben wir kein Problem damit? Als CDU, wenn wir den Anspruch, Volkspartei bleiben zu wollen, weiterhin aufrechterhalten, dann kann uns das nicht zufriedenstellen. Und ganz ehrlich, jetzt tun wir so, als ob hier heute die große Revolution anstünde. Das ist sie doch mitnichten. Die CDU ist von oben bis unten eine durchquotierte Partei, nach Gebieten in jedem Landesverband werden die Bezirke quotiert, werden die Kreisverbände quotiert, wird alles quotiert.

(Beifall)

Also jetzt zu sagen, wir kennen die Quote nicht, die ist wohl sehr erfolgreich. Übrigens, weil vorher paarmal genannt wurde, die Quote würde nicht weiterführen. Entschuldigung, die Ergebnisse sind doch da. Die Grünen und die SPD haben hervorragende Ergebnisse mittlerweile mit der Quote. Also wirkt sie doch, was den Anteil der Frauen angeht. Also, ich würde schon sagen, hier sollte man einen Schritt nach vorne gehen.

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Christine!

**Christine Arlt-Palmer**: Also, ich bin für die Quote, ich fordere Sie auf, lassen Sie die Parteiführung heute nicht im Regen stehen, stimmen Sie für die Quote und alles wird gut.

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christine Arlt-Palmer. Als Nächstes spricht jetzt Silvia Gränddörffer-Bucher und dann anschließend Michael Müller. Bitte schön!

**Silvia Gränddörffer-Bucher**: Mein Name ist Silvia Gränddörffer-Bucher, ich komme aus dem Rheinland und bin mit 21 Jahren in die CDU eingetreten und verfolge diese Diskussion gut 40 Jahre. Jetzt könnte Sie das ausrechnen, wie alt ich bin, aber egal. Der Fakt ist, es ist für mich heute wie ein Déjà-vu. Ich kenne die Diskussion noch ums Quorum mit Helmut Kohl. Letztlich waren es die gleichen Argumente, die gleichen Frauen, die für und gegen eine Quote gestimmt haben. Was haben wir erwirkt? Wir haben sich die Zahlen verbessert? Wir haben es gerade gehört. Wir stagnieren seit 40 Jahren auf den gleichen Zahlen. Das kann wohl nicht unser Ziel sein, so weiterzumachen. Das wurde auch gerade gesagt. Wir haben keine Zunahme und ich frage mich, waren all diese Frauen, so wie es hier angedeutet wurde, nicht qualifiziert, nicht leidenschaftlich genug oder Ähnliches. Das kann auch nicht stimmen. Also müssen wir uns doch fragen, ob wir nicht tatsächlich ein strukturelles Problem haben, was wir irgendwie lösen müssen, und sei es mit einem Hilfsmittel. Ich glaube, dass der Titel Quotenfrau zwar negativ besetzt ist, aber dass das völliger Quatsch ist, dass wir einfach dieses Hilfsmittel brauchen, damit wir die Zahlen ein bisschen steigern können. Im Übrigen ist mir von all denen, die gegen eine Quote sind, noch nicht ein gescheites Argument genannt worden, wie wir das dann anders lösen wollen.

(Beifall)

Seit 70 Jahren haben wir mehr oder weniger die gleiche Zahl, seit 70 Jahren haben wir keine Quote in der CDU. Warum können wir nicht mal sieben Jahre lang es mit einer Quote versuchen und mal gucken, was dabei rauskommt. In diesem Sinne, danke!

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Grändzörffer-Bucher. Ich möchte Sie gerne darauf hinweisen, wir haben jetzt die vier letzten Wortmeldungen. Wenn jemand glaubt, dass die Argumente schon ausgetauscht wären, nehmen wir natürlich auch den Rückzug von Wortmeldungen zur Kenntnis. Das wollte ich einfach nur sagen.

(Beifall)

Ansonsten sind wir auf der Zielgeraden. Jetzt spricht Michael Müller und dann hatte sich als Nächstes Sarah Schweizer gemeldet. Bitte schön, Herr Müller!

**Michael Müller**: Liebe Parteifreunde! Ich bin 45 Jahre Mitglied der CDU. In den 45 Jahren, in denen ich Mitglied der CDU bin, hat sich nichts verändert in der Frage, wie gewinnen wir mehr Frauen als Mitglieder. 45 Jahre hat sich nichts verändert. Was ist denn der Vorschlag des Bundesvorstands? Der Vorschlag ist ein Experiment dahingehend, dass wir jetzt gezwungen werden, uns um die zu kümmern, die noch gar nicht Mitglied bei uns sind. Es geht nicht um die Mitglieder, die wir haben, es geht um die, die wir nicht haben. Meine Wählerinnen und Wähler sind 51 Prozent der Bevölkerung, 51 Prozent sollen mich wählen. Aber nur 24 Prozent sind bei uns engagiert. Wenn mich auf einem Grillfest am Dorf eine 90-jährige Frau fragt, wie löst ihr euer Problem mit den Frauen, dann muss ich sagen, ist der Vorschlag des Bundesvorstands eine gute Alternative. Vielen Dank!

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Jetzt kommt Sarah Schweizer und danach bitte ich Hannah Martha Wadephul, sich bereitzuhalten. Bitte schön!

**Sarah Schweizer**: Liebe Freundinnen und Freunde! Als Mitgliederbeauftragte von der CDU Baden-Württemberg und als leidenschaftliche Jägerin bin ich es gewohnt, oft die einzige Frau unter Männern zu sein. Ich hab' da auch gar nichts dagegen, ich fühle mich da sogar sauwohl. Aber das kann doch nicht unser Anspruch sein als Volkspartei, mit einem Frauenanteil in Baden-Württemberg von unter 25 Prozent, weniger als einem Viertel. Einfach zu wenig Frauen, die sich vor Ort engagieren, ist das aus meiner Sicht viel zu wenig und das ist viel auch die Realität in Baden-Württemberg. Jeder von ihnen weiß, wie schwierig es ist, Mitglieder zu gewinnen, Mitglieder zu aktivieren für die Mandatsarbeit, für die Parteiarbeit vor Ort.

Wenn wir unsere Einstellung als Partei nicht ändern, nicht rauskommen aus den ewig gleichen Mechanismen, wird die negative Mitgliederentwicklung – und ich betone es auch als Mitgliederbeauftragte, wir haben eine negative Mitgliederentwicklung – wird diese weitergehen.

Frauen sind für mich der Schlüssel mit ihren anderen Herangehensweisen und einfach mal was Neues ausprobieren. Es ist aber auch klar, mit der Frauenregelung allein wird es nicht getan sein. Wir müssen mehr Frauen als Mitglieder gewinnen. Das wäre der Anlass mit dieser Frauenregelung und der Grund, dass wir unsere Abläufe insgesamt familienfreundlicher aufstellen, mit digitalen Teilnahmemöglichkeiten, mit festen Sitzungsenden, der Möglichkeit einer Familienpause und der Möglichkeit der Kinderbetreuung. Das sind alles Familienthemen. Das muss doch unser Anspruch sein, als familienfreundlichste Partei im deutschen Parteiensystem wahrgenommen zu werden. Jeder, der jetzt lautstark die Sorge äußert, dass durch eine Quote künftig keine Leistung mehr zählt, sollte mal ehrlich in sich gehen, ob denn bisher alle Ämter und Mandate immer nach dem Leistungsprinzip nominiert worden oder ob nicht auch oft jahrelange Verbundenheit oder eine besondere Geselligkeit der Grund war.

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Liebe Sarah Schweizer!

**Sarah Schweizer**: Mit der vorgeschlagenen und befristeten Regelung haben wir die Chance, etwas aufzubrechen. Ich bin für die vorgeschlagene Regelung. Ich möchte Ihnen empfehlen, mit unserem Bundesvorsitzenden Friedrich Merz das anzunehmen, aufgrund „Wegen morgen“. Vielen Dank!

(Beifall)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sarah Schweizer. Wir haben jetzt zwei Wortmeldungen, zunächst von Hannah Martha Wadephul und dann von Daniel Günther, jeweils aus dem echten Norden. Bitte schön, Frau Wadephul!

**Hannah Martha Wadephul**: Vielen Dank! Wie Sie sehen, steht eine junge Frau vor Ihnen. Ich bin unter 30, aber Sie werden überrascht sein, ich bin für die Quote.

(Beifall mit Rufen)

Es wurde auf Parteitagern schon vor meiner Geburt darüber gesprochen, wie man Frauen fördern kann, wie wir mehr Frauen in Ämter bekommen können. Auch ich bin enthusiastisch gestartet und habe viel versucht zu erreichen als Frau. Man merkt manchmal, man stößt an seine Grenzen. Ich möchte, dass wir hier als Frauen auch solidarisch sind, das anerkennen und nicht sagen, ich bin eine von diesen 1.001 Delegierten und damit reicht es. Sondern wir wollen, dass an der Basis und bis oben hin Frauen vertreten sind, junge Frauen, ältere Frauen, einfach Frauen. Deshalb werbe ich dafür, dass wir diese Freiwilligkeit, die offensichtlich nicht geglückt ist, beenden und für diesen Kompromiss gestimmt wird, der wirklich ein guter Kompromiss ist, der mit allen Gruppen geschlossen wurde. Danke schön!

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Wadephul. Jetzt hat als Nächster Daniel Günther das Wort.

**Daniel Günther:** Liebe Delegierte, dafür, dass ab und zu mal gesagt wurde, die Quote interessiert niemanden, finde ich, ist es erstaunlich voll im Saal und erstaunlich viel Interesse auch an dieser Debatte. Das zeigt, wir haben ein Gespür für Themen. Wenn ich höre, dass die Quote –

(Zwischenrufe)

– nichts bringt an der Stelle, dann will ich sehr deutlich sagen, und auch Leute sagen, die Quote ist untauglich, kann ich nur sagen, es gibt viele Parteien, die damit gute Erfahrungen gemacht haben. Was wir als CDU leider unter Beweis gestellt haben in den letzten Jahrzehnten, ist, dass wir ohne Quote unsere Ziele nicht erreicht haben, liebe Parteifreunde.

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

Ich erinnere mich selbst noch daran, 1996 habe ich die Argumente, die hier alle gebracht wurden, auch vertreten. Ich habe immer gesagt, Leistung setzt sich durch. Ich war auch einer von denen, die wir immer gesehen haben, die alle geklatscht haben, die Männer, wenn eine junge Frau gegen die Quote gewesen ist. Ich kann nur sagen, all die jungen Frauen, die ich erlebt habe, waren entweder zehn Jahre für die Quote oder sie waren nicht mehr bei uns in der CDU, weil sie gemerkt haben, als dass sie an unseren Strukturen gescheitert sind, liebe Freunde!

(Beifall)

Deshalb müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen – das mag manchem bitter aufstoßen –, aber Frauen sind anders als Männer. Frauen muss man öfter ansprechen, um sie für eine Position zu begeistern, weil sie sich immer die Fragen stellen, kann ich das, kann ich das vereinbaren. Das habe ich bei einem Mann noch nie erlebt. Die hinterfragen sich nie, sondern fühlen sich für alles bereit. Das ist ein Unterschied, liebe Parteifreunde.

(Lebhafter Beifall)

Deswegen, wir machen in Schleswig-Holstein die Quote bei uns, hälftiger Landesvorstand, hälftige Beteiligung auf den Listen, in den Kabinetten. Und wenn hier Leute sagen, dass ist leistungsfeindlich, dann ist das eine Beleidigung für die Frauen der CDU in Schleswig-Holstein, die einen saumäßig geilen Job in ihren Funktionen machen.

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

Deswegen müssen wir in die Moderne gehen. Das wäre ein Armutszeugnis, wenn wir uns es uns nicht zutrauen, die Führungspositionen in der CDU hälftig mit Frauen zu besetzen. Wir haben so viele tolle Frauen in der CDU, wir kriegen die auch dazu, wenn Sie hier ein Zeichen vom Parteitag setzen, die nächsten fünf Jahre eine Quote. Dann sind wir hälftig beteiligt und haben eine Zukunft als Volkspartei. Danke, ich bin dafür, dass der Vorschlag von Friedrich Merz unterstützt wird, liebe Parteifreunde.

(Anhaltender, lebhafter Beifall mit Rufen)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Zum Abschluss der Debatte hat unser Partei- und Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz das Wort. Bitte schön, Friedrich Merz!

**Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde, das ist die Leidenschaft, die ich mir für diese Partei immer gewünscht habe.

(Lebhafter Beifall)

Herzlichen Dank für diese Debatte, herzlichen Dank für alle diejenigen, die sich hier mit guten Argumenten für und gegen diesen Vorschlag ausgesprochen haben. Herzlichen Dank insbesondere an die Frauen, nicht nur an die jungen, die sich hier mit so viel Leidenschaft ausgesprochen haben und dagegengesprochen haben. Und ich will Ihnen sagen, warum ich jetzt noch mal dafür spreche. Schauen wir doch bitte mal genau hin, was wir hier beschließen. Wir sollen bei den Delegierten den Anteil der Frauen erhöhen. Wir sollen bei den Listen die Anteile der Frauen erhöhen. Und nur, wo das Quorum bisher galt, wird eine Quote eingeführt für den Fall, dass genug Frauen kandidieren. Wenn nicht genug Frauen da sind, wird die Quote die Quote sein, die dem Anteil der anwesenden Kandidatinnen entspricht. Den leeren Stuhl gibt es nur dann, wenn Frauen da sind, die nicht gewählt worden sind.

Brigitte Schäuble hat hier eben gesagt, das sei minimal-invasiv. Liebe Freundinnen und Freunde, trauen wir uns einen so kleinen Sprung nach vorn heute schon nicht mehr zu? Eine so minimale Veränderung in unserer Satzung? Ist das wirklich wahr, dass das nicht möglich ist?

(Beifall)

Und ja, wir lösen damit das Problem nicht, natürlich nicht. Wir haben einen viel größeren Berg vor uns noch an Arbeit. Aber es geht jetzt um ein Signal nach draußen, dass wir dieses Thema ernst nehmen. Über 50 Prozent der Wählerinnen, der Wähler sind in Deutschland Frauen. Wir haben keine einzige Landtagsfraktion, keine einzige Bundestagsfraktion, die diesem Anteil der Bevölkerung entspricht. Ist das unser Ernst, dass wir dieses Problem praktisch ausblenden und sagen, wir müssen hier nicht über eine Lösung reden? Liebe Freundinnen und Freunde, wir müssen noch sehr viel mehr tun als das, was wir hier heute beschließen wollen. Aber diesen kleinen Schritt zu tun, diesen kleinen Schritt zu tun, den Mut sollten wir doch wohl haben.

(Beifall)

Und dann mache ich Ihnen das Angebot, dann mache ich Ihnen das Angebot, das wir in fünf Jahren wieder darüber sprechen. Wenn alle die Prophezeiungen eingetreten sind, die wir hier von den Gegnern heute gehört haben, dann fällt sie wieder unter den Tisch. Dann ist das Thema erledigt. Aber den kleinen Schritt, den gehen wir doch bitte heute gemeinsam und stimmen für den Vorschlag der Antragskommission. Herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedrich Merz! Ich möchte mich gerne den Worten anschließen. Das war wirklich eine blitzsaubere Debatte, die wir hier geführt haben. Wir haben uns Zeit genommen dafür, die Reihen waren gefüllt. Es war eine offene, eine ehrliche, eine respektvolle Debatte und Diskussion, so wie wir es in der Union kennen. Deswegen auch von unserer Seite hier im Tagungspräsidium ein ganz herzliches Dankeschön für diese Disziplin und dieses Mittun.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung, meine Damen und Herren. Ich möchte darauf hinweisen, dass für Änderungen des Statuts eine absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Parteitags erforderlich ist. Das sind 501 Delegierte. Wir werden diese Wahl mit dem Tablet durchführen. Ich lasse jetzt, wie wir es eben beschlossen hatten, im Block über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen B32 bis B75 mit Ausnahme der bereits abgelehnten Anträge des Kreisverbandes Vechta abstimmen.

Sie müssten jetzt, wenn Sie ihr Tablet bereit haben, die Wahlmöglichkeit haben. Wenn Sie den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchten, dann müssen Sie mit Ja stimmen, ansonsten mit Nein oder mit Enthaltung. Damit ist der Wahlgang eröffnet.

(Kurze Pause)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: Ich möchte mal noch nachfragen, ob das bei jedem von Ihnen geklappt hat auf dem iPad. Gibt es irgendwo noch ein Problem? Hier hinten gibt es ein Problem. – Da kommt schon jemand zur Hilfe. Dann hier im Bereich Baden-Württemberg scheint es auch noch –, aber da kommt auch jemand. Hervorragend! – Konnte jetzt jeder abstimmen? – Das scheint der Fall zu sein. Ist das richtig? Es gibt keinen Widerspruch. Dann schließe ich jetzt die Abstimmung und wir werden das Ergebnis auswerten.

(Abstimmungssignal)

**Thorsten Frei**, Tagungspräsidium: So, Sie sehen das Ergebnis, es liegt vor. Erforderliche Stimmen 501, Ja 559, Nein 409, Enthaltungen 11. Damit sind die Beschlussempfehlungen der Antragskommission angenommen. Herzlichen Dank für Ihr Mittun!

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Hendrik Hoppenstedt**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie jetzt wirklich herzlich bitten, im Saal zu bleiben. Das liegt daran, dass wir jetzt noch weitere Satzungsänderungen beschließen möchten. Dazu brauchen wir große Mehrheiten. Ich glaube auch, dass es wirklich weiter spannend hier fortgefahren werden kann. Im Übrigen gibt es draußen auch noch kein Bier. Es gibt also keinen Grund, den Saal jetzt zu verlassen.

Ich rufe die Anträge des Bundesvorstandes B77, B78, B79, B80, B81 und B82 auf den Seiten 74 und 75 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Die Anträge des Bundesvorstandes betreffen

Konkretisierungswünsche aus den Kreis- und Landesverbänden zu verschiedenen Regelungen über Kreisverbände. Wortmeldungen liegen mir zurzeit nicht vor. Gibt es im Saal Wünsche auf Wortmeldungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Karten- oder Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe? – Eine Gegenstimme, weitere Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit einer sehr großen Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B83 und die dazugehörenden Anträge B84, B85, B86 und B87 auf den Seiten 75 und 77 auf. Die Anträge betreffen die Einführung eines Digitalbeauftragten. Wortmeldungen liegen mir auch hierzu nicht vor. Ich frage trotzdem sicherheits halber im Saal. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich bitte auch hier um das Karten- oder Handzeichen, wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte. – Danke schön! Gegenprobe? – Wieder zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag entsprechend angenommen worden.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B88 und die dazugehörenden Anträge B89, B90, B91, B92 auf den Seiten 77 und 78 auf. Mit dem Antrag des Bundesvorstandes soll das neue Parteiamt des Jugendstellvertreters geschaffen werden. Dazu liegt uns eine Wortmeldung von Florian Hummel aus dem Landesverband Baden-Württemberg vor. Den bitte ich dafür an das Mikrofon Nummer 4 zu gehen. Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Hummel!

**Florian Hummel:** Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, liebe Delegierte, ich möchte nach dieser ausführlichen Debatte zur Quote jetzt keine Argumente dazu wiederholen, aber ich möchte mal dem Publikum hier vor Augen führen, wie absurd es denn ist, wenn wir darüber diskutieren, dass ein 40-Jähriger ein Jugendstellvertreter ist. Deshalb bitte ich darum, diesen Antrag abzulehnen. Vielen Dank!

(Beifall)

**Dr. Hendrik Hoppenstedt,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hummel! Für die Antragskommission spricht jetzt Philipp Amthor hier auf der Bühne. Philipp!

**Philipp Amthor,** Antragskommission: Liebe Freunde, ich glaube, es gibt – und das haben wir in der Debatte jetzt sehr eindrucksvoll gesehen – gute Argumente, die man auch gegen Quoten vortragen kann. Gleichzeitig ist es aber so, dass wir in diesem langen und zähen Prozess der Struktur- und Satzungscommission über drei Jahre immer wieder hin- und her gebogen haben und ein Gesamtpaket geschnürt haben. Ich glaube, einen guten Kompromiss zeichnet es aus, dass man ihn nicht in einzelnen Teilen wieder aufschnürt. Deswegen haben wir auch lange mit uns gerungen, ob wir jetzt sagen, trotz aller Widerstände, wir wollen jetzt die einzelnen Punkte noch zur Diskussion stellen. Ich glaube, das Gute ist, dass wir in der Partei unter Beteiligung der

Generalsekretäre der Landesverbände verschiedener Experten einen Gesamtkompromiss ausgehandelt haben und heute auch das Zeichen von Geschlossenheit zeigen und zu diesem Gesamtkompromiss stehen. Deswegen werbe ich dafür, dass wir im Sinne dieses Kompromisses dem Votum der Antragskommission folgen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Dr. Hendrik Hoppenstedt**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Gibt es weitere Wortmeldungen? Das kann ich nicht erkennen. Dann kommen wir auch jetzt hier zur Abstimmung. Ich bitte um das Karten- oder Handzeichen, wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte. Danke schön! Gegenstimmen? – Das werden jetzt ein paar mehr, aber es ist erkennbar –. Ich glaube, sicher ist sicher, wir nehmen unser Tablet.

(Kurze Pause)

Dann eröffne ich hiermit den elektronischen Wahlvorgang.

(Kurze Pause)

Hat jeder abgegeben? Dann würde ich jetzt nämlich den Wahlgang schließen. Der Wahlgang ist geschlossen. – Wir warten jetzt auf das Ergebnis.

(Abstimmungssignal)

Wir haben erforderliche Stimmen 501, erreicht wurden aber nur 344. Damit ist die Satzungsänderung abgelehnt. Damit sind auch alle damit in Zusammenhang stehenden Anträge erledigt, weil diese Anträge das gleiche Ziel verfolgt haben wie diejenigen, die jetzt mit Nein gestimmt haben.

Dann rufe ich die Anträge des Bundesvorstandes B93 und B96 sowie die dazugehörenden Anträge B94 und B95 auf den Seiten 78 und 79 auf. Hier geht es um Präzisierungen von Vorschriften zur Kandidatenaufstellung. Wortmeldungen liegen mir dazu hierbei nicht vor. Da winkt aber jemand irgendwo. Da hinten, Mikro 2. Wenn Sie kurz sagen würden, wer Sie sind, dann haben Sie das Wort.

**Philipp Albrecht**: Hallo zusammen, Philipp Albrecht aus dem Kreisverband Oldenburg-Land. Ich finde es nach der wirklich tollen Debatte, die wir vorhin geführt haben, mehr als erbärmlich, dass es uns nicht gelingt, jetzt bei den weiteren Abstimmungen die notwendigen Zahlen der Teilnehmer hier zu haben.

(Beifall)

Wir haben jetzt bei der letzten Abstimmung gerade knapp 700 von 1.000 Delegierten anwesend gehabt oder zumindest, dass die Stimme abgegeben wurde. Wenn wir so weitermachen und nachher elektronisch abstimmen, kriegen wir die ganzen Satzungsänderungen nicht durch.

Ich beantrage hiermit die Unterbrechung der Tagung, um die verbleibenden Delegierten hier wieder reinzuholen. Denn wer als Delegierter gewählt ist, der hat hier gefälligst auch am Freitagabend bis zum Schluss dazubleiben.

(Beifall)

**Dr. Hendrik Hoppenstedt**, Tagungspräsidium: Ich mache mal folgenden Vorschlag: Der Geschäftsführer kümmert sich jetzt darum, dass diejenigen, die jetzt schon in dem Bereich vor diesem Plenarsaal sind, jetzt wieder reinkommen. Es ist aber nicht so, dass wir hier jetzt sozusagen nahezu alleine miteinander säßen. Insoweit würde ich vorschlagen, wenn das Ihr Einverständnis trifft, dass wir jetzt weitermachen und gleichzeitig und parallel, auch weil der Niedersachsen-Abend jetzt langsam auch immer näherkommt – und darauf freuen wir uns –, damit wir hier im Abstimmungsprozedere weiterkommen. Sind Sie damit einverstanden?

(Vereinzelt Beifall)

Einverstanden? Auch der Antragsteller ist einverstanden. Dann würde ich sagen, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Auch hier bitte ich jetzt um das Kartenzeichen, wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte. – Das ist eine große Mehrheit. Wer ist dagegen? – Das ist eine Minderheit. Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag so angenommen.

Ich rufe jetzt auf die Anträge des Bundesvorstandes B97 und B98 auf den Seiten 79 und 80. Hauptthema ist hier die digitale Fortentwicklung der Delegiertenmeldungen. Wortmeldungen liegen mir hierzu derzeit nicht vor. Ich frage sicherheitshalber trotzdem in den Saal, gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir auch hier zur Abstimmung kommen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission so zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen oder das Kartenzeichen. – Danke schön! Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

Wir würden jetzt zum Antrag des Bundesvorstandes B99 kommen. Über diesen Antrag haben wir aber bereits bei TOP 11 abgestimmt. Zum Antrag B99 gehören jedoch weiter die B100 und B101. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der beiden Anträge, was sich im Wesentlichen aus unserer vorhergehenden Beschlussfassung zu den Anträgen B83 bis B87 und einer damit statuarisch auf die Kreisverbandsebene begrenzten Festschreibung des Digitalbeauftragten ergibt. Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor. Ich frage trotzdem sicherheitshalber in den Saal, ob es Wortmeldungen dazu gibt. – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann bitte ich jetzt auch hier um das Stimmkartenzeichen, wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte. – Danke schön! Gegenprobe? – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen. Dann ist auch dieser Antrag so abgelehnt worden, weil die Antragskommission die Ablehnung empfohlen hat.

Der Antrag des Bundesvorstandes B102 gehört systematisch zu den Anträgen zu den Sonderorganisationen und wird deshalb vor dem Antrag B113 aufgerufen. Der Antrag des Bundesvor-

standes B103 und der dazugehörige Antrag B104, die Sie auf den Seiten 81 und 82 finden, betreffen die Zusammensetzung des Bundesausschusses. Eine der Änderungen bezieht sich auf die bislang ausdrückliche Benennung des Vorsitzenden des EAK als Mitglied des Bundesausschusses. Diese ist zukünftig entbehrlich und zur Streichung empfohlen, weil der EAK Vereinigung werden soll und ein Vertreter des EAK dann ohnehin schon Mitglied im Bundesausschuss wird. Es erklärt sich von selbst, dass wir diese Folgeänderungen aber erst beschließen können, wenn wir zuvor die Anerkennung des EAK als Vereinigung als solche beschlossen haben. Entsprechendes gilt auch für den Antrag B106, der die beratende Teilnahme der Vorsitzenden der Vereinigung an den Sitzungen des Bundesvorstandes betrifft.

Wir kämen dann zum Antrag B105 des Bundesvorstandes. Diesen Antrag haben auch bereits unter TOP 11 bei der Schaffung der satzungsrechtlichen Grundlagen zur Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin abgestimmt. Gleiches gilt für den Antrag B108 zur Zuständigkeit der stellvertretenden Generalsekretärin.

Damit kommen wir zum Antrag des Bundesvorstandes B107. Hier geht es nur um eine redaktionelle Ergänzung. Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor. Ich frage sicherheitshalber in den Saal. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt der Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Karten- oder Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann sind die Empfehlungen der Antragskommission so beschlossen.

Dann rufe ich jetzt den Antrag des Bundesvorstandes B109 und den dazugehörigen Änderungsantrag B111 und den Antrag des Bundesvorstandes B112 auf den Seiten 84 und 85 auf. Der Antrag B110 ist zurückgezogen worden. Der Bundesvorstand beantragt die Anerkennung des EAK als Vereinigung. Wortmeldungen liegen mir dazu derzeit nicht vor. Ich gucke in den Saal. Möchte jemand dazu sprechen? – Dann haben wir jetzt eine Wortmeldung zu Antrag B111, Frau Claudia Heber vom Landesverband Thüringen. Frau Heber, ich bitte Sie auf die Bühne dazu zu kommen und zu uns zu sprechen.

**Claudia Heber:** Ich bin schon da, damit es schnell geht. Liebe Freunde! Mein Name ist Claudia Heber, ich bin Landesmitgliedbeauftragte der CDU Thüringen. Ich bin dort im Präsidium und aus dem Kreisverband, der zwei Anträge gestellt hat, und zwar den Antrag B111, um den es jetzt geht, und den Antrag D83, der mit diesem Antrag zusammenhängt und den wir morgen beraten werden. Es geht um den Katholischen Arbeitskreis. An sich keine komplizierte Angelegenheit. Nun hat Ihnen aber die Antragskommission beide Anträge zur Überweisung an den Bundesvorstand anempfohlen oder, wie wir sagen würden, ihn etwas versenkt.

Ich will mal die Struktur- und Satzungscommission zitieren: Vereinigungen vertreten jeweils eine sehr große Gruppe gleichgerichteter Interessen in der CDU – das erfüllen wir. Sie wirken in gesellschaftliche Gruppen hinein – das machen wir, aber sowas von. Und Sie machen die CDU insge-

samt stark – auch das gilt hier auf jeden Fall. Unsere Struktur ist einzigartig in der deutschen Parteienlandschaft, und wir werden darum zu Recht beneidet. Erneuerung heißt eben auch nicht nur, die Beschlüsse zu fassen, den EAK aufzuwerten und die LSU zuzulassen, sondern auch, dass wir uns den unterschiedlichsten Realitäten in Ost und West und auch bei der Zusammensetzung in der CDU hinsichtlich der christlichen Konfessionen nicht verschließen dürfen.

Bevor jemand dann von der Antragskommission kommt, möchte ich auch nochmal ganz deutlich sagen: Ich glaube tatsächlich nicht, dass Konrad Adenauer 1952 erst mal Landesverbände und Protestanten gezählt hat, bevor er den Evangelischen Arbeitskreis aus der Taufe gehoben hat. Es geht heute wie damals schlicht um das gleichberechtigte Miteinander der Konfessionen. Ob wir flächendeckend den KA gründen oder Mut zur Lücke haben wie andere Vereinigungen auch, ist dabei völlig nebensächlich.

**Dr. Hendrik Hoppenstedt**, Tagungspräsidium: Frau Heber, darf ich ganz kurz unterbrechen und Sie bitten, wenn es geht, kurz sich zu fassen. Danke!

**Claudia Heber**: Es geht um die Möglichkeit, katholischen Mitgliedern zu sagen, wir haben da einen Arbeitskreis, gründet ihn doch einfach, ihr müsst nicht von Pontius zu Pilatus pilgern und euch permanent rechtfertigen. Das wäre doch toll. Als Antragsteller oder für die Antragsteller kann ich sagen, wir sind zwar nicht glücklich über diesen Überweisungsantrag, aber, wir würden dem so folgen und wären auch damit einverstanden. Aber – und deshalb rede ich heute – ich bitte Sie trotzdem, und liebe Antragskommission, den Antrag D83, den wir morgen beraten, wo es darum geht, nur darum geht, die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, das Bekenntnis dazu, dass wir das machen wollen, dem dann morgen zuzustimmen. Vielleicht überlegt sich das heute Abend die Antragskommission noch mal anders.

Ansonsten vielen Dank, ich wünsche uns allen einen schönen Abend. Wir haben draußen einen Stand, wer sich noch ein bisschen informieren möchte. Euch allen eine gute Zeit!

**Dr. Hendrik Hoppenstedt**, Tagungspräsidium: Vielen Dank Frau Heber! Und jetzt erwidert kurz für die Antragskommission Mechthild Heil.

**Mechthild Heil**, Antragskommission: Vielen Dank, dass Sie es angeboten haben, dass wir Ihren Antrag überweisen in den Bundesvorstand, dass Sie damit einverstanden sind. Weil in der Sache, glaube ich, hat die Antragskommission, aber auch der Bundesvorstand viel Verständnis für Ihren Antrag. Ich selber, katholisch, kann ihn nicht verstehen. Aber Sie haben selbst in Ihrem Antrag geschrieben, dass Sie die Mindestvoraussetzungen nicht erfüllt haben, dass Sie eine Sonderorganisation wären. Sie haben nur in drei Landesverbänden den Organisationsgrad erhalten. Wir sind immer noch – neueste Zahlen – 46 Prozent Katholiken und nur 29 Prozent Evangelische. Wir nehmen Ihren Antrag mit. Wir wägen ihn im Herzen und wir gucken mal, was dabei herauskommt. Danke, dass Sie ihn vertagen.

**Dr. Hendrik Hoppenstedt**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Mechthild Heil! Ich frage, gibt es weitere Wortmeldungen. Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch hier jetzt zu der Abstimmung. Ich bitte um das Stimmkartenzeichen, wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte. – Danke schön! Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der Antrag angenommen.

Nachdem der EAK nunmehr Vereinigung der CDU ist, kommen wir zu den angekündigten Folgeänderungen. Das betrifft die Änderungen des Bundesvorstandes B103 und B106. Zum Antrag des Bundesvorstandes B103 auf den Seiten 82 und 83 gehört der Änderungsantrag B104 auf der Seite 82, der sich allerdings nicht auf den EAK, sondern auf einen anderen Aspekt der zugrunde liegenden Regelung, nämlich die Wahl der Delegierten zum Bundesausschuss, bezieht. Hierzu hat die Antragskommission Annahme in geänderter Fassung empfohlen. Wortmeldungen liegen mir dazu hier nicht vor. Ich schaue trotzdem in den Saal, ob das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen B103 und B104 zustimmt, den bitte ich um das Karten- und Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann ist es glaube ich sogar einstimmig so angenommen.

Ich rufe den zuvor schon erwähnten Antrag des Bundesvorstandes B106 auf der Seite 83 auf. Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor. Ich frage sicherheitshalber noch mal in den Saal, ob es Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht ersichtlich. Dann können wir auch hier zur Abstimmung kommen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Karten- oder Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann haben wir auch diese Empfehlungen der Antragskommission so beschlossen.

Wie angekündigt, rufe ich jetzt den Antrag des Bundesvorstandes B102 auf der Seite 81 auf. Danach ist der Bundesparteitag für die Anerkennung des Statuts von Sonderorganisationen zuständig. Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor. Ich frage sicherheitshalber noch einmal in den Saal, ob es Wortmeldungen gibt. Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch hier jetzt zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Stimmkartenzeichen. – Danke schön! Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann sind auch diese Empfehlungen der Antragskommission so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B113 auf den dazugehörigen Antrag B114 auf der Seite 85 auf. Danach soll die CDU zwei Sonderorganisationen haben, den RCDS und die LSU. Wortmeldungen liegen mir – muss ich schauen – hierzu auch nicht vor. Ich frage sicherheitshalber noch mal in den Saal. Wünscht jemand das Wort? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt auch hier zu den Abstimmungen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Karten- oder Handzeichen. – Danke schön!

Gegenprobe? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Dahinten angeblich eine Enthaltung, ich habe nichts gesehen, ganz hinten eine Enthaltung. Mit überwältigender Mehrheit sind die Empfehlungen der Antragskommission angenommen.

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

Herzlichen Glückwunsch, RCDS und LSU!

Dann kommen wir zum Antrag des Bundesvorstandes B115 und dem dazugehörigen Antrag B116 auf den Seiten 85 und 86 über die Aufgaben der Sonderorganisationen auf. Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor. Ich frage sicherheitshalber in den Saal, ob es dazu Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Karten- und Handzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen. Das ist mit überwältigender Mehrheit angenommen worden.

Damit komme ich dann schon zu den Anträgen des Bundesvorstandes B117, B118, B119 und B120 auf den Seiten 86 bis 88 zu verschiedenen Themen, wie zum Beispiel die Herbeiführung von Vorstandsbeschlüssen im Umlaufverfahren. Änderungsanträge liegen dazu nicht vor. Wortmeldungen liegen uns dazu auch nicht vor. Wünscht trotzdem jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich jetzt um das Stimmkartenzeichen, wer den Empfehlungen der Antragskommission so zustimmen möchte. – Danke schön! Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann ist das so entschieden.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B137 auf, denen dazugehörigen Antrag B138 auf der Seite 93 auf. Mit dem Antrag des Bundesvorstandes schaffen wir die politische Eltern- und Pflegezeit. Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor. Ich frage trotzdem: Gibt es dazu Wortmeldungen aus dem Saal? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir auch hier jetzt zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Karten- und Handzeichen. – Danke schön! Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig angenommen worden.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B139 und die dazugehörigen Anträge B140 und B141 auf den Seiten 93 und 94 auf. Hier geht es um die Festlegung konkreter Anfangs- und Endzeiten von Gremiensitzungen. Dazu liegt mir auch eine Wortmeldung vor, nämlich zum Antrag B140, von Jessica Heller, Landesverband Sachsen. Frau Heller, bitte gehen Sie zum Mikrofon 4, das steht jetzt für Sie bereit. Sie haben das Wort!

**Jessica Heller:** Entschuldigung, das war zurückgezogen.

**Dr. Hendrik Hoppenstedt,** Tagungspräsidium: Das war zurückgezogen. Das nehmen wir mit Schmerzen zur Kenntnis. Dann können wir jetzt auch zur Abstimmung schreiten. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Karten- und Handzeichen.

– Danke schön! Gegenprobe? – Entschuldigung, noch mal alle, die dagegen sind, bitte Hand hoch. – Das ist die klare Minderheit. Enthaltungen? – Dann ist auch das mit der notwendigen Mehrheit beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B142 und die dazugehörenden Anträge B143 und B144 auf den Seiten 94 und 95 auf. Dabei geht es um die Durchführung digitaler Sitzungen und das Recht zur hybriden Teilnahme an Vorstandssitzungen. Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor. Gibt es aus dem Plenum jetzt noch Wortmeldungen? – Auch das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch hier zu den Abstimmungen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Karten- oder Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe? – Einige sehr wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag mit der notwendigen Mehrheit beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Änderungen der Geschäftsordnung der CDU. Das sind die Anträge B121, B122, B123, B124, B125, B126, B127 und B128 – ich kann zählen –, die ich hiermit aufrufe. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 88 bis 90. Hierbei geht es neben Einzelaspekten insbesondere um die weitere Digitalisierung einzelner Verfahrensschritte. Änderungsanträge liegen nicht vor, Wortmeldungen bislang auch nicht. Will das jemand ändern? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann können wir jetzt zu den Abstimmungen kommen. Ich bitte um das Stimmkartenzeichen, wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte. – Danke schön! Gegenprobe? – Keine Gegenstimme. Enthaltung? – Dann sind diese Empfehlungen einstimmig angenommen worden.

Wir kommen damit zu den Anträgen zur Änderung der Finanz- und Beitragsordnung der CDU. Das sind die Anträge B129 bis B133 auf den Seiten 90 bis 92. Themen sind hier Mindestbeitrag, Familienbeitrag und Beitragsanteile. Ich rufe zunächst den Antrag des Bundesvorstandes B129 und die dazugehörenden Anträge B130, B131 und B132 auf den Seiten 90 und 91 auf. Wortmeldungen liegen mir auch hierzu nicht vor. Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch jetzt zu den Abstimmungen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den möchte ich jetzt bitten um das Stimmkartenzeichen. – Danke schön! Wer ist dagegen? – Bei drei, vier Gegenstimmen, so ungefähr jedenfalls. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Dann ist das mit übergroßer Mehrheit auch hier so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Antrag des Bundesvorstandes B131 auf der Seite 92 zum Thema Etatbeschlüsse auf. Wortmeldungen liegen mir auch hierzu nicht vor. Ich frage sicherheitshalber noch mal in den Saal: Möchte jemand sprechen? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Karten- und Handzeichen. – Sie machen das trotz der späten Stunde noch richtig gut, wenn ich das sagen darf. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch das mit großer Mehrheit angenommen.

Dann kommen wir jetzt zu den Anträgen des Bundesvorstandes zur Änderung der Parteigerichtsordnung der CDU. Dieses sind die Anträge B134, B135 und B136 auf den Seiten 92 und 93. Änderungsanträge liegen nicht vor. Wortmeldungen liegen bislang auch nicht vor. Möchte jemand sich zu Wort melden? Ich sehe eine Wortmeldung an Mikrofon 3. Wenn Sie kurz sagen, wer Sie sind, dann haben Sie jetzt das Wort.

**Nikolaus Poppitz:** Guten Abend, meine Damen und Herrn, auf die Gefahr, dass ich mich bei der letzten Abstimmung unbeliebt mache, Kreisverband Mainz-Stadt. Nach der mir vorliegenden Fassung des Statuts ist der hier angesprochene § 8, Abs. 2, Satz 2 des Inhalts, dass der Landesvorstand endgültig über den Widerruf einer Aufnahmeentscheidung entscheiden soll. Jetzt machen wir eine Änderung, dass das dann in die Parteigerichtsordnung kommt. Das passt irgendwie nicht zusammen. Ich glaube, da muss man noch mal drauf gucken. Vielen Dank!

**Dr. Hendrik Hoppenstedt,** Tagungspräsidium: Also, ich höre gerade von unserem Justiziar, dass es sich hierbei lediglich um eine korrespondierende Vorschrift handelt, die eingeführt wird. Das hat also inhaltlich keine Bedeutung. Würde Ihnen das jetzt als Erklärung reichen? Oder soll ich noch mal jemanden aus der Antragskommission bitten, dazu zu sprechen?

**Nikolaus Poppitz:** Nein, um Gottes willen, das ist genug. Wir wollen das nicht endlos in die Länge ziehen.

**Dr. Hendrik Hoppenstedt,** Tagungspräsidium: Alles klar. Dann würde ich sagen, kommen wir auch jetzt, wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, zu der Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich jetzt um das Karten- oder Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann sind auch diese Anträge entsprechend beschlossen. Vielen, vielen lieben Dank!

Damit wären wir jetzt sozusagen mit diesem Teil fertig. Wir kommen jetzt noch zu

TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands  
„Volkspartei der Zukunft: Die CDU erneuern“

und dazu leite ich zu Ina Scharrenbach über.

**Ina Scharrenbach,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Hendrik Hoppenstedt. Wir rufen auf den Tagesordnungspunkt 18, Antrag des Bundesvorstandes, „Volkspartei der Zukunft, die CDU erneuern“. Diesen Antrag und die Änderungsanträge dazu finden Sie auf den Seiten 226 bis 264 in der Antragsbroschüre. Es handelt sich dabei um die Anträge D1 bis D117. Aus dem Tagungspräsidium heraus möchten wir Ihnen folgenden Verfahrensvorschlag machen. Wir stimmen über alle D-Anträge auf einmal in der Fassung der Antragskommission ab, da dieser die Satzungsänderungen lediglich nachvollzieht. Die Passagen zur Einführung des Jugendstellvertre-

ters – das sind die Anträge D76 bis D80 – sind davon ausgenommen, weil die Delegierten diese Einführung bei der statuarischen Abstimmung gerade abgelehnt haben. Wird zu diesem Verfahrensvorschlag das Wort gewünscht? – Claudia Heber, Landesverband Thüringen, bitte sehr!

**Claudia Heber:** Tut mir leid, ich dachte, wir beraten das morgen. Noch mal, D83, da habe ich Sie gebeten, ob die Antragskommission ihr Votum nochmal überdenken kann.

**Ina Scharrenbach,** Tagungspräsidium: Liebe Frau Heber, wir kommen gleich noch zu den einzelnen Wortmeldungen. Es gibt Wortmeldungen zu den Anträgen, die da sind. Hier wäre jetzt erst mal nur der Verfahrensvorschlag, dass wir einmal in der Summe über die D-Anträge beraten und dann auch abstimmen.

**Claudia Heber:** Okay, aber dann hätte ich euch die Wortmeldung erspart.

**Ina Scharrenbach,** Tagungspräsidium: Kein Problem, immer wieder gern.

Gibt es Wortmeldungen zu dem Verfahrensvorschlag? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Verfahrensvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Karten- oder um das Handzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so mit Mehrheit angenommen.

Wir haben Wortmeldungen vorliegen von Andreas Nowak aus dem Landesverband Sachsen zum Antrag B37 und für Sie wird das Mikro 3 geöffnet.

**Andreas Nowak:** Ich ziehe den Wortbeitrag zurück, da jetzt sozusagen im Gesamt abgestimmt wird, möchte aber anmerken, dass das ein insgesamt, auch über die Tablets, relativ verwirrendes Verfahren war. Ich glaube, das sollten wir auf künftigen Bundesparteitagen besser machen.

(Vereinzelt Beifall)

**Ina Scharrenbach,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Nowak! Dann liegt uns noch eine Wortmeldung vor, gerade schon gehört, von Claudia Heber aus dem Landesverband Thüringen zum Antrag D83. Sie sprechen von der Bühne aus. Bitte sehr!

**Claudia Heber:** Ich habe es eben schon mal erklärt, worum es geht. Meine Bitte war an die Antragskommission, tatsächlich im Zusammenhang mit der Etablierung eines Katholischen Arbeitskreises, den wir schon in drei Landesverbänden haben, hier die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, dass wir ihn flächendeckend einführen.

Für die Satzung haben wir ihn zurückgestellt und an den Bundesvorstand überwiesen, aber ich denke, liebe Antragskommission, es tut dem Papier nicht weh, wenn dieser Passus drinsteht. Es wäre ein Zeichen für die neuen Länder und für die, die sich engagieren wollen und die jetzt schon seit zehn Jahren darauf warten und ständig überallhin laufen müssen und ständig betteln müssen: Sind wir jetzt in Arbeitskreis, Landesfachausschuss oder sonst

irgendwas? Bitte überdenken Sie nochmal das Votum. Es schadet wirklich nicht, wenn dieser Satz in dem Papier des Bundesvorstands drinsteht und wir uns auf den Weg machen können. Danke schön!

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Claudia Heber! Für die Antragskommission hatte bereits Mechthild Heil dazu Stellung genommen. Deshalb verzichten wir darauf, Mechthild Heil erneut hier in die Bütt zu holen. Weitere Wortmeldungen liegen jetzt zu den Anträgen D1 bis D117 nur in einem Fall noch vor, und zwar von Andreas Nowak, Landesverband Sachsen, zu D98. Herr Nowak!

**Andreas Nowak**: Genauso zurückgezogen wie gerade eben.

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, das dient der Verfahrensbeschleunigung. Damit haben wir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Das bleibt auch so zu den Anträgen D1 bis D117, und damit kommen wir zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen de D1 bis D117 zustimmen möchte, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist es bei einer Gegenstimme mit überwältigender Mehrheit so angenommen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit haben wir auch die Beratung über die D-Anträge abgeschlossen. Wir danken Ihnen hier oben sehr für die konstruktive Mitarbeit. Das war herausragend. Damit haben wir es geschafft. Ich glaube, der Niedersachsen Abend kommt jetzt genau richtig.

Einen wichtigen Hinweis haben wir allerdings noch für Sie: Bitte geben Sie Ihre Tablets gleich an der Rückgabestelle ab. Die Rückgabestelle ist dort, wo Sie ihre Tablets heute Mittag abgeholt haben. Sie erhalten dann im Austausch wieder die Delegierten-Tabletkarte für morgen früh. Wir starten hier morgen im Saal um 9 Uhr. An dieser Stelle gebe ich jetzt noch einmal unserem Generalsekretär Mario Czaja das Wort. Mario, bitte sehr!

**Mario Czaja**, Generalsekretär der CDU: Wir haben jetzt die Möglichkeit, die C-Anträge zu behandeln oder zum Niedersachsen-Abend zu gehen. Wir haben uns für den Niedersachsen-Abend entschieden.

(Beifall)

Ich danke euch ganz herzlich für die gute Diskussion, für den fairen Umgang und für den Respekt, den wir in dieser Debatte hatten. Ich wünsche uns einen schönen Niedersachsen-Abend. Wir sehen uns morgen um 9 Uhr dann frisch und munter wieder hier. Macht's gut, bis gleich!

(Ende: 21:29 Uhr)

**Samstag, 10. September 2022**

**Zweite Plenarsitzung**

(Beginn: 9:11 Uhr)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: So, ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen, auch im Namen von Frau Puttrich und von Frau Magwas hier heute Morgen im Tagungspräsidium. Ich schaue in viele fröhliche Gesichter. Das hat sicherlich auch mit dem tollen Delegierten-Abend zu tun, den wir gestern hatten, sturmfest und erdverwachsen. Ich fand, das war ein toller Niedersachsen-Abend, lieber Bernd Althusmann, lieber Sebastian Lechner, lieber Christian Meyer – Ihr habt das wunderbar organisiert und wenn ihr mit demselben Elan und mit derselben Energie euren Wahlkampf führt, dann werden wir ein erfolgreiches Ergebnis erzielen. Lieber Bernd Althusmann, schönen Dank für diesen tollen Delegierten-Abend!

(Beifall)

Wir wollen heute konzentriert in die Tagung starten, in unseren Bundesparteitag. Als erstes steht auf dem Programm die Auseinandersetzung, die Beschlussfassung zum Thema Grundwerte-Charta. Da werden wir jetzt auch ohne weitere Vorrede einsteigen. Es geht schließlich darum, dass wir einen sehr intensiven, über zwei Jahre andauernden Prozess starten mit einem festen Fundament, nämlich mit der Fragestellung: Was macht uns aus, was macht uns auch unterscheidbar? Das wird heute Morgen uns beschäftigen. Es liegen Anträge vor, die gilt es zu diskutieren.

Aber bevor wir das tun, freue ich mich, dass derjenige, der als Vorsitzender der Programm- und Grundsatzkommission maßgeblich diesen Prozess anführt, uns in die Grundwerte-Charta einführt. Deswegen bitte ich Sie, noch mal Platz zu nehmen und freue mich, dass Carsten Linneemann jetzt in die Grundwerte-Charta einführt. Lieber Carsten, du hast das Wort.

(Beifall)

**Dr. Carsten Linneemann**: Liebe Delegierte, lieber Friedrich Merz, meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Wir haben letztes Jahr die Bundestagswahl verloren und wir waren uns nicht sicher, wie es weitergeht, aufwärts oder abwärts – es ging aufwärts. Das ist zum einen dem Umstand geschuldet, dass wir wieder geschlossen sind. Hier großer Verdienst von Friedrich Merz, Geschlossenheit zwischen CDU und CSU, aber auch in der Fraktion und in der Partei.

Zweitens: Wir haben festgestellt, dass wir uns breiter aufstellen müssen mit Köpfen. Wir haben gestern einen weiteren richtigen Schritt gemacht und mit Christina Stumpp eine stellvertretende Generalsekretärin gewählt. Liebe Christina, auch von mir noch mal: Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Drittens, und dieser Punkt tut weh, der geht mitten ins Mark. Wir waren bei der Bundestagswahl inhaltlich, um es mal gelinde auszudrücken, blass. Wir haben dann gesagt in der Partei, dass wir ein neues Grundsatzprogramm auflegen. Liebe Delegierte, das war meines Erachtens eine Punktlandung. Eine Punktlandung insofern, weil wir in einer Zeitenwende leben, weil es um die Frage geht: Welches Gesellschaftsmodell setzt sich in Zukunft durch? Welches? Unseres? Das liberale, freiheitliche? Oder das andere, das autokratische? Wo die Bertelsmann-Stiftung konstatiert hat, dass es mittlerweile mehr Autokratien gibt als Demokratien, ich zitiere: „Es gibt eine schleichende Autokratisierung.“ Es geht schlicht und einfach um die Frage: Wer setzt sich durch?

Der andere Punkt, warum es richtig ist, dass wir jetzt das Grundsatzprogramm machen: In diesem Land fehlt es an Dynamik, es fehlt an Aufbruch. Friedrich Merz hat gestern mehr als deutlich gemacht, dass die Ampel es verschlimmern wird. Ich sage mal was ganz Persönliches. Ich bin 2009 in den Deutschen Bundestag gekommen. Ich gebe zu, ich habe andere Ziele gehabt. Ich wollte große Pflöcke einschlagen, es wurden hinterher kleine, Flexi-Rente, einige andere. Aber ich wollte eigentlich viel mehr, deshalb bin ich in die Politik gegangen. Dann habe ich gemerkt, wir sind irgendwie permanent im Krisenmodus unterwegs. Erst war es die Finanzkrise, dann war es die Energiewende, die Eurokrise, dann kam die Flüchtlingskrise, die Coronakrise und jetzt die Ukraine-Krise.

Interessant ist, auch jetzt bei der Ampel, wir sagen: Die Reform, die wir eigentlich machen müssen, Bürokratieabbau, diesen ganzen Aufwuchs in den Ministerien, dass damit mal Schluss ist, dass wir mal wieder frische Luft bekommen, das machen wir, wenn die Krise vorbei ist, dann packen wir die Dinge an. Aber wenn die Krise vorbei ist, ist wieder eine neue Krise da. Und damit muss endlich Schluss sein! Eine Krise darf keine Entschuldigung mehr dafür sein, dass wir irgendetwas nicht machen, sondern wir müssen es machen!

(Beifall)

Deshalb ist es richtig, dass wir dieses Grundsatzprogramm jetzt machen. Es ist das vierte, nach 1978, 1994, 2007. Es ist sehr ambitioniert. In den 70er-Jahren hatten wir sieben Jahre Zeit, jetzt haben wir zwei Jahre Zeit. Im Mai ist es gestartet, mit einer großen Kick-off-Veranstaltung im Adenauer-Haus. Heute werden wir die Grundwerte-Charta verabschieden. Wir werden Anfang des Jahres einen Fragebogen an alle Mitglieder rumschicken, um die Meinung der Mitglieder auch einzufangen. Und wir werden nächstes Jahr einen Konvent verabschieden beziehungsweise veranstalten, um dann Ende des Jahres fertig zu sein und 2024 es zu verabschieden.

Was mir wichtig ist – dass sich dieses Grundsatzprogramm nicht liest, wie ein Protokoll einer Mieterversammlung und dass wir vielleicht auch mal mit weniger als 100 Seiten auskommen. Vielleicht können wir auch mal versuchen, ein paar mehr Hauptsätze zu schreiben, dass wir attraktiv sind, nicht nur für uns, sondern auch für die Menschen, für die jungen Menschen, für

die Zugewanderten, für alle. Das muss die Sprache sein und dafür brauchen wir frische Luft, 3.800 Mitglieder machen mit, vor allem digital, wir haben zehn Fachkommissionen, das läuft.

Aber heute, und darauf kommt es mir jetzt an, geht es um die Grundwerte-Charta. Worum geht es da und warum machen wir das? Bevor ich das sage, muss man sich erstmal dessen bewusst sein, was unsere Ziele sind. Ich persönlich, wenn Sie mich fragen: „Welche zwei Ziele, Herr Linnemann, haben Sie?“ Das erste Ziel, dass die CDU wieder eine brennende, eine fesselnde Erzählung hat, die Hoffnung und Auftrieb gibt, und das zweite Ziel, dass wir in diesem Grundsatzzprogramm-Prozess einige Positionen herausarbeiten, die uns glasklar von anderen Parteien unterscheiden.

(Vereinzelt Beifall)

Ziel sollte es eigentlich sein, dass jedes CDU-Mitglied nachts um drei Uhr geweckt wird und jeder sofort sagt: „Erstens, zweitens, drittens, dafür steht die CDU!“ Wer wen weckt, das müssen die Ortsunionsleute auf Ortsunionsebene organisieren.

Aber um das zu machen, um diese Positionen festzulegen, brauchen wir eine Grundwerte-Charta. Wir brauchen ein Fundament: Worauf stehen wir? Was sind unsere Werte? Und das machen wir heute. Prof. Rödder wird gleich als Vorsitzender dieser Fachkommission etwas detaillierter darauf eingehen, aber lassen Sie mich persönlich meine drei entscheidenden Punkte sagen, die mir wichtig sind, worauf wir stehen? Was sind unsere Leitlinien?

Erstens: Das Wichtigste, unsere DNA, ist das christliche Menschenbild, was uns überall leitet, überall, in allen Positionen. Thomas Rachel hat Recht, indem er sagt, das ist kein TÜV-Siegel. Sondern dann eher wie Richard von Weizsäcker: „Stachel im Fleisch!“ Wenn wir nicht an diesem „C“ festhalten, dann brauchen wir auch unsere Partei nicht mehr. Deswegen ist es richtig, dass Friedrich Merz das gesagt hat. Richtig ist auch, dass wir kein, wie manche schreiben, „Christenclub“ sind oder eine kirchliche Organisation. Nein, jeder, der unsere Werte teilt, ist herzlich willkommen. Als da wären: Personalität, Subsidiarität, Solidarität. Daraus erwachsen Toleranz, Weltoffenheit. Das sind unsere Werte! Wir gehen vom Einzelnen aus, nicht vom Kollektiv. Und jeder, der die teilt, ist herzlich willkommen und das ist CDU pur.

(Beifall)

Der zweite Punkt: Wir sind nicht allwissend. Wir können nur die vorletzte Antwort geben. Da gibt es eine höhere Instanz. Aber lassen Sie mich mal einen anderen Punkt in diesem Zusammenhang bringen, warum wir nicht allwissend sind. Weil wir Teil des Systems sind, weil wir nicht wissen, was in fünf oder in zehn Jahren ist. Deswegen dürfen wir uns nie moralisch überhöhen, sondern immer mit einer gewissen Demut an die Dinge rangehen. Wir dürfen der Wissenschaft nicht vorschreiben, wie sie zu forschen hat. Wir dürfen nicht Technologien verbieten, wir müssen technologieoffen sein. Wenn wir sagen, ihr dürft nur im Bereich der

Elektromobilität etwas machen, ist doch klar, dass wir nicht weiterkommen. Die CDU muss die Partei sein, die technologieoffen ist, die wirklich hier der Wissenschaft auch den Raum gibt, um nur mal ein Beispiel zu nennen.

Und der dritte Punkt: Wir als CDU sind der Überzeugung, dass der Mensch für die Freiheit bestimmt ist, aber dass er gleichzeitig auch Verantwortung für sein Tun, aber auch Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen muss.

(Vereinzelt Beifall)

Das heißt, um auch hier ein Beispiel zu bringen, nur mal ein Beispiel zu bringen. Die Rente mit 63, auf die Idee wären wir nie gekommen, weil wir heute sehen, dass diejenigen, die nicht der Eigenverantwortung nachkommen können und unsere Unterstützung brauchen, eigentlich gar nicht erfasst wurden, diejenigen, die körperlich hart arbeiten, die Dachdecker, die Maurer, etc., die sind nicht mehr mit 63 dabei. Die sind in der erwerbsgeminderten Rente. Das ist CDU-Politik, diesen Menschen dann auch konkret zu helfen.

(Vereinzelt Beifall)

Gleichzeitig haben wir auch eine Verantwortung denen gegenüber, die mit ihren Steuern unser Sozialsystem überhaupt erst möglich machen. Deswegen ist es beispielsweise falsch –. Wir wären auch nicht auf so eine Idee gekommen. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen, die überragende Zahl der Hartz-IV-Empfänger hält sich an die Regeln. Aber es gibt einige, die halten sich nicht dran, und dann haben wir doch eine Verantwortung demjenigen gegenüber, der mit seinen Steuern dieses Sozialsystem bezahlt. Deswegen würden wir nie Sanktionen abschaffen, ist total falsch!

(Beifall)

Ist so, als wenn wir ein Fußballspiel haben ohne gelbe oder rote Karten. Das sind die Punkte, die mir wichtig sind. Prof. Rödder wird gleich noch mal detailliert darauf eingehen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt sagen, der mir ganz wichtig ist. Irgendwie habe ich das Gefühl, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht – Sie sind unterwegs auf einem Geburtstag oder in der Firma, Sie haben irgendeine Idee und dann kommt sofort der Erste und sagt: „Es geht nicht, weil...“, ganz oft. Ich möchte gerne, dass wir dieses Grundsatzprogramm diskutieren, ohne dass sofort jemand kommt und sagt: „Es geht nicht, weil...“. Vielleicht auch erst mal auf das Argument eingehen; wenn wir so eine Mentalität in Deutschland haben, verhaften wir in einer Komfortzone, es macht sich eine Lethargie breit und wir sehen das, was sich während der Coronakrise gezeigt hat, dass irgendwie niemand mehr Verantwortung übernehmen will. Die Verantwortung wird weggeschoben, man versteckt sich lieber hinter Gesetzen, bloß kein Risiko eingehen, ist ja einfacher. Damit muss Schluss sein.

Vorbild ist für mich – sage ich auch an dieser Stelle ganz deutlich – Claus Madsen. Claus Madsen war Bürgermeister in Rostock, ist jetzt im Kabinett von Daniel Günther Wirtschaftsminister.

(Vereinzelt Beifall)

Den habe ich vor zwei, drei Wochen angerufen, ich weiß gar nicht, ob ich das sagen darf. Der sagt zu mir: „Herr Linnemann, wenn ich mich damals in der Coronakrise an alle Regeln gehalten hätte, wäre ich jetzt im Knast.“ Er sagt: „Herr Linnemann, ich habe einfach mal meinen gesunden Menschenverstand angestellt. Ich hatte so ein Gefühl, dass während Corona Brautmodengeschäfte nicht überlaufen sind, und ich hatte so ein Gefühl, dass wir es einfach mal ausprobieren, einfach mal machen.“ Ihn haben Einzelhändler angerufen und haben gesagt: „Lass uns das so machen: Wenn jemand über das Internet bestellt, kann er seine Sachen abholen.“ Er hat es gemacht, mitten im Lockdown. Das Ganze hieß „Click and Meet“ und alle haben es in Deutschland nachgemacht. Das ist eine Föderalismus-Reform vielleicht unten, die auch Platz hätte. Einfach mal was machen, einfach mal was ausprobieren, und nicht immer sagen: „Es geht nicht, weil...!“

(Beifall)

Das muss unser Geist sein! Wir brauchen an dieser Stelle auf niemanden Rücksicht nehmen, weder auf das Kanzleramt noch auf den Zeitgeist. Es gibt nur eine Sache, auf die wir Rücksicht nehmen müssen, und das ist unser Wertefundament, und um das geht es heute. Vielen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Lieber Carsten, herzlichen Dank für diesen guten Auftakt in die Debatte. Wir freuen uns nun, dass der Vorsitzende der Fachkommission „Wertefundament“, Prof. Dr. Andreas Rödder, zu uns spricht. Er hat mit den Mitgliedern der Fachkommission maßgeblich diesen Text erarbeitet. Lieber Prof Rödder, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Andreas Rödder**: Lieber Carsten, liebe Delegierte, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Warum braucht die CDU eigentlich eine neue Grundwerte-Charta? Braucht die CDU neue Grundwerte?

Grundwerte muss man nicht alle paar Jahre neu erfinden, aber man muss sie immer wieder den Realitäten einer Welt anpassen, die sich ständig wandelt. Deswegen ist die Idee dieser Grundwerte-Charta, mit der wir in den Grundsatzprogramm-Prozess starten, dass wir Leitlinien formulieren für einen christdemokratischen Programmentwurf, der aus einem Guss ist, der gut begründet ist, der intellektuell satisfaktionsfähig ist und mit dem eine runderneuerte CDU offensiv in den demokratischen Wettbewerb um die besseren Konzepte gehen kann.

Der Anspruch der CDU muss dabei die Devise von Muhammad Ali sein: „Flieg wie ein Schmetterling, stich wie eine Biene.“ Ich finde, das ist eine gute Devise für eine moderne CDU. In

diesem Sinne ist diese Grundwerte-Charta im besten Sinne konservativ, denn sie bewahrt Bewährtes, wie die bewährte Trias der Begriffe christlich-sozial, liberal und konservativ, und sie setzt zugleich neue Akzente. Das möchte ich gerne kurz an zwei ganz zentralen Begriffen dieser Grundwerte-Charta, die Ihnen vorliegt, erläutern, den Begriffen „christlich“ und „bürgerlich“.

Sie erinnern sich, dass wir Anfang dieses Jahres eine Debatte um das „C“ geführt haben. Was wir gemacht haben – „wir“ heißt die Grundwerte-Kommission, und das heißt ganz konkret Matthias Zimmer und Elke Mack, das heißt Thomas Arnold und Thomas Rachel, Franziska Hoppermann und Diana Kinnert, Kristina Schröder und Wolfgang Schäuble, Gonca Türkeli-Dehnert und Heinz Bude, zudem die Leitung der Programm-Kommission Carsten Linnemann, Serap Güler und Mario Voigt, und Markus Kerber war auch kräftig mit dabei.

Was wir gemacht haben? Wir haben das „C“ ernst genommen und wir haben es neu ausbuchstabiert. Was dabei rauskommt, ist, dass man entdeckt, neu entdeckt, welche Substanz das „C“ hat und welche Unterscheidungskraft dem innewohnt.

Zwei Beispiele dafür: Das „C“ bedeutet: Wir gehen von der Würde aller Menschen aus. Könnte man sagen, klingt ziemlich banal, ist es aber nicht. Denn es unterscheidet uns sowohl von völkischen Nationalisten als auch von einem fundamentalistischen Islam, der die Gläubigen und die Ungläubigen mit unterschiedlichem Wert versieht. Dem widersprechen wir aus dem christlichen Menschenbild heraus ganz grundsätzlich und müssen es auch tun.

Das christliche Menschenbild besagt: Die Menschen sind gleichwertig, aber sie sind verschieden. Das heißt, die Aufgabe der Politik ist nicht, gleiche Ergebnisse herbeizuführen und die Gesellschaft zu modellieren, sondern Aufgabe christdemokratischer Politik ist es, faire Chancen zu schaffen und freie Entscheidungen für die Menschen zu ermöglichen. Wenn das gewährleistet ist, faire Chancen, freie Entscheidungen, dann ist die Unterschiedlichkeit der Ergebnisse gewünscht. Der eine wird reich an Geld, der andere reich an Wissen. Die eine wird Busfahrerin, die andere Ärztin. Der eine will beruflich aufsteigen, der andere investiert in Familienarbeit oder Ehrenamt.

Das ist okay, wenn es faire Chancen und freie Entscheidungen gibt. Denn christdemokratische Politik – und das ist unser Spezifikum – denkt von der Person her, von der individuellen Person und nicht von Gruppenzugehörigkeit nach Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, nach sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität.

Das ist etwas, was uns ganz grundsätzlich unterscheidet und ganz aktuell unterscheidet, nämlich von einer identitären Politik von rechts genauso wie von linker Identitätspolitik.

(Vereinzelt Beifall)

Freut mich, dass Sie klatschen, denn das macht wirklich einen Unterschied, den wir als Christdemokraten behaupten müssen. Unsere Vorstellung ist die der offenen Gesellschaft.

Ich habe kürzlich noch einmal die Abschiedsrede von Ronald Reagan vom Januar 1989 gesehen, wo er von der Vision der „Shining city upon the hill“, von der „Strahlenden Stadt auf dem Berg“ spricht. Diese Idee ist ein Gemeinwesen, ein dynamisches Gemeinwesen, von kreativen Individuen. Und dann sagt Reagan so schön: „Und wenn diese Stadt, diese Stadt auf dem Berg, wenn diese Stadt Mauern braucht, dann hat sie Tore, die allen offenstehen, die dazu gehören wollen.“ Zugehörigkeit nicht durch Stand oder durch Herkunft, sondern durch freien Willen und durch individuelles Engagement. Das ist der Clou der modernen Gesellschaft, die sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hat und die sich von der Ständegesellschaft unterscheidet, in der der Platz des Einzelnen nach Stand und Herkunft bestimmt ist. Das ist die im besten Sinne bürgerliche Gesellschaft.

Deswegen haben wir den Begriff „bürgerlich“ in das Programm aufgenommen. Der Begriff „bürgerlich“, so wie Sie ihn jetzt in der Grundwerte-Charta finden, ist in diesem Sinne neu in der Programmsprache der CDU. Dabei, um das sehr, sehr deutlich zu sagen, markiert das Bürgerliche überhaupt keinen Gegensatz zum „C“, zum christlichen Menschenbild, im Gegenteil. Das „C“ und die bürgerliche Gesellschaft, sie ergänzen sich. Das Bürgerliche setzt den Akzent noch einmal stärker auf die individuelle Freiheit und auf die Kreativität des Einzelnen statt auf einen Staat, der seine Bürger zunehmend bevormundet und seine Kernaufgaben vernachlässigt.

Denn wer hat denn eigentlich die Pandemie besiegt? Karl Lauterbach und der Staatsdirigismus oder Ugur Sahin und Özlem Türeci, zwei Unternehmer und Migranten? Wer erzählt eigentlich diese Erfolgsgeschichte des bürgerlichen Deutschlands?

(Lebhafter Beifall)

Was wir in der Pandemie mit BioNTech erlebt haben – und ich darf das als Mainzer besonders stolz sagen – das ist doch eine Riesenerfolgsgeschichte, die Erfolgsgeschichte von Wettbewerb und Technologieoffenheit, und dafür steht die bürgerliche Gesellschaft. Und bürgerliche Gesellschaft steht für das Aufstiegsversprechen der bürgerlichen Moderne, das eines voraussetzt: faire und echte Chancen. Das war die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik, die viele, aber nicht alle erreicht hat. Aber diese Erfolgsgeschichte wieder neu zu beleben, faire und echte Chancen zu schaffen, neu zu schaffen, gerade für diejenigen, die diese Chancen bisher nicht hatte, das sollte jede Anstrengung einer modernen Christdemokratie wert sein. Und wir sollten alles tun, um hier neue Wege zu erkunden, um dieses klassische, deutsche Aufstiegsversprechen der bürgerlichen Gesellschaft wieder neu zu beleben.

(Beifall)

Ich habe das jetzt nur ganz grob skizziert. So verbindet sich die bürgerliche Gesellschaft mit dem „C“ zu einer ganz eigenen Verbindung, die uns als christdemokratische Partei, als christdemokratische Politik ausmacht. Sie verbindet sich in der solidarischen Gesellschaft, die von Eigenverantwortung ausgeht und zugleich denjenigen hilft, die sich nicht selbst helfen können. Sie verbindet sich in der Einsicht – Carsten Linnemann hat es gesagt –, dass es in der Politik keine letzten Wahrheiten gibt, keine absoluten und vor allem keine einfachen Wahrheiten. Das unterscheidet Christdemokraten von denen, die immer alles ganz genau wissen und die nur eine Meinung kennen, egal, ob in der Pandemie, beim Klima oder im Fall von Winnetou.

Zugleich ist diese Demut und Bescheidenheit, dass wir nicht die letzten Antworten und die absoluten Wahrheiten kennen, die Grundlage für ein Selbstbewusstsein, mit dem die Grundwerte-Kommission gesagt hat: „Die christdemokratischen Grundwerte sind die Grundlage für einen gut begründeten, unterscheidbaren –, das ist mir besonders wichtig –, vor allen Dingen menschenfreundlichen Politikentwurf, mit dem die CDU in den demokratischen Wettbewerb ziehen und sagen kann: Wir waren und wir werden wieder die deutsche Volkspartei. Danke schön!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Andreas Rödder, das ist, glaube ich, eine gute Einführung in die Antragsdiskussion, die jetzt folgt.

Wir werden jetzt einsteigen, es gibt schon einige Wortmeldungen. Ich will Sie darauf hinweisen, dass wir uns jetzt mit den Anträgen A1 bis A167 auseinandersetzen. Sie finden Sie in der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission, Seite 4 bis Seite 51. Damit wir die Diskussion etwas besser strukturieren, haben wir die Grundwerte-Charta in 11 Ziffern unterteilt. Dadurch können wir das etwas übersichtlicher beraten, haben wir gestern auch bei unserem Antrag des Bundesvorstandes getan.

Ich werde jetzt die Ziffern einzeln aufrufen und jeweils über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Ich gebe natürlich dann immer auch die Gelegenheiten, das Wort zu den einzelnen Punkten zu sprechen. Gibt es gegen dieses Verfahren Widerspruch? Das kann ich nicht erkennen, dann rufe ich jetzt die Ziffer 1 zur Beratung auf.

Das handelt sich um die Anträge A1 bis A9, die finden Sie in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 4 bis 8. Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor. Dann würde ich jetzt zur Abstimmung kommen und darf Sie bitten, wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Ich komme zur Ziffer 2. Die dazugehörigen Anträge sind der Antrag A10 bis A28. Die finden Sie auf den Seiten 8 bis 13 der Antragsbroschüre. Als Wortmeldung hat sich gemeldet zu A19 Joy Alemazung aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Ich bitte um die Wortmeldung.

Wir haben eine Wortmeldung. Sehr gut. Einfach hier nach vorne zur Bühne kommen, bitte, Sie haben das Wort.

**Joy Alemazung:** Vielen Dank, es geht mir um das Wort „Sicherheit“. „Orientierung“ passt meiner Meinung nach gar nicht, weil in schwierigen Zeiten wie dieser braucht man nicht nur Orientierung, sondern auch Sicherheit. Deswegen plädiere ich dafür, dass wir das Wort „Sicherheit“ so lassen, wie es ist. Ich möchte einfach kurz hinzufügen, dass wir aufpassen müssen, dass wir die Aufgabe haben, mehr zu erklären, was wir sind, als uns anzupassen, was wir denken. Die Menschen wollen das. Deswegen bitte: Sicherheit in schwierigen Zeiten bedeutet auch Richtung zeigen und den Menschen Sicherheitsgefühl geben. Aber „Orientierung“ ist nicht ausreichend. Danke!

(Vereinzelt Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt,** Tagungspräsidium: Okay, herzlichen Dank. Für die Antragskommission hat sich Hermann Gröhe zu Wort gemeldet.

**Hermann Gröhe:** Herr Präsident, lieber Mario, liebe Freundinnen, liebe Freunde! Ich kann direkt anknüpfen, genau deswegen hat ihn die Antragskommission vorgeschlagen, den Begriff „Sicherheit“ nicht zu streichen, das war der Antrag, sondern „Sicherheit und Orientierung“ zu empfehlen, weil das deutlich macht einerseits: Sicher auch ein Begriff, der besonders mit den Stärken der Union verbunden wird, dass es um Sicherheit in unsicherer Zeit geht, aber dass wir damit genau die auch in der gesellschaftlichen Debatte erforderliche Orientierung geben. Insofern glaube ich, greifen wir auch die Anregung des letzten Wortbeitrages auf. Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt,** Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Ich denke, dass macht ausreichend deutlich, dass das Anliegen durchaus auch wertgeschätzt und es aufgenommen wurde. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, dann darf ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission in den Anträgen A10 bis A28 ist, Ziffer 2, bitte ich jetzt um seinen Wortmeldezettel. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 3. Es handelt sich um die Anträge A29 bis A44. Sie finden Sie in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 13 bis 17. Dort liegen uns bisher keine Wortmeldungen vor. Gibt es Wortmeldungen dazu? Das kann ich nicht erkennen.

Dann darf ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 4. Es handelt sich um die Anträge A45 bis A52. Sie finden Sie auf den

Seiten 18 bis 20 der Antragsbroschüre. Dort gibt es eine Wortmeldung zu A47 von Joy Alemazung, Landesverband Baden-Württemberg. Bitte schön! Mikro 4.

**Joy Alemazung:** Danke schön! Hier geht es um das Wort „Tradition“. Ich finde es unpassend, das Wort mit „Ideen“ zu ersetzen. Die Ambiguität des Wortes „Ideen“ passt gar nicht in diesem Zusammenhang. Wir haben gesagt, wir wollen unsere Werte, unsere Grundlage, das was wir sind, weitergeben. Und „Tradition“ hat damit zu tun, dass das, was wir sind, weitergegeben wird. „Ideen“ geht hier meiner Meinung nach nicht. Danke!

(Vereinzelt Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt,** Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Für die Antragskommission hat sich Thomas Rachel zu Wort gemeldet. Bitte schön!

**Thomas Rachel,** Antragskommission: Herr Präsident, liebe Delegierte! Für beides gibt es Argumente. Wenn wir den Begriff „Ideen“ nehmen, nehmen wir Bezug auf die Ideengeschichte der Aufklärer, wenn wir den Begriff der „Traditionen“ auswählen, dann ist es ganz klar, dass hier die Traditionslinien der Aufklärung bezeichnet sind. Ich schlage vor, dass wir dem Antragsteller an der Stelle folgen und damit zu dem ursprünglichen Begriff, den die Grundwertekommission vorgesehen hatte, zurückkehren. Damit würden wir von Seiten der Antragskommission dem Wunsch entsprechen.

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt,** Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Der Antragsteller übernimmt. Dementsprechend können wir, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, darüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 5. Es handelt sich um die Anträge A53 bis A57. Sie sind auf den Seiten 20 bis 22. Dort gibt es bisher keine Wortmeldung. Ich kann das auch nicht im Saal erkennen. Dann würde ich darüber abstimmen lassen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 6. Das sind die Anträge A58 bis A78. Sie finden Sie auf den Seiten 22 bis 26 der Antragsbroschüre. Hier gibt es eine Wortmeldung zu A58, Peter Weiß, Landesverband Baden-Württemberg, bitte schön!

**Peter Weiß:** Liebe Freundinnen und Freunde! Carsten Linnemann hat vorhin von uns gefordert, dass wenn wir nachts um drei geweckt werden, automatisch, kurz, prägnant sagen können, was die CDU ist. Ich finde, mit den drei Begriffen, die jetzt bei der Ziffer A98 als Überschrift sind – „christlich sozial, liberal und konservativ“ – ist das abschließend gutgesagt. Man braucht keine weitere Ergänzung. Deswegen zuallererst ein Dankeschön an die Antragskommission, dass sie

die Ergänzung „im besten Sinne bürgerlich“ gestrichen hat. Weil, Herr Prof. Rödder, Entschuldigung, Sie haben schön über das „C“ gesprochen und auch eine schöne Deutung des Begriffs bürgerlich geliefert. Aber ich finde, das „C“ braucht keine Ergänzung, es spricht für sich.

(Beifall)

Ich habe auch deswegen mit Ergänzungen ein Problem, weil man in der Parteienlandschaft Europas sehen kann, dass christdemokratische Parteien, die erst anfangen, das „C“ zu ergänzen, es dann fallen lassen, einen sagenhaften politischen Erfolg haben. Ich komme aus Baden-Württemberg, wir grenzen an die Schweiz. In der Schweiz haben wir eine Partnerpartei, die CVP. Sie hat genau aus diesen Gründen auf der Suche nach einer Ergänzung beschlossen, sich „Die Mitte“ zu nennen. Der politische Erfolg dieser Namensumbenennung ist grandios. Diese Partei stolpert von einem Wahlerfolg zum anderen, und zwar nach unten. Deswegen kann ich uns nur warnen, dass „C“ zu verunklaren. Richtig ist, wir müssen über das „C“ richtig sprechen. Das „C“ grenzt niemanden aus. Das „C“ ist eine Einladung für Christen wie für Nicht-Christen, für Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Glaubensüberzeugungen.

Politik zu gestalten auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes, was einen Ausgleich findet zwischen Individualismus und sozialem Wesen, was die Orientierung an der Würde des Menschen vor unsere Politik anstellt, und die deswegen nicht Vergangenheitsbewältigung ist, sondern ich finde, ich sehe eine große Sprengkraft für die Gestaltung der Zukunft. Deswegen hätte ich gewünscht, die Antragskommission wäre so konsequent gewesen, im weiteren Verlauf des Grundwerte-Katalogs, dieses Kapitel „Bürgerliche Politik“ ebenfalls zu ändern. Der Kreisverband Baden-Baden hat den Antrag eingebracht, „Christdemokratische Politik“ hinzuschreiben. Das hätte ich für konsequenter gefunden. Ich finde, drei Buchstaben im Parteinamen reichen, wir brauchen nicht noch einen vierten – nämlich „B“ – und deswegen wünsche ich mir dann auch für die endgültige Fassung des Grundsatzprogrammes, die wir in einem Jahr beraten sollen, dass wir dabei bleiben: Das „C“ ist unser Markenzeichen, es braucht keine Ergänzung. Vielen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Weiß! – Gibt es weitere Wortmeldungen? Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann darf ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 7. Anträge A79 bis A87, Seiten 26 bis 28 der Antragsbroschüre. Dort liegen uns keine Wortmeldungen vor. Ich schaue noch mal in den Saal. Dann darf ich darüber abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 8. Und hier rufe ich die Ziffer 8 zur Beratung auf. Die dazugehörigen Anträge A88 bis A103 finden Sie auf den Seiten 28 bis 32. Für die Ziffer 8 übergebe ich an die Yvonne Magwas.

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Mario. Da du wahrscheinlich jetzt selbst gleich in die Bütt gehen wirst, werden wir auch die Wortmeldungen jetzt dementsprechend aufrufen. Es liegen einige vor. Genau, die erste Wortmeldung ist Kai Whittaker vom Landesverband Baden-Württemberg.

**Kai Whittaker**: Liebe Freundinnen und Freunde! Peter Weiß hat es gerade eben gesagt, da vorne stehen drei Buchstaben: C, D, U. Das steht für Christlich Demokratische Union. Wir sind nicht die Bürgerlich Demokratische Union, wir sind auch nicht die Christlich Bürgerliche Union. Wir sind auch nicht die Christlich Demokratische Bürgerschaft, wir sind Christliche Demokraten. Und, ja, wir müssen uns als Partei erneuern.

(Beifall)

Aber das bedeutet, dass wir den Begriff „christdemokratisch“ erneuern müssen und nicht einen neuen Begriff „bürgerlich“ erfinden müssen. Und deshalb bitte ich euch darum, konsequent für den Antrag meines Kreisverbandes Baden-Baden zu stimmen. Wir haben gesagt, lasst uns das Wort „bürgerlich“ ersetzen konsequent im gesamten Antrag durch das Wort „christdemokratisch“. Denn das ist es, um was wir ringen müssen, das ist es, was wir erneuern müssen, und nicht neue Begriffe erfinden. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat das Wort Mario Voigt.

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Antragskommission: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Kai Whittaker, schönen Dank für die Intervention! Genau darum geht es. Es geht darum, dass wir das christliche Menschenbild als unseren Leitstern, als unseren Polarstern auch definieren in einem Grundsatzprogramm, dass wir aber eben auch beschreiben und sagen: „Wir sind eine Partei, die auch einen Anspruch hat an diese Gesellschaft.“ Andreas Rödder hat es vorgetragen, wie gut sich christliches Menschenbild, wie gut sich das „C“ auch mit dem Anspruch für diese bürgerliche Gesellschaft verbindet. Das, was sich hier zeigt, ist doch, dass „bürgerlich“ eben sich abgrenzt, aber nicht ausgrenzt. Und ich glaube, darum muss es uns politisch gehen.

Es laufen manche durch dieses Land, und die versuchen, sich bürgerlich zu nennen. Aber das Abgrenzende besteht darin, dass es uns eben auch gegen die Rechtsextremen der AfD abgrenzt, die so tun, als ob sie bürgerlich sind, aber sie sind es nicht. Sie sind Feind dieser bürgerlichen Gesellschaft und das müssen wir auch als inneren Anspruch formulieren, auch in so einem Programm.

(Beifall)

Aber es grenzt uns eben auch gegen diejenigen ab, die uns einreden wollen, es gäbe eine neue Bürgerlichkeit. Unsere Tür-zu-Tür-Wahlkämpfer kennen das Gefühl doch. Sie gehen Tür zu Tür, da öffnet ihnen ein Ehepaar, bürgerlich geprägt, er sagt: „Ich wähle FDP.“, sie sagt: „Ich wähle Grüne.“, aber beide hoffen, dass die CDU regiert. Das ist dieser Punkt, den wir auch innerlich formulieren müssen, wo es darum geht, diese moderne, neue Bürgerlichkeit, die repräsentiert auch eine moderne Volkspartei wie die CDU. Deswegen steht der Begriff da auch genau richtig drin.

(Vereinzelt Beifall)

Für die Antragskommission werbe ich, weil wir nämlich eben gesagt haben – und das ist ein Kompromiss gewesen, dem sich auch viele angeschlossen haben –, dass wir herausstellen, wir sind christlich, wir sind liberal, wir sind sozial. Aber wir sagen eben auch, wir machen eine bürgerliche Politik, die einlädt und nicht ausschließt.

Ich will vielleicht mal zum Abschluss an Heiner Geißler erinnern. Der hat den Begriff „bürgerliches Lager“ geprägt, der gesagt hat: „Jawohl, wir müssen auch die Unterschiedlichkeit in dieser Gesellschaft ansprechen, weil sie uns einzigartig macht.“ Darum geht es mit diesem Programm, es grenzt ab, es schließt Leute mit ein, die unserer politischen Philosophie folgen. Deswegen werbe ich dafür, wir sind hier nicht im soziologischen Seminar, sondern wir wollen ein Programm haben, was uns unterscheidet. Das ist ein Unterscheidungspunkt. Schönen Dank!

(Beifall)

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, gibt es Gegenstimmen? – Es sind einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag entsprechend der Antragskommission angenommen. – Ich übergebe wieder für Ziffer 9 an Mario Voigt.

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Ich rufe die Ziffer 9 zur Beratung auf. Es handelt sich um die Anträge A104 bis A112. Sie finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 32 bis 35. Dort liegen uns keine Wortmeldungen vor. Ich schaue mal ins Rund, kann ich nicht erkennen.

Dann würden wir darüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 10. Das sind die Anträge A113 bis A125. Sie finden Sie auf den Seiten 35 bis 39 Ihrer Antragsbroschüre. Auch hier liegen uns keine Wortmeldungen vor. Ich schaue ins Rund, meldet sich niemand. Dementsprechend lasse ich abstimmen über das Votum der

Antragskommission. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Und wir kommen zur letzten Ziffer. Ich rufe die Ziffer 11 zur Beratung auf. Die dazugehörigen Anträge sind die A126 bis A167. Sie sind auf den Seiten 40 bis 51 der Antragsbroschüre. Hier gibt es sehr zahlreiche Wortmeldungen. Die würde ich jetzt auch aufrufen. Zu A127 hat sich gemeldet Sarah Beckhoff vom Landesverband NRW und es hält sich bereit Annette Widmann-Mauz.

**Sarah Beckhoff:** Liebe Freunde! Wir hatten heute tolle einleitende Worte von Prof. Rödder und Carsten Linnemann. Und wir haben noch mal den Fokus darauf gelegt, dass wir das christliche Menschenbild durch dieses Grundsatzprogramm auch tragen wollen und dass wir Freiheit ermöglichen wollen und für faire Chancen sind und freie Entscheidungen.

Hier geht es darum, dass wir als Junge Union, aber auch als Mittelstandsvereinigung und auch als viele westfälische Kreisverbände sagen: „Wir möchten nicht in einem Grundsatzprogramm, wo wir auf die Freiheit und auf die Individualität des Menschen abstellen, das Wort „Gleichstellung“ haben. Gleichstellung der beiden Geschlechter.

(Vereinzelt Beifall)

Denn das Problem ist doch, wenn ich sage „Gleichstellung“, dann meine ich damit Ergebnisgleichheit. Ich gebe ein Ergebnis vor und wir stellen uns damit über die freien Entscheidungen der einzelnen Menschen. Wenn wir sagen, wir betrachten immer das Individuum und eben nicht das Kollektiv, dann dürfen wir hier das Wort „Gleichstellung“ nicht stehenlassen, sondern müssen es durch ein anderes, geeignetes Wort ersetzen, wie beispielsweise „Gleichberechtigung“. Denn wir sind für faire Chancen, für freie Entscheidungen und wollen die Durchsetzung der Gleichberechtigung. Aber wir stellen uns nicht über die freien Entscheidungen des Individuums.

Deswegen bitte ich Sie, schauen Sie auf den Antrag A127 und stimmen Sie gegen das Votum der Antragskommission und für die Anträge der Jungen Union und Mittelstandsvereinigung, für das Wort „Gleichberechtigung“. Vielen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt,** Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Beckhoff! Ich darf Annette Widmann-Mauz ans Mikrofon bitten, und Karin Prien hält sich bitte bereit.

**Annette Widmann-Mauz:** Liebes Tagungspräsidium, liebe Delegierte! Prof. Rödder hat in seiner Einführung heute Morgen sehr richtige Worte gesagt, nämlich dass wir unsere Grundwerte immer wieder einer sich wandelnden Welt anpassen. Das ist richtig. Und Sie haben einen zweiten Satz gesagt: „Menschen sind verschieden.“ Auch das stimmt. Wenn wir es ernst meinen mit unserem christlichen Menschenbild, dann müssen wir doch zunächst einmal damit anfangen,

dass der Mensch als Mann und Frau ein Geschöpf Gottes ist. Das haben wir zwar jetzt nicht reingeschrieben, weil es auch noch Dinge dazwischen gibt. Aber genau diese Feststellung, als Mann und Frau erschaffen, aufeinander angewiesen, Männer und Frauen bedingen einander, aber sie stehen einander auch gleich. Dieser Satz ist im Übrigen einer, den die CDU-Mutter des Grundgesetzes, Helene Weber, genauso in den Parlamentarischen Rat, in die Debatten, eingebracht hat, CDU-Politik pur.

Grundwerte dem Wandel der Zeit anpassen: Wir haben dafür gekämpft, dass Erziehungsarbeit und Erwerbsarbeit gleichwertig sind, einander gleichstehen, in der Rentenversicherung. Die CDU hat genau dieses zum Programm gemacht. Unsere Sozialminister standen dafür, dass die Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung angerechnet wurden. Das ist Gleichstellungspolitik. Wenn wir Wahlfreiheit wirklich ernst meinen, dann ist die Grundvoraussetzung Gleichstellung. Und das hat überhaupt nichts mit Gleichmacherei zu tun, das sollten wir uns auch nicht von anderen einreden lassen.

Deshalb will ich Sie ganz herzlich bitten: Stehen wir zu unseren Grundlagen und lassen wir das, was uns stark gemacht hat, in unserer Grundwerte-Charta auch in einer sich wandelnden Zeit mit unserem Ausdruck stehen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: So, ich darf Karin Prien an das Mikrofon bitten und Christian Baldauf hält sich bereit bitte.

**Karin Prien**: Liebes Tagungspräsidium, liebe Freundinnen und Freunde! Diese Debatte um Begrifflichkeiten führen wir übrigens in der Union seit der Formulierung unseres ersten Grundsatzzprogramms. Schon Norbert Blüm und Richard von Weizsäcker haben genau die Debatte geführt, die wir heute erneut führen.

Gleichberechtigung, meine Damen und Herren, ist die Gleichheit vor dem Gesetz der Bürgerinnen und Bürger. Sie ist notwendige, aber sie ist eben nicht hinreichende Bedingung, um eine tatsächliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu erreichen. Meine Damen und Herren, dieses Bekenntnis – um nichts anderes als tatsächliche Gleichberechtigung geht es beim Begriff Gleichstellung – dieses Bekenntnis haben wir als Union abgegeben. Ich habe gestern auf die Leitsätze von 1985 hingewiesen. Das ging aber auch weiter. Wir haben dann eine Grundgesetzänderung gehabt, 1994. Daraufhin haben wir als Instrument der Gleichstellung 1996 als Union das Frauenquorum eingeführt und uns dabei ausdrücklich zur Gleichstellung bekannt. Im Grundsatzprogramm von 2007 heißt es ausdrücklich: „Wir stehen für Gleichstellungspolitik, die Frauen und Männer gleichermaßen im Blick hat.“ Das ist unsere Position als Union seit 2007. Seitdem haben wir uns in allen Regierungsprogrammen, in allen Wahlprogrammen der Union, im Bund und in den Ländern, zur Gleichstellungspolitik bekannt.

Meine Damen und Herren, jetzt nachträglich diese Diskussion um Begrifflichkeit, die man, lieber Herr Rödder, vor 30 Jahren sicherlich hätte anders führen können, da gebe ich Ihnen Recht. Vielleicht hätte es uns auch gut angestanden, sie anders zu führen. Sie aber nachträglich jetzt rückgängig machen zu wollen, nachdem es unsere Ministerin Ursula von der Leyen gewesen ist, die den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung in Auftrag gegeben hat, nachdem es, liebe Kristina Schröder, du warst, die 2011 gesagt hat: Gleichstellung von Männern und Frauen steht im Zentrum moderner Gesellschaftspolitik, das ist deine Aussage gewesen 2011. Ich finde es wirklich befremdlich, wenn wir jetzt hinter diese Beschlussfassung, wenn wir hinter diese Errungenschaften auch der Union wieder zurückfallen wollten und nachträglich eine Begriffsdebatte führen, die längst verloren ist, meine Damen und Herren.

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Karin Prien. Christian Baldauf und als Nächstes Serap Güler.

**Christian Baldauf**: Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Freundinnen, liebe Freunde! Zunächst möchte ich betonen, es macht wirklich viel Spaß auf diesem Parteitag. Gestern eine lebhaftige Diskussion in die eine wie in die andere Richtung, mit einer Entscheidung, und heute haben wir die gleiche Situation. Es geht jetzt um die Frage einer Begrifflichkeit, die, ich glaube, aber nicht nur eine Begrifflichkeit ist. Liebe Karin, du hast jetzt die ganze Geschichte erzählt, wie es in den alten und früheren Grundsatzprogrammen war. Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesen alten Grundsatzprogrammen standen auch viele Dinge drin, die heute auch nicht mehr unsere Linie sind, beispielsweise die Frage zur Homo-Ehe und vieles andere.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb möchte ich an dieser Stelle tatsächlich dafür werben, dass wir den Begriff „Gleichstellung“ in diesem Kontext, in diesem Zusammenhang, in unserer Grundwerte-Charta eben nicht verwenden, sondern dass wir uns auf die Gleichberechtigung, auf die Chancengerechtigkeit konzentrieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren –

(Beifall)

Das hat auch einen Hintergrund, und davon bin ich wirklich fest überzeugt. Ich weiß, bei solchen Parteitagen wird dann immer gesagt: „Oh, die Rede war klasse, die war gut, die war gut.“ Ich will es aber ausdrücklich sagen: Friedrich, du hast gestern drei ganz wichtige Begriffe genannt, die für mich dazu führen, dass „Gleichstellung“ der falsche Begriff wäre. Du hast gesagt, Freiheit, Liberalität, Offenheit. Freiheit ist unbezahlbar. Freiheit heißt aber auch, dass wir über die individuelle Person unser Menschenbild entwickeln, dass wir über das christliche Menschenbild kommen, dass wir eine offene Gesellschaft sind. Deshalb heißt Freiheit für mich nicht, dass das, was mit „Gleichstellung“ verbunden ist, dass das auf die gleichen Ergebnisse

zielt, im Mittelpunkt stehen darf. Sondern, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir geben jedem die gleichen Chancen. Was er daraus macht, ist eine ganz andere Frage. Deshalb ist die „Gleichstellung“ der falsche Begriff in diesem Zusammenhang. Es muss eine „Gerechtigkeit in den Chancen“ geben.

(Beifall)

Im Übrigen, nur am Rande bemerkt, vielleicht bin ich da eher ein Exot, aber ich nehme wahr, dass im Moment – und vorher haben wir auch darüber gesprochen – wir uns abheben sollen von den anderen, dass dieser Begriff „Gleichstellung“ weniger von der Union genutzt wird, als mehr zwischenzeitlich ein linker Kampfbegriff ist.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich das vor Augen führt, wenn man überlegt, dass dieser Begriff anders besetzt ist, dann möchte ich persönlich keine Beliebigkeit haben, dann möchte ich auf der Grundlage der Freiheit, der „Chancengerechtigkeit“ verharren. Lassen Sie uns bitte den Mut haben, diese Linie auch weiterzuführen. Mit dieser Grundwertcharta haben wir eine hervorragende Grundlage für unsere Arbeit. Lassen Sie sie uns bitte nicht verwässern. Ich will Chancen, ich will keine „Gleichstellung“ haben. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Danke, lieber Christian Baldauf. Ich bitte Serap Güler um ihr Wort und es hält sich bereit Franca Bauernfeind.

**Serap Güler**: Liebe Freundinnen und Freunde, herzlichen Dank. Lieber Christian, auch herzlichen Dank dir. Ich will auch gleiche Chancen und wir sind der Meinung, dass das vor allem auch durch die „Gleichstellung“ geht. Und Karin Prien hat gerade gesagt, wir sollten nicht hinter unser Grundsatzprogramm von 2007 fallen. Liebe Freundinnen und Freunde, die Wahrheit ist: Wir würden mit der Streichung dieses Begriffs nicht hinter 2007 fallen, wir würden hinter das Jahr 1986 fallen. Das ist der Punkt.

(Beifall)

Ich möchte gerne zitieren: „Die politische Gleichstellung der Frau darf nicht Angelegenheit der Frauen allein bleiben, sondern muss zu einem Parteithema werden.“ Stammt von niemand Geringerem als Heiner Geißler, der das 1987 auf dem Parteitag in Mainz gesagt hat, ein Jahr nach dem Parteitag, wo genau diese Beschlüsse rund um die „Gleichstellung“ im Parteiprogramm verabschiedet wurden, beziehungsweise damals in die Debatte, in den Parteitag, einfließen. Hier wurde es ja gerade schon genannt. Ich weiß, dass viele von uns ein Problem mit dem Begriff haben, weil sie sagen, dass ist ein linker Begriff. Ich glaube, Heiner Geißler würde gerade im Grab rotieren, wenn wir ihm unterstellen würden, dass er sich linker Ideologie bedient hat 1987. Insofern lasst uns nicht nur nicht hinter 2007, sondern hinter 1986 fallen.

Vielleicht einfach etwas Grundsätzliches zu unserer Grundwerte-Charta: Da stehen ganz viele richtig gute Dinge und Sachen drin. Der Grundwerte-Kommission, deshalb ganz lieben, herzlichen Dank, lieber Prof. Rödder hier an dich, lieber Andreas und an die anderen Mitglieder der Kommission, die wirklich was ganz Tolles herausgearbeitet haben.

Ich fände es persönlich schade, wenn die Konzentration dieser Grundwerte-Charta sich ausschließlich darauf beziehen würde, ob wir jetzt „Gleichberechtigung“, „Chancengerechtigkeit“ oder „Gleichstellung“ da drin haben. Da steht so vieles Wichtige drin, was uns in den nächsten Jahren voranbringen würde. Deshalb lasst es uns vermeiden, dass morgen irgendwo steht: „CDU gegen Gleichstellung“. Das ist es nicht wert, dafür sind viele andere Dinge drin, auf die wir uns vielleicht konzentrieren sollten und nicht Begrifflichkeiten. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Serap. Franca Bauernfeind, und es hält sich bereit Mechthild Heil.

**Franca Bauernfeind**: Herzlichen Dank liebes Präsidium, liebe Freunde! Ich war 1986 noch nicht geboren und freue mich deswegen, dass wir auch heute darüber hier diskutieren können, weil es immer noch scheinbar eine Diskussion ist, die aktuell ist. Vielen Dank erst mal dafür! Ich spreche mich heute für Chancengerechtigkeit aus und für Gleichberechtigung. Denn diese beiden Begriffe gehen, wie wir schon gehört haben, vom Individuum aus. Liebe Freunde, wir haben viel über das „C“ heute diskutiert. Und ist das „C“ in unserer Union nicht der Buchstabe, der sich für das Individuum ausspricht? Ich denke nämlich schon.

Denn es geht darum, dass jeder, jedes Individuum nach seinem Tempo, seinem Gusto, seinem Talent, sich entfalten kann, und deswegen geht es darum, mit Gleichberechtigung die gleichen Voraussetzungen zu schaffen für jeden – aber es geht eben nicht um Gleichmacherei.

Ich kann mal kurz berichten aus den Studentenparlamenten in Deutschland: Die sind nun mal an vielen Orten links-dominiert. Wir kämpfen als RCDS dagegen. Aber genau da geht es um Gleichmacherei, da werden Rednerlisten quotiert, da dürfen Männer nicht mehr sprechen oder heterosexuelle Menschen, wenn andere sich nicht mehr melden. Das möchte ich nicht, das möchte ich nicht für die Union und deswegen spreche ich mich für „Chancengerechtigkeit“ aus. Lasst uns diese „Chancengerechtigkeit“ in die Charta aufnehmen. Vielen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: So, herzlichen Dank! Es ist jetzt Mechthild Heil gebeten, an das Mikrofon zu treten. Und danach hält sich bereit Kristina Schröder.

**Mechthild Heil**: Liebe Delegierte! Gleichstellung, Gleichberechtigung, Chancengerechtigkeit – da kann einem echt der Kopf schwirren nach so einem Abend in so einer Halle. Aber es lohnt

sich wirklich, sich diese Begriffe mal genauer anzusehen. „Chancengerechtigkeit“ – was ist das, Chancengerechtigkeit? Das ist wirklich sehr, sehr einfach. Nur beim Lotto spielen haben Sie Chancengerechtigkeit. Beim Menschen funktioniert das niemals. Ganz einfach, schon, wenn zwei Kinder in die gleiche Familie geboren werden, haben sie nicht die gleichen Chancen von Anfang an. Diese vermeintliche Ungerechtigkeit auszumerzen, das ist ein hehres Ziel. Herr Rödder, da haben Sie vollkommen Recht, ein ehrenwertes Ziel, aber es wird nie gelingen. Die Chancengerechtigkeit zwischen Mann und Frau wird nie gegeben sein, das Ziel ist deshalb zu schwach für uns in der CDU.

Gucken wir uns die „Gleichberechtigung“ an: Jeder bei uns in Deutschland hat das gleiche Recht, egal ob Mann oder Frau. Oder ich könnte es auch anders sagen: Unser Recht unterscheidet nicht zwischen Mann und Frau. Nachbesserungen im Detail sind bestimmt inbegriffen. Ein ganz anderer Begriff.

So, und jetzt kommen wir zur „Gleichstellung“. Ich bin dafür, dass dieser Begriff bei uns in der Grundwerte-Charta drinbleibt. Denn die „Gleichstellung“ bedeutet eben nicht, dass Mann und Frau, die beiden Pole unserer Geschlechter, gleich sind, sich vielleicht sogar deckungsgleich sind. Nein, es gibt bei allen Gemeinsamkeiten zwischen Mann und Frau sehr viele Unterschiede. „Gleichstellung“ bedeutet etwas ganz, ganz anderes. Jeder Mensch hat seine eigene Würde. Wir sagen im Grundgesetz: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Und jeder Mensch ist wertvoll. Er ist individuell und einzigartig. Kein Mensch hat nach unserem christlichen Wertgefüge einen höheren oder einen niedrigeren Wert. Wir sind gleichwertig, oder anders gesagt: Menschen stehen einander gleich. Und das ist die tiefe Bedeutung der „Gleichstellung“.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind trotz aller Verschiedenheit von gleichem Wert. Das gehört auch zum Gen in unserer Union, von Beginn an. Katholisch und evangelisch, gleichgestellt, und nicht etwa nur chancengerecht. West und Ost, gleichgestellt, von gleichem Wert, und nicht nur etwa chancengerecht. Frauen und Männer in der CDU sind gleichgestellt, sie sind gleich wert. Deshalb, die Gleichstellung gehört seit Jahrzehnten zu unseren Genen und sie gehört auch weiterhin in unser Grundgesetzprogramm. Danke schön!

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Dann darf ich Kristina Schröder ans Mikrofon bitten. Und es hält sich bereit Franziska Hoppermann.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Kristina Schröder**: Liebe Delegierte! Die Frage, ob wir „Gleichstellung“ oder „Gleichberechtigung“ wollen, die ist eine fundamentale. Wir haben auch heute schon gehört, dass die Formulierung auch im letzten Grundsatzprogramm aufgetaucht ist, aber, liebe Delegierte, lesen Sie mal nach. Es sind die Ziffern 30 und 145. Wir haben dort eben nicht in dieser Pauscha-

lität „Gleichstellung“ gefordert, wie wir es in der heutigen Formulierung tun. Wenn wir es jetzt so beschließen, wie es vorgesehen ist, dann ist das eine Weichenstellung für unsere Gesellschaftspolitik.

(Vereinzelt Beifall)

„Gleichberechtigung“ will Chancengleichheit am Start und „Gleichstellung“ will Ergebnisgleichheit im Ziel.

(Beifall)

Männer und Frauen sind aber nicht gleich, zum Glück. Sie wählen unterschiedliche Ausbildungen und Berufe, und dies trotz aller Girls- and Boys-Days sehr hartnäckig und weltweit kulturübergreifend. Männer und Frauen entscheiden sich nach der Geburt ihrer Kinder immer noch sehr häufig so, dass er sich stärker um die Erwerbsarbeit und sie sich ein paar Jahre stärker um die Familienarbeit kümmert. Ein veraltetes Rollenbild sei das, sagt da die Linke gern. Ich habe es immer als absolut anmaßend empfunden, private Lebensentscheidungen erwachsener Menschen derart abzuqualifizieren.

(Lebhafter Beifall)

Männer und Frauen, das kann man auch empirisch zeigen, setzen in ihrem Leben unterschiedliche Prioritäten, haben unterschiedliche Präferenzen. Ich bin der festen Überzeugung, dass auch in einer utopischen Welt größtmöglicher Freiheit, in der es keinerlei strukturelle Hürden mehr gibt, dass auch dort die Lebenswege von Männern und Frauen unterschiedlich wären. Und ich kann daran einfach nichts Schlechtes erkennen.

(Beifall)

Wenn aber, liebe Delegierte, wenn aber Männer und Frauen unterschiedlich sind, dann dürfen wir sie auch nicht pauschal gleichstellen und genau das will Gleichstellung. Was denn sonst?

(Beifall)

Gerne wird argumentiert, der Unterschied zwischen „Gleichstellung“ und „Gleichberechtigung“, der sei doch gar kein so großer, eher akademisch. Doch, liebe Delegierte, der Unterschied ist riesig. Er ist etwa so groß wie der zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft.

(Vereinzelt Beifall)

„Gleichstellung“ bedeutet Planwirtschaft in allen Lebensbereichen. Wenn wir den Begriff wirklich ernst nehmen, dann müssten wir alles quotieren, von den Elektrotechnik-Studienplätzen bis hin zu den Straßenbauarbeitern.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen für „Gleichberechtigung“, für „Chancengerechtigkeit“ sorgen, und wir müssen, liebe Delegierte, in der Tat auch dafür sorgen, dass diese gleichen Chancen wirklich genutzt werden können, etwa durch gute Kinderbetreuung. Deshalb ist es klug, dass MIT und Junge Union in dem Antrag A127 ganz richtig fordern, von „tatsächlicher Chancengerechtigkeit“ zu sprechen. Aber was wir nicht brauchen, ist ein Staat, der sich anmaßt, in Lebensentscheidungen erwachsener Frauen und Männer korrigierend einzugreifen und für „Gleichstellung“, gar noch für tatsächliche Gleichstellung, in allen Lebensbereichen zu sorgen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir dies fordern, dann wäre dies, liebe Delegierte, eine Verbeugung vor der Identitätspolitik. Bitte lassen Sie uns hier als Union uns klar abgrenzen und selbstbewusst unseren eigenständigen Weg gehen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Kristina Schröder! Franziska Hoppermann, und es hält sich bereit Nadine Schön.

**Franziska Hoppermann**: Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte! Ich teile die bisher geäußerte Kritik am Begriff „Gleichstellung“. Aber das sind ehrlich gesagt alles Unterstellungen und gar nicht das, was der Begriff Gleichstellung eigentlich meint.

(Vereinzelt Beifall)

„Gleichstellung“ bedeutet nicht Gleichmacherei, das bedeutet nicht Ergebnisgleichheit. Es braucht sowohl „Gleichberechtigung“ als auch „Gleichstellung“. Natürlich sind das fundamental unterschiedliche Dinge. „Gleichberechtigung“ ist die Frage, darf ich einen Raum betreten, bin ich berechtigt, einen Raum zu betreten, und „Gleichstellung“ ist die Frage, betrete ich einen Raum auf Augenhöhe mit anderen.

(Beifall)

Nicht, komme ich an einer Überholspur oder wie auch immer am Ende aus einem Raum heraus. Und diese „Gleichstellung“ haben wir vor Recht und Gesetz und auch an anderen Stellen noch nicht überall erreicht. Ich gebe gerne zwei Beispiele aus meinem Alltag und dem meiner zwei Schwestern und zwei Brüder.

Im Steuerrecht zum Beispiel sind Ehepartner nicht gleichgestellt. Ich weiß nicht, wer hier selber die Steuererklärung erstellt, aber schon im Mantelbogen ist es so, dass Ehemänner die Steuererklärenden sind und Ehefrauen nur die Miterklärenden. Der Steuerpflichtige eines Ehepaares ist immer der Ehemann. Vor dem Steuerrecht sind Ehefrauen und Ehemänner nicht gleichgestellt.

Umgedreht ist es im Umgangsrecht so. Getrenntlebende Eltern sind häufig nicht gleichgestellt im Umgang mit ihren Kindern. Da wird jeder Beispiele kennen, wo Männer benachteiligt sind im Umgang mit ihren Kindern, wenn sie von der Mutter getrennt leben.

(Vereinzelt Beifall)

Für faire Chancen braucht es gleiche Behandlung und deshalb steht es im Übrigen auch in § 15 unseres Bundesstatuts schon drin. Ich habe deshalb in der Grundwertekommission sehr gerne für den Begriff „Gleichstellung“ gekämpft und ich bin der Antragskommission dankbar, dass sie das aufgegriffen hat. „Gleichstellung“ ist aus den von mir geschriebenen Gründen deshalb auch Bestandteil europäischen Rechts. „Gleichberechtigung“ und „Gleichstellung“ sind weder austauschbar noch meinen sie das Gleiche. Es ist nicht Ergebnisgleichheit, sondern es ist eher Chancengleichheit, wie Sie hier alle fordern. Vielen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: So, dann darf ich Nadine Schön nach vorne bitten, und es hält sich bereit Thomas Rachel.

**Nadine Schön:** Liebe Freundinnen und Freunde! „Gleichberechtigung“ ist kein neuer Begriff. Wir haben seit Jahren Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen, wir haben seit Jahren Gleichstellungsministerinnen und -minister, auch der Union. Wir sagen seit Jahren vor Ort in den Kommunen, bei Kommunalwahlen, auf Landesebene, auf Bundesebene, auf europäischer Ebene, dass wir uns für „Gleichstellung“ einsetzen. Und jetzt soll der Begriff plötzlich falsch sein?

Ich verstehe die Argumentation schon. Aber ehrlich, haben wir seit Jahren immer all die Jahre gemeint, dass wir Gleichmacherei wollen? Haben wir all die Jahre Ergebnisgleichheit gewollt? Mitnichten, wir hatten doch immer unsere eigene Vorstellung vom Begriff „Gleichstellung“ und das lassen wir uns doch nicht von anderen sagen, wie „Gleichstellung“ zu verstehen ist. Für uns bedeutet Gleichstellungspolitik immer, dass wir die Unterschiedlichkeit zwischen Männern und Frauen anerkennen, und sie bedeutet immer, dass wir die Chancen nutzen. Sie bedeutet immer, dass wir Nachteile beseitigen wollen, damit wir die Vielfalt, die wir in unserem Land haben, auch explizit nutzen können.

Und Kristina Schröder, das Argument, das du gebracht hast, das spricht doch gerade dafür, dass wir uns für „Gleichstellung“ einsetzen, denn, –

(Vereinzelt Beifall)

Frauen bleiben öfter in den ersten Jahren nach der Geburt eines Kindes zu Hause. Genau aus diesem Grund haben wir als Union uns für die Mütterrente eingesetzt, weil wir gesagt haben:

(Beifall)

Wir brauchen eine Gleichstellung dieser unterschiedlichen Lebensentwürfe in der Rente. Wir brauchen eine Gleichstellung zwischen denen, die nach acht Wochen wieder arbeiten gehen, und denen, die eine Weile für ihre Kinder zu Hause bleiben. Das ist „Gleichstellung“, wie wir es meinen, die Unterschiedlichkeit zu sehen und eben die Nachteile daraus zu beseitigen. Das ist Gleichstellungspolitik der Union. Chancengerechtigkeit in diesem Beispiel hieße, der Frau zu sagen: „Du hast doch alle Chancen, kannst doch direkt wieder arbeiten gehen, hindert dich doch niemand daran.“ Ist das unsere Antwort?

(Beifall mit Rufen)

Ich bin dafür, dass wir diesen Begriff beibehalten, weil wir ihn seit 30 Jahren benutzen, weil wir eine eigene Interpretation dieses Begriffs haben und weil wir der Meinung sind, dass Menschen in ihrem Wert einander gleichstehen, und das ist Gleichstellungspolitik aus christdemokratischer Sicht. Deshalb bitte ich Sie, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Wir haben auch heute Morgen wieder eine wunderbare Diskussion und gleichzeitig wollen wir natürlich auch unseren Parteitag in einem guten zeitlichen Rahmen halten. Dementsprechend darf ich sagen, wir haben jetzt noch acht Wortmeldungen. Ich schaue nochmal ins Rund und möchte denjenigen, der sich noch ermuntert fühlt zu reden, dem das jetzt kurz zurufen, ansonsten würde ich dann die Rednerliste schließen.

(Vereinzelt Beifall)

Das Protokoll notiert Applaus. Und wir kommen jetzt als Nächstes zu Thomas Rachel, und es hält sich bereit Andrea Klieve.

**Thomas Rachel**: Liebe Delegierte! Wir als Christdemokratinnen und als Christdemokraten stehen in einer Tradition. Wir stehen auch in einer Tradition unserer Grundsatzprogramme, die wir in den vergangenen Jahrzehnten gemeinsam diskutiert haben. Hier gibt es einen zentralen Satz aus dem Grundsatzprogramm von 2007. „Wir stehen für eine Gleichstellungspolitik.“ Das haben wir auch in den vergangenen Jahren gemacht, auch in Regierungsverantwortung, als Christdemokratinnen und Christdemokraten in den vergangenen Jahren Regierungsverantwortung gehabt haben. Wollen wir allen Ernstes mit dem heutigen Programm diesen Programmsatz streichen und rückgängig machen? Was wäre das für ein erbärmliches Signal an 50 Prozent unserer Bevölkerung?

(Beifall)

Es gibt einen weiteren interessanten Satz im Grundsatzprogramm von 2007: „Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer vor Gott gegebenen Würde und

Freiheit.“ Sie haben richtig gehört, ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde und Freiheit. Das gilt selbstverständlich sowohl für Frauen wie auch für Männer.

Worum geht es also? Es geht doch darum, dass wir durch das Mittel der „Gleichberechtigung“ der Geschlechter das Ziel der tatsächlichen „Gleichstellung“ von Mann und Frau verwirklichen. Alle Frauen sollen die gleichen Berufe, Aufgaben, Vorstandspositionen in Gewerkschaften, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen, Schulleitungen übernehmen können, wie dies auch Männer heutzutage tun können. Und sie sollen auch zu den gleichen Löhnen bezahlt werden und zu den gleichen Gehältern. Das ist es nämlich, worum es eigentlich bei dieser Debatte geht. Deshalb meine abschließende Bitte an alle Delegierten, aber vielleicht ganz besonders an die Delegierten, die eine Tochter haben oder eine Enkelin und deren erfolgreichen Weg im Blick haben. Unterstützen Sie über das Mittel der „Gleichberechtigung“ das Ziel der „Gleichstellung“ auch von Ihren Töchtern in unserer Gesellschaft. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Thomas Rachel. Ich darf Andrea Klieve nach vorne bitten, und es hält sich bereit Ina Scharrenbach.

**Andrea Klieve:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich habe bei mir im Umfeld festgestellt, dass diese semantische Debatte am Samstagmorgen doch den einen oder anderen überfordert. Deshalb wollte ich gerne einmal für Sie einordnen, um was es geht. Ich habe einen kleinen Vorteil, denn ich habe die Antragsmappe in Papier vorliegen. Das ist vielleicht dann etwas einfacher, als wenn man es am Tablet liest. Es geht um diese ganz wunderbare Ziffer 3, in der in ganz wunderbaren Worten beschrieben wird, wo wir hinwollen. Wir in der CDU arbeiten für ein Deutschland in Europa, dann kommen sehr viele gute Punkte, und es geht um den Punkt. Ich lese ihn einmal vor: „... in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht sind.“ Also die „Gleichberechtigung“ der Geschlechter ist ausdrücklich drin und das ist ein guter Punkt. Aber „Gleichstellung“, das ist der Begriff, gegen den sich der Antrag nicht nur von Junger Union und Mittelstandsvereinigung, sondern auch von einigen Kreisverbänden richtet, zu sagen: Hier wollen wir einen anderen Begriff.

Warum? Es ist viel gesprochen worden, jeder hat seine eigene Definition der Begriffe. Ich lese dann immer ganz gerne mal Wikipedia. Da steht nämlich: „Gleichstellung: Maßnahmen der Angleichung der Lebenssituation von im Prinzip gleichberechtigten, heterogenen Bevölkerungsgruppen.“ Maßnahmen der Angleichung der Lebenssituation? Ist das etwas, was sich wirklich christdemokratische Politik auf die Fahne schreiben sollte? Oder nehmen wir die Menschen so an, wie sie sind und sorgen mit Chancengerechtigkeit dafür, dass sich jeder in dem Maße entfalten kann, wie es ihm möglich ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe zwei Töchter, und ich glaube, auch für die ist „Chancengerechtigkeit“ der richtige Begriff.

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Andrea Klieve. Ich darf Ina Scharrenbach nach vorne bitten, und es hält sich bereit Zemfira Dlovani.

**Ina Scharrenbach**: Liebes Tagungspräsidium, liebe Delegierte! Ein Grundsatzprogramm bietet immer die Möglichkeit, dass man sich noch mal vergegenwärtigt, was sind die wichtigen Dinge für uns als Christlich Demokratische Union. Deshalb ist es richtig und das ist wichtig, dass wir heute darüber natürlich auch debattieren. Aber offen gesagt, frage ich mich: Worüber streiten wir eigentlich? Denn wenn Sie in die Gesellschaft gucken, wenn Sie in Ihre Städte und Gemeinden gucken, in die Vereine, Verbände, Organisationen, in denen Sie unterwegs sind. Wird da ernsthaft darüber diskutiert, heißt es „Gleichberechtigung“ oder „Gleichstellung“?

Es ist doch längst bei den Menschen angekommen. Wenn wir uns unsere eigene Geschichte vergegenwärtigen, dass mit den großen Programmdebatten seit den 70 Jahren die Christlich Demokratische Union einen Weg gemacht hat bei den Themen „Gleichberechtigung“ und „Gleichstellung“, dann gebe ich all den Vorrednern und Vorrednerinnen Recht, die sagen: Wollen wir ernsthaft hinter 1985 zurück? Ist das ein Zurück in die Zukunft, was hier beabsichtigt wird, wenn man das hier so beschließt? Nein, das ist es nicht, sondern die CDU entfernt sich in dem Fall, wenn das so beschlossen werden würde und die „Gleichstellung“ hier heute gestrichen würde, von der Gesellschaft. Deswegen haben wir gestern ein so wunderbares Zeichen raus gesendet. Und man darf hier eines auch mal sagen: Wir als CDU definieren für uns, was Gleichstellungspolitik ist, und das haben wir seit 1985 in verschiedenen Grundsatzprogrammen, in Leitenträgen, in Debatten, getan.

Sie alle, egal ob Kommunalpolitiker, ob Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Europaabgeordnete, regelmäßig im Frühjahr eines Jahres geht es um „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, dafür stehen Sie, egal ob CDA oder MIT, ob Junge Union oder Frauenunion. Weil wir sagen, das ist ein Recht und das ist ein Teil von Gleichstellungspolitik, gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Es ist auch ein Teil von Gleichstellungspolitik, so wie wir sie verstehen als Christlich Demokratische Union, dass es gleiche Aufstiegschancen gibt, dass es gleiche Bildungschancen gibt, dass es gleiche Berufschancen gibt. Das ist unser Verständnis. Und ganz ehrlich: Wir lassen uns von anderen Parteien doch nicht erklären, was Gleichstellungspolitik ist. Das machen wir doch bei anderen Themen auch nicht.

(Beifall)

Wir definieren, was Gleichstellungspolitik für uns ist. Deshalb möchte ich Sie bitten, dem Antrag des Bundesvorstandes an dieser Stelle zuzustimmen. Lassen Sie uns den Weg, den wir über

so viele Jahre gemeinsam beschritten sind, für Gleichstellungspolitik aus christlich-demokratischer Unions-Sicht weitergehen, denn das ist der richtige Weg. Danke sehr!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Danke, Ina Scharrenbach! Und ich darf aufrufen Zemfira Dlovani, und es hält sich bereit Angelika Volquartz.

**Zemfira Dlovani**: Liebe Parteikolleginnen, liebe Parteikollegen! Es wurden sehr viele, sehr gute Argumente vorgebracht, und ich möchte jetzt einfach auch nicht mehr alles wiederholen. Aber nur vielleicht ein paar Punkte. Ich bin vor zehn Jahren in die CDU eingetreten, gerade deswegen, weil im § 15 im Statut „Gleichstellung“ mit drin war. Ich kann mich mit der Gleichstellungspolitik der CDU sehr gut identifizieren, und ich glaube, viele Menschen aus meinem aus meinem Kulturkreis auch. Ich bin die Vorsitzende des Zentralrates der Jesiden. Es wäre ein fataler Fehler, heute diesen Begriff hier aus dem Statut zu streichen.

(Beifall)

Auch ich gehöre zu denen, die auch die Gegenargumente verstehen. Gar keine Frage, ich bin Juristin. Ich weiß, wie es ist, wir haben hier gute Argumente auf beiden Seiten. Aber dennoch muss man sich wirklich vergegenwärtigen, was es heute heißt, wenn wir diesen Begriff streichen. Dann ist es, lieber Herr Rachel, nicht nur ein fataler Fehler oder ein falsches Signal an 50 Prozent dieser Bevölkerung, an die Frauen, sondern auch wirklich an alle Minderheiten, die wir hier in Deutschland haben, zu der ich gehöre, für die ich heute auch spreche.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen kürze ich es ab und bitte, nicht den Begriff „Gleichstellung“ zu streichen und beizubehalten. Danke schön!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Angelika Volquartz, und es hält sich bereit Christoph Ploß.

**Angelika Volquartz**: Meine Damen und Herren, ich will nicht stolpern über den Begriff „Gleichstellung“ oder „Gleichberechtigung“. Ich möchte einen Begriff aus der Seefahrt hier nutzen. Die Frage, kommt ein Schiffseigner und eine Schiffseignerin, wer ist der Kapitän und wer ist der Reeder. Und die Antwort muss lauten: Gleichberechtigt, weil gleichgestellt, beide sind beides. Wenn ich als Mutter einer Tochter mir vorstelle, dass ich nicht nur dieser Tochter, sondern inzwischen auch der Enkelin erklären muss, dass meine Partei, für die ich bei unseren Enkelkindern sehr stark werbe, dass meine Partei hinter die Begrifflichkeit „Gleichstellung“ zurückfällt, dann sagen die: „Wie kann das sein? Ich denke, eure Partei will den Fortschritt propagieren und leben und nicht den Rückschritt.“ Das kann und darf nicht sein.

(Beifall)

Der Ausgangspunkt für „Gleichberechtigung“ ist die „Gleichstellung“. Das muss man sich vor Augen führen, und dahinter dürfen wir nicht zurückfallen. Und lieber Christian Baldauf, wenn Sie sagen, die Homoehe hat auch nicht dringestanden und sie steht jetzt drin. Die „Gleichstellung“ hat dringestanden, wir nehmen etwas raus und ersetzen sie durch einen Begriff, der eine Selbstverständlichkeit ist, genauso wie die „Gleichstellung“ eine Selbstverständlichkeit ist. Nie hat es eine Diskussion zwischen meinem Mann und mir gegeben, ob wir gleichgestellt sind oder gleichberechtigt. Wir haben „Gleichstellung“ gelebt, und das erwarte ich von der CDU, dass sie ganz klar sagt, die „Gleichstellung“ ist eine Selbstverständlichkeit. Liebe Kristina Schröder, es hat mich erschreckt, dieses mit dem Begriff der Planwirtschaft gleichzustellen.

(Beifall)

Das ist einfach katastrophal! Das sage ich ganz deutlich. Die Bürgerinnen und Bürger, und das kann ich sehr gut aus meiner Zeit als Oberbürgermeisterin beurteilen, die sind gleichgestellt, die wollen gleichgestellt sein. Und bitte, nehmen wir das Bild unserer Menschen, nehmen wir die Fifty-fifty-Bevölkerungszusammensetzung und bleiben wir bei dem Begriff der Gleichstellung, denn das ist die Garantie für die Gleichberechtigung. Herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Danke schön! Christoph Ploß, und es hält sich bereit Hermann Gröhe.

**Dr. Christoph Ploß**: Liebes Tagungspräsidium, verehrte Delegierte! „Gleichberechtigung“ oder „Gleichstellung“, da sagen manche, die Menschen draußen, die haben doch ganz andere Problem, die wollen Antworten finden –

(Beifall)

– auf die Energiekrise, auf die Inflation. Sicherlich ist es richtig, dass das nicht das Thema ist, was an den Abendbrotstischen in Deutschland diskutiert wird. Trotzdem muss eine Partei, die wieder Regierungsverantwortung übernehmen möchte, die den Anspruch hat, ein intellektuelles Fundament zu bilden und eine Agenda zu vielen unterschiedlichen Problemen unseres Landes auszuarbeiten, eine solche Partei muss sich auch mit diesen Begriffen beschäftigen.

Für mich ist damit, genauso wie für viele andere, nicht nur irgendein Wort verbunden, was irgendwo auf Seite 14 in irgendeiner Zeile steht. Sondern damit verbunden ist eine entscheidende Weichenstellung. Wollen wir erneut, wie teilweise in der Vergangenheit auch geschehen, Begriffe aus dem rot-rot-grünen Milieu übernehmen, um Ruhe zu haben und Themen abzuräumen, oder wollen wir eine eigene Agenda der bürgerlichen Vernunft in Deutschland entwickeln und in die nächsten Wahlkämpfe ziehen?

(Beifall)

Deswegen werbe ich für den Begriff „Gleichberechtigung“ und für eine gleichberechtigte Gesellschaft. Denn ich bin genauso wie viele andere in die CDU eingetreten, weil die CDU für das Leistungsprinzip steht, weil die CDU für einen fairen Wettbewerb steht, weil die CDU dafür steht, dass alle Menschen in Deutschland gleiche Rechte, gleiche Chancen haben, unabhängig vom Geschlecht, vom Einkommen der Eltern, von der regionalen Herkunft, von der sexuellen Orientierung. Allen Menschen in Deutschland müssen wir gleiche Rechte, gleiche Chancen ermöglichen. Jetzt wurde eben in der Debatte gesagt, das kriegt man gar nicht hin. Natürlich wissen wir, dass die Herkunft immer auch entscheidend ist für den Werdegang. Aber unser Ziel muss es auch sein, Ungerechtigkeiten zu Beginn eines Lebens möglichst zu beseitigen, gleiche Startchancen zu verschaffen, aber am Ende nicht alle Menschen gleichzumachen. Deswegen ist das ein riesiger Unterschied, was wir heute beschließen.

(Beifall)

Deswegen, liebe Delegierte, lassen wir uns heute den Begriff „Gleichberechtigung“ verankern. Lassen Sie uns damit zum Ausdruck bringen: Wir sind für eine Chancenrepublik Deutschland, wir sind auch für die Bildungsrepublik Deutschland, wir sind dafür, dass alle Menschen gleiche Rechte, gleiche Chancen haben wollen, aber wir sind nicht dafür, dass nach identitätspolitischen Motiven alle Menschen gleichgemacht werden. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Danke, Christoph Ploß! Ich darf aufrufen Hermann Gröhe, und dann darf sich Carsten Linnemann bereithalten.

**Hermann Gröhe**: Herr Tagungspräsident, lieber Mario, liebe Freundinnen, liebe Freunde! Wir hatten gestern eine starke Diskussion über die Ausgestaltung von Gleichstellung in unserer Partei. Aber niemand hat in Zweifel gezogen, dass die Regelung, die wir gestern getroffen haben, eine Veränderung von § 15 war, und der heißt: „Gleichstellung von Frauen und Männern“.

(Vereinzelt Beifall)

Niemand hat das in Zweifel gezogen. Und natürlich – aber bauen wir das bitte nicht als Pappkameraden auf – gibt es quere linke Vorstellungen von Gleichstellungspolitik. Aber liebe Freundinnen, liebe Freunde, wenn ich Ihnen vorlese, was die Linkspartei zum Thema Solidarität sagt, wer käme denn auf die Idee, Solidarität zu streichen?

(Beifall)

Wenn ich Ihnen vorlese, welchen Unsinn manche Liberale über Freiheit sagen, wer käme denn auf die Idee, Freiheit zu streichen?

(Vereinzelt Beifall)

Nein, wir nehmen den Kampf auf, über unser Freiheitsverständnis, über unser Solidaritätsverständnis, und wir räumen den Linken nicht das Feld bei freiheitlicher Gleichstellungspolitik, sondern wir füllen sie christdemokratisch mit guten Ergebnissen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, es geht nicht nur um Startchancen. Niemand in der Union will einen Staat, der Ergebnisse garantiert, übrigens auch die Mehrheit unserer Gesellschaft nicht. Wenn diese Sirenenklänge gelegentlich Erfolg haben, dann doch deswegen, weil Menschen an der Fairness von Chancen zweifeln. Aber es geht um mehr als Startchancen. Es geht darum, sichtbare und unsichtbare Barrieren aus dem Weg zu räumen. Es geht darum, nicht nur zu sagen, die Tür ist gar nicht verschlossen, nein, es geht darum, die Tür aufzureißen, das ist freiheitliche Gleichstellungspolitik.

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hermann! Dann Carsten Linnemann abschließend zu dem Punkt.

**Dr. Carsten Linnemann**: Liebe Delegierte! Ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern, es war eine Zeit vor zwei oder zweieinhalb Jahren, dann habe ich in einem ganz normalen Interview gesagt, dass ein Kind, was kein Deutsch kann oder zu wenig Deutsch kann, um dem Lehrer im Unterricht zu folgen, dass wir das fördern müssen über eine Vorschulpflicht. Ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern. Das habe ich damals gefordert, weil ich glaube, der gesunde Menschenverstand zeigt es eigentlich auch, dass wenn jemand eingeschult wird, dass es Sinn macht, dass er der deutschen Sprache einigermaßen mächtig ist, um dem Lehrer zu folgen. Da habe ich diesen Vorschlag gemacht und dann ging es los. Da kam ein Shitstorm, es ging bis zum Rassisten, in die rechte Ecke, der zielt irgendwie auf etwas ab. Überhaupt nicht. Hat auch gar nichts nur mit Zuwanderung zu tun, sondern auch diejenigen, die hier geboren sind, da gibt es auch sozial schwache Familien, wo wir Kinder fördern müssen.

Und soll ich Ihnen mal was sagen? Jeder, gerade auch in Berlin, die sich da gemeldet haben, da waren alle linken Parteien dagegen. Alle linken Parteien waren dagegen, dass wir diese Chancengleichheit unten herstellen, dass wir den Einzelnen fördern. Sondern sie waren für kollektives Denken, alle einschulen, alles gleichmachen, am besten noch alle die gleiche Note. Das Ende vom Lied ist, dass ich vor zwei Wochen wieder mit einer Lehrerin telefoniert habe, dieses Mal in Neukölln in Berlin. Sie sagte dann zu mir: „Herr Linnemann, Sie haben das vor zweieinhalb Jahren gesagt, aber es ändert sich nichts in Berlin.“ Sie hat mir gesagt: „Ich habe sechs Kinder in meiner Klasse, die können die deutsche Sprache nicht, die können mir nicht folgen.“ Und da dürfen wir doch nicht mitmachen. Das steht stellvertretend für dieses kollektive Denken, das machen die linken Parteien, die denken kollektiv. Die definieren Schubladen und machen

dann für diese Schubladen Politik. Wir kommen vom christlichen Menschenbild, wir sehen den Einzelnen, der Einzelne ist ein Unikat, der muss gefördert werden, das ist entscheidend.

(Beifall)

Und das ist die Debatte, die wir heute führen. In allen Zeitungen, die ich gelesen habe, Wissenschaftler, wird ganz klar gesagt, Prof. Rödder, ganz klar gesagt: „Gleichstellung“ ist Ergebnisgleichheit, geht vom Kollektiv aus, nicht vom Einzelnen. Deswegen, bitte tut mir einen Gefallen, für Chancengerechtigkeit, für den Einzelnen, gleiche Startchancen, Aufstiegsgesellschaft.

(Beifall)

Wir wollen, dass die Menschen aufsteigen. Deshalb bitte „Gleichberechtigung“ und „Chancengerechtigkeit“, das ist wichtig. Danke!

(Lebhafter Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Carsten Linnemann!

Damit sind die Redebeiträge zu dem Punkt über Gleichstellung von Mann und Frau ausgeschöpft, aber noch nicht die Redebeiträge zu Ziffer 11. Wir haben noch zwei Redebeiträge zur Ziffer 11, die würden wir noch aufrufen. Danach wollen wir als Tagungspräsidium Ihnen vorschlagen, dass wir über diesen sehr umfangreichen Diskussionspunkt separat abstimmen, um dann danach ganzheitlich über die Ziffer 11 abzustimmen.

Zuvorderst rufen wir aber für den Antrag A144 Philipp Heißner aus dem Landesverband Hamburg auf, und es hält sich bereit Lars Brakhage aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

**Philipp Heißner:** Liebe Freunde, liebe Delegierte! Wir haben heute schon an mehreren Stellen festgestellt, dass einzelne Worte durchaus erhebliche Bedeutung haben können. Darum geht es auch in diesem Fall, denn uns ist aufgefallen, dass in der ganzen Grundwerte-Charta, so wie sie jetzt vorgestellt wird, das Wort Meinungsfreiheit und die freie Meinungsäußerung kein einziges Mal außerhalb des parteiinternen Bezugs vorkommt. Deswegen würden wir es an dieser Stelle gerne ergänzen. Es ist bereits erwähnt, ein offenes Meinungsklima, das wir anstreben. Das ist auch schön, aber wir alle wissen, ein Meinungsklima, auch wenn es offen ist – Elisabeth Noelle-Neumann hat diesen Begriff geprägt – ist eher etwas, ist das, was die Allgemeinheit als Meinungsklima vorsieht, da geht es auch, um das, was akzeptabel ist, zu sagen.

Es ist aber gerade nicht die Meinungsfreiheit und die freie Meinungsäußerung des Einzelnen. Gerade im Jahr 2022, wo wir erleben, dass Vorlesungen abgesagt werden, weil eine radikale Minderheit der Inhalt dieser Vorlesung nicht gefällt, oder Bücher nicht mehr verlegt werden, weil einer radikalen Minderheit der Inhalt dieser Bücher nicht mehr gefällt, wäre es extrem zeitgemäß und extrem wichtig, dass wir dieses zentrale Element unserer Demokratie, unseres Landes und auch unserer Partei, nämlich „die freie Meinungsäußerung“ – es sind nur drei Wör-

ter, die Gewährleistung der freien Meinungsäußerung – aufnehmen in unsere Grundwerte-Charta. Vielen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Danke schön! Lars Brakhage. Es hält sich bereit für die Antragskommission Serap Güler.

**Lars Brakhage**: Vielen Dank! Inhaltlich hat der Kollege schon alles gesagt. Ich kann nur dafür werben, den Antrag von Hamburg-Eimsbüttel zu unterstützen. Ich glaube, als Christdemokraten steht es uns gut zu Gesicht, wenn wir noch mal klarmachen, dass wir nicht nur Meinungsklima wollen, sondern eben auch die freie Meinungsäußerung. Deswegen werbe ich für diesen Antrag, inhaltlich hat Philipp, glaube ich, alles gesagt. Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Danke schön! Serap Güler, bitte.

**Serap Güler**: Liebe Parteifreunde! Inhaltlich überhaupt kein Widerspruch zu dem, was Philipp hier gerade gesagt hat. Die Antragskommission hat sich dagegen entschieden, weil es sich sonst einfach um eine Doppelung handeln würde. Es ist kein anderer Grund dahinter. Weil mit dem Passus „... in dem ein offenes Meinungsklima herrscht“ eigentlich unserer Meinung schon alles gesagt ist.

Wie gesagt, inhaltlich gibt es keinen Dissens. Es wäre die Überlegung gewesen, ob man das dann streicht, aber es stand nicht zur Debatte. Insofern hätte es sich nur um eine Doppelung gehandelt. Deshalb bitte ich Sie alle, dem Vorschlag der Antragskommission zu folgen. Herzlichen Dank!

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Danke schön, Serap! Damit sind die Redner für die Ziffer 11 erschöpft und wir kommen zur Abstimmung. Der Diskussionsverlauf und die lebhafteste Debatte legen nahe, dass es besonders um die Passage in den Zeilen 324 bis 326 geht. Ich lese sie noch mal vor:

„... in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht sind.“ Das ist die Empfehlung der Antragskommission.

Ich würde jetzt genau über diese Formulierung, über diese drei Zeilen separat abstimmen lassen, und danach dann über die Gesamtziffer 11.

Wer dem Votum der Antragskommission in der Formulierung – Tilman Kuban, Geschäftsordnungsantrag?

**Tilman Kuban**: Die Sarah Beckhoff hat das vorhin beantragt, dass wir den 127 separat abstimmen. Könntest du jetzt noch mal einmal sagen, über was jetzt konkret abgestimmt wird?

(Vereinzelt Beifall)

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Ich dachte ich hätte es gesagt, aber ich versuche, mich nochmal deutlicher auszudrücken.

Also: Es geht um die Zeilen 324 bis 326. Die Formulierung der Antragskommission lautet: „... in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht sind.“ Das ist das Votum der Antragskommission.

Ich würde jetzt über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Erhält das eine Mehrheit, hätte sich der Antrag, den du gerade aufgerufen hast, erledigt. Würde es keine Mehrheit dafür geben, würde ich dann über den Antrag abstimmen lassen und danach über die Ziffer 11, über die Gesamtpassage. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das kann ich nicht erkennen.

Dann würde ich jetzt um die Abstimmung über die Passage „...in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht sind“, Empfehlung der Antragskommission, abstimmen lassen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist eine enge Kiste, würde ich sagen.

Dementsprechend – wir haben das Tablet – würde ich jetzt dafür plädieren, dass wir das per digitaler Abstimmung ermitteln. Die Antragskommission stellt das jetzt gerade digital ein. Das dauert kurz eine Minute oder zwei. Ich glaube, die haben wir noch, und dann würden wir darüber abstimmen. So, ich höre gerade, es ist eingestellt auf Ihrem Tablet. Dann darf ich um die Abstimmung bitten. – Ist noch nicht eingestellt? – Okay. So, ich höre hier oben, es ist auf Ihrem Tablet. Ich gucke in ermutigte Gesichter, sehr gut.

Dann darf ich noch mal sagen, was zur Abstimmung steht. Wer dem Votum der Antragskommission in der Formulierung „...in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht sind“, folgen möchte, der muss mit Ja abstimmen. Wer dagegen votiert, mit Nein. Bitte Sie, jetzt abzustimmen.

Ich höre, dass in der hessischen Ecke ein paar Tablets nicht funktionieren. Insofern bitte ich die Abstimmung noch offenzuhalten und zu klären, wie man das Ergebnis dort ermitteln kann. Ich bitte mal diejenigen, deren Tablet nicht funktioniert, es einfach mal hochzuhalten, das macht es, glaube ich, praktischer. – So, da kommen sportliche Servicemitarbeiter. So, bitte mal diejenigen, wo das Tablet nicht funktioniert, den Arm hochhalten. – So, hat jetzt jeder ein Tablet, das funktionsfähig ist? Gut, dann bitte ich diejenigen, die noch ihre Abstimmung nachholen müssen, das jetzt zu tun. Ich darf noch mal sagen, dass wir über das Votum der Antragskommission abstimmen und ich schließe dann die Abstimmung.

(Abstimmungssignal)

So, wir haben ein Ergebnis.

(Beifall)

Die erforderlichen Stimmen waren 396. Auf das Votum der Antragskommission entfielen 434, dagegen votierten 356, 15 enthielten sich. Damit wurde dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Ich darf über die Ziffer 11 in Gänze abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission über die Ziffer 11 seine Zustimmung geben kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen. Das beinhaltet auch den Antrag A144, weil die Antragskommission sich auch zu allen Anträgen geäußert hat. Dementsprechend ist damit auch die Ziffer 11 angenommen.

(Vereinzelt Beifall)

Damit sind alle Punkte und alle Ziffern der Grundwerte-Charta beschlossen. Wir haben damit eine Grundwerte-Charta. Das Fundament ist gelegt für die Grundsatzprogramm-Diskussion, Kampf um Begriffe, Kampf um Inhalte, aber vor allen Dingen auch eine gesellschaftliche Idee. Das haben wir heute hier beschlossen, die Beratung des A-Antrages ist damit abgeschlossen.

Ich darf recht herzlich der Kommission unter Prof. Rödder noch mal danke schön sagen, auch im Namen von Serap Güler, Carsten Linnemann und dem ganzen Parteitag. Schönen Dank für Ihre Arbeit!

(Beifall)

Die programmatische Erneuerung geht weiter. – Dann kommen wir zu

TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

Grußworte

Es ist mir eine besondere Freude, den Mann anzukündigen, den wir in den kommenden vier Wochen mit allen Kräften und mit viel Elan unterstützen wollen. Bevor wir ihn hier gleich reden hören, haben wir einen Wahlkampfspot der CDU Niedersachsen, den wir jetzt gleich auf dem Bildschirm sehen werden. Bitte Spot ab!

(Wahlkampfspot)

Hallo, ich bin Bernd Althusmann, Wirtschaftsminister von Niedersachsen. In anderen Wahlwerbespots erzählen Politiker gerne von sich und ihrem Leben. Ich schenke die Zeit lieber denen, um die es wirklich geht in unserem Land.

Männliche Stimme: Ich wünsche mir, dass die Arbeit der Landwirte mehr wertgeschätzt wird und die Landwirtschaft eine Zukunft hat.

Weibliche Stimme: Ich bin Pflegefachkraft. Aufgrund des Personalmangels sind wir seit Jahren dauerhaft überlastet.

Männliche Stimme: Ich würde mir wünschen, dass Polizisten mehr Wertschätzung und Anerkennung erfahren.

Männliche Stimme: Wir brauchen mehr Fahrzeuge für den Katastrophenschutz und vor allem Aus- und Fortbildung.

Weibliche Stimme: Wir brauchen dringendst 100 Prozent Unterricht ohne Ausfall.

Männliche Stimme: Wir sind seit Langem auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum für unsere kleine Familie.

Weibliche Stimme: Wir sind ein Traditionsbetrieb seit über 150 Jahren, die Energiekosten werden uns das Genick brechen. Wir brauchen dringend Hilfe aus der Politik.

Männliche Stimme: Ich bin Geschäftsführer eines Dachdeckermeister in Gifhorn und wir suchen verzweifelt Auszubildende.

All diese Menschen tragen wie Sie dazu bei, unser Land am Laufen zu halten. Doch das wird schwer mit „Weiter so“. Wir müssen Bildung, wir müssen Pflege und die gesamte Gesellschaft stärken, Kinder in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Wir müssen die Inflation bekämpfen, für sichere Arbeit und ein leistbares Leben für alle sorgen. Ich bin Bernd Althusmann und ich bewerbe mich als Ihr neuer Ministerpräsident. Stelle mich für die neuen Herausforderungen, unser Herz schlägt für Niedersachsen.

**Prof. Dr. Mario Voigt**, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, mit einem tosenden Applaus, der Spitzenkandidat der CDU Niedersachsen, unser Freund Bernd Althusmann!

(Lebhafter, langer, später rhythmischer Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**: Sehr geehrter Herr Parteivorsitzender Friedrich Merz, meine sehr geehrten Damen und Herren Delegierten! Damit ist alles gesagt, wählen Sie am 9. Oktober die CDU in Niedersachsen. Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall)

In der Tat, liebe Parteifreunde, wir debattieren jetzt leidenschaftlich anderthalb Tage intensiv über Dinge, die auch uns bewegen als Partei. Wir schauen sehr auf uns selbst, ich habe auch gestern schon gesagt, schauen wir auch ein Stück weit über unsere eigene CDU-Bubble. Und das Video gerade eben hat eines sehr, sehr deutlich gemacht: Nach allen richtigen und wichtigen und leidenschaftlich in der Sache geführten Debatten am heutigen und gestrigen Tage, in Deutschland geht es jetzt und auch in Niedersachsen geht es jetzt um die Menschen, die dieses Land jeden Tag am Laufen halten.

(Anhaltender Beifall)

Die Krankenschwestern, die Polizeibeamten, die Verwaltungsmitarbeiter, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei VW, bei Conti, bei BMW, bei Mercedes. Es geht um die Menschen, die in diesem Land wirklich noch arbeiten, um dieses Land voranzubringen.

Liebe Freunde! Wir Niedersachsen, wir gelten gemeinhin als sturmfest und erdverwachsen. Manche sagen auch, wir gelten als wortkarg, vielleicht auch bescheiden. Wobei mein eigener Landesverband bei dem Thema „wortkarg“ bei mir immer so seine Probleme hat, weil er genau weiß, dass ich hin und wieder auch gerne noch etwas sagen möchte. Aber gestern Abend habe ich Sie, euch, alle begrüßt beim Niedersachsen-Abend mit einem kurzen „Moin“ und „Tach“, das kann bei uns in Niedersachsen vom Harz bis zur Heide, bis zur Nordsee, am Ende von der Grafschaft Bentheim bis nach Lüchow-Dannenberg, das kann bei uns zu jeder Tag- und Nachtzeit gesagt werden. „Moin, Tach“, das ist die herzlichste Form der Begrüßung bei uns in Niedersachsen. „Moin, Tach“, ein ganz kurzer Satz. Und es gibt noch einen dritten Satz, der sehr kurz ist und auch das zeichnet die Niedersachsen aus: „Jo“.

(Beifall und Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, „jo“.

(Beifall)

Wenn euch in den anderen Ländern einmal ein Niedersachse nachts begegnen sollte, und der sagt zu euch „Jo“, dann habt ihr ein Versprechen für die Ewigkeit. Und wenn ich heute sage, Niedersachsen braucht eine neue Landesregierung unter der Führung der CDU in Niedersachsen, und diesen Satz schließe ich ab mit einem „Jo“. Genau das wollen wir am 9. Oktober erreichen in Niedersachsen.

(Lebhafter, längerer Beifall)

Wir können auch feiern. Ich hoffe, es hat euch gestern Abend Spaß gemacht.

(Beifall)

Ich hoffe, ihr habt gut gefeiert. Ich habe gehört, die Letzten sind so im Morgengrauen aus den Hallen gegangen. Die sind jetzt aber wieder fit. Meine Aufgabe ist es, euch jetzt zumindest wach zu machen. Und, liebe Freunde, gestern Abend konnten viele aus anderen Bundesländern mal aus einer ganz tiefen, inneren Überzeugung sagen, und wenn nur für wenige Stunden: „Ich bin ein Niedersachse.“ Wir freuen uns, dass ihr hier seid. Und gestern Abend, lieber Alexander Dobrindt, fehlte nur einer oder mehrere aus einem anderen, befreundeten Unionsland, nämlich die Freunde aus Bayern. Aber ich sage dir auch, mein Freund, was wären die Bayern ohne Niedersachsen. Immerhin hat Heinrich der Löwe München gegründet. Was wäre Markus Söder, der nachher zu uns kommt, ohne die Niedersachsen? Wir freuen uns, dass ihr bei uns seid!

(Beifall)

Am 9. Oktober gehen wir in die Wahl. Heute in vier Wochen möchte ich am Montag, dem 10. Oktober bereits mit meinem Landesvorstand der CDU in Niedersachsen darüber entscheiden, mit wem wir Koalitionsverhandlungen aufnehmen. Das geht aber nur, wenn wir am 9. Oktober um 18 Uhr, dann um 18:30 Uhr mit der ersten Hochrechnung, dann um 19 Uhr vor der versammelten Presse, der Weltpresse – ich habe es gestern gesagt – erklären können: „Die CDU in Niedersachsen ist erneut stärkste Kraft. Wir haben einen klaren Regierungsauftrag, nach Schleswig-Holstein, nach Nordrhein-Westfalen, das klare Gegengewicht zur Ampel in Berlin, und das ist bitter für unser Land nötig.“

(Beifall)

Der amtierende Ministerpräsident, mein Mitbewerber, muss im Moment in jedem Interview erklären, warum er wahrscheinlich die nächste Wahlperiode noch durchhält und warum er dann am Ende der Wahlperiode, so er denn gewählt würde, dann in den Ruhestand geht. Er werde auf jeden Fall dann in den Ruhestand gehen. Ich sage auch an die Niedersächsinen und Niedersachsen: Der Gestaltungsanspruch, der Anspruch der Menschen in diesem Land, einem Land mit acht Millionen Einwohnern, das zweitgrößte Flächenland der Bundesrepublik Deutschland, der Anspruch der Niedersachsen kann nicht sein, dass wir nur einen Ministerpräsidenten bekommen, der nicht über die nächste Legislaturperiode hinausdenkt. Sondern wir brauchen einen Ministerpräsidenten, der eine Vision für dieses Land hat, der einen Gestaltungsanspruch für Niedersachsen hat, der klar sagt, was zu entwickeln ist für dieses Bundesland in den nächsten Jahren.

(Beifall)

Es geht eben nicht um „Weiter so“, es geht nicht um Bewahrung des Status quo, es geht nicht um Schaukelstuhl, es geht vor allen Dingen nicht um Stuhlkreise. Meine Damen und Herren, mein Mitbewerber hat geworben mit einem Spruch „Dieses Land in guten Händen“, Klammer auf, das haben einige CDU-Verbände in den letzten Wahlkämpfen hier und da schon benutzt. Aber einen Unterschied zwischen uns beiden gibt es. Ich lege mit Sicherheit nicht die Hände in den Schoß. Da gehören sie nämlich nicht hin. Dieses Land Niedersachsen braucht starke, braucht anpackende Hände, damit es in diesem Bundesland auch für die nächsten zehn Jahre aufwärts geht, wir Zukunft gestalten wollen und nicht rückwärtsgewandt, Rot-Grün oder ein Vergangenheitsmodell bewältigen.

(Lebhafter Beifall)

Niedersachsen ist ein Chancenland, das sagt natürlich jeder Landesvorsitzende und jeder aus seinem Bundesland. Aber ich will es schon deutlich machen, gerade in dieser Situation wird Niedersachsen eine maßgebliche Verantwortung für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland darstellen. 99 Prozent der Erdgasversorgung kommt derzeit aus Niedersach-

sen. Wir werden im Bereich der Wasserstoffwirtschaft entlang der norddeutschen Küste, gemeinsam mit Hamburg, gemeinsam mit Schleswig-Holstein, gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern jetzt die notwendigen Weichen stellen müssen, um schnell, unabhängig, unabhängiger von russischem Gas zu werden.

Wenn es nach der CDU in Niedersachsen gegangen wäre, in den letzten fünf Jahren allein gegangen wäre, hätten wir längst ein LNG-Import-Terminal in Wilhelmshaven.

(Beifall)

Das ist nämlich an unserem Koalitionspartner unter anderem gescheitert, meine Damen und Herren. Wir hätten nicht die Notfallsituation, die wir heute haben.

(Beifall)

Wir sind ein Land der Windenergie, wir sind ein Land der Mobilität. Immerhin eine großer Automobilhersteller ist auch in diesem Land ansässig, viele kennen ihn. Wir sind ein Land der maritimen Wirtschaft, wir sind gemeinsam mit Bremen und Hamburg das drittgrößte Weltcluster der Luftfahrtindustrie.

Wir sind aber vor allen Dingen auch eines: Niedersachsen ist ein Land der klein- und mittelständischen Betriebe, der Handwerksunternehmen, der landwirtschaftlichen Betriebe, der produzierenden Betriebe. 99 Prozent der niedersächsischen Wirtschaft besteht aus denjenigen, die jeden Tag dafür sorgen, dass es in diesem Land läuft. Herzlichen Dank an unsere deutschen Klein- und Mittelständler!

(Lebhafter Beifall)

Wollen die acht Millionen Niedersachsen, wollen die sich ernsthaft wieder darüber unterhalten und streiten, ob man den Infrastrukturausbau, lieber Enak Ferlemann, voranbringen sollte? Wir haben in der letzten Legislaturperiode fast jedes Jahr eine Milliarde Euro dank der Bundesregierung erhalten, um den Infrastrukturausbau voranzubringen. In den fünf Vorgängerjahren Rot-Grün kein Stück weit davon.

Wir haben uns in den Vorgängerjahren in Niedersachsen über die Bildungspolitik gestritten mit Rot-Grün. Meine Damen und Herren, da stand nicht: Rechnen, Lesen, Schreiben im Vordergrund, sondern Schreiben nach Hören. Das muss man sich mal vorstellen, die Bildungspolitik von Rot-Grün war chaotisch, und was will Rot-Grün noch? Sie wollen die Förderschulen in Niedersachsen abschaffen. Und ich sage: Auch wenn es in anderen Bundesländern möglicherweise differenzierte Meinungen dazu gibt, ich war 2012 Präsident der Kultusministerkonferenz, ich habe für alle Bundesländer das Thema Inklusion vorangebracht. Einen Grundfehler macht Rot-Grün immer: Es gilt das Wohl des Kindes in den Blick zu nehmen und nicht das Wollen der Ideologen.

(Lebhafter, langer Beifall)

Auch hier sind die klaren Unterschiede zwischen denjenigen, die alles gleichmachen wollen im gutgemeinten Glauben, und denjenigen, die eine differenzierte Bildungspolitik für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land wollen, begabungsgerecht. Ich sage es an dieser Stelle: Ich stehe mit beiden Beinen als gebürtiger Niedersachse fest auf dem Boden Niedersachsens. Ich habe noch Kinder im Alter zwischen elf bis 26. Ich weiß noch, was es heißt, Schule, weiterführende Schule, Studium, Ausbildung. Ich bin noch sehr nah an den Themen dran. Aber ich muss tatsächlich sagen, mit sieben Milliarden Euro wurde in Niedersachsen nicht das gemacht, was dieses Land eigentlich kann. Wir haben vieles versäumt und genau an dieser Stelle wird die CDU Niedersachsen einen Schwerpunkt setzen, bei der zukünftigen Bildung der Kinder in unserem Land. Weil es um unsere Zukunft geht, wollen wir mit Blick auf die Bildung in unserem Land unsere Kinder besser ausstatten mit Unterrichtsversorgung und vor allen Dingen auch mit digitalen Unterrichtsmethoden in diesem Bundesland. Dabei wollen wir Gas geben. Liebe Freunde –

(Beifall)

Liebe Freunde, auch auf die Gefahr hin, dass man sich wiederholt: Es gibt im Moment allerdings neben dem von mir gerade dargestellten Thema der Bildung kaum ein landespolitisches Thema, was wirklich durchdringt. Auch dessen bin ich mir in einer Landtagswahl am 9. Oktober bewusst.

Es gibt ein Thema, was die meisten Menschen in unserem Land besorgt. Das ist die Frage der Energieversorgung, es ist die Frage der Inflation. Es ist die Frage, wie geht es eigentlich weiter. Auf meinen über 40 Marktplatz-Touren bisher durch das ganze Land, durch Dörfer, Städte und Gemeinden bin ich auf viele Menschen getroffen. Vor mir stand eine aufgelöste, weinende, über 80-jährige alte Dame, die mir gesagt hat: „Herr Althusmann, können Sie mir eigentlich sagen, wie es weitergeht? Ich weiß nicht, ob ich von meiner kleinen Rente in der Lage bin, die Gasrechnung noch zu bezahlen.“ Und wisst ihr was? Diese Ampel-Bundesregierung hat die Rentnerinnen und Rentner zumindest am Anfang zunächst vergessen. Bei der Belastung hat man sie aber nicht vergessen, die 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland. Ich finde das schändlich, was diese Ampel bisher mit der alten Generation in Deutschland und auch in Niedersachsen gemacht hat.

(Langer, lebhafter Beifall)

Die Gasumlage ist Murks, sie ist nicht ausgereift, sie wird kommen. Und wenn wir gleichzeitig damit Uniper finanzieren, meine Damen und Herren, einen Konzern, der Milliardengewinne vorher gemacht hat, darf man auch mal als Opposition im Bund, aber auch in den Ländern, fragen: Was macht ihr da eigentlich? Wo ist eigentlich der niedersächsische Ministerpräsident, der hier der Ampel klar sagt, so kann es nicht funktionieren.

Wir müssen die Menschen entlasten mit einer Strompreisbremse, mit einer Gasbremse, mit einem Deckel. Aber wir müssen vor allen Dingen auch eines tun: Wir müssen die mittelständischen Unternehmen, unsere Betriebe, unsere Handwerksunternehmen wieder mal in den Blick gewinnen. Das sind die Bäckereien, die Fleischereien, das sind diejenigen, die jeden Tag hart arbeiten, die jetzt teilweise vor der Insolvenz stehen. Und meine Damen und Herren, man muss sich schon manchmal wundern, was so zu Insolvenz in diesem Bundesland, in Deutschland, insgesamt so gesagt wird. Liebe Freunde, ich bin manchmal schon der Auffassung, man hat hin und wieder den Eindruck, dass Herr Habeck nicht so ganz weiß, wovon der redet. Also frei nach dem Motto, wer im Winter kein Gas hat, friert nicht, sondern er hört nur auf zu heizen.

(Rufe, Beifall)

Meine Damen und Herren! Wenn das der Anspruch der Niedersachsen und der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ist, dann kann es doch nur eines geben: Bei der Landtagswahl am 9. Oktober muss auch in Niedersachsen der Ampel der Stecker gezogen werden, damit wir spätestens 2025 die Bundesregierung mit Friedrich Merz wieder stellen.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall)

Als ein Land, als ein Wirtschaftsminister eines Bundeslandes, in dem zumindest ein Kernkraftwerk, lieber Alexander Dobrindt, steht, nämlich das Kernkraftwerk Emsland, möchte ich zu dieser Frage auch etwas sagen. Ich weiß, dass wir uns hoffentlich dort überwiegend einig sind: Es geht nicht um den Ausstieg vom Ausstieg, es geht nicht um die Rückkehr in die Atomkraft. Es geht darum, in einer Kriegs- und Krisensituation das zu tun, was notwendig ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass genau an dieser Stelle die Ampel in Berlin versagt. Sie handelt unverantwortlich. Die Sicherheit, die Energieversorgungssicherheit der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland wird fahrlässig und verantwortungslos aufs Spiel gesetzt. Wenn wir die Atomkraftwerke nicht länger laufen lassen, wird die deutsche Wirtschaft einen schwerwiegenden Schaden nehmen.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall)

Wo sind denn die gesetzgeberischen Maßnahmen der Bundesregierung, jetzt mehr als zwei Kohlekraftwerke mal endlich ans Netz zu bringen? Warum kriegen wir es nicht hin, dass in Deutschland endlich weniger als 15 Prozent Gas verstromt wird? Strom, der jetzt nach Frankreich exportiert wird? Und was wirklich beschämend für Deutschland wäre, wenn jetzt – und das hat der Bundeswirtschaftsminister mir gegenüber gesagt – wenn jetzt noch aus der zerstörten Ukraine über Ungarn nach Deutschland Strom importiert wird, aber wir unsere Atomkraftwerke abschalten. Liebe Freunde, heuchlerischer geht eine Ampelpolitik in Deutschland schlichtweg nicht!

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall)

Aber ich möchte noch einen vorletzten Punkt nennen, dann komme ich auch zum Schluss. Liebe Freunde, Niedersachsen ist ein Agrarland. Niedersachsen mit Bayern – wir streiten immer ein wenig darüber –, sind wir Agrarland Nummer 1 oder 2? Wir Niedersachsen sagen so bescheiden, wir sind Agrarland Nummer 1. Aber, liebe Freunde, und das will ich uns gar nicht ersparen, auch mal einen kurzen Blick zurückzublicken und darauf hinzuweisen, dass wir der deutschen Landwirtschaft, egal in welchem Bundesland, in den letzten Jahren eine ganze Menge zugemutet haben. Ob es nun Insektenschutzverordnungen waren, Kastenstände, Antibiotika-Einsätze, Düngeverordnung, Tierwohl-Kennzeichnung ja, nein, alles gut und schön. Das war nicht immer vergnügungssteuerpflichtig und viele Landwirte kämpfen um ihre Existenz.

Kürzlich stand ein Bauer in Salzgitter vor mir, ein Schweinebauer, und hat ebenfalls mir sehr klar gesagt: „Wissen Sie was, Herr Althusmann? Meine Schweine hier sind nichts mehr wert. Ich lasse die einfach aus dem Stall raus und dann kann die Stadt Salzgitter zusehen, was sie mit diesen Schweinen macht, denn ich kann mit den Schweinen nichts mehr anfangen, ich kann sie auch nicht mehr füttern, weil meine Existenzgrundlage nahezu zerstört ist.“

In einer solchen Situation, wo wir in Deutschland auch über Lebensmittelengpässe reden neben dem Thema Energieversorgung, in einer solchen Situation, in Deutschland rote Gebiete, auch in Niedersachsen, um 20 Prozent auszuweiten, in einer solchen Situation auf Europa-Ebene darüber zu spekulieren, debattieren und nicht zu entscheiden, und wenn, großzügig nur für ein Jahr, die vier Prozent der Ackerflächen den Landwirten zur Bewirtschaftung wieder zurückzugeben. Liebe Leute, das ist eine absolute Fehlentscheidung, das ist ein Angriff auf die deutsche Landwirtschaft in Deutschland und auch damit eine Gefährdung der Lebensmittelsicherheit unseres Landes.

(Beifall)

Liebe Freunde, alle anwesenden Europaabgeordneten ausgenommen, weil die der CDU, der EVP, angehören. Aber eine Bitte habe ich dann doch, und das würde ich auch der Kommissionspräsidentin sagen, die bekanntlich aus Niedersachsen kommt. Manchmal hat man so den Eindruck, Wahnsinn hat dann doch Methode, frei nach Shakespeare. Aber, liebe Freunde, Pflanzenschutzverordnungen jetzt auf den Weg zu bringen und damit die Hälfte der bisherigen Flächen in Deutschland der Agrarwirtschaft, unseren Landwirtinnen und Landwirten zu entziehen, das ist ein Anschlag auf unser Land und damit auf unsere Lebensgrundlagen. Wann verstehen wir das auch in Europa, dass wir diese Lebensgrundlagen benötigen? Irgendwann müssen wir mal aufwachen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden in Niedersachsen uns an euch, an den Nordrhein-Westfalen orientieren. In einem Punkt auf jeden Fall: Ihr habt einen tollen Innenminister und wir

werden genauso konsequent gegen Clan-Kriminalität und organisierte Kriminalität in unserem Bundesland vorgehen, wie ihr in Nordrhein-Westfalen es uns vorgemacht habt. Genau das möchte ich auch in Niedersachsen. Recht, Sicherheit und Ordnung, das ist unsere Botschaft an die Menschen in diesem Land.

(Beifall)

Ein allerletztes Thema will ich nennen, weil es mich wirklich bewegt. Ich sage es bei meinen eigenen Parteifreunden in Niedersachsen immer und immer wieder, die kennen es. Aber ich möchte es auch an dieser Stelle sagen. Liebe Freunde, es gibt ein Thema, was viele ältere Menschen in unserem Land bewegt, und wir haben meines Erachtens nicht immer ausreichende Antworten. Es ist das Thema der Pflege. Ältere Menschen in diesem Land werden mit ihrer Rente bei durchschnittlichen Kosten von 3.000 bis 5.000 Euro monatlich, bei den Renten, die die Menschen in Deutschland derzeit erhalten, die älteren Menschen werden am Ende nicht mehr in der Lage sein, ihre stationäre oder ambulante Pflege ausreichend zu zahlen. Ich möchte, dass wir auch in Niedersachsen sicherstellen, dass das Thema Pflege, Altersarmut, kein Thema der Scham ist, weil ältere Menschen sich nicht trauen, zum Sozialamt zu gehen. Deshalb werden wir, wie in Bayern auch, in Niedersachsen ein eigenes Landespflegegeld einführen, um den älteren Menschen, die dieses Land aufgebaut haben, auch ein Stück weit zurückzugeben für das, was sie in diesem Land geleistet haben. Auch das sind wir der älteren Generation in Deutschland schuldig!

(Beifall)

Liebe Freunde, die CDU in Niedersachsen hat eine gute Erfolgsstory geschrieben, mit Ernst Albrecht, mit Christian Wulff, mit David McAllister. Das waren drei erfolgreiche Ministerpräsidenten und von deren Erfolgen zehrt die Partei noch heute, zehrt das Land noch heute. Deshalb ist es Zeit, jetzt ein neues Kapitel, eine Erfolgsgeschichte für unser Bundesland neu zu schreiben. Die CDU in Niedersachsen ist jünger und weiblicher, wir sind erfahren und hochqualifiziert. Wir haben unsere Landesliste aufgestellt mit jedem zweiten Platz ein Mann, da ich die Liste anführe, mit jedem zweiten Platz eine Frau.

(Beifall)

Auch ohne den gestrigen Beschluss, aber ich halte ihn auch für richtig. Ich halte ihn absolut für richtig. Ich habe einen klaren Plan für Niedersachsen, ich habe einen klaren Plan für die Menschen in unserem Land. Wir haben eine klare Vorstellung, was die Menschen in unserem Land wirklich bewegt. Ich möchte gemeinsam mit meiner CDU in Niedersachsen Ministerpräsident, unzweifelhaft des schönsten, aber zumindest eines der schönsten Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland werden, und das geht nur mit unserer gemeinsamen Hilfe als Familie der Union. Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit!

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall, Pfiffe mit Jubelrufen)

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Lieber Bernd Althusmann, liebe CDU Niedersachsen! Ich glaube, der Applaus spricht für sich. Vielen Dank! Vielen Dank für deine kämpferische und für deine authentische Rede. Mit dir und der CDU Niedersachsen springt Niedersachsen weiter. Wir werden dich dabei unterstützen, wir werden die CDU Niedersachsen dabei unterstützen. Wir wünschen euch viel Erfolg am 9. Oktober und freuen uns, mit dir am 9. Oktober zu feiern, als neuem Ministerpräsidenten von Niedersachsen!

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir setzen nunmehr fort mit den übrigen S-Anträgen und werden zuvor noch das Tagungspräsidium wieder einmal kurz austauschen. Es wird in ein, zwei Minuten weitergehen mit den Anträgen.

(Pause, Musik)

**Dr. Hendrik Hoppenstedt**, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach diesem Höhepunkt des Parteitages wenden wir uns jetzt den sonstigen Anträgen zur Änderung unseres Statuts und der Finanz- und Beitragsordnung der CDU zu.

Diese Anträge tragen die Bezeichnung „S“. Sie finden diese Anträge in den Antragsbroschüren auf den Seiten 266 bis 271. Es sind die Anträge S1 bis S12. Einige dieser Anträge wurden wegen ihres Sachzusammenhangs bereits bei den B-Anträgen behandelt und dort auch als B-Antrag mit einer eigenen B-Antragsnummer versehen. Das betrifft die Anträge S2, S4, S6 und S12. Diese haben wir bereits bei den B-Anträgen unter den Antragsnummern B94, B95 und B27, mit Ausnahme des Antrages B110, der zurückgenommen wurde, abgestimmt. Eine erneute Beschlussfassung an dieser Stelle hat sich daher erübrigt. Damit können wir in die Antragsberatungen eintreten. Wir werden die Abstimmung der S-Anträge offen durch Karten oder Handzeichen durchführen. Auch hier gilt, dass für eine Änderung unseres Statuts die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder notwendig ist, also 501.

Ich rufe den Antrag S1 auf der Seite 266 auf. Ich schaue, Wortmeldungen haben wir derzeit nicht dazu vorliegen. Gibt es im Saal den Wunsch, dazu das Wort zu ergreifen? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich bitte um das Stimmkartenzeichen, wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte. – Jetzt alle bitte mal aufpassen. Wer möchte Zustimmung signalisieren? Dann bitte Hand hoch! – Danke schön. – Wer ist dagegen? – Eine Stimme dagegen, soweit ich das sehen kann. Enthaltungen? – Dann ist das mit übergroßer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Antrag S3 auf der Seite 266 auf. Wortmeldungen liegen uns auch hierzu nicht vor. Ich frage sicherheitshalber noch mal in den Saal, ob es Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann können wir auch jetzt zur Abstimmung schreiten. Wer den Empfehlungen der Antragskommission so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen oder das Stimmkartenzeichen. – Danke schön. Gegenprobe? Enthaltungen? – Dann ist das so entschieden.

Ich rufe den Antrag S5 auf der Seite 267 auf. Wir haben dazu eine Wortmeldung. Das ist Kai Whittaker aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Lieber Kai, bitte das Mikro 4 für dich.

**Kai Whittaker:** Vielen Dank Herr Tagungspräsident, liebe Freundinnen und Freunde! Wir sind Volkspartei und uns gibt es in allen Kommunen, in jeder Stadt, in jeder Gemeinde, in jedem Dorf. Wir sind stolz darauf und wir kämpfen bei jeder Landtagswahl oder Bundestagswahl um alle Wahlkreise in unserem Land, weil Demokratie nicht nur bedeutet, dass man mit Mehrheit etwas entscheidet, sondern weil Demokratie auch bedeutet, dass alle mitmachen können.

Ausgerechnet auf unserem Bundesparteitag machen wir das aber nicht. Denn nicht jeder Kreisverband ist hier heute mit einem eigenen Delegierten vertreten. Und genau das soll dieser Antrag heute ändern, indem wir die Landesverbände dazu auffordern, dass sie sicherstellen, dass bei den Aufstellungen für diesen Bundesparteitag mindestens ein Delegierter aus jedem Kreisverband kommt. Das ist ein minimal-invasiver Eingriff, weil die Mehrheitsverhältnisse zwischen den Landesverbänden gleichbleiben, aber garantiert ist, dass aus ganz Deutschland jedes CDU-Mitglied hier vertreten ist. Dafür bitte ich zu stimmen. Danke schön!

**Dr. Hendrik Hoppenstedt,** Tagungspräsidium: Lieber Kai, herzlichen Dank! Für die Antragskommission spricht jetzt Philipp Amthor.

**Philipp Amthor,** Antragskommission: Liebe Freunde! Ich möchte an dieser Stelle das Votum der Antragskommission verteidigen. Es geht darum, dass wir diesen Satzungsänderungsantrag noch einmal an den Bundesvorstand verweisen, denn er bedarf einer vertieften Erörterung. Es ist richtig, und das sage ich auch als CDU-Kreisvorsitzender, natürlich sind die Kreisverbände ein wesentlicher Bestandteil der Meinungsbildung innerhalb unserer Partei. Andererseits ist es aber auch so, dass wir, gerade wenn wir hier für die Bundespartei Entscheidungen treffen, Rücksicht nehmen auf ein wichtiges Organisationsprinzip, das uns als CDU auch immer ausgemacht hat, nämlich das Selbstorganisationsrecht der CDU-Landesverbände. Ich finde, die Landesverbände haben ein gutes Recht, selbst zu entscheiden, wie sie organisieren, wer Delegierte zum Bundesparteitag werden, ob das die Kreisverbände entscheiden, ob das die Bezirksverbände entscheiden oder unmittelbar die Landesverbände.

Und hinzukommt, dass die Kreisverbände in Deutschland eine sehr, sehr unterschiedliche Größe haben und deswegen kann rein das Vorhandensein des Kreisverbandes nicht automatisch zu einer Art Grundmandatsklausel führen. Jedenfalls gibt es dagegen gute Argumente. Ich will offen sagen, es gab einige, die für eine Ablehnung dieses Antrages waren, ich sehe aber im Lichte der Diskussion, es ist auch gut, dass wir die Diskussion noch mal aufgreifen, vertiefen, aber heute ist das Ganze jedenfalls nicht beschlussreif. Deswegen werbe ich dafür, dass wir dem Votum der Antragskommission folgen, d. h. überweisen. Das ist ein guter Beitrag für die Selbstorganisation unserer Landesverbände und bei diesem Prinzip sollten wir bleiben. Herzlichen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Hendrik Hoppenstedt**, Tagungspräsidium: Vielen Dank Philipp! Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Bundesvorstand.

Wer dem so folgen kann, den bitte ich um das Stimmkartenzeichen. – Danke schön. Gegenprobe? – Bei einigen, sehr wenigen Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann ist die Empfehlung der Antragskommission so angenommen worden.

Ich rufe jetzt auf den Antrag S7 auf der Seite 267. Wortmeldungen liegen mir dazu zurzeit nicht vor. Ich frage trotzdem der guten Ordnung halber in den Saal: Wird das Wort gewünscht? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann können wir jetzt zur Abstimmung schreiten. Wer den Empfehlungen der Antragskommission Folge leisten möchte, den bitte ich jetzt um das Stimmkarten- oder Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann sind die Empfehlungen der Antragskommission so beschlossen.

Ich rufe auf den Antrag S8 auf der Seite 268. Wortmeldungen liegen mir auch hierzu bislang nicht vor. Wird das Wort aus dem Saal gewünscht? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann können wir jetzt auch zur Abstimmung schreiten. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Stimmkarten- und Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann ist auch diese Empfehlung so beschlossen.

Ich rufe den Antrag S9 auf der Seite 268 auf. Wortmeldungen haben wir hierzu ebenfalls nicht. Gibt es aus dem Plenum noch den Wunsch, etwas zu sagen? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt auch hier wieder zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Hand- und Stimmkartenzeichen. – Danke schön. Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann ist das, glaube ich, sogar einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe auf den Antrag S10 auf den Seiten 268 und 269. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Ich frage sicherheitshalber trotzdem in den Saal, ob es Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann können wir auch hier zu den Abstimmungen kommen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission so Folge leisten möchte, den bitte ich um das Stimmkarten- oder Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann sind auch diese Empfehlungen so beschlossen.

Ich rufe auf den Antrag S11 auf den Seiten 269 und 270. Wortmeldungen liegen hierzu auch nicht vor. Frage an den Saal, möchte noch jemand was dazu sagen? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission Folge leisten möchte, den bitte ich um das Stimmkarten- oder Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Als Nächstes rufe ich an dieser Stelle den Initiativantrag I4 auf, der Ihnen in der Antragsbrochüre zu den Initiativanträgen vorliegt. Der Antrag fordert die Ermöglichung einer Doppel-

spitze für die Kreis-, Stadt- und Ortsverbände. Diesen Antrag beraten wir hier bei den S-Anträgen, da dieser nach entsprechender Auslegung auf eine Satzungsänderung gerichtet ist. Zum selben Thema und mit derselben Begründung wurde bereits der Antrag C161 des Kreisverbandes Böblingen eingereicht, der aber anders als der Antrag S13 nicht selbst auf eine unmittelbare Änderung der Satzung gerichtet war.

Wegen des systematischen Zusammenhangs behandeln wir hier auch den Antrag an dieser Stelle gleich mit. Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor. Gibt es aus dem Saal den Wunsch, trotzdem darüber zu diskutieren und zu sprechen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch hier schon zu den Abstimmungen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission Folge leisten möchte, den bitte ich um das Stimmkarten- oder Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenprobe? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann ist auch diese Empfehlung so mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Damit haben wir jetzt schon die sonstigen Anträge abgehandelt, und ich übergebe jetzt an Ina Scharrenbach.

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Hendrik Hoppenstedt! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen nach den S-Anträgen, die jetzt gerade verhandelt wurden, mit den C-Anträgen fort, und zwar thematisch dazu passend zu dem Thema CDU sowie Struktur- und Satzungsfragen. Diese Anträge, um die es jetzt im Folgenden geht, finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 214 bis 225. Es handelt sich um den Antragsblock der Anträge C152 bis C176.

Einige dieser Anträge wurden wegen ihres Sachzusammenhangs bereits bei den B- oder den sonstigen C-Anträgen behandelt, und im Falle der B-Anträge auch als B-Antrag mit einer eigenen B-Antragsnummer versehen. Dies betrifft die Anträge C152, C155, C169 sowie C176. Diese haben wir bereits bei den B-Anträgen unter den Antragsnummern, wenn Sie das verfolgen möchten, B37, B40, B45 und B50 abgestimmt. Insofern hat sich bei den genannten Anträgen eine erneute Befassung an dieser Stelle erübrigt.

Mit den Anträgen C158 und C159 werden wir uns bei der Beratung des Antrages C109 zu einem späteren Zeitpunkt befassen. Der Antrag C161 des CDU-Kreisverbandes Böblingen ist ebenfalls nicht mehr zu befassen, da dieser bereits bei den S-Anträgen, in dem Fall S13, soeben mitberaten wurde.

Damit können wir in die Antragsberatung eintreten. Wie bislang, auch hier Abstimmung per Karten- oder Handzeichen. Für die Annahme der Anträge ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Damit treten wir ein in die Antragsberatung.

Wir rufen auf den Antrag C153 sowie die thematisch dazugehörenden Anträge C162 und C163 auf den Seiten 214 sowie 220 und 221. Zu dem Antrag C153 liegen uns mehrere Wortmeldun-

gen vor. Wir beginnen aus dem Landesverband Hessen mit Fabian Beine und für Sie wird das Mikro an der Ziffer 3 geöffnet. Herr Beine, bitte sehr! – Der Delegierte Fabian Beine aus dem Landesverband Hessen hat sich zum Antrag C153 gemeldet, für Sie ist das Mikro an der Ziffer 3 geöffnet. Sonst würden wir weitergehen in der Wortmeldeliste. – Der Delegierte scheint von seinem Wortmelderecht keinen Gebrauch machen zu wollen. Wir setzen fort in der Wortmeldeliste mit Tilman Kuban aus dem Landesverband Niedersachsen. Lieber Tilman, die Bühne ist deine!

**Tilman Kuban:** Liebe Frau Tagungspräsidentin, liebe Ina, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Die Junge Union, die MIT und die Bundestagsfraktion bilden die Brücke zwischen den Parteien von CDU und CSU. Aber braucht es nicht eigentlich mehr als das? Braucht es nicht ein Gremium, wo sich regelmäßig Kommunalpolitiker, Landespolitiker, Bundespolitiker, auch Europapolitiker unserer beiden Parteien treffen, um gemeinsam die Verbindung zu stärken, unsere Programmatik für die nächsten Monate und Jahre festzulegen und im Zweifel auch einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten zu küren? Braucht es nicht am Ende, wie wir im letzten Jahr gesehen haben, ein gemeinsames Gremium, was entscheidungsfähig ist, was bereit ist, dann auch Entscheidungen zu treffen in dieser Partei und es nicht dem Zufall zu überlassen, wie wir zu einem Kanzlerkandidaten kommen?

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist es unser Ansinnen, einen Unionsrat, ein gemeinsames Gremium von CDU und CSU zu entwickeln, wo wir gemeinsam die Strukturen und Prozesse haben, wie wir zu einem solchen Kandidaten kommen, wie wir aber auch beispielsweise zu einem gemeinsamen Wahlprogramm kommen. Es kann doch nicht sein, dass ein Wahlprogramm am Ende nur von zwei Präsidien beschlossen wird, sondern dass wir gar nicht mitdiskutieren können, wenn solch wesentliche Entscheidungen getroffen werden, mit welchen Themen wir in diese Wahl gehen. Das machen uns andere Parteien anders vor, und ich denke, von denen können wir lernen, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde!

(Beifall)

Die Stärke der Union war natürlich auch immer ihre Geschlossenheit. Es gab auch manchmal Unterschiede, aber wir sind am Ende als CDU und CSU vor allem dann stark, wenn wir gemeinsam diesen Weg gehen. Deswegen brauchen wir eine Gesprächs-, eine Entscheidungsplattform, wo es die Eigenständigkeit von CDU und CSU weiterhin gibt, wo wir aber auch gemeinsam bereit sind, nach vorne zu schauen, um am Ende zu einem Kandidaten und zu einer gemeinsamen Programmatik zu kommen. Weil die Union, die gemeinsam zusammensteht zwischen CDU und CSU, ist einzigartig. Sie hat vieles in Deutschland erreicht und sie wird noch vieles in Deutschland erreichen.

Ich möchte Sie bitten, dass Sie uns unterstützen, eine solche gemeinsame Institution zu initiieren, dass wir dem Präsidium mitgeben, dass dieser Parteitag es möchte, dass er entscheiden möchte, dass wir diesen Unionsrat haben. Eine Annahme und anschließend eine Diskussion mit der CDU und mit dem Präsidium, das zu verhandeln, das ist der richtige Weg. Aber nur ein Verweis ins Präsidium ist am Ende eine Beerdigung, das kann nicht unser Ansinnen sein. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Tilman Kuban! Und als nächste Rednerin Birte Glißmann aus dem Landesverband Schleswig-Holstein. Das Mikrofon 3 ist für Sie geöffnet.

**Birte Glißmann**: Sehr geehrte Tagungspräsidentin, liebe Delegierte! Ich möchte auch dafür werben, dass wir in der Sache abstimmen und diesen Antrag nicht bloß ins Präsidium verweisen. Worum geht es? Es geht um den Unionsrat. Gestern hat Friedrich Merz gesagt, 2021 und die verlorene Bundestagswahl haben sowohl CDU als auch CSU geprägt und dieses Verhalten, diese Streitigkeiten, sind überwunden. Das ist auch gut so, aber wir dürfen jetzt nicht so tun, als sei nichts gewesen, sondern wir müssen die richtigen Lehren auch aus 2021 ziehen, und dazu gehört aus unserer Sicht eben die Schaffung eines Unionsrates. Deswegen möchten wir in der Sache abstimmen. Der Antrag sagt ganz klar: Wir beauftragen das Präsidium, in Gespräche zu gehen mit der CSU. Denn ganz klar ist, es geht nur gemeinsam, nicht gegeneinander, und dafür müssen wir heute einen wichtigen Aufschlag machen, auch vor dem Besuch von Ministerpräsident Söder zur späteren Stunde. Vielen Dank!

(Beifall)

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Glißmann! Und für die Antragskommission Günter Krings.

**Prof. Dr. Günter Krings**, Antragskommission: Vielen Dank, Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freundinnen und Freunde! Erst mal, es gibt glücklicherweise viele Gesprächskanäle zwischen CDU und CSU. Wir sind nicht sprachlos, ganz im Gegenteil. Der größte und der permanent sozusagen tagt, ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Und ich glaube, das muss man für die Alltagsarbeit in der Partei nicht formalisieren, weil es gut funktioniert.

Aber – und da haben Tilman Kuban und die anderen Antragssteller durchaus Recht – das, was wir im letzten Jahr erlebt haben, das wollen und können wir uns nicht noch mal leisten. Es war zwar kein Zufall, wie wir entschieden haben, aber es war auch kein Erfolg für die Union, wochenlang Streitereien. Insofern ist der Impuls zu sagen, das müssen wir irgendwie anders organisieren, vollkommen richtig. Sieht auch die Antragskommission im Kern so.

Aber ich sage auch dazu, bei einem solchen Unionsrat, das könnte ein möglicher Ansatz sein, das wollen wir gar nicht ausschließen, das wollen wir auch gar nicht beerdigen, wie behauptet wird, sondern es gibt nicht nur eine Überweisung in das Präsidium als Vorschlag, sondern auch explizit den Auftrag für das Präsidium, in diese Richtung mal Gespräche mit der CSU aufzunehmen, also durchaus schon mal in die Richtung auch zu gehen.

Aber der Teufel wird hier im Detail stecken. Wir als CDU werden wahrscheinlich sagen: „Na ja, muss doch klar sein. Ein solcher Unionsrat, der muss doch irgendwie proportional zusammengesetzt sein, denn wir haben doch ein paar mehr Mitglieder als die CSU.“ Die CSU wird auch nachvollziehbar sagen: „Wir sind zwei selbstständige Parteien, das muss doch pari-pari, 50:50, besetzt sein. Also, da ist noch viel zu diskutieren.“

Deshalb, lieber Tilman, liebe Antragssteller, würde ich dringendst für das Votum der Antragskommission werben. Denn wenn wir es heute beschließen und wir sozusagen der CSU per Pressemitteilung mitteilen, wie wir es denn machen wollen, dann ist das die größte Garantie dafür, dass es nicht kommt. Wenn wir also diesen Gedanken weiterverfolgen wollen, müssen wir es so machen, wie die Antragskommission vorschlägt. Dann haben wir die Chance, dass es kommt. Andernfalls wäre es, glaube ich, ein etwas unsensibles Vorgehen. Ich bitte um die Unterstützung für das Votum der Antragskommission.

(Vereinzelt Beifall)

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Günter Krings. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch so. Insofern treten wir ein in die Abstimmung. Wer in Bezug auf die Anträge C153, C162 und C163 dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Wir machen sicherheitshalber eine digitale Abstimmung. Bitte nehmen Sie Ihre Tablets, die Abstimmung wird eröffnet. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, stimmt bitte mit Ja. Wer gegen den Vorschlag der Antragskommission ist, mit Nein, und Enthaltungen kennen Sie. Die Abstimmung ist eröffnet. – Gibt es irgendwo Herausforderungen mit der iPad-Abstimmung? Dann bitte einmal sichtbar melden. Das ist erkennbar nicht der Fall. Kommen wir so langsam zum Ende der Abstimmung, damit schließe ich die Abstimmung und bitte um digitale Auszählung.

Da ist das Ergebnis. Dem Votum der Antragskommission folgen 358 Delegierte, gegen das Votum 213. Damit sind die Anträge C153, C162, C163 an das Präsidium zur weiteren Beratung und zur Beratung mit der CSU überwiesen.

Ich rufe auf den Antrag C154 auf den Seiten 214 und 215. Wortmeldungen liegen dazu bisher nicht vor. Wortmeldungen aus dem Saal sind auch keine erkennbar. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitten wir um das

Karten- oder Handzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann mit überwältigender Mehrheit bei einer Gegenstimme so angenommen.

Wir rufen auf den Antrag C156 auf den Seiten 215 bis 217. Wortmeldungen liegen auch hierzu nicht vor. Das bleibt auch nach dem Blick in den Saal so. Damit kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission beim Antrag C156 folgen möchte, bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Herzlichen Dank! Gegenprobe? Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C157 auf der Seite 217. Auch hierzu liegen keine Vorab-Wortmeldungen vor. Auch an den Mikrofonen im Saal wird das Wort nicht gewünscht. Dann treten wir auch hier in die Abstimmung ein. Wer dem Votum der Antragskommission zu C157 folgen möchte, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei einer Enthaltung einstimmig so beschlossen. – Vielen Dank!

Wir kommen zum Antrag C160 auf den Seiten 219 bis 220. Auch hierzu liegen keine vorab Wortmeldungen vor. Wird das Wort im Saal gewünscht? – Weder am Mikro 1, 2, 3, 4. Dann treten wir in die Abstimmung ein. Wer für das Votum der Antragskommission beim Antrag C160 ist, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Vielen Dank! Gegenprobe? Wer ist gegen das Votum der Antragskommission beim Antrag C160? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Dann so einstimmig verabschiedet.

Wir kommen zum Antrag C164 auf der Seite 221. Auch zu 164 gibt es keine vorab angemeldete Wortmeldung. Wird das Wort im Saal gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir treten in die Abstimmung ein. Wer dem Votum der Antragskommission zum Antrag C164 folgen möchte, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C165, den Sie ebenfalls auf der Seite 221 finden. Und zum Antrag C165 liegt eine Wortmeldung vor, und die Wortmeldung stammt aus dem Landesverband Baden-Württemberg von Katharina Funk. Frau Funk, für Sie ist das Mikro mit der Nummer 4 geöffnet.

**Katharina Funk:** Vielen Dank! Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ich würde Ihnen gerne einfach mal kurz unsere Situation schildern. Ich komme aus einer nordbadischen Großstadt. Wir haben zwei Landtagswahlkreise, keiner davon hat einen CDU-Abgeordneten. Wir haben einen Bundestagswahlkreis, auch hier haben wir keinen CDU-Bundestagsabgeordneten. Das heißt, unsere Zugangsmöglichkeiten zu Bundes- und Landespolitik ist suboptimal. Ich möchte als Vergleichsbeispiel nennen eine deutlich kleinere Partei, die im Mai 27 digitale Veranstaltungen durchgeführt hat, im Juni 13, zu allen möglichen Themen querbeet.

Ich würde gerne, dass wir heute darüber entscheiden, ob es auch möglich ist, dass auch in der CDU perspektivisch mehr digitale Veranstaltungen für Mitglieder durchgeführt werden, zum

einen als Mitgliederbindung für die Verbände, die vielleicht strukturell weniger stark aufgestellt sind. Wir sind damit kein Exot mehr, das ist in Baden-Württemberg, aber auch in anderen Bundesländern, in vielen großen Städten, mittlerweile die Regel, nicht mehr die Ausnahme. Ich finde, wenn wir das mit über 100 Abgeordneten sowohl in den Landtagen als auch im Bundestag, in der Europagruppe mit Ministerpräsidenten, Ministern nicht hinbekommen, eine deutlich kleinere Partei mit einer deutlich schwächeren Struktur aber schon, ist das ärgerlich. Deshalb würde ich dafür bitten, dass wir gegen das Votum der Antragskommission und für unseren Antrag stimmen. Vielen Dank!

(Beifall)

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Katharina Funk! Und für die Antragskommission Henning Otte.

**Henning Otte**, Antragskommission: Liebe Damen und Herren Delegierte! Der Antrag geht in die richtige Richtung, dass wir unsere Mitglieder stärker motivieren, dass wir sie stärker an uns binden. Aber da gibt es schon ein vielfältiges Angebot, beispielsweise durch die Mitglieder-Mailings oder durch CDU Live, was vielfach sehr gut schon miteinander jetzt genutzt wird. Vor allem hat sich das Adenauer-Haus neu aufgestellt, mit der neuen Abteilung Mitglieder- und Parteiservice. Hier lege ich als Mitglieder-Beauftragter weiterhin auch den Finger in die Wunde und setze da auch einen wichtigen Punkt. Mit Christina Stumpp zusammen wollen wir dies weiterbringen und deswegen bitten wir, dass das Votum der Antragskommission, Verweisung an den Generalsekretär zur Intensivierung, angenommen wird. Herzlichen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

**Ina Scharrenbach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Henning Otte! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch nach dem Blick in den Saal so. Damit treten wir ein in die Abstimmung.

Ich frage Sie, ob Sie mit dem Votum der Antragskommission zum Antrag C165 einverstanden sind. Wer dafür ist, bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen worden.

(Zwischenrufe)

Möchtet ihr digital machen? – Nein. – Also von hier oben war es wirklich mehr als eindeutig.

Wir rufen auf den Antrag C166 auf der Seite 222. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vorab vor. Weitere Wortmeldungen aus dem Saal werden nicht gewünscht. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag C166. Wenn Sie mit dem Votum der Antragskommission einverstanden sind, bitten wir Sie um Ihr Karten- oder Handzeichen. – Danke sehr! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so einstimmig beschlossen.

Wir rufen auf den Antrag C167 auf der Seite 222. Durch Beschlussfassung zu B142, sprich „Anspruch auf Durchführung hybrider Sitzungen“, hat sich der Antrag C167 erledigt. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Das Wort wird im Saal dazu auch nicht gewünscht. Wer damit einverstanden ist, dass der Antrag C167 erledigt ist, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Danke sehr! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag einstimmig erledigt worden.

Wir kommen zum Antrag 168, den Sie ebenfalls auf der Seite 222 in der Antragsbroschüre finden. Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Wir treten ein in die Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission zu C168 folgen möchte, den bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Danke sehr! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei einer Gegenstimme so beschlossen worden.

Wir kommen zum Antrag C171, den Sie auf der Seite 223 in der Antragsbroschüre vorfinden. Wortmeldungen sind dazu vorab nicht eingegangen. Auch im Saal wird das Wort nicht gewünscht. Wir treten erneut in die Abstimmung ein. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Danke sehr! Gibt es Gegenstimmen? – Oder Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C172, den Sie ebenfalls auf der Seite 223 finden. Auch hierzu sind vorab keine Wortmeldungen eingegangen. An den Saalmikrofonen wird das Wort ebenfalls zum Antrag C172 nicht gewünscht. Wir treten ein in die Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Danke sehr! Wenn Sie mal den Arm wechseln wollen, das entlastet so ein bisschen. – Wer gegen das Votum der Antragskommission ist, bitten wir um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Dann ist das Votum der Antragskommission so einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zum Antrag C173 auf der Seite 224 in der Antragsbroschüre. Wortmeldungen liegen dazu weder vorab noch im Saal vor. Dann treten wir auch hier in die Abstimmung ein. Wer dem Votum der Antragskommission zu Antrag C173 folgen möchte, bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Vielen Dank! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so einstimmig beschlossen.

Wir rufen den Antrag C174 auf der Seite 224 auf. Auch hierzu sind vorab keine Wortmeldungen eingegangen. An den Saalmikrofonen wird das Wort ebenfalls nicht gewünscht. Damit treten wir in die Abstimmung ein. Wer dem Votum der Antragskommission zu Antrag C174 folgen möchte, bitten wir um das Karten- oder Handzeichen. – Danke! Gegenprobe. Wer ist gegen das Votum der Antragskommission zu 174? – Enthaltungen? – Dann ist das so einstimmig.

Wir kommen damit zum Antrag C175 auf den Seiten 224 und 225. Hierzu sind vorab keine Wortmeldungen eingegangen. Gibt es Wortmeldungen im Saal? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Damit treten wir ein in die Abstimmung über das Votum der Antragskommission zu C175. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitten wir um das Karten- oder

Handzeichen. – Danke sehr! Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einzelnen Gegenstimmen und Enthaltungen mit Mehrheit so beschlossen.

Ich sage herzlichen Dank für die Beratung der C-Anträge soweit und gebe das Wort zurück an Hendrik Hoppenstedt.

**Dr. Hendrik Hoppenstedt**, Tagungspräsidium: Von meiner Seite ganz herzlichen Dank für die konzentrierten Beratungen. Das hat jetzt gut geklappt. Ich möchte Sie darüber informieren, dass wir jetzt noch mal ganz kurz das Tagungspräsidium wechseln und dass Markus Söder jetzt bereits auf dem Messegelände ist und in wenigen Minuten hier sein wird. Deswegen wäre unsere Bitte, dass Sie den Saal jetzt nicht verlassen. – Vielen Dank!

(Pause, Musik)

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Liebe Freundinnen und Freunde! Es wäre schön, wenn Sie schon mal die Plätze einnehmen würden. Wir erwarten gleich Markus Söder hier in der Halle, und da wäre es schön, wenn wir ihn auch mit einem großen Applaus hier bei uns begrüßen können.

(Unterbrechung)

Es geht gleich los, liebe Freundinnen und Freunde, nehmen Sie bitte Platz, liebe Delegierte, sodass wir dann auch zügig mit der Rede des Ministerpräsidenten anfangen können.

(Unterbrechung)

Nun kommen wir zu einem weiteren Höhepunkt, liebe Delegierte! Eine Union, ein Team. Das gilt zwischen CDU und CSU, und das gilt derzeit in einem Maße, wie schon lange nicht mehr. Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, begrüßen Sie mit mir den Vorsitzenden der CSU und den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern. Begrüßen Sie unseren Freund Markus Söder!

(Musik, rhythmischer Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Delegierte! Wir kommen jetzt zu einem weiteren Höhepunkt unseres Bundesparteitages in Hannover.

TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

Grußworte

Eine Union, ein Team. Das gilt für CDU und CSU, das gilt derzeit in einem Maße, wie es lange schon nicht mehr war. Deshalb begrüßen wir alle sehr herzlich den Vorsitzenden der CSU, der Christlich-Sozialen Union und den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern. Begrüßen Sie unseren Parteifreund Markus Söder. Herzlich willkommen!

(Lebhafter Beifall, Musik)

**Dr. Markus Söder**, Vorsitzender der CSU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Unionsfamilie! Ich darf die herzlichen Grüße der kleinen Schwester CSU überbringen –

(Beifall)

– und darf euch eine Gratulation aussprechen und Respekt. Ich habe das gestern teilweise mitverfolgen können in den Live-Übertragungen. Mal abgesehen davon, dass es einfach wieder Freude macht zusammenzukommen, zusammen Parteitage zu feiern, nach dieser schweren Coronazeit. Es passt halt einfach zu uns, wenn wir uns unterhaken, wenn wir zusammenstehen, denn wir sind keine solchen miesgrämigen wie die Linken. Wir sind eine Union, die auch sich unterhaken will, deswegen toller Parteitag, gut dass wir zusammenstehen und Gratulation zu diesen zwei Tagen!

(Beifall)

Es ist ein tolles Signal gewesen von Entschlossenheit und Geschlossenheit, was ihr die letzten zwei Tage gezeigt habt. Ich weiß, 2021 war nicht unser bestes Jahr. Es sind viele Fehler gemacht worden von allen, natürlich auch von mir. Aber wir haben daraus gelernt. Ich sage das ganz offen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben daraus gelernt, und ich möchte sagen, der Neustart 2022 ist nicht nur besser gelaufen, als es die Linken erhofft haben, sondern ich darf das ganz persönlich sagen: Die Zusammenarbeit in Fraktion und Partei, ganz besonders mit eurem Vorsitzenden, lieber Friedrich, läuft exzellent. Besser als wir beide es wahrscheinlich erwartet hätten, wenn ich das so sagen darf.

(Heiterkeit, kurzer Beifall)

Diese Zusammenarbeit und das Bewusstsein, dass eine Union nur Erfolg haben kann, ist auch die Grundlage gewesen für die erfolgreichen Wahlen durch starke Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen, und ich bin total optimistisch, meine Damen und Herren, dass auch in Niedersachsen genau das Gleiche möglich ist. Denn eines ist doch klar: Herr Weil ist ein Urgestein der SPD und der Ampel, und wer die Ampel nicht mehr will, der muss Union wählen in Niedersachsen. Etwas anderes macht überhaupt keinen Sinn.

(Lebhafter Beifall)

Jetzt haben wir zwei Jahre schwerste Krise überstanden mit Corona, etwas, das über Nacht über uns kam und das es zu bewältigen galt. Im Frühjahr hatten wir alle die Hoffnung, dieses Jahr wird anders. Wir hatten alle den Wunsch, den Aufbruch zu erleben, das Miteinander zu fühlen. Und schon ging es erneut los. Horst Seehofer hat zu mir mal gesagt: „Immer, wenn du

denkst, es geht bergauf, kommt einer und haut dir mit dem Hammer drauf.“ Und er meinte nicht unser persönliches Verhältnis, liebe Freundinnen und Freunde.

(Heiterkeit)

Und genauso war es in diesem Jahr. Die eine Katastrophe wird von einer anderen abgelöst. Es ist eine schwere Zeit, und wir stehen, ihr habt das gestern deutlich gemacht, auch an der Seite und ganz besonders an der Seite der Ukraine.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, kein Vorwurf an die neue Regierung, dass es schwere Entscheidungen zu treffen sind. Aber mein Eindruck ist, und der Eindruck eines großen Teiles unseres Volkes ist, dass diese neue Regierung zunehmend überfordert und nicht in der Lage ist, die Schwere dieser Entscheidungen auch zu treffen und dort erfolgreich zu sein.

(Beifall)

Noch vor Wochen ein lässiges, ein cooles, ein sehr selbstbewusstes Auftreten, und man spürt geradezu die Angst und Nervosität bei der Ampel, dass sie den Erwartungen nicht gerecht werden kann. Diese Woche im Bundestag eine klare und präzise Rede unseres Parteivorsitzenden Friedrich Merz, und was war die Antwort? Ein schreiender Bundeskanzler. Meine Damen und Herren, ich will mal eines sagen: Muss er selber entscheiden, aber ich finde, während er in den letzten Monaten eher wie ein Schlumpf wirkte, wirkt er langsam wie Gargamel. Ich will keinen schreienden Bundeskanzler in Deutschland erleben, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Und einen Tag darauf: Der Wirtschaftsminister, nicht wie sonst, erklärend, philosophisch, weit-schweifend und selbstbewusst, sondern, meine Damen und Herren, im Sound des eigenen Selbstmitleids, redend und angreifend und versuchend zu verteidigen. Im Endeffekt nichts anderes als ein jammernder Posterboy, der eins zu überdecken sucht, liebe Freundinnen und Freunde, dass in den letzten Wochen noch einmal schwere Entscheidungen, handwerkliche Fehler, ein fehlendes Gesamtkonzept und letztlich ein täglich heftiger Ampelstreit stattfindet. Ich kann nur eines sagen: In den schlimmsten Zeiten der GroKo war das eher eine romantische Beziehung als das, was FDP, SPD und Grüne derzeit in Berlin abgeben. So kann das kein Vertrauen für die Mehrzahl der Bevölkerung geben.

(Beifall)

Und lieber Friedrich, was ist denn im Moment noch ihr einziges Argument, wenn du die Punkte ansprichst? Das Argument ist jetzt immer: Die letzten 16 Jahre waren so schlimm. Jetzt will ich hier auch einmal eines deutlich sagen: Dieses Narrativ wird ja auch gerne von den Medien übernommen. Was ist denn in diesen 16 Jahren wirklich passiert? Warum musste denn die Union überhaupt einspringen damals? Es gab vorgezogene Neuwahlen, das war der Start der

Unionszeit. Und warum? Weil es fünf Millionen Arbeitslose gab und Rot-Grün damals nicht mehr in der Lage war und weiterwusste.

Was ist seitdem passiert? Von fünf Millionen Arbeitslosen zur niedrigsten Arbeitslosigkeit, schlimmste Krisen wie die Finanzkrise, die Eurokrise, Migration, Corona, alles überwunden und für unser Land gut durchgesteuert. Eines will ich mal sagen: Wenn diejenigen immer auf die letzten 16 Jahre verweisen, ich würde mir gerne wünschen, dass sie ein bisschen von dem, was wir in diesen Krisenzeiten erbracht haben, nur annähernd umsetzen können. Lasst uns stolz darauf sein, wir haben Deutschland gut regiert! Wir haben es gut durch die Krisen geführt, besser als die jetzige Regierung!

(Anhaltender, lebhafter, Beifall)

Also, klar, schwere Entscheidungen. Die Frage ist: Tut man wirklich alles, um dem Anspruch gerecht zu werden, die Ukraine zu unterstützen. Ich weiß nicht, was Ihr Eindruck ist. Meiner ist: Das Wichtigste, um was es jetzt geht, wäre die Unterstützung mit Material und Waffen, oder?

(Beifall)

Das wäre jetzt das Wichtigste. Die Bundesregierung ist seltsam zögerlich. Die Motive sind mir nicht erklärbar. Wo sind die Protagonisten? Wir haben eine Verteidigungsministerin, liebe Freundinnen und Freunde, deren größte Tat es bislang war, 5.000 Helme als entscheidenden Beitrag für diesen Konflikt zu liefern. Seitdem lebt sie wahrscheinlich auf Sylt, ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, wo diejenigen sind, die jetzt dafür zuständig sind.

Wir erleben Grüne, die ständig davon reden, wir bräuchten mehr Waffen, aber im Ergebnis nichts zustande bringen, die uns übrigens vorwerfen, wir seien nicht bundeswehrfreundlich genug. Mal bitte zu der Wahrheit. Wir stehen und standen immer zur Bundeswehr. Aber wer hat denn die letzten Jahrzehnte bei jedem Ostermarsch gegen die Bundeswehr demonstriert? Wer hat denn bei jedem Gelöbnis gepfiffen? Wer hat denn jeden Bundeswehrjugendoffizier angegriffen, der in den Schulen informieren wollte über die Bereitschaft der Streitkräfte für unser Land? Wir haben keinen Nachholbedarf, was Bundeswehr betrifft, und ich glaube Anton Hofreiter erst dann, dass er für die Bundeswehr ist, wenn er sich endlich einen ordentlichen militärischen Haarschnitt zulegt, liebe Freundinnen und Freunde. Vorher nicht, auf keinen Fall.

(Heiterkeit, anhaltender Beifall)

Der eine Teil klappt nicht. Funktioniert der andere Teil? Nicht um es falsch zu verstehen, ich stehe zu jeder Sanktionsentscheidung. Ich habe aber in den frühen MPKs, und die Kolleginnen und Kollegen, die da sind, Volker, du warst dabei, immer gefragt: Eure Strategie, dass wir aussteigen. Entscheiden wir eigentlich selbstbestimmt, ob wir uns unabhängiger machen von Russland? Oder wer ist am Ende derjenige, der die Hand am Gasschalter hat? Nein, nein, wir, wir sind die Einzigen! Wir zeigen Putin, wo es langgeht.

Es drängt sich zumindest Gefühl auf, meine Damen und Herren, dass das Gegenteil der Fall ist. Putin treibt mit uns ein übles Spiel. An einem Tag ist die Turbine kaputt, an einem anderen hat der Hausmeister Urlaub, was weiß ich. Und während wir jeden Tag mehr Geld überweisen wegen der explodierenden Preise, verpackelt er das Gas, das eigentlich für anderes bestimmt wäre, in die Atmosphäre. Schwieriger geht es nicht.

Jetzt will ich eines sagen: Es kommt mittlerweile ein Punkt, wo wir uns zweimal sorgen müssen. Natürlich müssen wir uns sorgen und helfen in der Ukraine. Aber wenn die Bundesaußenministerin – und ich kann nicht genau sagen, was sie gesagt hat, ich habe das nur gelesen – aber den Eindruck erweckt, dass ihre Sorge für das eigene Land, für die eigene Bevölkerung, für die Menschen in unserem Land, ihr nicht so wichtig wäre, kann ich nur eines sagen: Wir müssen uns auch um die eigene Bevölkerung kümmern, und deswegen ist das zentrale Ziel warme Wohnungen, bezahlbares Essen, liebe Freundinnen und Freunde, bezahlbare Energie und sichere Arbeitsplätze. Das ist das, was eine Regierung als Grundaufgabe, als Pflicht, zu gewährleisten hat.

(Beifall)

Was ist denn jetzt eigentlich passiert in den letzten Monaten? Es ist nicht irgendwie seit gestern. Wo ist das Ersatzgas? Italiener und andere vermelden: Wir sind sicher beim Gas. Wir haben Verträge mit Katar abgeschlossen. Was ist denn eigentlich in Deutschland passiert? Es gab manche von uns und auch Journalisten, die waren etwas hämisch, als Habeck zum Emir von Katar gefahren ist und dort einen Hofknicks gemacht hat. Ich habe gesagt: Das ist nicht schlimm, er kann auf einem Bein hüpfen, Hauptsache es kommt was raus. Das Ergebnis bis heute ist null. Von jeder Reise kehrt die Bundesregierung zurück, bestenfalls mit dem Versprechen und mit der Botschaft, in einigen Jahren gäbe es was. Warum hat man nicht mit Pipelines schneller begonnen, warum nicht überall? Warum müssen private Konsortien, zum Beispiel jetzt in Lublin an der Ostsee entstehen, um die östlichen und die südlichen Bundesländer zu versorgen? Warum wurde das nicht getan? Täuscht euch bitte nicht, 80 Prozent Speicher voll heißt noch gar nichts. Erstens ist es nicht überall gleich, im Süden deutlich schlechter. Zweitens mal müssen nach dem Chef der Bundesnetzagentur, ein Grüner, bis zum 1. April wieder 40 Prozent der Speicher noch voll sein. Das ist nur das Prinzip Hoffnung auf die Wetterkarte, liebe Freundinnen und Freunde.

Und anstatt Ersatz zu besorgen, erleben wir typische Vorschläge, wie wir sie von den Grünen kennen: Kalt duschen! Wer von euch – ich meine, es will zwar keiner gern ein Warmduscher sein –, aber wer duscht denn eigentlich, zum Beispiel gestern Abend oder heute früh kalt, ja? Ganz wenige. Wer versucht, seinen Kindern in der Winterzeit zu erklären: Mensch, kalt duschen ist ein super Start in den Tag?

(Heiterkeit)

Der nächste Vorschlag ist, nur noch den Waschlappen überall zu benutzen. Verbiehet sich das Kopfkino, liebe Freunde!

(Heiterkeit)

Die Berliner Senatorin der Grünen sagt: „Ich selber reduziere jeden Tag meine Wäsche, am liebsten auf null.“ Da muss ich eines sagen: Ich will mich nicht mit den persönlichen Hygieneverhältnissen der Grünen beschäftigen, aber die sollen lieber für Ersatzenergie sorgen, als den Menschen schlaue Ratschläge geben, liebe Freunde. Das ist doch kein Konzept für Deutschland!

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

Und wenn sie dann was machen, groß angekündigt, Ministerpräsidentenkonferenz per Telefon einberufen. Der Durchbruch ist die Gasumlage, so hieß es. Der Durchbruch und die Rettung des Winters sei die Gasumlage. Nicht einmal in den Spinnstuben der Ampelparteien glaubt man diese These noch. Die Gasumlage ist Murks. Übrigens wurde vor einigen Wochen angekündigt, sie wird verbessert. Bis heute ist nichts passiert. Der Bundeswirtschaftsminister hat das übrigens mit folgenden Worten begründet: „Na ja, dieser Gasmarkt ist so kompliziert, da kann man nicht so richtig durchblicken und das kann man nicht richtig verstehen.“ Wenn das die Bundesentwicklungsministerin sagen würde, dann würde ich sagen: „Was soll's.“ Wenn der zuständige Minister in Deutschland in der größten Gaskrise unseres Landes sagt: „Ich habe den Überblick verloren und ich habe da eigentlich keine Ahnung“, meine Damen und Herren, dann ist das ein echter Blankoscheck, ein Armutszugnis für unser Land. Und ich kann nur eines sagen: Diese Gasumlage muss weg, liebe Freundinnen und Freunde. Die muss weg!

(Lebhafter Beifall)

Der Minister hat dann parallel monatelang gesagt: „Na ja, wir haben nur ein Wärmeproblem, aber kein Stromproblem.“ Erinnern Sie sich? Ups, jetzt haben wir plötzlich doch ein Stromproblem. Kam das über Nacht? Unsere Energieexperten der Union haben monatelang darauf hingewiesen, übrigens auch die Wirtschaft. Wir vergrößern die Energiekrise Deutschlands seit dieser Woche fundamental. Wir haben nicht nur jetzt ein riesiges Gas-, sondern auch ein Stromproblem. Kann mir jemand wirklich irgendeinen vernünftigen Grund erklären, warum man in Zeiten, wo es auf jede Kilowattstunde Strom ankommt, um Gas zu ersetzen, und wie übrigens gefordert, Notstromheizungen zu machen – war die Forderung der Bundesregierung –, wie kann man in Zeiten, wo alles fehlt, selbst entscheiden, noch einmal für zehn Millionen Haushalte den Strom abzuschalten? Die Entscheidung von Herrn Habeck, liebe Freundinnen und Freunde, die Kernkraft nicht mehr weiterlaufen zu lassen, ist schlicht und einfach falsch, ist zum Schaden unseres Landes, und wir fordern die anderen Ampel-Partner auf, dies nicht nur zu beklagen, sondern zu ändern. Im Grunde genommen muss die Kompetenz zur Energie entzo-

gen und im Bundeskanzleramt gebündelt und dann anders entschieden werden, liebe Freundinnen und Freunde. Sonst droht dem Land riesiger Schaden!

(Anhaltender Beifall)

Wir sind keine Kernkraft-Fans für ewig. Friedrich Merz und ich, – danke dir auch noch mal für deine Unterstützung – waren bei uns im modernsten Kernkraftwerk in Deutschland, Isar 2, und wir haben erlebt und es auch gehört, wie seit Monaten bei dem Thema die Unwahrheit gesagt wird. Erst hieß es, die Kernenergie sei nicht mehr sicher – durch alle Gutachten widerlegt. Dann hieß es, es gäbe kein Personal dabei – durch alle Gutachten widerlegt. Dann hieß es – ich weiß, das zieht immer ganz gut –, die Bayern seien sowieso an allem schuld. Ich will nur darauf hinweisen, an die Freunde aus Baden-Württemberg, die Lage in Bayern und Baden-Württemberg ist genauso, lieber künftiger Ministerpräsident, wenn ich das sagen darf. Niedersachsen liegt bei erneuerbaren Energien insgesamt in der Gesamtmenge auf Platz 1. Wird bei dir wahrscheinlich noch viel mehr werden, ja –

(Kurzer Beifall)

– Bayern aber auf Platz 2, kleiner Werbeblock, ja. Wir liegen bis auf Wind überall vorne. Deswegen, ehrlich gesagt, ist es auch unfair, ständig zu versuchen, sowas zu machen und am Ende doch zwei Kernkraftwerke in eine Reserve zu geben, die gar nicht technisch funktioniert. Ich will nur sagen: Wir Bayern sind wirklich freundlich. Wir helfen Deutschland gern. Zum Beispiel hat der noch nicht im Amt befindliche Bundeskanzler, liebe Freundinnen und Freunde, uns angerufen und sagte: „Liebe Bayern, könnt ihr den G7-Gipfel machen?“ Ich dachte eigentlich, ein Bundeskanzler aus Hamburg wird nach den guten Erfahrungen, die er selbst beim G20-Gipfel gemacht hat, ja –

(Heiterkeit, Beifall)

Aber wahrscheinlich hat er da gewisse Erinnerungslücken, was Hamburg betrifft. Es kommt häufiger vor derzeit, liebe Freundinnen und Freunde. Ich will nur eines sagen, und das gilt hier auch: Wir haben den G7-Gipfel gut organisiert. Warum? Weil dort, wo die Union regiert, es sicherer ist, und dort, wo die Union regiert, man nicht gegen, sondern für die Polizei eintritt, die unser Land sicher macht. Danke an die Polizistinnen und Polizisten.

(Lebhafter, anhaltender Beifall)

Also Woche für Woche Ausreden beim Thema Kernenergie, und wer die Pressekonferenz am Montag verfolgt hat, ei ei, Pressekonferenz „sui generis“, würden die besonders Klugen unter uns sagen, ja. Da sagt jeder Betreiber ungefähr, das macht keinen Sinn. Und dann kommt der Minister und sagt, ich ordne das jetzt mal komplett anders ein. Meine Damen und Herren, das Konzept von Robert Habeck wird in dieser Frage scheitern. Er riskiert – Jens Spahn hat es

mehrfach gesagt –, einen schweren Blackout und Schaden für unser Land. Er trägt dafür die persönliche Verantwortung und der Grund ist doch eindeutig erkennbar, es ist pure grüne Ideologie. Da meldet sich Jürgen Trittin aus der Gruft.

(Heiterkeit, Beifall)

Claudia Roth weint gegen die Kernkraft, wie immer. Und am Ende erklärt die aktuelle Außenministerin Baerbock, es sei ein Irrsinn, die Kernenergie jetzt zu verlängern. Der einzige Irrsinn ist, sie jetzt abzuschalten. Und wisst ihr, was daraus deutlich wird für jede Bürgerin und jeden Bürger? Die Grünen sind eben nicht, liebe Freundinnen und Freunde, die moderne neue objektive Staatspartei, sondern es sind die uralten gleichen ideologischen linken Grünen, das bleibt einfach dabei, die ändern sich nicht.

(Lebhafter Beifall)

Es fehlt Energie an allen Ecken und Enden, und Deutschland entscheidet, es schlechter zu machen. Die europäische Union fordert uns auf, allein schon aus Gründen der europäischen Netzstabilität, es nicht zu tun. Mal vorstellen, und gleichzeitig explodieren die Preise. Und das wird, liebe Freundinnen und Freunde, schlimm werden, und zwar jetzt schon bitter. Viele Bürger werden es mit der Zeit erst spüren, weil die Abrechnungen erst Monat für Monat kommen. Unser Mittelstand hingegen spürt das sehr deutlich. Dort haben wir Preissteigerungen von mehreren 100 Prozent. Überall wachsen diese enormen Explosionen von Preisen. Und ich sage euch eines: Wir reden im Moment davon, Geringverdiener zu schützen. Die Wahrheit ist, die breite Mitte unseres Volkes ist vom Abstieg bedroht. Es kann sein, dass Leute, die heute Normalverdiener sind, am Ende des Prozesses Geringverdiener sind. Und drum noch einmal die Aufforderung an die Bundesregierung, nicht im Klein-Klein zu verheddern, sondern wenn ein Entlastungskonzept, dann richtig, dann vernünftig, dann breit.

Und vor allen Dingen, liebe Freundinnen und Freunde, wenn eine Regierung ein Entlastungspaket macht von 65 Milliarden und damit alte Fehler beseitigt, indem man die Rentnerinnen und Rentner ausschließt – ich hatte mich eh gewundert –, hieß es nämlich: Energiezuschuss gibt es für die, die essen und heizen müssen. Essen Rentnerinnen und Rentner nichts? Heizen sie nicht? Eine grobe Ungerechtigkeit, von einer Partei gemacht, die immer noch glaubt, sie sei die bessere sozialpolitische Kraft. Das sind nämlich wir, – liebe Freundinnen und Freunde, nicht die SPD! Wir!

(Beifall)

Aber Fehler, die korrigiert werden, verdienen Respekt und Dank. Aber es klaffen beim zweiten Blick, beim Blick ins Kleingedruckte dieses Beschlusses, jeden Tag neue Fragen auf. Strompreisbremse europäisch, wie geht das jetzt? Soll das Brüssel machen oder wir? Ein Basistarif, der gemacht wird für Strom. Haben Sie mal verstanden, was das heißt? Es soll jetzt durch den Bund

entschieden werden, wieviel Strom jeder Haushalt zur Verfügung haben darf. Das entscheidet jetzt künftig jemand nach dem Motto, wie früher Lebensmittelmarken, Rabatt, Rationierung. Und dass der komplette Mittelstand vergessen wurde und dass der zuständige Minister in einer Talkshow –. Ich meine, Talkshows sind immer nicht einfach, das wissen wir alle, ja. Besonders wenn wir Unionsleute da sind, dann sprühen geradezu die Interviewer in der Regel vor Freundlichkeit. Aber dass der Minister in einer Talkshow sagt: „Na ja, dann produzieren wir halt nicht. Und jetzt produziert man halt mal nicht und hat halt keine Insolvenz zu befürchten.“ Also noch mal: Wer nicht produziert, verdient nichts, muss aber Mitarbeiter bezahlen, muss Sozialversicherungsbeiträge bezahlen, muss Steuern bezahlen.

Wenn ein Wirtschaftsminister so agiert, kann ich nur eins sagen, um in seiner Sprache zu bleiben, das ist der Sound der totalen Ahnungslosigkeit, und so ein Minister darf eigentlich nicht für die Wirtschaft sprechen, liebe Freundinnen und Freunde. Es ist ein Desaster, so etwas öffentlich zu hören.

(Beifall)

Deswegen, ihr habt da wegweisende Beschlüsse gefasst. Fraktion und Partei, wir sind da völlig zusammen, zu helfen, zu stärken, zielgerichtet, Mittelstand. Und ich sage auch, wir haben Corona übrigens wirtschaftlich überstanden, weil wir da nicht auf den Euro genau gerechnet haben. Da sagt mancher, das war zu viel, das Ergebnis ist, sie sind besser rausgekommen als zuvor. Sonst wären ganze Branchen pleite gewesen. Und so müssen wir das jetzt auch machen, und zwar richtig konsequent.

Übrigens finde ich auch es nach wie vor beachtlich, dass der Bund nicht bereit ist, die von ihm selbst an der Inflation verdienenden Steuern zu senken. Es ist nicht nur die kalte Progression. Deutschland hat über Gebühr Stromsteuer, Deutschland hat jetzt wieder über Gebühr Spritpreise, Deutschland hat überall viel mehr als Europa. Mein dringender Wunsch: Wenn der Staat es ernst meint, den Bürgern zu helfen, dann darf der nicht noch zusätzlich an hohen Preisen verdienen, liebe Freundinnen und Freunde, und darum muss das gesenkt werden, denn es ist die beste und schnellste und effektivste Methode.

(Beifall)

Und übrigens auch bei Lebensmitteln. Das geht immer so unter, aber in Supermärkten legen viele Leute Essen wieder zurück, wenn sie sehen, wie teuer es wird. Das wird unterschätzt und wird auch manchmal nicht ernst genommen. Ich verstehe das immer nicht. Wissen Sie, als wir beim G7-Gipfel waren, keiner hat gefragt, habt ihr mal bayerisches Sushi oder so. Alle wollten unser Essen haben. Jetzt muss man nicht jeden Tag Schweinebraten essen oder Makrele, keine Ahnung, ja. Aber warum sind wir in Deutschland eigentlich so verbohrte, wenn es um heimische Stärken geht? Wir könnten die ganze Welt mit Nahrungsmitteln versorgen, das ist eines

unserer hochwertigsten Güter. Niedersachsen, das hast du vorhin gesagt, ihr seid die Besten bei der Landwirtschaft, okay, lieber Frieden heut', ja.

(Beifall)

Aber wir sind auch ziemlich gut. Ich kann nur sagen, warum erlauben wir unserer Landwirtschaft nicht, Flächen zu bewirtschaften, um Nahrungsmittel zu produzieren? Warum erlauben wir der Landwirtschaft nicht, Bio-Energie und Bio-Gas zu produzieren? Und warum, wenn es um Entlastung geht, kommt von den Grünen immer nur der eine Satz: „Wenn wir mal Steuern senken, dann nur auf vegane Produkte, auf Bio-Produkte“, und was weiß ich. Ich sage nur eins: Es soll jeder essen, was er will, aber zu Deutschland gehört auch dazu, dass das jeder entscheiden kann, dass das Grüne nicht vorgeben. Ich bin nicht bereit zu glauben, dass man mit Broccoli einen Kindergeburtstag zum fundamentalen Erfolg führen kann, liebe Freundinnen und Freunde. Lasst uns essen, was wir wollen, und senkt darauf die Steuern!

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

Damit bin ich neben der Energie bei einem für mich zentralsten Punkt mittlerweile. Energie ist das ideologisch Behaftete, nicht entscheidend in der Krise. Aber es gibt etwas anderes. Spüren Sie nicht auch? Viele Menschen empfinden es so, übrigens jenseits der Schlagzeilen, dass die Ampel etwas anderes noch macht? Vor der großen Bühne der Energiekrise sitzen dahinter andere Architekten, die eine andere Gesellschaft entwickeln wollen. Ich kann mich erinnern, dass letztes Jahr viele uns gefragt haben: „Öh, Union, gibt keine Unterschiede mehr, wird alles gleich, was soll ich überhaupt wählen, ja? Außer den hübschen Gesichtern sonst, öh.“

(Gelächter)

Seit den 60er-Jahren war und ist es nicht mehr so deutlich, was die Unterschiede sind. Und deswegen müssen wir als Union das auch sagen. Ich will euch drei, vier, fünf Punkte erwähnen, die für mich zentral sind.

Das Erste: Ihr habt euch gut entschieden, das „C“ zu behalten im Namen. Wir sind nicht die KDU oder die KSU, nicht die kirchliche, sondern die christliche, ein Menschenbild. Die Ampel beginnt, den Schutz des Lebens zu verändern. Der Einstieg 219 a StGB ist der erste Schritt. Man spürt förmlich den Wunsch 218 komplett abzuschaffen. Liebe Freundinnen und Freunde, ich weiß, es ist keine leichte Entscheidung gewesen, zwischen Selbstbestimmungsrecht und Schutz des Lebens zu entscheiden. Aber wer wie die Ampel den Schutz des Lebens nicht einmal mehr erwähnt, wer bei der Debatte bald um den assistierten Suizid genau gleich argumentiert, dann kann ich euch nur sagen: Wir haben den Schutz des Lebens aus unserem christlichen Menschenbild heraus zu Beginn und am Ende des Lebens als zentralen Punkt gesehen, liebe Freunde. Und wir lassen nicht zu, dass der in Deutschland gestrichen oder von der Tagesordnung genommen wird. Dafür stehen wir als Union.

(Beifall)

Wir stehen für den Lebensschutz. – Zweitens: Mein Freund Tilman Kuban, Bundesvorsitzender JU, sagt mir immer: „Mensch, Markus, Joints wären doch eine feine Sache, wird manche Sitzung vom CDU-Vorstand ein bisschen entspannter.“ Mag sein. Ich will nur eines sagen: Ich bin gegen die Freigabe von Drogen, liebe Freunde, ich bin dagegen. Ich bin dagegen.

(Beifall)

Kein Land der Welt, kein Land der Welt ist glücklich geworden mit der Freigabe von Drogen, niemand. Fragt mal unsere Nachbarn, die niederländischen Freundinnen und Freunde. Die werden euch sagen: „Es war ein Fehler.“ Jetzt geht es schon weiter. Wir haben noch gar nicht mal mehr diese Einstufung. Übrigens auch da war die Aussage der Ampel: „Na ja, okay, da muss halt der Apotheker entscheiden, ob jemand süchtig ist oder nicht.“ Auf dem Niveau? Die Berliner Grünen gelten als progressivste Gruppe in der doch mittlerweile auch etwas altspießigen grünen Partei, sagen, ja, wegen Cannabis reicht nicht, sondern da muss jetzt Kokain her und Crystal Meth. Wer ein Gesicht eines Menschen gesehen hat, der unter Crystal Meth leidet – Ich kann nur eines sagen: Als Jugendlicher hab' ich dieses Buch „Christiane F. – Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ gelesen, und ich bin nicht bereit, unseren Kindern, unserer Gesellschaft, eine solche verfehlt Entwicklung zuzulassen. Wir müssen uns mit allem, was wir haben, gegen die Freigabe von Drogen wehren, liebe Freunde. Das ist ein Unterschied von uns zu den anderen.

(Lebhafter Beifall)

Drittens: In diesem Sommer hatten einige Flughäfen Probleme, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Deswegen hat man entschieden: Oh, wir müssen jetzt aus dem Ausland nachfragen, ob wir ein paar Leute finden können, die an den Flughäfen Koffer von A nach B transportieren. So weit, so gut. Die Frage hat aber keiner gestellt. Warum können wir denn nicht in Deutschland Menschen finden, die diese Tätigkeit, wenn sie körperlich stark genug sind, natürlich, ja, warum sie das nicht machen? Es werden in Deutschland die falschen Signale gesetzt. Dieses neue Bürgergeld klingt sicherlich besser als Hartz IV, aber es ist übrigens zurück zu Lafontaine, nichts anderes.

Ich sage euch mal eines: Ich bin die Woche angegriffen worden, weil ich das gesagt habe. Ich stehe aber dazu. Wer nicht arbeiten kann, aus körperlichen Gründen, wer keine Arbeitsstelle findet, hat die volle Rückendeckung des Sozialstaates verdient. Wer aber arbeiten könnte und nicht arbeiten will, oder wer, liebe Freundinnen und Freunde, aufgefordert wird, was zu tun und sagt, ich möchte das aber nicht, dann kann es doch nicht so sein, dass derjenige nicht einmal mehr die Motivation nachgefragt bekommen kann, dass er was tun muss. Wissen Sie, so viele Menschen arbeiten hart und zahlen dafür. Das neue Bürgergeld führt dazu, dass in München wahrscheinlich eine Friseurin, eine Friseur-Dame, die dort arbeitet, ein Polizeibeamter, vielleicht weniger verdient als jemand mit Bürgergeld. Das ist doch das falsche Signal. Wir brauchen doch den Einsatz für Fleiß, für Leistung, für Bereitschaft, einander zuzuarbeiten.

(Anhaltender Beifall)

Eine Fehlentwicklung nach der anderen, und die letzte, die habe ich selber unterschätzt noch im letzten Jahr. Das ist diese schleichende Sanktionierung unserer Gesellschaft, dieses Einteilen in moralisch Gut und Böse. Hat man was richtig oder falsch gesagt? Bis vor einem Jahr übrigens galten noch die, die eine Ölheizung hatten als „Uh, du hast eine Ölheizung, uh.“ Heute sind die, die Ölheizung besitzen die Lockersten, die sagen: „Hey, willst du mal Duschen bei mir, na?“

(Heiterkeit)

Sind totale Helden, ja, totale Helden, ja.

(Heiterkeit, Beifall)

Okay. Das geht aber noch. Aber es gibt so in unserem Land so eine neue Bewegung, „Woke-ness“. Ich glaube, Dreiviertel der Deutschen tun sich schwer zu überlegen, was könnte das sein, ja? Dahinter steckt ein zutiefst illiberaler Gedanke, liebe Freundinnen und Freunde, ein zutiefst illiberaler Gedanke.

(Beifall)

Es geht los mit einer Antidiskriminierungsbeauftragten. Die sagt übrigens über die eigene Bundesregierung, da seien zu viel Weiße dabei, die die Deutschen als hässliche Kartoffeln bezeichnen, die die deutsche Wiedervereinigung als Völkerrauch sieht. Also wissen Sie, wenn der Deutsche Bundestag und die deutsche Regierung Probleme hat, die Schuldenbremse einzuhalten, ja, dann kann ich nur eines sagen, unabhängig von Schulden, die man vielleicht machen muss oder Geld aufnehmen, aber solche Stellen wie eine solche Antidiskriminierungsbeauftragte, die so denkt, die kann man sofort streichen als Beitrag, die Schuldenbremse einzuhalten, sofort, ohne Probleme.

(Beifall)

Ich bin und wir sind sehr für Gleichberechtigung. Aber, meine Damen und Herren, ist dieser zwanghafte Weg zu dem Gendern und den mit Sanktionen zu versehen, ist der wirklich das, was die Mehrzahl der Deutschen wirklich gut findet? Ich war letztthin bei einer Veranstaltung bei Schützen, Schützenbrüdern, ja. Dann hieß es: Uh, Schützenbrüder, geht gar nicht. Dann habe ich halt gesagt: Liebe Schützenschwester, Schützenbrüder. Da kam sofort irgendwas: Da muss Schützenbrüderinnen heißen, ja.

(Heiterkeit)

Es gibt Regelwerke, die das definieren, auch in der Familie, um das zu „entschlechtlichen“. Aus Tante und Onkel soll man künftig „Tonke“ verwenden.

(Heiterkeit)

Opa und Oma wird „Ompa“. Und Vater und Mutter werden zu Elternteil 1 und 2 degradiert, und welche Nummer die Väter bekommen, können Sie sich bei so einem Regelwerk ungefähr vorstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Überall gibt es mittlerweile Zwang zu solchen Bereichen, und zwar nahezu krampfhaft. Wenn man dann sieht, wie in die Kunstfreiheit, lieber Herr Präsident Lammert, eingegriffen wird. Bully Herbig ist nun wirklich einer, den die Mehrzahl der Deutschen, ist zwar ein Bayer, mögen, ich glaube alle. Der sagt, ich würde mir den „Schuh den Manitu“ heute nicht mehr trauen zu machen. Ich glaube auch nicht, dass das „Raumschiff Surprise“ wirklich total politisch korrekt ist, wenn ich das so im Gedächtnis habe.

(Heiterkeit)

Dass man den armen Winnetou, liebe Freundinnen und Freunde, ist geradezu absurd, Winnetou anzugreifen, und wer weiß was sonst noch alles kommt. Einige fangen an zu sagen, „Schneewittchen und die sieben Zwerge“ muss unbenannt werden in „Schneewittchen und die sieben Gefährten“, ja. Jim Knopf, und Tarzan, stellen Sie sich mal vor, wenn Sie darauf kommen. Ein weißer Mann, der sich relativ wenig bekleidet durch den Dschungel schwingt. Um Gottes Willen, was droht uns da? Und bei uns am Oktoberfest heißt es, ihr dürft nur noch bestimmte Lieder singen, andere nicht mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Jeder soll machen in unserem Land, was er glaubt, das Richtige ist. Ich will mehr Polizei auf den Straßen, aber weniger Sprech- und Denkpolicisten in den ideologischen grünen Stuben. Das braucht es nicht, wir sind ein Land der Freiheit und kein Land des Zwanges, liebe Freunde!

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

Deswegen, wenn wir es zusammenfassen: Wir müssen das Land gut durch die Krise führen. Wir haben bewiesen, dass wir Krise können, wir haben das bewiesen. Das waren schwere Entscheidungen damals, aber wir haben sie gemeinsam getroffen, übrigens Bund und Länder gemeinsam. Ministerpräsidentenkonferenzen, glaube ich, können alle Kolleginnen und Kollegen sagen, waren immer sehr zäh und manchmal auch etwas zu lang, aber immerhin unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit, wie ich immer gelesen habe. Aber der Bund hat mit den Ländern überlegt, was zu schultern ist.

Im Moment erleben wir eine Bundesregierung, der das völlig egal ist, was Länder und Kommunen denken. Die Rechnungen bestellen und selber nicht bezahlen. Erst dann, nachdem es Widerstand der Länder gibt, und zwar aller – Dein Herr Weil hat erst gesagt: „Super Idee, machen wir.“ Und jetzt plötzlich dämmert es ihm beim Nachrechnen, dass es auch für den Landeshaushalt Niedersachsen ein Problem bedeuten kann. Ich habe übrigens auch kein Problem, dass wir über Tickets reden, liebe Freundinnen und Freunde. Ich will nur eines sagen: Wer ein Ticket will, muss es dann auch ein Stück weit bezahlen, aber ich sage auch: Deutschland ist nicht nur ein

Land der Metropolen. Deutschland ist auch ein Land des ländlichen Raumes. Und wer die ganze Zeit meint, den ländlichen Raum zu vernachlässigen, der macht einen schweren Fehler, liebe Freundinnen und Freunde, das ist eben auch Deutschland, das ist auch deutsche Realität und uns anvertraut.

(Lebhafter Beifall mit Rufen)

Deswegen auch, zum Beispiel, ein letztes Beispiel: Die Deutschen haben eine Industrie, die macht sie so unglaublich stark. Ein Großteil unseres Wohlstandes basiert darauf, das ist Automobilität. Wir wollen das weiterentwickeln, wir haben hier die modernsten Firmen der Welt, überall in Deutschland. Wir machen das, wir entwickeln das weiter. Aber bei den Grünen spürte und spürt man, jetzt auch bei der Debatte, immer wieder den gleichen Reflex, gegen diese zentrale Industrie und gegen diese Form der Mobilität im ländlichen Raum zu sein und am besten alles abstellen, egal was, Gas, Öl, Kohle, Auto, immer das Gleiche. Ich sage nur eins: Lastenfahrräder sind toll, aber im ländlichen Raum kommt man damit nicht durch den Winter, liebe Freundinnen und Freunde. Wir stehen zu unserem Auto, wir wollen ein modernes Auto und wir wollen auch die Arbeitsplätze in Deutschland erhalten, liebe Freunde!

(Anhaltender Beifall)

Durch die Krise führen, die Unterschiede benennen, die Hand zur Zusammenarbeit reichen – also Friedrich Merz hat es von Anfang an getan, in der ganzen Krise. Angenommen wurde es nicht, nur als man mal es verfassungsrechtlich brauchte. Die Länder reichen die Hand in der Krise, angenommen wird es nicht. Und daneben, zu dem Krisenmanagement, kommen einfach auch Unterschiede, und zwar Unterschiede, die wieder den Unterschied zeigen zwischen links und bürgerlich. Ich weiß nicht ganz, warum die FDP das alles mitmacht, das weiß ich nicht. Das ist keine Ampel, sondern eine linke Regierung mit ein paar gelben Farbspritzern, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Aber das müssen die selber entscheiden. Eines weiß ich aber: Es wird künftig wieder auf die Frage ankommen, auch gesellschaftlich, links oder bürgerlich. Historisch gesehen kann man sagen, links ist immer falsch, liebe Freunde, es führt immer am Ende ins Chaos. Anfangs Begeisterung, Ende Chaos und Krise, immer das Gleiche.

(Anhaltender Beifall)

Deswegen ist dieser Parteitag so wichtig. Wir kommen wieder zusammen, wir sind geschlossen und wir sind entschlossen. Wir zeigen, was wir wollen und wir zeigen auch den Menschen, was die Unterschiede zu anderen Parteien sind. Deswegen: Lasst uns kämpfen, lasst uns Niedersachsen erfolgreich gestalten, lasst uns unsere Konzepte für die Zukunft einbringen, lasst uns

dem Land helfen und, liebe Ampel, lasst euch helfen von Leuten, die von Krisen was verstehen. Deswegen, meine Damen und Herren, auf in die Auseinandersetzung in Niedersachsen, viel, viel Erfolg. Gemeinsam kämpfen für unser Land! Gott schütze Deutschland, Gott schütze die CDU und die CSU ehrlich gesagt auch. Auf ein gutes Miteinander, viel Erfolg für euch, danke für eure tolle Arbeit! Herzlichen Dank!

(Lang anhaltender, lebhafter rhythmischer Beifall)

**Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU: Lieber Markus Söder, lieber Markus, herzlichen Dank für diese große, engagierte Rede, für die du verdienstermaßen so viel Beifall bekommen hast des Bundesparteitages der CDU Deutschlands. Herzlichen Dank für deine Worte.

(Beifall)

Ich will in diesen Dank einschließen die gute Zusammenarbeit, die wir in der Bundestagsfraktion und zwischen beiden Parteien haben, auch mit denjenigen, die heute aus der CSU bei uns zu Gast sind. Lieber Martin Huber, Generalsekretär der CSU, herzlich willkommen bei uns, und, lieber Alexander Dobrindt, auch dir noch einmal ein herzliches Willkommen auf dem Bundesparteitag der CDU.

(Beifall)

Von diesem Parteitag gehen für CDU und CSU zwei Botschaften aus. Erstens, wir arbeiten gut, freundschaftlich, vertrauensvoll zusammen. Wir arbeiten zusammen, wir kämpfen zusammen, wir streiten um die politischen Themen in diesem Lande und wir sind dabei geschlossen wie selten zuvor.

Aber es gibt noch eine zweite Botschaft. Und Markus, ich bin dir dankbar, dass du das hier so zum Ausdruck gebracht hast, und ich denke, wir können das als die beiden Parteivorsitzenden von CDU und CSU hier noch einmal so deutlich sagen. Das gilt für die Länder, und du hast es gerade gesagt als Ministerpräsident des Freistaates Bayern. Wir bieten der Bundesregierung in diesen schweren Wochen und Monaten eine Zusammenarbeit an, ausdrücklich, der Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung. Und ich sage es für die gemeinsame Bundestagsfraktion von CDU und CSU, auch der Bundestagsfraktion mit der Bundesregierung. Ja, wir streiten um die Einzelheiten. Wir haben an vielen Punkten eine andere Meinung. Aber es ist in einer solchen schweren Zeit auch notwendig, zusammenzuarbeiten. Wir bieten es von hier aus ausdrücklich noch einmal an, an die Bundesregierung aus der Sicht der Fraktion, aber auch an die Bundesregierung aus der Sicht der Länder und der Ministerpräsidenten der Union.

Herzlichen Dank, dass du das hier noch einmal so klar und deutlich gesagt hast. Wir sind nicht nur Opposition, wir sind in vielen Ländern Regierung. Und gemeinsam, CDU und CSU, bieten der Bundesregierung an, dort wo es immer möglich ist und wir zu gemeinsamen Lösungen kommen, auch gemeinsam zu handeln. Wenn die Bundesregierung es jetzt nicht annimmt, dann ist

es allein ihre Verantwortung. Auch das werden wir dann in den nächsten Tagen und Wochen deutlich machen.

(Beifall)

Lieber Markus, du hast in ziemlich genau einem Jahr in Bayern die Landtagswahlen, und lasse mich deswegen nochmal eine Schlussbemerkung zum strategischen Miteinander von CDU und CSU machen. Der eine oder andere von Ihnen kennt das, was ich jetzt sage. Aber ich will es ganz ausdrücklich hier noch einmal wiederholen. Es gibt unter den christdemokratischen Parteien in Europa kein einziges Beispiel so wie wir in einer solchen Gemeinsamkeit einer Bundestagsfraktion von zwei Parteien, die territorial abgegrenzt sind gegeneinander, die sich aber so gegenseitig auch unterstützen und helfen wie CDU und CSU. Es gibt Wählerinnen und Wähler in Bayern, die wählen die CSU, weil sie wissen, dass es eine starke CDU gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Und es gibt Wählerinnen und Wähler im Rest der Republik, die wählen die CDU, weil sie wissen, dass es eine starke CSU in Bayern gibt. Wir schöpfen auf diese Art und Weise ein Wählerpotential aus, das wir gegeneinander oder schlicht und ergreifend mit einer Partei allein nicht erreichen könnten. Ich werde alles tun, was in meiner Kraft steht, bei Unterschieden, die notwendig und richtig sind und die wir auch austragen miteinander und die auch der Aufgabenlage entsprechen, aber ich werde alles tun, um diese Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU zusammenzuhalten, weil nur diese Fraktionsgemeinschaft und das gute Miteinander von CDU und CSU der Erfolgsgarant dafür ist, dass wir auch die nächste Bundestagswahl wieder gewinnen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Deswegen, lieber Markus, geht das, was wir beide miteinander tun, und, lieber Alexander, geht das, was wir beide in der Bundestagsfraktion miteinander tun, weit über unser persönliches, gutes Verhältnis hinaus. Wir haben hier eine Verantwortung für die gesamte Union, die wir mit jeweils unterschiedlichen Funktionen ausfüllen und ausüben. Wir werden nach Kräften darum weiter bemüht bleiben, so wie uns das in diesem Jahr gelungen ist, diese Gemeinsamkeiten aufrechtzuerhalten, auszubauen und zu zeigen, dass wir wirklich gemeinsam, CDU und CSU die Nummer 1 in Deutschland sind und bleiben, über das Jahr 2022 hinaus.

Lieber Markus, in diesem Sinne, herzlichen Dank für dein Kommen, gute Rückreise nach München, viel Erfolg bei der Landtagswahl im nächsten Jahr. Am 29. Oktober sehen wir uns auf dem Landesparteitag der CSU in Bayern, in Augsburg. Ich werde die Einladung dort genauso gern annehmen, wie du heute herzlich empfangen worden bist bei der CDU in Deutschland. Herzlichen Dank für dein Kommen!

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Lieber Markus Söder, der 35. Bundesparteitag der CDU Deutschlands dankt dir für deine engagierte und erfrischende Rede. Dank für die Unterstützung auch hier im niedersächsischen Landtagswahlkampf, wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir wieder ins Tagesgeschäft zurück. Zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 19:

#### Sonstige Anträge

Sie finden die C-Anträge in der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 96 bis 225 der Antragsbroschüre auf Ihren Tablets, unter dem Navigationspunkt Anträge und Beschlüsse.

Wir werden hier jedenfalls die noch nicht behandelten inhaltlichen Initiativanträge bei den jeweiligen Themenblöcken aufrufen. Die Initiativanträge finden Sie ebenfalls unter Anträge und Beschlüsse auf Ihren Tablets.

Wir schlagen dem Parteitag jetzt folgendes Verfahren vor: Wir rufen jetzt nur die C-Anträge auf, zu denen Wortmeldungen vorliegen. Das sind bislang die Anträge C1, C21, C40, 67, 99, 106, 109, 111, 119. Alle anderen Anträge würden wir dann im Anschluss in einem Block aufrufen und abstimmen. Ich gehe davon aus, dass Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind. Dennoch frage ich Sie: Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Keine. Dann machen wir das so und beginnen die Beratung zu C1. Erster Redner ist Karl-Josef Laumann. – Bitte hier vorne an das Rednerpult.

**Karl-Josef Laumann:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen heute bei diesem Tagesordnungspunkt noch einmal zu einer wichtigen inhaltlichen Frage. Unsere CDU ist eine Volkspartei. Sie ist die politische Heimat für viele Menschen, die Verantwortung in Unternehmen tragen, sie ist aber auch die politische Heimat für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und mit der Sozialen Marktwirtschaft ist untrennbar verbunden die soziale Partnerschaft. Und weil wir das so sehen seit über 70 Jahren, ist es eine gute Staatstugend, dass wir uns aus der Lohnfindung, aus der Frage der wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeiten heraushalten. Dieses regeln die Tarifvertragsparteien.

Jetzt ist es aber so, dass die Tarifbindung in unserem Land seit etwa 20 Jahren Stück für Stück abnimmt. Wo ich das erste Mal in den Deutschen Bundestag gewählt worden bin, 1990, war die Tarifbindung in unserem Land noch bei 76 Prozent. Mittlerweile sind wir deutlich unter 50 Prozent. Das heißt, wir haben die halbe Arbeitnehmerschaft in Arbeitsverträgen mit Tarifverträ-

gen und wir haben die andere Hälfte der Arbeitnehmerschaft in Arbeitsverhältnissen ohne Tarifverträge. Die einen haben die Privilegien der Tarifverträge, und die anderen haben sie nun mal eben nicht. Deswegen rede ich schon seit längerer Zeit davon: Es gibt einen privilegierten Teil der Arbeitnehmerschaft, Tarifvertrag, Betriebsrente und so weiter, und auf der anderen Seite einen Teil der Arbeitnehmerschaft, wo das alles nicht der Fall ist.

Wir reden seit Jahren darüber: Wie kriegen wir eine höhere Tarifbindung? Wir reden auf allen Parteitag dafür: Die CDU, die Partei der sozialen Partnerschaft, aber passieren tut nichts. Die Tarifbindung geht weiter nach unten. Deswegen haben wir, die CDA, diesen Antrag C1 gestellt, wo wir auch konkrete Vorschläge machen, was wir glauben, was richtig wäre, um die Tarifbindung wieder größer zu machen. Wir haben dann in einen Initiativantrag noch einmal auch Kritikpunkte, die wir hier gehört haben, aufgenommen. Im Grunde gesagt, wir sind vor allen Dingen der Meinung, dass die Allgemeinverbindlichkeit gestärkt werden muss und dass die öffentlichen Hände, da wo es sinnvoll ist, Aufträge auch an die Tarifgebundenheit der Unternehmen knüpfen.

Zwei konkrete Vorschläge. So, jetzt ist die Frage, können wir uns darauf verständigen oder nicht? Ich glaube, dass wir wirklich dafür sorgen müssen, dass die Tarifbindung wieder größer wird, weil sonst immer mehr Bereiche in Wahlkämpfen reinkommen, wo andere sagen, weil es tariflich nicht gelöst ist, muss es politisch gelöst werden. Wir kennen die Debatte vom Mindestlohn. Die Fraktion hat sich bei zwölf Euro Mindestlohn enthalten im Deutschen Bundestag mit der Begründung, wir sind nicht gegen die zwölf Euro, aber wir sind gegen die politische Festlegung. Ja, was denn nun? Wenn man die politische Festlegung nicht will, braucht man Tarifverträge.

(Beifall)

Meine Sorge ist, dass wenn wir diese Tarifbindung weiter nach unten gehen, wir demnächst Wahlkämpfe kriegen, wo es um die Frage von Urlaubsansprüchen geht, wo es um die Frage von Weihnachtsgeld geht und so weiter. Und ich sage euch voraus: Sie werden alle für die CDU keine Spaziergänge.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen ist meine große Bitte, diesen Antrag heute so zu verabschieden. Und noch mal: Dass wir den Initiativantrag gemacht haben, geschah deswegen, weil wir meinen, dass wir mit diesen Kernforderungen auch vielleicht dem einen oder anderen, der die Frage vielleicht kritischer sieht wie ich, die Möglichkeit geben, hier zuzustimmen.

Dann lassen Sie mich zum Schluss einen Satz auch sagen, der mir wirklich sehr wichtig ist. Ich bin jetzt fast 50 Jahre in dieser CDU. Ich glaube, eine Stärke unserer Partei ist, dass wir Menschen haben, die aus unterschiedlichen Erfahrungswelten kommen, Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und diese unterschiedlichen Erfah-

rungswelten in unsere politische Arbeit einbringen. Deswegen glaube ich, dass gerade die Union die Partei ist, die auch in der Lage ist, Denkanstöße zu geben, die wieder zu einer höheren Tarifbindung in Deutschland führen. Es ist für die Partei, für die Politik wichtig, dass die Tarifvertragsparteien die Arbeitsverhältnisse regeln. Denn wenn wir sie politisch regeln sollen, werden wir uns am Ende in dieser Frage verheben und deswegen eine Stärkung der Tarifvertragsparteien, was in diesem Punkt bedeutet, auch weniger Staat zu haben. Schönen Dank, und ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann. Als Nächstes hat Jana Schimke vom Landesverband Brandenburg von der Bühne bitte das Wort.

**Jana Schimke:** Verehrtes Tagungspräsidium, liebe Delegierte! Wir haben mit dem Grundgesetz ein hohes Gut in diesem Land. Artikel 9 regelt die Tarifautonomie in Deutschland. Dazu gehört die negative und positive Koalitionsfreiheit. Bedeutet, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Tarifvertragsparteien, sich freiwillig Verträge geben können. Sie können es machen, sie können es auch lassen. In Deutschland haben wir inzwischen 80.000 Tarifverträge und, liebe Delegierte, wir sind stolz darauf, dass uns das gelungen ist, dass Deutschland ein Land der Tarifverträge ist, von stabilen Strukturen, von einem stabilen Miteinander zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Diese gelebte Partnerschaft wollen wir fördern, wir wollen sie weiterführen, wir wollen sie unterstützen. Der Antrag der CDA fordert eine 80-prozentige Tarifbindung in Deutschland. Liebe Delegierte, davon sind wir noch weit entfernt. Aber das Problematische an diesem Antrag ist der Weg, über den er das erreichen will. Liebe Delegierte, ich kann keinem Antrag zustimmen, der einen Verstoß gegen Artikel 9 des Grundgesetzes und der nachweislich verfassungswidrig ist.

Was fordert dieser Antrag im Detail? Es gibt in Deutschland den sogenannten Tarifausschuss. In diesem Tarifausschuss vereinbaren Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, jeweils zu drei Personen, und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die sogenannte Allgemeinverbindlichkeit für eine Branche. Wir haben in Deutschland sehr viele Gewerkschaften, sehr viele Arbeitgeberverbände. Bisher war immer sichergestellt, dass eine Branche dort die Mehrheit hatte und dass man sich einvernehmlich auf eine Allgemeinverbindlichkeit verständigte. Die CDA möchte jetzt, dass eine Gewerkschaft und ein Arbeitgeberverband eine Allgemeinverbindlichkeit für eine gesamte Branche erheben können. Und, liebe Delegierte, denken Sie daran, wir haben eine bunte Unternehmenslandschaft, wir haben viele, viele Firmen. Viele sind gebunden im Tarif, viele sind es eben nicht. Wenn lediglich eine Gewerkschaft und ein Arbeitgeberverband ein Regelwerk für eine gesamte Branche schaffen kann, dann ist das nach meinem Verständnis alles andere als Wettbewerbsgleichheit, liebe Delegierte.

(Vereinzelt Beifall)

Öffentliche Aufträge – wir haben in verschiedenen Bundesländern sogenannte Tarifgesetze, die dazu verpflichten, öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen zu vergeben. Das ist auch gut und richtig so, aber wenn wir als CDU Deutschlands jetzt fordern, dass das eine stärkere Priorisierung in der Vergabe öffentlicher Aufträge künftig hat, meine Damen und Herren, wozu führt das? Das führt dazu, dass die vielen Sporthallen, dass die Vereinsheime, dass die Turnhallen eben nicht mehr saniert werden, weil sich niemand mehr auf diese öffentlichen Aufträge bewirbt. Denn das ist die Realität, die draußen vorherrscht. Wir können doch keine Anträge beschließen, die die Lebenswirklichkeit in diesem Land nicht mal mehr annähernd abbilden, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Dritter und letzter Punkt: Dieser Antrag fordert eine Zweiklassen-Politik im Deutschen Bundestag, und die Antragssteller sagen, wir können mit unserem gesetzlichen Regelwerk die Unterschiede in diesem Land nicht in gleicher Weise abbilden. Aber, liebe Delegierte, genau das ist unsere Aufgabe. Politik, Gesetze regeln das, was nötig ist, und mehr nicht. Es ist nicht unsere Aufgabe, jede Lebensfrage im Detail zu klären, bis zu Ende zu denken, sondern sozusagen den kleinsten gemeinsamen Nenner, das, was nötig ist, auf den Weg zu bringen, und mehr nicht.

Wenn wir jetzt künftig Politik machen für die guten Unternehmen, nämlich die tarifgebundenen – und das sage ich ironischerweise – und für die bösen Unternehmen, die es nicht sind, dann ist das keine Politik für dieses Land. Dann ist das keine Politik für alle Menschen in diesem Land. Und denken Sie an die vielen Mittelständler, über die wir hier bei diesem Parteitag auch gesprochen haben, denen es im Moment nicht gutgeht, die viele Sorgen haben, die nicht wissen, wie sie ihre Verträge zu zahlen haben, wie sie ihre Aufträge bewerkstelligen sollen. Wollen wir diesen Menschen jetzt so ein Regelwerk oktroyieren? Das kann doch keine Politik einer Volkspartei sein, liebe Freunde. 80 Prozent Tarifbindung mit diesen Maßnahmen ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Es ist ein Schlag in den Nacken unserer mittelständischen und kleinen Unternehmen.

Liebe Delegierte, noch ein letztes: Die CDU, und das haben wir hier in mehrfacher Weise an diesem Wochenende schon geäußert, ist die Partei von Maß und Mitte, von Subsidiarität, von Freiheit und von Eigenverantwortung. Lassen Sie uns das leben, und lehnen Sie den Antrag der CDA ab. Vielen Dank!

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Vielen Dank, Jana Schimke! Als nächste Rednerin Elke Hannack vom Landesverband Berlin, ebenfalls hier auf der Bühne.

**Elke Hannack**: Liebe Freundinnen und Freunde! Die Stärkung der Tarifbindung und damit auch die Stärkung der Tarifautonomie sind heute wichtiger denn je. Und dieser Antrag der CDA

bildet durchaus, Kollegin Schimke, die Lebensrealität vieler, vieler Beschäftigten wieder. Karl-Josef hat die Zahlen genannt. 53 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland in den alten Bundesländern, fallen noch unter einen Tarifvertrag. 45 Prozent der Beschäftigten in den neuen Bundesländern, da sind wir unter 50 Prozent. Und jetzt, Frau Schimke, hören Sie gut zu. Nur noch 20 Prozent der Betriebe in den neuen Bundesländern sind tarifgebunden und nur noch 29 Prozent der Betriebe in den alten Bundesländern. Da von einer stabilen Situation zu sprechen, das finde ich ziemlich gewagt.

(Kurzer Beifall)

Und ich will deutlich machen: Tarifbindung und Tarifautonomie, das sind unsere Themen, das sind unsere Unionsthemen. Konny Adenauer hat bei der Gründung der Sozialen Marktwirtschaft eine vierte Säule installiert, mit den Sozialpartnern, die Säule der Tarifautonomie. Es war immer unser Thema, und wir müssen es wieder zu unserem Thema machen, damit mehr Menschen von guten Arbeitsbedingungen und guten Löhnen profitieren in Deutschland und nicht nur den gesetzlichen Mindestlohn haben, den weder die Arbeitgeberverbände wollen noch wir Gewerkschaften. Wir wollen nicht, dass die Politik Lohnfindungsprozesse regelt. Das wollen wir schon selber machen, aber wir brauchen Unterstützung aus der Politik und Rahmenbedingungen. Als CDU wünsche ich mir heute, dass wir deutlich machen: Wir sind die Partei, die sich um gute Arbeitsbedingungen, um gute Löhne der Beschäftigten mit den Tarifpartnern und durch die Tarifpartner kümmern. Das stärkt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, und darauf kommt es an. Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Vielen Dank, Elke Hannack. Jetzt Markus Reichel vom Landesverband Sachsen.

**Markus Reichel:** Meine Damen und Herren, liebe Delegierte! Ich möchte wirklich abraten, dass wir diesen Antrag heute in dieser Form annehmen, und ich will kurz begründen, warum. Der Antrag sagt, dass 80 Prozent der Arbeitnehmer entsprechend den neuen Verpflichtungen der Tariftreue umfasst werden sollen. Das bedeutet, dass wir hineingehen, ganz klar in den Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Worüber haben wir denn gestern gesprochen? Worüber haben wir heute gesprochen? Wir haben doch gesehen: Die, die momentan vor allem betroffen sind von aktueller Energiekrise, den Herausforderungen, das sind eben die kleinen und die mittelständischen Unternehmen. Und ich muss es auch sagen, wenn das so weitergeht, dann werden das auch die Arbeitnehmer dieser kleinen und mittelständischen Unternehmen sein, die vielleicht dann keine Arbeit mehr haben.

Wir können doch jetzt nicht mit so einem Antrag rausgehen, der im Endeffekt sagt, dass wir mit sehr, sehr dirigistischen Maßnahmen von oben herab eine Tariftreue vorgeben wollen, die wir

nicht vielleicht mal mit anderen subsidiären Maßnahmen auch erreichen könnten. Mir fehlt die Diskussion dazu, wie wir es denn erreichen, wie es denn die Tarifpartner erreichen wollen, dass sie attraktiver werden. Das finde ich eine wichtige Diskussion, und die fehlt mir, auch in der Praxis. Tariftreue Gesetze, die es natürlich gibt, die erweisen sich doch in der konkreten Umsetzung gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen als ausgesprochen schwierig. Allgemeinverbindlichkeit, das ist doch am Ende nur der letzte, wirklich der letzte Weg, den man gehen kann, wenn alles andere nicht geholfen hat. Ich glaube, die Diskussion, die davor kommt, die müssen wir führen.

Auch was als ein Punkt genannt ist, Arbeitspolitik mit Tarifverträgen zu verknüpfen, das ist für mich völlig unausgereift als ein Konzept. Ich finde es interessant, ich finde, darüber müssen wir diskutieren, gar keine Frage. Aber genau aus diesem Grunde finde ich auch den ursprünglichen Vorschlag, wie ihn die Antragskommission machte, nämlich den Antrag in die Kommission zu überweisen und ihn dort zu diskutieren, für richtig. Also ich plädiere dafür, das zu tun und den Antrag nicht anzunehmen. Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Vielen Dank! Die nächste Rednerin ist Monica Wüllner vom Landesverband Baden-Württemberg. – Wir sehen sie gerade, doch, da kommt sie.

**Monica Wüllner**: Liebes Tagungspräsidium, liebe Delegierte! Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Der Sozialen Marktwirtschaft, nicht nur der Marktwirtschaft. Sie ist die Partei der Sozialpartnerschaft, weil nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam dieses Land einigen können. Wir als CDU, als einzige verbliebene Volkspartei, haben die Möglichkeit, sowohl die Interessen der Arbeitgeber als auch die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu bündeln. Und das machen wir seit Jahren erfolgreich.

Unsere Wählerinnen und Wähler finden sich in allen gesellschaftlichen Bereichen und wir wollen sie alle ansprechen, und die Soziale Marktwirtschaft, die Sozialpartnerschaft, ist ein ganz, ganz wichtiger Baustein. Wir haben die Energiekrise. Es hat sich herausgestellt, 40 Prozent der Menschen haben keinerlei Rücklagen, 20 Prozent der Menschen sind Geringverdienerinnen und Geringverdiener. Denen müssen wir dann immer in der Krise helfen. Warum ist das so? Weil eben alles irgendwie zusammenhängt. Leute, die zu wenig verdienen, haben keine Rücklagen. Dann müssen wir sofort wieder ein Entlastungspaket machen, das heißt, der Staat muss wieder denen helfen, die sich nicht alleine helfen können, weil sie zu wenig verdienen. Einen guten Verdienst haben nur die, die einen Tarifvertrag haben. Das heißt, wir müssen ein politisches Ziel haben, die Tarifbindung zu steigern, und das ist ein politisches Ziel, und deswegen ist es nicht verfassungswidrig, um das an der Stelle auch mal deutlich zu sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeit, die gibt es jetzt schon. Die wollen wir ausweiten, um die Tarifbindung zu stärken. Das halte ich für ein absolut legitimes Mittel und sogar für ein absolut wichtiges Mittel. Denn nur, wenn wir den Leuten ermöglichen viel zu verdienen, können sie Rücklagen bilden für Krisenzeiten, für das Alter, und sie haben die Möglichkeit und wir müssen ihnen nicht bei jeder Krise mit irgendwelchen Paketen helfen. Das kann auch nicht Sinn der Sache sein, und es kann auch nicht Aufgabe des Staates sein, dieses Manko jedes Mal und an vielen Stellen wieder auszugleichen. Deswegen, wir wollen, dass möglichst viele Menschen gut verdienen, und wir wollen deshalb die Tarifbindung stärken als politisches Ziel. Deswegen bitte ich Sie sehr herzlich darum, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Vielen Dank an Monica Wüllner. Als Nächstes kommt Andrea Klieve vom Landesverband Nordrhein-Westfalen, und es macht sich bitte schon bereit Kai-Uwe Hemmerich vom Landesverband Hessen als nächster Redner. – Andrea Klieve möchte vom Mikrofon 1 sprechen, bitte sehr.

**Andrea Klieve:** Ich wollte uns allen die Wegezeit ersparen. – Ich habe viele Dinge gehört, die mit meiner Lebenswirklichkeit eigentlich überhaupt nicht zusammenpassen. Ich bin Inhaberin einer kleinen Personalberatung, ich arbeite für mittelständische Unternehmen, auch mal für größere, und die haben alle seit Jahren das gleiche Problem, die finden kein Personal. Wir haben Fachkräftemangel und wir haben mittlerweile Arbeitskräftemangel. Wir haben das an den Flughäfen gesehen, selbst in dem Bereich finden wir keine Leute. Wir haben einen Arbeitnehmermarkt. Wir haben einen Markt, in dem sich die Arbeitnehmer die Arbeitgeber aussuchen können, und sich natürlich dann auch aussuchen können, gehe ich zu einem tarifgebundenen Unternehmen oder tue ich das – und auch dafür gibt es gute Gründe – zum Beispiel, weil Konditionen vielleicht auch flexibler, individueller, gestaltet werden können, zu einem Mittelständler.

Wenn wir jetzt sagen, in diesem Markt, wo wir eh schon einen Arbeitnehmermarkt haben, wo die Unternehmen ganze Abteilungen mit Employer-Branding-Spezialisten beschäftigen, die nur dafür suchen, wie kriegen wir noch Leute an Bord, wenn wir in diesem Markt auch noch sagen, jetzt müssen wir eine 80-prozentige Tarifbindung machen, frage ich mich ehrlich gesagt: Was soll das? Überdrehen wir da nicht die Spirale komplett? Es ist keinesfalls so, dass es 50 Prozent Privilegierte gibt und die anderen 50 Prozent sind alle im Mindestlohn oder denen geht es wirtschaftlich schlecht, das stimmt einfach nicht. Die Unternehmen müssen sich heute alle anstrengen, Personal zu bekommen, und da gehören selbstverständlich auch die monetären Konditionen dazu.

Und ein zweiter Gedanke: Warum ist das denn so, dass die Tarifbindung runtergegangen ist? Das hat immer so den Zungenschlag, dass da irgendwie die bösen Unternehmen sich nicht mehr binden wollen. Nein, es gab einen Strukturwandel in den Industrien in Deutschland. Die

gesamte Struktur hat sich verändert, wir haben heute viele Unternehmen, gerade kleine und mittelständische Unternehmen, die brauchen agile Strukturen, im IT-Bereich, im Medienbereich. Die sind einfach nicht gebunden, tarifgebunden. Und ein Zweites: Die Basis der Gewerkschaften ist in den letzten Jahren erodiert. Das ist auch Teil dieser Problematik. Ich weiß nicht, ob wir dieses Thema hiermit lösen müssen.

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Vielen Dank, Andrea Klieve. Jetzt Kai-Uwe Hemmerich, Landesverband Hessen, und es hält sich bereit Dennis Radtke, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

**Kai-Uwe Hemmerich**: Liebes Tagungspräsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe hier auf dem Parteitag sehr oft gehört, dass wir grundsätzliche Fragen klären, uns über Quoten unterhalten, obwohl draußen in der Welt eine riesige Krise am Brodeln ist und wir irgendwie gefühlt hier Zeit verschwenden. Nach jeder Krise in den letzten Jahren habe ich beruflich eine andere Erfahrung gemacht. Ich bin Betriebsratsvorsitzender in der chemischen Industrie und nach jeder Krise wurde mir gesagt: Was ein Glück, haben wir hier in Deutschland unsere guten Tarifverträge. Was ein Glück, haben wir hier in Deutschland Sozialpartnerschaft. Und was ein Glück, sind wir hier anschließend schneller rausgekommen als alle anderen Länder in Europa und anderswo auf der Welt.

(Vereinzelt Beifall)

Nichts anderes möchte dieser Antrag. Die Allgemeinverbindlichkeitsregelung für Tarifverträge, das ist ein kompliziertes System. Aber wer hier sagt, dass das gegen das Grundgesetz verstößt, der kennt vielleicht nur den Text des Gesetzes, hat aber noch nie in einer Tarifkommission gesessen. Ich sitze da seit über 20 Jahren drin, bin Mitglied in der hessischen Tarifkommission Chemie als auch in der Bundestarifkommission Chemie. Es gilt eigentlich nur diese komplizierte Regelung da zu verändern und vielleicht nicht auf der Landesebene das zu entscheiden, was für den ganzen Bund gilt, sondern dass man es umdreht. Da bitte ich nur, unserem Vorschlag zu folgen, das ist eine einfache Regelung. In dem Ur-Antrag – wir sind jetzt bei dem Initiativantrag –, in dem Ur-Antrag war noch ein Absatz mehr drin zur OT-Mitgliedschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie hier auf dem Parteitag reinkommen, dann ist vorne rechts der Stand der DLRG. OT-Mitgliedschaft, das klingt so kompliziert. Man kann es aber mit der DLRG ganz gut erklären. Die haben mit Sicherheit auch Mitgliedsscheine bei der DLRG, aber Sie würden dann draufschreiben wollen: Für mich gelten die Baderegeln nicht. Also wenn man schon in den Arbeitgeberverband eintritt, dann muss man auch Tarifverträge haben, sonst funktioniert das Ganze nicht.

(Beifall)

Das Nächste, was in dem Antrag gefordert wird, ist, dass bei Ausgliederungen Tarifverträge weiter gelten. Ich habe mehr Ausgliederungen und mehr Sozialpläne gemacht in meinem Leben, als mir lieb ist. Die erste Frage von Beschäftigten war immer: Kriege ich einen neuen Arbeitsvertrag und gilt der Tarifvertrag weiter? Das mit dem Arbeitsvertrag ist für den Betriebsrat tabu, damit haben wir nichts zu tun, die gelten automatisch weiter. Aber dass die Tarifverträge weiter gelten, habe ich in meiner persönlichen Karriere über 5-, 6-, 7-, 8-, 10-mal regeln müssen für Hunderte von Beschäftigten. Das ist der schwierigste Punkt überhaupt. Ich bin froh gewesen, dass der Tarifstreit jetzt bei der Lufthansa vor dem Parteitag hier beiseitegelegt wurde, denn genau das passiert dann, wenn die Tarifverträge im neuen Unternehmen nicht weitergehen. Ich habe Ausgliederungen, ich radikalisiere das andere und die Befriedung durch einen Tarifvertrag ist weg.

Der letzte Punkt ist, dass wir arbeitspolitische Fragestellungen an Tarifverträge koppeln wollen. Ich habe gerade jetzt in der Krise Betriebsvereinbarungen gemacht zu mobilem Arbeiten. Wir haben passgenau für unsere Unternehmen die Regelungen getroffen, die wir brauchen für unser Verhältnis mit zu Hause arbeiten, mit im Büro sein und wie das alles funktioniert. Da brauche ich im ersten Moment doch gar kein Gesetz. Wenn ich aber die Abdeckung über Tarifverträge und Sozialpartnerschaft nicht habe, dann kriege ich doch überall Gesetze und dann bin ich stark geregelt.

Letzter Punkt: Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder und die beiden Jungs stehen jetzt am Anfang ihres Berufslebens. Warum gönnen wir denen denn nicht so eine tarifvertragliche Abbindung, wie ich sie 1985 hatte, als ich mal in einem großen Chemie-Unternehmen angefangen habe? Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Vielen Dank, Kai-Uwe Hemmerich. Jetzt kommt Dennis Radtke, und es hält sich danach bereit Steffen Kampeter vom Landesverband Nordrhein-Westfalen.

**Dennis Radtke**: Herr Tagungspräsident, liebe Freundinnen und Freunde! Ganz herzlicher Gruß an Steffen Kampeter auch. Ich glaube, es ist gut, dass wir auch auf diesem Parteitag diese Debatte führen. Mit Steffen Kampeter führe ich die regelmäßig, auch am Telefon oder bei anderen Gelegenheiten. Denn zur Überschrift unseres Parteitages gehört: „Mit klarem Kurs“. Und ich finde es wichtig, in der Tat, dass wir als CDU für uns auch mal klären: Wo liegt dieser klare Kurs bei der Frage der Lohnfindung, bei der Frage von Mindestlohn, bei der Frage von fairen und gerechten Löhnen?

Wir haben einen kleinen Teil der Partei, der heute immer noch ein bisschen damit fremdelt, dass wir überhaupt Mindestlohn, gesetzlichen Mindestlohn, in Deutschland haben. Wir haben

einen größeren Teil der Partei, der mit der Frage politischer Erhöhung dieses Mindestlohns auf zwölf Euro gefremdelt hat. Das hat im Ergebnis dazu geführt, dass die Bundestagsfraktion sich bei dieser Abstimmung enthalten hat. Aber es reicht eben nicht aus – und Karl-Josef Laumann hat darauf hingewiesen –, immer darauf zu verweisen und zu sagen: Das ist eigentlich nicht Aufgabe von Politik, bestimmte Antworten zu geben, sondern diese Antworten sollen Tarifvertragsparteien geben.

Ich sage Ihnen, ich habe auch ein Leben vor der Berufspolitik und ich habe als Gewerkschaftssekretär selber über viele Jahre Tarifverträge selbst verhandelt. Diese Aussage trifft zutiefst meine innere Überzeugung, dass die Frage, was ist ein fairer Lohn und was ist ein gerechter Lohn, vor allen Dingen in Tarifverträgen beantwortet wird. Weil die Kompetenz derjenigen, die diese Tarifverträge verhandeln, deutlich größer ist als die von Berufspolitikern, die sozusagen eine Gesamtschau aus der Ferne vornehmen.

Zur Wahrheit gehört aber auch dazu: Wir können nicht einfach am Spielfeldrand stehen, wenn die Tarifbindung sukzessive immer weiter nach unten geht. Von Anfang der 90er-Jahre, 75 Prozent auf heute 50 Prozent. Wenn man sich vor Augen hält, dass wir Branchen haben wie die Chemie- und Metall- und Elektroindustrie, die noch eine Tarifbindung von über 80 Prozent haben, dann wissen wir, wie finster es in einigen Branchen und Gewerken aussieht.

Es ist wahr, auch die Durchsetzungsschwäche der Gewerkschaften ist ein Teil dieses Problems. Das ist die Wahrheit. Wir hatten in Deutschland noch nie mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und gleichzeitig nie weniger Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft, das ist wahr. Aber wenn wir als Politiker, als CDU, auf die Lebensrealität der Menschen in diesem Land schauen, dann können wir doch nicht einfach sagen: Aber wir kommen aus der ordnungspolitischen Delikatessen-Abteilung, und wir schauen dieser Entwicklung schlicht und ergreifend weiter zu. Denn je geringer die Tarifbindung im Land – und Karl-Josef hat darauf hingewiesen –, umso größer wird der politische Korrekturdruck. Daran, liebe Freundinnen und Freunde, können wir als CDU kein Interesse haben. Wir haben im letzten Jahr gesehen: Die Frage zwölf Euro Mindestlohn hat uns gewaltige Probleme gebracht in diesem Bundestagswahlkampf, weil es den Menschen schlicht und ergreifend nicht ausreicht, dass die CDU als Antwort auf diese Debatten einen ordnungspolitischen Spitzentanz aufführt. Deswegen müssen wir ein Interesse daran haben, diese Debatte über Tarifbindung zu führen.

Und ein Letztes will ich Ihnen sagen –

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Aber bitte ein Allerletztes.

**Dennis Radtke**: – als Mitglied des Europäischen Parlaments: Wir werden in der nächsten Woche über das Trilog-Ergebnis zum Thema Europäische Mindestlöhne abstimmen, und ab nächste Woche wird es europäisches Recht sein, ein Ziel von 80 Prozent Tarifbindung für jedes

Mitgliedsland. Umsetzungszeitraum zwei Jahre, auch für Deutschland. Das heißt, wir werden diese Debatte so oder so führen. Deswegen werbe ich dafür, diesen Antrag hier heute anzunehmen. Vielen Dank!

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Vielen Dank, Dennis Radtke! Jetzt Steffen Kampeter. Bitte sehr!

**Steffen Kampeter**: Herr Präsident, liebe Freundinnen und Freunde! Wir haben heute Morgen eine Debatte geführt bei der Grundwerte-Charta, die davon getragen war, in dieser Grundwerte-Charta die unterschiedlichen Strömungen der Partei zusammenzuführen, die Konservativen, die Sozialen, die Wirtschaftsfreunde, die Jungen und die Alten. Wir haben dann hinterher gesagt: Nur, wenn es uns gelingt, als Partei die Unterschiedlichkeit, die Vielfalt zusammenzuführen, sind wir eine starke Union. Dies galt in den vergangenen Jahrzehnten auch immer für die Frage der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wo wir immer gerungen haben über den richtigen Weg. Wir sind aneinandergeraten, wir haben Kompromisse gesucht, aber wir haben immer das Verbindende, das Gemeinsame und den Kompromiss zum Maßstab von Maß und Mitte in unserem Handeln gemacht.

Ich danke der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, dass sie ein wichtiges sozial- und wirtschaftspolitisches Thema heute hier auf die Tagesordnung gesetzt hat. Ich habe nur den Eindruck, dass die hier vorgetragenen Vorschläge der Diskussion von heute Morgen, Dinge zusammenzuführen, Kompromisse zu suchen, nicht gerecht werden. Sondern das ist für mich, der ich auch Geschäftsführer eines Arbeitgeberverbandes die Freude habe, ein bisschen Copy and Paste vom DGB und würde auch begeisterte Zustimmung finden auf jedem SPD-Parteitag. Und das, ehrlich gesagt, ist nicht meine Vorstellung von Zusammenführen, von Gemeinsamkeit suchen in dieser Frage.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund habe ich auch sehr viel Sympathie gehabt für die ursprüngliche Empfehlung der Antragskommission, es zu überweisen und daraus ein Stück Union zu machen, eine gemeinsame Position der unterschiedlichen Strömungen in diesem Bereich. Ich bin gerne bereit, mich darin einzubringen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich fremdle mit ein paar Vorschlägen. Einer, der hier vorgetragen worden ist, ist beispielsweise, dass man Löhne für Allgemeinverbindlichkeit erklärt, indem man die Betroffenen anhört. Karl-Josef, ich weiß nicht, ob du in Riesenbeck-Hörstel noch im Rat bist. Aber du würdest in keiner Ratssitzung, in keinem Ausschuss akzeptieren, dass die Befangenen über eine Entscheidung in dem Rat oder im Ausschuss mitstimmen, und genau das ist doch die Funktion des Tarifaus-

schusses. Er soll unter Nichtberücksichtigung der Betroffeneninteressen eine Abwägung machen, ob die Allgemeinverbindlichkeitserklärung etwas im Interesse des Landes oder der Region ist. Wenn ihr jetzt vorschlagt, dass diejenigen, die es beantragt haben, alleine entscheiden, dann brauchst du diese Institution doch überhaupt nicht. Und das würdest du in Riesenbeck-Hörstel auch im Rat nicht mitmachen.

(Vereinzelt Beifall)

Das Zweite ist: Da wird über eine der kompliziertesten Dinge im deutschen Arbeits- und Tarifrecht gesagt, alles bleibt so, wie es ist, nämlich der Betriebsübergang. Da gibt es eine europäische Richtlinie, da gibt es den BGB 613 a, sehr komplizierte und zwischen Tarifvertragsparteien und Sozialpartnern sehr strittige Sachverhalte. Da schlägt man sich munter auf eine Seite und wird der betrieblichen Realität nicht gerecht. An diesen beiden Beispielen hoffe ich, ein bisschen deutlich gemacht zu haben, weshalb die derzeit vorliegende Fassung nicht zustimmungsfähig ist. Ich bitte Sie herzlich, im Sinne von Union, dem ursprünglichen Votum der Antragskommission zu folgen, damit wir ein gemeinsames Papier aus einem Guss kriegen, also Union im 21. Jahrhundert. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Vielen Dank, Steffen Kampeter! Und jetzt hat sich zu Wort gemeldet, der Bundesvorsitzende der CDU.

**Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde! Zu diesem Antrag gibt es im Verlaufe der Debatte nicht weniger, sondern immer mehr Wortmeldungen. Deswegen möchte ich mich hier an dieser Stelle einmal zur Verfahrensweise äußern. Dieses Thema, was wir hier durch diesen Antrag C1 vorgelegt bekommen haben, ist eines der kompliziertesten und komplexesten Themen unserer Arbeitsmarktordnung. Wir haben als Überschrift hier, wir wollen 80 Prozent. Wenn ich es richtig sehe, hatten wir die in Deutschland noch nie. Warum nicht 70, warum nicht 75, warum nicht 90? Wir haben hier in diesem Text einen Satz, der lautet: „Mittlerweile ist jedoch nur noch jeder zweite Beschäftigte in Deutschland durch einen Tarifvertrag geschützt“. Das ist sogar im Osten noch viel weniger. Aber Tarifverträge sind nicht das einzige Instrument, um Arbeitnehmer zu schützen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, dass wir diese Debatte an dieser Stelle zunächst abschließen und dass wir uns darüber etwas ausführlicher, auch mit Vertreterinnen und Vertretern beider Seiten, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, einmal unterhalten: Wo liegt eigentlich das Problem, und wie lösen wir dieses Problem? Mir ist diese Antwort auf ein Problem, das es ohne Zweifel gibt, mir ist diese Antwort zu einfach.

(Beifall)

Deswegen möchte ich an die Antragssteller appellieren, aber auch an all diejenigen, die gegen diesen Antrag sind – und ich müsste in dieser Form, wie er hier vorliegt, gegen diesen Antrag stimmen –, ich möchte an all diejenigen, die sich hier so engagiert beteiligen, die herzliche Bitte äußern, dass wir uns die Zeit nehmen, dieses Problem noch einmal sorgfältiger zu diskutieren und zu einer Lösung zu kommen, die nicht nur einen breiteren Konsens hier in unserer Partei ermöglicht, sondern viel wichtiger, zu einer Lösung zu kommen, die auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland Rechnung trägt und gleichzeitig Rücksicht nimmt auf eine völlig veränderte Landschaft der Unternehmen in Deutschland.

(Beifall)

Den einen Hinweis will ich zum Schluss noch geben, liebe Freundinnen und Freunde, machen wir uns die Debatte bitte selber nicht unnötig schwer. Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland, die in diesem Sinne, wie so ein bisschen zwischen den Zeilen hier zum Ausdruck kommt, schutzbedürftig sind, die nimmt angesichts der Arbeitsmarktlage von Woche zu Woche und von Monat zu Monat ab. Der Arbeitsmarkt dreht sich im Augenblick vollständig, und deswegen lassen Sie uns bitte auch diesen Aspekt berücksichtigen, wenn wir über die Frage einer zukünftigen Tarifordnung in Deutschland sprechen. Wir haben eine bewährte Tarifordnung, aber ein Eingriff in diese Tarifordnung in der Weise, wie er hier zum Teil vorgeschlagen wird, das nämlich an die Stelle der Freiwilligkeit faktische staatliche Regelungen treten, ist mit einer ganzen Reihe von erheblichen Problemen verbunden, die am Ende des Tages den Betroffenen eher schaden als nutzen. Deswegen nochmal meine Bitte, lassen Sie uns diese sehr interessante Diskussion an dieser Stelle abschließen und sagen: Wir setzen sie fort im Bundesvorstand, gegebenenfalls im nächsten Jahr auch auf einem Bundesausschuss. Aber machen wir es uns bitte alle zusammen nicht zu einfach mit diesem hochkomplexen System.

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Es liegt ein Verfahrensvorschlag des Bundesvorsitzenden vor. Aber wir geben natürlich auch zur Gegenrede dem Antragssteller das Wort an Mikrofon 2. Karl-Josef Laumann bitte.

**Karl-Josef Laumann**: Also keine Gegenrede. Lieber Friedrich, du hast jetzt den Vorschlag so gemacht. Ich halte den auch für vertretbar in der Situation der Debatte, die wir haben. Aber da müssen wir vielleicht uns auch versprechen, dass wir, ich sage mal, bis nächstes Jahr, bis nächstes Frühjahr, sagen wir mal, gegen Ostern, wirklich diese Frage im Bundesvorstand klären, dass wir das mit der Arbeitsgruppe machen, wie du es vorgeschlagen hast, und dass wir dann vielleicht zu einem breiteren Ergebnis kommen, was uns dann auch weiterhilft. Aber ich möchte schon gerne auch die feste Zusage haben, dass es nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird, sondern dass wir, ich sage mal, in einem halben Jahr auch eine solche Frage dann einfach mal geklärt haben müssen. Schönen Dank.

(Beifall)

**Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU: Karl-Josef, vielen Dank, die Zusage ist hiermit ausdrücklich gegeben.

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Damit können ganz offensichtlich Antragssteller und der verfahrensvorschlagende Bundesvorsitzende gut miteinander leben. Insofern stimmen wir jetzt über den Verfahrensvorschlag des Bundesvorsitzenden Friedrich Merz ab, diesen Antrag zurück-, mit einer entsprechenden Frist, in den Bundesvorstand zu verweisen, fachlich zu begutachten.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Danke.

(Beifall)

Nächster Antrag, ich rufe auf den Antrag C21. Sie finden ihn auf den Seiten 107 bis 109 der Antragsbroschüre. Gibt es Wortmeldungen dazu? Es gibt eine Wortmeldung, André Hüttemeyer aus dem Landesverband Oldenburg, bitte sehr. André, los.

**André Hüttemeyer**: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, lieber Bernd! Ich würde gerne gegen das Votum der Antragskommission plädieren und den Antrag nicht verweisen wollen, sondern heute hier beschließen wollen. Denn wir müssen in der jetzigen und gegenwärtigen Krise alle Potenziale erneuerbarer Energien ausnutzen; und dazu gehört auch die Geothermie, dazu gehört tiefe Geothermie, denn sie ist grundlastfähig, sie kann in Deutschland einen ganz, ganz großen Anteil an Netzstabilität liefern, sie kann an Wärme liefern, sie kann Strom liefern. Sehr, sehr vielfältig. Ich finde den Antrag der MIT und Jungen Union wirklich sehr gelungen, auch sehr differenziert. Ich würde dafür plädieren, den heute hier so zu beschließen und nicht verweisen zu wollen. Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Vielen Dank, André Hüttemeyer. Gegenrede beziehungsweise für die Antragskommission Andreas Jung.

**Andreas Jung**, Antragskommission: Zunächst mal, auch in der Antragskommission sind wir der Auffassung, dass es eine sehr wichtige Initiative ist und das ein guter Antrag ist, vorneweg.

Zweitens: Wir haben zum Osterpaket ein Energiekonzept der Bundestagsfraktion auf den Weg gebracht, auch einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Da haben wir exakt diese Position auch vertreten, nämlich dass es zu kurz springt, wie die Ampel einseitig auf Wind und Sonne zu setzen. Das ist richtig, da kann man Dinge noch besser machen. Aber wir müssen auch alle Potenziale nutzen, der Wasserkraft, der Bioenergie und der Geothermie. Das heißt, wir sind uns im Ansatz einig, wir haben es auch schon in den Bundestag eingebracht.

Warum sind wir jetzt trotzdem der Meinung, dass es verwiesen werden sollte? Das ist ein guter Antrag, aber er ist in insgesamt neun Punkten auch sehr, sehr speziell, ist in manchen Teilen ein halber Gesetzentwurf. Da sind Punkte dabei, da meinen wir, dass es gut ist, das auch entsprechend zu beraten. Wir würden zusagen, dass wir die Antragssteller MIT und Junge Union da sehr, sehr eng einbinden und dass wir sehr kurzfristig da auch was vorlegen in den nächsten Wochen, um aufbauend auf das, was wir gemacht haben, mit den Punkten aus eurem Antrag, da speziell zum Thema Geothermie, etwas vorzulegen. In diesem Sinne wäre es dann die Bitte, dem Vorschlag der Antragskommission zu folgen, es zu verweisen.

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: So, dann schauen wir mal, ob diese Brücke der Antragskommission eine Mehrheit findet. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? Keine. Das war die deutliche Mehrheit, vielen Dank. Damit übergebe ich die Tagungsleitung an Yvonne Magwas.

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Bernd Althusmann. Ich rufe jetzt auf den Antrag C40, das ist die Seite 123 des Antragsbuches. Wir haben als erste Wortmeldung den Philipp Heißner am Mikro 3, Landesverband Hamburg.

**Philipp Heißner**: Vielen Dank! Ich kann das jetzt ganz kurz machen. Wir haben über soziale Ungleichheit schon gesprochen heute, dass wir das Thema auch angehen müssen. Wir haben auch nach der letzten Bundestagswahl gemerkt, dass wir eben diese, auch unsere soziale Kompetenz in diesem Politikfeld erhöhen müssen. Da geht es auch ganz stark um ungleiche Vermögensverteilung. Und die beste Möglichkeit, dort dagegen etwas zu tun, ist der Aufbau von eigenem Immobilien-Eigentum, und das geht eben nur, wenn man die Grunderwerbssteuer senkt. Deswegen plädieren wir hier sehr stark dafür, diesen Antrag heute als klares Signal auch zu beschließen, vonseiten der Jungen Union. Vielen Dank!

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Als nächste Wortmeldung habe ich Sebastian Sommer, Landesverband Hessen, auch Mikro 3.

**Sebastian Sommer**: Frau Tagungspräsidentin, liebe Freunde! Viele Menschen in diesem Land, insbesondere auch viele junge Menschen, haben den Traum von einem Eigenheim. Doch nur in etwa jeder Zweite kann diesen Luxus auch genießen. 50,4 Prozent unserer Bevölkerung lebt tatsächlich in den eigenen vier Wänden. Das ist der niedrigste Wert in der gesamten Europäischen Union. Und, liebe Freunde, es ist Aufgabe von der Politik, dafür zu sorgen, dass dieser Traum nicht nur ein Traum bleibt. Die Chance auf die eigenen vier Wände, das ist für mich Teil eines Wohlstandsversprechens, eines Aufstiegsversprechens. Ich will, dass die CDU in Deutschland sich dieses Thema schnappt und dass sie es besetzt.

Wir haben in letzter Zeit immer wieder Gruppierungen zu wichtigen Themen bei uns innerhalb der Unionsfamilie gegründet. Und ich will es ganz deutlich sagen: Ich will keine Eigenheims-

Union gründen. Ich will, dass wir dieses Thema zum Thema der CDU Deutschlands machen, und ich will, dass wir ein klares Zeichen setzen und uns dafür heute aussprechen, dass wir die Abschaffung der Grunderwerbssteuer für die erste eigengenutzte Immobilie heute beschließen. Ich will entsprechend, dass wir dem Verweisantrag so nicht zustimmen, sondern heute den Mut haben und sagen als CDU Deutschlands: Uns ist dieses Thema wichtig und es soll nicht nur ein Traum bleiben.

(Beifall)

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Und die nächste Rednerin ist Birte Glißmann, Landesverband Schleswig-Holstein, auch am Mikro 3. – Wir hören gerade, Birte Glißmann hat zurückgezogen. Dann habe ich als letzte Rednerin für die Antragskommission Mechthild Heil.

**Mechthild Heil**, Antragskommission: Sehr verehrte Anwesenden, die noch da sind und liebe Antragssteller! Wir haben grundsätzlich wirklich viel Verständnis für das, was Sie beantragt haben. Wir haben auch einen Teil schon davon umgesetzt, gerade vom letzten Wortbeitrag. Wir haben eingeführt, 250.000 Euro für die erste Immobilie ist schon steuerfrei und 100.000 Euro kommen dann für das erste Kind noch mal da drauf.

Wir haben wirklich viel Verständnis in der Antragskommission und würden das auch gerne unterstützen, aber Sie haben auch ein bisschen was in dem Antrag formuliert, was man sich mal noch mal genauer angucken kann, angucken muss, so muss ich es sagen. Deswegen, zum Beispiel der Eigenkapital-Boost, den Sie haben, zehn-prozentigen Zuschuss vom Bund. Deswegen wirklich meine herzliche Bitte: Lassen Sie uns da noch mal tiefer darüber reden und bitte, dass Sie zustimmen, dass wir es in die Bundestagsfraktion überweisen. Vielen, vielen Dank!

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Mechthild Heil für die Antragskommission. Dann stimmen wir jetzt über das Votum der Antragskommission ab. Wer für das Votum ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Ich bitte noch mal ganz kurz, die die dafür sind, noch mal richtig die Arme nach oben. – Und wer ist dagegen? – Wir sind uns im Tagungspräsidium einig, dass die Ja-Stimmen die Mehrheit waren. Also ist das Votum – doch das war deutlich hier oben –, darum ist das Votum der Antragskommission hiermit angenommen.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt oder den Antrag C67. Das ist der Antrag auf Seite 142 des Antragsbuches. Hierzu haben wir eine Wortmeldung vorliegen, Helene Wolf aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

**Helene Wolf**: Liebe Delegierte, ich mache es kurz. Ich möchte an dieser Stelle für diesen Antrag werben. Ich hoffe, dass wir ein klares Zeichen setzen können, dass wir auch schon in der Schule die Bundeswehr präsentieren, dass klar ist, dass die Bundeswehr zu Deutschland gehört und wir das auch jungen Menschen schon mitgeben. Danke schön.

(Beifall)

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Für die Antragskommission habe ich den Joe Wadephul auf der Liste. Lieber Joe, du kannst auch gleich zum Mikro 3 gehen, wenn du magst. – Bei der Bundeswehr sind wir jetzt, von der Jungen Union.

**Joe Wadephul**, Antragskommission: Meine lieben Parteifreunde! Wir haben in der Sache dort keine große Differenz, im Gegenteil. Die Antragskommission unterstützt das Kernanliegen dieses Antrages, konkretisiert das etwas dahingehend, dass wir die Jugendoffiziere insbesondere an den weiterführenden Schulen natürlich sehen wollen. Aber ich möchte das noch mal unterstreichen. Dieses Signal, welches wir hier geben für die Bundeswehr, dass Jugendoffiziere, die in vielen Bundesländern ausgeschlossen werden, nicht verleumdet werden dürfen, sondern dass sie eine Kernaufgabe des Staates, nämlich die Herstellung der äußeren Sicherheit, unseren jungen Menschen vermitteln, dass wir das unterstützen. Das ist ein sehr wichtiges Zeichen, das die Union hier geben kann und das sie aus meiner Sicht auch geben muss.

Dazu gehört der nächste Antrag auch noch, den ich mit einem Satz nur noch erwähne, und das sind die öffentlichen Gelöbnisse. Dass wir uns nämlich mit unseren Soldatinnen und Soldaten nicht hinter Kasernenmauern verstecken, um irgendwie geschützt zu werden, sondern dass wir rausgehen, dass wir offensiv sind, dass wir zeigen: Diese Bundeswehr gehört in unsere Gesellschaft, wir danken unseren Soldatinnen und Soldaten. Vielen Dank!

(Beifall)

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Joe Wadephul! Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung, und wir stimmen über das Votum der Antragskommission ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag entsprechend dem Votum der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zum Antrag C99 auf Seite 162. Da haben wir auch Redner vorliegen. Nein, noch nicht. – Ah, Tim Peters, sehr schön. Lieber Tim, du hast das Wort.

**Tim Peters**: Liebe Tagungspräsidentin, liebe Freunde! Ich rede zum Antrag C99, Islamismus europaweit wirksam bekämpfen. Wir als CDU sind eine Rechtsstaatspartei, wir lehnen jede Form von Extremismus ab und bekennen uns zur wehrhaften Demokratie. Gestern haben wir diskutiert zum Thema Antisemitismus auch, dass wir nicht nur den von rechts, auch von links meinen. Und, das wurde gestern nicht gesagt, wir sollten auch den Antisemitismus aus der islamistischen Richtung genau unter Augenmerk nehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt keine genauen Zahlen zu Antisemitismus und wo der herkommt. Weil, wenn ein jüdischer Friedhof verwüstet wird, eine Synagoge geschändet wird, dann weiß man nicht immer, wer der Täter war, und vieles fließt in der Statistik als Rechtsextremismus ein. Wir können aber

vermuten, dass ein sehr hoher Anteil auch Antisemitismus vom Islamismus heutzutage ist. Wo wir eine klare Statistik haben, ist bei den Verfahren der Bundesanwaltschaft, die diese zwischen 2020 und Mitte dieses Jahres, die Verfahren, die sie geführt hat. Da hatten wir 17 zum Thema Linksterrorismus, 26 zum Thema Rechtsterrorismus und 757 zum Thema islamistischer Terrorismus. 757!

Da wissen wir, das ist ein bisschen wie beim Eisberg, der Terrorismus. Ganz oben sind die gewaltbereiten Terroristen, aber alle haben darunter, das sieht man dann nicht so, einen Resonanzboden, eine Sympathieszene. Wenn wir die Zahlen des Terrorismus sehen, muss es auch einen Fokus geben auf den Resonanzboden darunter, den nicht gewaltbereiten Islamismus. Da möchte ich noch mehr hören von der CDU, da will ich nicht immer hören, Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie. Rechtsextremismus ist auch wichtig, Linksextremismus auch, die zu bekämpfen, aber auch Islamismus.

Die Linken, gerade Rot-Rot-Grün, die kennen immer nur Rechtsextremismus, und andere Formen werden gerne unter den Teppich gekehrt. Das sollten wir als CDU den Linken von der Ampel und Rot-Rot-Grün nicht durchgehen lassen. Es gab jetzt einen Arbeitskreis im Bundesinnenministerium, noch angestoßen unter CDU/CSU, zum politischen Islamismus. Der wurde jetzt eingestellt von Frau Faeser, einfach so, als ob es das Problem nicht mehr gäbe. Im Land Berlin, wo Rot-Rot-Grün regiert, da gibt es einen Arbeitskreis „Antimuslimischer Rassismus“ vom Senat. Da sitzen Islamisten mit am Tisch und reden darüber, wie in Deutschland Politik gemacht wird. Das sollten wir auch als CDU nicht mit uns machen lassen, dass dort Personen, die das Existenzrecht Israels ablehnen, mit am Tisch sitzen und mitentscheiden.

(Vereinzelt Beifall)

Für uns als CDU Deutschlands gilt, das Existenzrecht Israels ist unantastbar, und Personen, die das nicht akzeptieren, mit denen sollte keine staatliche Zusammenarbeit stattfinden. Gerade liberale und säkuläre Muslime sind oft die ersten Opfer vom Islamismus, und deswegen ist es, glaube ich, auch falsch, wenn wir sagen: Islamismus, das Wort sollten wir nicht erwähnen, weil irgendwelche muslimischen Wähler möglicherweise dann keine CDU mehr wählen. Ich glaube, dass es sehr wohl richtig ist, die wollen auch geschützt werden, vor denen sie geflohen sind. Gerade die, die gut integriert sind, die wissen, wie gefährlich Islamismus ist. Deswegen glaube ich, wir leisten einen wichtigen Beitrag zur Demokratie, wenn wir dieses Thema auch stärker in den Fokus nehmen.

(Beifall)

Zwar hätte ich mir als Antragsteller gewünscht, wenn auch der Antrag in seiner Originalfassung von der Antragskommission so zur Annahme vorgeschlagen worden wäre. Da wird zum Beispiel auch direkt die Moslembroderschaft genannt, die eine sehr verheerende Arbeit für die Demo-

kratie in ganz Europa leistet. Aber ich muss sagen, dass auch der Antrag in der Form der Antragskommission eine sehr gute Basis darstellt für die weitere politische Arbeit der CDU Deutschlands. Deswegen freue ich mich über die Annahme des Antrags in der Antragskommission. Vielen Dank!

(Beifall)

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Damit kann die Antragskommission leben, hat mir Philipp Amthor gerade signalisiert. Da haben wir einen Redebeitrag eingespart. Vielen Dank. Dann stimmen wir gleich über den Antrag der Antragskommission, über das Votum der Antragskommission, ab.

Wer dafür ist, bitte um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist das Votum der Antragskommission angenommen und ich übergebe das Wort an unseren Parteivorsitzenden Friedrich Merz, der einen Vorschlag zum weiteren Verfahren hat.

**Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde! Darf ich erneut einen Vorschlag zum weiteren Verfahren machen, wie wir jetzt auf diesem Parteitag unsere Anträge, die vorliegen, weiter beraten?

Wir haben noch einen großen Antrag vor uns liegen, das ist der Antrag zur Dienstpflicht. Das sind die Anträge, die jetzt mit C106 bezeichnet sind und dann weiter fortlaufend. Wir haben dazu zwölf Wortmeldungen vorliegen. Ich meine, dass wir uns die Zeit nehmen sollten, diesen Antrag heute hier noch zu beraten.

(Beifall)

Wir haben den Parteitag auf etwa 15 Uhr bemessen, das werden wir dann nicht so ganz einhalten können. Wenn wir uns aber konzentrieren und wenn wir von vornherein auch uns darauf verständigen, dass es eine zweiminütige Redezeitbegrenzung gibt, dann ist das machbar. Dann können die zwölf Redner sprechen, und dann schlage ich vor, dass wir danach den weitergehenden Antrag zuerst abstimmen, nämlich den einer verpflichtenden Dienstpflicht oder eines verpflichtenden Dienstjahres, und dann den Antrag 2 freiwillig, sodass wir das dann auch alternativ hier abgestimmt haben, nacheinander, und dass wir dann nur noch die Anträge behandeln, zu denen es keine Wortmeldung und ein klares Votum der Antragskommission gibt.

Diejenigen Anträge, die wir dann nicht mehr behandeln können und die dann hier auch nicht mehr auf einen repräsentativ präsenten Parteitag stoßen, schlage ich vor, dann dem Bundesausschuss zu überweisen und sie gegebenenfalls dann im nächsten Jahr zu beraten. Das werden wir heute dann hier wahrscheinlich nicht mehr ordnungsgemäß abschließen können, es sei denn, diejenigen, die noch da sind, und das ist jetzt klar die Mehrheit, ist bereit, heute Abend bis etwa 18 Uhr hierzubleiben.

Dann muss ich mich aber darauf verlassen können, dass hier wirklich eine hohe Präsenz bleibt, so wie sie jetzt ist. Ich würde mir dann gegebenenfalls nach der Beratung dieser Anträge C106 ff. noch einmal erlauben, mit Blick auf den Saal, diesen Vorschlag so oder so zu wiederholen. Also entscheiden Sie sich durch Ihre Anwesenheit, ob wir dann noch weiter beraten oder ob wir die Beschlussfassung dann heute so abschließen, wie es in der ersten Variante von mir angesprochen worden ist. Vielen Dank!

(Beifall)

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Friedrich Merz hat einen Verfahrensvorschlag vorgelegt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das sehe ich nicht. Damit ist dieser Verfahrensvorschlag, vielen herzlichen Dank, mehrheitlich angenommen. – Wir fahren fort und ich übergebe an Franziska Hoppermann.

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank! Ich rufe die Anträge C100 und C103 bis 106 auf. Das sind alle Anträge, die sich mit den Themen Gesellschaftsdienst, Gesellschaftsjahr und allgemeine Dienstpflcht beschäftigen. Wir haben den besonderen Fall, dass ein Parteitag über zwei Varianten eines Antrags abstimmen soll. Deshalb brauchen wir nachher besondere Aufmerksamkeit.

Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C100 und C103 bis 106 gemeinsam zu behandeln und in Fassung von C106 dann zur Abstimmung zu stellen. C106 enthält beide Varianten. Zu diesen Anträgen haben wir jetzt mehrere Wortmeldungen, und es beginnt Günter Krings aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

**Prof. Dr. Günter Krings**: Vielen Dank, Frau Tagungspräsidentin, liebe Freundinnen und Freunde! Diese Debatte ist richtig und wichtig, und es ist gut, dass Friedrich Merz auch gesagt hat, das führen wir auf jeden Fall hier noch in aller Ruhe durch.

Der Staat lebt bekanntlich von Voraussetzungen, die er selber nicht schaffen kann. Das Engagement für Staat und Gesellschaft gehört eben dazu und ist unverzichtbar für die Stabilität unserer Gesellschaft. Im Klartext: Ohne starkes Ehrenamt kein starker Staat. Deshalb sind wir froh und können stolz sein über die vielen Menschen, die sich engagieren beim Roten Kreuz, bei den Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, vielen, vielen anderen Vereinen, Dienstleistern auch und Sport- und Kulturvereinen. Der Staat lebt vom Ehrenamt, und das Ehrenamt lebt von der Freiwilligkeit. Es wäre schon ein bisschen komisch, wenn wir eben in der Grundwerte-Debatte mit großer Überzeugung sehr einheitlich gesagt haben, wir stehen für Freiheitlichkeit, wir stehen für eine Bürgergesellschaft, und wenn wir jetzt sagen würden, es geht aber hier mehr um Pflicht, ist es kein guter Beitrag für den Zusammenhalt einer Gesellschaft, wenn sie aus dem Ehrenamt ein Pflichtamt machen will, meine Damen und Herren.

Eine Gesellschaft, die nur mit Pflichten zusammengehalten werden kann, hält dann eben auch nicht gut zusammen und ist eben für Krisen in Wahrheit nicht gut gerüstet. Wir sollten deshalb gut überlegen, ob wir das wichtige, unser Thema „Dienst für Staat und Gesellschaft“ gleich am Beginn einer großen, wichtigen, gesellschaftlichen Debatte dann zu einer Zwangspflicht-, zu einer Zwangsdienstpflichtdebatte machen, die wir auf Dauer, glaube ich, nicht gewinnen können.

Das THW, die Feuerwehren, alle diese Organisationen brauchen dringend Nachwuchs. Aber sie brauchen junge Menschen, junge Männer und Frauen, die sich dort engagieren wollen, nicht die sich dort engagieren müssen. Im Übrigen tun wir auch unserer Volkswirtschaft keinen guten Dienst, wenn wir einen ganzen Jahrgang zwangsweise, junge Männer, junge Frauen, einen ganzen Jahrgang zwangsweise vom Arbeitsmarkt nehmen. Die wertvolle Ressource Nachwuchs, da braucht der Staat schon ganz schön viel davon, durch den Aufwuchs beim Öffentlichen Dienst. Wir sollten es nicht übertreiben.

Das zentrale Argument der Befürworter der Dienstpflicht ist eigentlich, das sieht man in allen Anträgen, allen Begründungen: Das tut den jungen Leuten doch ganz gut. Ja, da ist was dran. Da geht es um Erziehung. Aber wir als CDU, wir als Christdemokraten, sollten doch sehr aufpassen, dass wir hier nicht einen schnellen populären Punkt machen wollen, und dabei wirklich unser liberales Menschenbild, auch unser konservatives Staatsverständnis, über Bord werfen.

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: So langsam zum Schluss kommen!

**Prof. Dr. Günter Krings:** Ich sage noch den Gedanken Erziehung. Erziehung ist nämlich keine staatliche Aufgabe, es ist eine Aufgabe der Familie. Der Staat kann es und soll es unterstützen in der Schule, aber eben nicht im Sinne einer Erziehungsanstalt, wo er Staat den Menschen Vorschriften macht. Es ist nicht CDU-Politik, dass nach der Schulpflicht wir die Menschen erziehen wollen. Das können linke Parteien viel besser, wir sollten denen keine Konkurrenz machen. Wir haben nicht die Aufgabe, erwachsene Menschen zu erziehen. Aus dem Grunde übrigens wäre es auch nicht gut für unsere Wehrfähigkeit, letzter Gedanke. Die Bundeswehr will im Kern eine solche Dienstpflicht nicht, weil sie genau weiß, sie hat genug damit zu tun, unseren Staat wehrfähig, verteidigungsfähig zu machen. Die Bundeswehr wäre auch überfordert, wenn sie die Erziehungsanstalt unseres Staates werden sollte. Deshalb können wir gerne über Stärkung von Freiwilligendiensten reden, aber nicht über einen Pflichtdienst, meine Damen und Herren. Vielen Dank!

(Beifall)

**Yvonne Magwas**, Tagungspräsidium: Wir sind eben gemeinsam dem Vorschlag des Parteivor-sitzenden gefolgt, und das bedeutete eine Redezeitbegrenzung auf zwei Minuten. Ich weiß, dass das sehr ambitioniert ist, aber im Sinne dessen, dass wir noch rechtzeitig durch die Debatte kommen, werde ich gleich noch mal deutlicher auf die Redezeit hinweisen und bitte alle, sich daran zu halten. Als Nächstes hat das Wort Boris Rhein aus dem Landesverband Hessen.

(Beifall)

Und bereithalten kann sich bitte Christian Baldauf aus Rheinland-Pfalz.

**Boris Rhein:** Liebe Freunde, meine sehr verehrte Frau Tagungspräsidentin! Ich will zunächst einmal sagen, dass bei all den Krisen, in denen wir uns befinden, und dass bei all den Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, es ein gutes Zeichen ist, ein Zeichen der Stärke, dass die CDU Deutschlands in dieser Situation nicht nur Krisen managt, sondern eben auch wirklich die Kraft hat, neue Grundsatzpositionen zu erarbeiten. Wir können nicht eben nur Krise, sondern wir können auch Grundsatz. Und ich finde es auch großartig, dass wir das in einer so offenen Art diskutieren und auch in dieser Art und Weise, wie wir es diskutieren.

Lassen Sie mich ein paar Sätze dazu sagen, warum ich dafür werbe, eben ein verpflichtendes Dienstjahr einzuführen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Drückeberger, Drückeberger hat man damals die Männer, jungen Männer, genannt, die gesagt haben, ich mache Zivildienst und keinen Wehrdienst. Das war schon damals falsch. Weil die Zivis – so wurden sie genannt – sie waren immer eine Stütze der Gesellschaft. Ich will es so formulieren: Ihr Einsatz für Land und Leute war eben auch wichtig, genauso wichtig, wie Wehrdienst wichtig ist. Trotzdem war es damals jedenfalls richtig, die Wehrpflicht auszusetzen. Ich betone das Damals, denn die Zeiten haben sich einfach geändert. Heutzutage ist ein solches verpflichtendes Gesellschaftsjahr nicht nur umsetzbar, es ist nicht nur erforderlich, sondern ich finde, es ist am Ende doch auch zumutbar.

Aber natürlich, Sie haben natürlich Recht, es muss gut begründet sein, wir brauchen eine Grundgesetzänderung, keine Frage. Es ist ein gravierender Eingriff, aber liebe Freunde, es ist richtig und es ist auch geboten, und ich wiederhole noch mal, es ist zumutbar. Denn Frieden und Freiheit in Deutschland und in Europa sind gefährdet, das gilt von innen wie von außen. Wir alle wissen, dass wir in Krisenzeiten leben. Putin überfällt die Ukraine, die Coronapandemie strapaziert unser Gesundheitssystem nach wie vor, der demographische Wandel ist ein großes Problem, die Klimakrise verändert unsere Art und Weise zu leben nachhaltig und uns attackierenden radikale Kräfte von innen und von außen.

Liebe Freunde, ich weiß, das sind alles Aufgaben für Politik und Gesellschaft, die gewaltig sind, und ich weiß auch, das verpflichtende Gesellschaftsjahr alleine kann das Problem nicht lösen, das ist mir vollkommen klar. Aber das Gesellschaftsjahr kann in vielen Bereichen dazu beitragen, Frieden zu verteidigen, Solidarität zu leben, Zusammenhalt zu stärken, unsere Demokratie widerstandsfähiger zu machen und natürlich auch die Schöpfung zu bewahren und insoweit: Das Gesellschaftsjahr ist ein Service-Jahr für die Gesellschaft als Ganzes.

**Franziska Hoppermann,** Tagungspräsidium: Sie mögen gerne zum Schluss kommen.

**Boris Rhein:** Ich komme gerne zum Schluss. – Ich will das nicht kritisieren, das Verfahren, aber ich will nur eines sagen: Einen solchen herausragenden Punkt wie diesen Punkt in zwei Minuten zu behandeln, ist nahezu ein Ding der Unmöglichkeit. Wir haben uns darauf vereinbart, ist doch vollkommen klar, gar keine Frage. Lasst mich also zum Schluss noch werben. Das Gesellschaftsjahr und das verpflichtende Gesellschaftsjahr kann helfen, die Segmentierung der Gesellschaft aufzubrechen, es kann verhärtete Debatten lösen, es kann Menschen versöhnen. Wer miteinander spricht, der brüllt sich nicht gegenseitig an. Das Gesellschaftsjahr ist das Band, was unsere Gesellschaft zusammenhalten kann. Deswegen werbe ich für Variante 1 und würde mich freuen, wenn Sie dieser Werbung folgen.

(Beifall)

**Franziska Hoppermann,** Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank. Und als Nächstes hat jetzt das Wort Christian Baldauf.

**Christian Baldauf:** Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! „Ja“ heißt heute bei der Abstimmung „verpflichtend“ und ja, ich bin für eine Verpflichtung, weil ich der Meinung bin, dass bürgerliches Engagement zur Regel gemacht werden soll und nicht zur Ausnahme.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Gesellschaftsjahr, davon bin ich überzeugt, der selbst auch gedient hat, verhilft vielen, wichtige Erfahrungen zu bekommen, sich besser zu orientieren und am Ende des Tages, das wird auch immer wieder betont, auch die Solidarität für unsere Gemeinschaft darzustellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, aufgrund der kurzen Redezeit, die wir alle haben, will ich das nicht alles wiederholen, was Boris Rhein treffend gesagt hat, aber ich will Ihnen auch Eindrücke schildern, wie es mir selbst ergangen ist. Was habe ich denn gelernt bei der Bundeswehr, was im Übrigen im Zivildienst, im sozialen, im ökologischen Bereich genauso sein kann?

Ich habe gelernt, dass ich mit Menschen zusammenarbeiten muss, die ich mir nicht einfach so rausgesucht habe. Ich war auf einer Bude mit Menschen, die ich vielleicht sonst nie auf meiner Bude gehabt hätte. Mit denen musste ich aber gemeinsam etwas durchstehen und mir persönlich hat das, und vielen anderen auch, gerade geholfen, auch Orientierung, Lebensqualität und Lebenserfahrung zu gewinnen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich mir die Gesellschaft heute anschau, reden wir natürlich über die Frage, was ist damals mit der Aussetzung der Wehrpflicht geschehen. Das war damals richtig, weil es eine Wehrungerechtigkeit gab. Aber die Gesellschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser schweren Zeit, driftet aus meiner Sicht nicht nur ein wenig, sondern ziemlich stark auseinander.

Was meine ich damit? Wir haben zwischenzeitlich Anzeichen von Parallelgesellschaften. Wir haben Anzeichen dafür – und wir wissen das doch alle –, dass die heutige Erziehung, die Bildung in der Schule, aber auch im Elternhaus, nicht mehr alleine dasjenige ist, was ich glaube, was

ausreichend ist, das Rüstzeug darzustellen. Deshalb finde ich, ist es so wichtig für eine Gemeinschaft, dass wir uns wieder zusammenfinden, dass wir alle auch wissen, für was wir stehen und wofür wir stehen. Und das sind zwei Seiten einer Medaille, frei nach Kennedy: Es geht darum, was Dein Land für Dich, aber auch, was Du für Dein Land tun kannst.

Zu guter Letzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, bemühe ich noch einen berühmten Deutschen, einen Landsmann von mir, Helmut Kohl. Er hat früher immer gesagt, dass die Wehr- und Dienstplicht eine der bedeutenden politischen Überlieferungen deutscher Freiheits- und Einheitsbewegungen ist und in der Vergangenheit von den Bürgern als patriotische Pflicht zum Schutz des eigenen Staates anerkannt wurde. Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns den Mut haben, diesen Weg zu gehen, der nicht einfach ist, der viele gesetzliche Veränderungen erfordert. Aber lassen Sie uns dafür sorgen, dass wir alle für Deutschland eintreten, dass wir alle für Deutschland auch etwas leisten. Wir haben das in der Vergangenheit getan, ich bin mir sicher: Das wird auch heute gerne getan. Ich kann nur sagen: Mein Sohn würde es tun, meine Tochter würde es tun, und ich finde, wir sollten es mit allen tun. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank! Jetzt bekommt das Wort Roderich Kiesewetter vom Landesverband Baden-Württemberg und danach ist Marc Biadacz, ebenfalls aus Baden-Württemberg an der Reihe.

**Roderich Kiesewetter**: Liebe Tagungspräsidentin, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich spreche mich ganz klar für einen Freiwilligendienst aus. Wir haben heute eine Grundwerte-Charta verabschiedet. Andreas Rödder und Carsten Linnemann haben hier an dieser Stelle gesagt: „Wir wollen eine Gesellschaft mit bürgerlichem Engagement, eine Gesellschaft, die ermutigt, die sich engagiert, und keinen Staat, der bevormundet und vorschreibt.“

(Vereinzelt Beifall)

Ich halte das für essenziell. Wenn wir mit dieser Grundwerte-Charta an unsere Gesellschaft gehen, dann sollten wir auch das, was wir vor elf Jahren beim Bundesparteitag in Leipzig verabschiedet haben, nämlich die Aussetzung der Wehrpflicht, heilen, aber mit dem Blick auf den Ersatzdienst, den Zivildienst. Wir brauchen ein Gesellschaftsjahr, aber wir wollen doch, dass junge Menschen sich engagieren mit Freude, mit Engagement, mit Liebe zum Land, die sagen: „Ich mache es gerne.“ Und was machen wir? Wir deckeln den Dienst bei 100.000, 80.000 im Freiwilligen Sozialen Jahr und im Bundesfreiwilligendienst und 20.000 bei der Bundeswehr. Wir haben aber 700.000 Menschen in einem Geburtsjahrgang. Dann müssen wir, wenn wir eine Pflicht machen, 700.000-mal jedes Jahr sinnvoll Beschäftigung, einen Pflichtdienst leisten. 700.000-mal.

Ich selbst spreche aus Erfahrung. Ich war fast 30 Jahre in der Bundeswehr, bis 2009, bevor ich in den Bundestag ging. Und ich weiß sehr genau, wieviel Aufsicht Wehrpflicht brauchte. Wer

von uns mit Gerda Hasselfeldt spricht vom DRK oder mit dem THW, mit Gerd Friedsam, da hören wir händeringend die Sorge, wenn eine Pflicht kommt, haben sie gar nicht das Personal, um diese Aufsicht zu leisten. Wenn wir aber die Freiwilligkeit ausweiten auf beispielsweise 400.000, dann ist das da, weil Menschen kommen, die motiviert sind. Ich möchte das, was wir 2015 in Karlsruhe verabschiedet haben, noch mal ermutigen. Finanzminister Schäuble hat damals gesagt: „Freiwilligkeit müssen wir ermutigen.“ Das bedeutet auch einen Rentenpunkt, Zuschüsse, Credit Points, Zuschüsse für Mobilität. Wir wollen doch, dass junge Menschen es gerne machen.

Deshalb lasst uns mutig sein in einem zweigestuften Verfahren, lasst uns mit Freiwilligkeit beginnen. Wir wollen ein Land, das ermutigt, das für Freiwilligkeit ist. Pflicht können die anderen, das ist grünes Verständnis. Wir wollen nicht einen Staat, der alles regelt, aber wir wollen einen Staat, der es schafft, dass junge Menschen gerne sagen: „Ich diene für mein Land“ und übrigens auch Menschen mit Migrationshintergrund, die in einer Pflicht nur schwer einzufangen wären. In diesem Sinne appelliere ich: Hören wir auf die Blaulicht-Organisationen, beginnen wir mit der Freiwilligkeit. Die Pflicht in dieser Gleichzeitigkeit von Krisen kann, wenn die Not groß ist, früh genug kommen. Setzen wir auf Freiwilligkeit. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank an Roderich Kiesewetter! Jetzt hat das Wort Marc Biadacz.

**Marc Biadacz**: Liebe Franziska, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Männer und Frauen! Lasst uns heute mutig sein, das verpflichtende Deutschlandjahr passt gut zur Union und das verpflichtende Deutschlandjahr passt auch gut für Deutschland. Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn wir heute diesen mutigen Schritt machen, dann werden wir auch all diese Hürden, die gerade eben mein Kollege aus dem Deutschen Bundestag, der Roderich Kiesewetter, uns nochmal mitgegeben hat, und diese Hürden werden wir überwinden.

Warum wollen wir sie überwinden, meine Damen und Herren? Wir haben heute schon viel und auch gestern über persönliche Berichte gehört und sie auch mitgenommen. Ich war Zivildienstleistender im Landkreis Böblingen beim Deutschen Roten Kreuz in der häuslichen Altenpflege. Und ich habe vieles mitgenommen, aber der wichtigste Satz, den ich mitgenommen habe, war von meiner Mutter. Und die hat gesagt: „Marc, das hat dir was gebracht. Marc, das hat dich stark gemacht. Der Zivildienst war gut.“ Übrigens auch die Bundeswehr hätte mir gutgetan, vielleicht habe ich irgendwann mal noch die Möglichkeit, Roderich, auch bei der Bundeswehr noch mal was freiwillig zu machen. Aber ich will es jetzt verpflichtend für alle machen, für alle Männer, für alle Frauen in diesem Land. Deswegen, bitte unterstützen Sie das Deutschlandjahr für alle, für alle Männer und Frauen in Deutschland. Danke!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Marc! Und als Nächste hat das Wort Serap Güler. Dann kann sich schon mal bereitmachen Helene Wolf, auch aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

**Serap Güler**: Liebe Freundinnen und Freunde! Ich möchte mich hier auch an dieser Stelle heute für das verpflichtende Deutschlandjahr aussprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben es heute schon mehrmals gehört. Jeder Mensch, jeder Mensch, der bei uns in Deutschland lebt, ganz unabhängig davon, ob er deutscher Staatsbürger ist oder nicht, hat Rechte in diesem Land, und das ist gut. Aber damit eine Gesellschaft funktioniert, braucht es mehr als Rechte. Es braucht auch Pflichten, um das an dieser Stelle ganz klar zu sagen. Natürlich funktioniert eine Gesellschaft auch nicht nur mit Pflichten. Es gehört eben zusammen, Rechte und Pflichten hier auch anzubieten. Und das ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch für die gesellschaftliche Resilienz, was wir, glaube ich, an diesen Tagen besonders deutlich wahrnehmen.

Der zweite Punkt: Es ist wichtig, dass wir es verpflichtend machen, wenn wir sagen, es geht hier auch um eine Durchmischung der Gesellschaft, dass sich Menschen begegnen, die sich vielleicht sonst nicht begegnen würden. Machen wir uns nichts vor, hören wir uns mal in den Verbänden, in den Einrichtungen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr anbieten, um. Dann kriegen wir oft die Rückmeldung, dass das schon Jugendliche sind aus einem bestimmten sozialen Milieu. Die kommen aus gut gebildeten, gut informierten Elternhäusern, sind das oft selbst, wo die Eltern sagen: „Vielleicht brauchst du erstmal ein Jahr der Orientierung, bis du dich festlegst, was du machen willst, was du studieren willst. Mach das mal.“ Corona hat uns ganz deutlich gezeigt, dass es sehr, sehr viele junge Menschen in unserem Land gibt, die nicht in solchen Elternhäusern aufwachsen, die nicht durch ihre Eltern begleitet werden, und denen täte diese Verpflichtung sehr, sehr gut, weil sie meistens überhaupt nichts wissen von einem Freiwilligen Sozialen Jahr.

(Vereinzelt Beifall)

Insofern lasst uns hier gemeinsam mit Ja für die Variante A stimmen und somit auch vielen Menschen, auch jungen Menschen mit Migrationsgeschichte hier Möglichkeiten geben. Vielleicht denjenigen aus Neukölln oder denen aus Köln-Chorweiler, die nichts über Freiwilligkeit bisher wissen, diese Möglichkeit zu geben, in dem Sinne, dass sie sich in die Gesellschaft einbringen, und noch mal, ganz unabhängig davon, ob sie deutsche Staatsbürger sind oder nicht. Vielleicht macht nämlich auch so ein Jahr danach Lust, deutscher Staatsbürger zu sein. Insofern wäre es in vielerlei Hinsicht eine Win-win-Situation. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Serap! Und jetzt hat das Wort Helene Wolf.

**Helene Wolf:** Liebe Delegierte, sehr geehrter Antragssteller! In Ihrem Antrag haben Sie explizit geschrieben, dass Sie die junge Generation hören wollen. Deswegen hören Sie jetzt gerne gut zu. Ich bin fest davon überzeugt, dass ein bundesweit organisiertes und mit Anreizen ausgestaltetes Gesellschaftsjahr für uns, für unsere Gesellschaft, wichtig ist, und junge Menschen natürlich auch dadurch wieder dazu bringt, ihre Pflichten in einer Gesellschaft zu sehen und auch wahrzunehmen. Jedoch finde ich es falsch und man macht es sich vielleicht auch ein bisschen leicht, wenn man der jüngsten Generation in einer immer älter werdenden Gesellschaft Verantwortung per Pflicht versucht nahezubringen.

(Beifall)

Einsatz, Engagement und Ehrenamt sollte auch jungen Menschen freiwillig zugetraut werden. Wir haben heute viel darüber gesprochen, dass wir den Einzelnen und das Individuum sehen. Gestehen wir das doch auch jungen Menschen zu und fördern und fordern wir ihre individuellen Pläne nach der Schulzeit, gerne durch ein attraktives Gesellschaftsjahr wie in Variante 2. Aber ich möchte bei der nächsten Bundestagswahl den 18-Jährigen nicht erklären, wieso sie nach zwei Jahren Corona-Entbehmung schon wieder die Generation sind, die Gesellschaftsprobleme ausbaden soll. Danke schön!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Helene Wolf, vor allem auch für das Einhalten der Redezeit. Jetzt hat das Wort Philipp Amthor aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und danach, sage ich es jetzt, weil der Weg etwas weiter ist, ist Christoph Ploß der Nächste an der Reihe.

**Philipp Amthor:** Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir haben heute die Chance, endlich eine programmatische Lücke zu schließen. Denn die Diskussion über das Gesellschaftsjahr, die führen wir nun schon eine ganze Zeit und es bewegt unsere Partei auch. Ich will sagen, ich bin als Mitantragssteller sehr dankbar, dass wir das in einem offenen Prozess machen konnten. Ich war in den vergangenen Wochen und Monaten in vielen Verbänden der CDU zu genau diesem Thema unterwegs und ich habe an der Parteibasis vor allem eines gemerkt, dass wir uns endlich positionieren sollen. Deswegen ist es richtig, dass wir das heute tun. Und es ist richtig, dass wir das auch tun im Geiste dessen, wie wir uns unser neues Grundsatzprogramm geben wollen. Carsten Linnemann hat es doch ganz richtig unterstrichen, wir wollen unterscheidbare Positionen, klare Positionen. Ich finde, dazu können wir uns auch etwas trauen und deswegen spreche ich auch für die Pflichtvariante.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht darum, keinen Schnellschuss zu wagen, sondern wir haben uns in der Arbeitsgruppe, die dieses Papier erarbeitet hat, sehr, sehr gut Gedanken gemacht und gesagt, keinen Taschenspielertrick, keine schnelle Lösung, sondern das klare Bekenntnis dazu, dass es für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr eine Verfassungsänderung braucht. Eine Verfassungsänderung, für die wir lange werben müssen. Zwei Drittel im Bundestag, im Bundesrat, die werden wir wahrscheinlich ganz kurzfristig nicht bekommen. Aber es geht doch nicht darum, wie die politischen Mehrheitsverhältnisse sind, sondern darum, was unser eigener Anspruch ist. Und da gibt es gute Punkte, die wir auch für die Pflicht in Rede führen können.

Zum einen: Unsere Konzeption geht eben nicht davon aus, dass das Ehrenamt zu einem Pflichtamt wird. Es geht nicht darum, dass jemand zu einem Dienst gezwungen werden soll, den er nicht will. Wir wollen nicht den Pfleger am Pflgebett, der nicht in die Pflege will. Wir wollen nicht denjenigen, der bei der Bundeswehr seinen Dienst tun soll und es nicht will, sondern wir wollen nicht Zwang zu einem bestimmten Dienst, sondern das Pflichtmodell will eine Verpflichtung zu irgendeinem Dienst. Und seien wir mal ehrlich, ich glaube niemand in Deutschland kann sagen, ich kann mich weder im THW noch in den sozialen Einrichtungen noch in anderen Aktivitäten einbringen. Das kann man verlangen, und wir können auch über staatsbürgerliche Pflichten reden, liebe Freundinnen und liebe Freunde.

(Beifall)

Deswegen werbe ich für die verpflichtende Variante, denn ich glaube, nur dadurch erreichen wir vor allem diejenigen, die am meisten von einem solchen Dienst profitieren können, nicht nur die aus Besserverdiener-Haushalten, die Work and Travel machen, sondern diejenigen, die von diesem gesellschaftlichen Zusammenhalt am meisten profitieren können. Ich werbe für ein klares Ja, es ist ein Gewinn für den Einzelnen, für den Staat und für die Resilienz unseres Staates und deswegen stimmen Sie bitte mit Ja. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Philipp! Jetzt hat das Wort Christoph Ploß.

**Dr. Christoph Ploß**: Verehrtes Tagungspräsidium, liebe Delegierte! Wir haben heute Morgen bei der Debatte über die Grundwerte-Charta übereinstimmend festgestellt, dass wir als CDU mehr tun wollen für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Wir haben festgestellt, dass unsere Gesellschaft zunehmend fragmentiert und dass Menschen sich leider immer häufiger nur noch in ihren Echokammern bewegen. Deswegen sollten wir heute beim Parteitag der CDU Deutschlands ein klares Signal senden: Wir brauchen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das ist wichtig für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

(Vereinzelt Beifall)

Ich kann auch, wie schon andere Vorredner, aus eigener Erfahrung sprechen. Ich habe 2005 Abitur gemacht, wollte gleich studieren, war ganz gut in der Schule und hatte überhaupt keine Lust, zur Bundeswehr zu gehen oder in eine soziale Einrichtung. Dann eingezogen, habe Zivildienst gemacht in einem Pflegeheim. Diese Erfahrungen, die ich dort gesammelt habe, die waren im Nachhinein unbezahlbar, für mich als Mensch, aber auch, weil ich glaube, einen Beitrag geleistet zu haben in einer sozialen Einrichtung für viele andere Menschen. Das, was man da lernt, das werden viele, die danach studieren, die als Rechtsanwälte, die als Ingenieure oder wo auch immer tätig sind, wahrscheinlich so erst mal nie wieder erfahren. Deswegen ist das so wichtig, weil wir raus aus unseren Blasen kommen, weil man mal Erfahrung in einem anderen Bereich sammelt und das einfach auch für die soziale Ader und für ein soziales Verständnis von enormer Bedeutung ist. Deswegen mein Plädoyer, die verpflichtende Lösung einzuführen, denn nur so werden alle mitmachen, nur so werden alle lernen, dass es im Staat nicht nur Rechte gibt, sondern auch Pflichten. Es wäre ein wichtiger Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, lieber Christoph! Auch perfekt zwei Minuten eingehalten, vielen Dank auch dafür. Es hat jetzt als Nächstes das Wort Tilman Kuban, und es macht sich danach schon mal mental bereit Carsten Linnemann.

**Tilman Kuban**: Liebe Franziska, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich habe ein Déjà-vu. Wir haben im letzten Jahr als Junge Union unseren Forderungskatalog „Aufstiegsland“ zur Verfügung gestellt und vorbereitet. Dabei hat die Schüler Union einen Antrag gestellt und gesagt, wir wollen ein Gesellschaftsjahr, ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr einführen, aber erst in zwei Jahren. Denn sie seien jetzt so betroffen gewesen von der Coronapandemie, und deswegen könne man das für sie ja jetzt gar nicht machen. Und ich sage euch: Wenn jetzt hier von dieser Stelle aus viele ältere Kollegen wissen, was gut ist für die Jugend, dann sollten wir sehr, sehr genau aufpassen, dass wir uns nicht auf das Niveau von Christian Lindner herablassen: „Politik sollte man den Profis überlassen“, wie er es mal genannt hat, als er die Jugendlichen, die auf die Straße gegangen sind für das Klima, diffamiert hat.

Ich glaube, wir sollten daraus lernen, aus dem #niewiedercd, aus den Entscheidungen rund um das Thema Upload-Filter, die Klimapolitik oder die Corona-Maßnahmen, wo wir häufig genug der jungen Generation vor den Kopf gestoßen haben und deswegen das nicht an dieser Stelle ein weiteres Mal tun. Und ich sage euch auch, es gibt vielleicht auch sogar Jugendliche, die man dafür begeistern kann. Aber wenn wir heute, ohne vorher einen Dialogprozess gemacht zu haben, wo wir mit der jungen Generation ins Gespräch gekommen sind, wo wir sie eingebunden haben, wo wir auf Augenhöhe diskutiert haben, eine solche Entscheidung treffen, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn unsere Ergebnisse bei den Erstwählern nicht besser, sondern eher schlechter werden.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen möchte ich an euch alle appellieren. Hier in diesem Saal gibt es wenige bis niemanden, den das Jahr eigentlich noch betrifft. Deswegen lasst uns erst einen Dialogprozess machen, bevor wir ein Ergebnis haben, und danach mit den Leuten diskutieren, sondern ergebnisoffen auf Augenhöhe mit der jungen Generation sprechen. Das kann einmalig werden für die CDU, dafür plädiere ich. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Auch dir ein herzliches Danke schön, lieber Tilman! Jetzt hat das Wort Carsten Linnemann.

**Dr. Carsten Linnemann**: Liebe Delegierte! Das INSA-Umfrageinstitut hat am 2./3. September, also vor wenigen Tagen, eine Umfrage gemacht, 1.001 Personen, repräsentativ, und hat gefragt, ob die jeweilige Gruppe eher dafür ist oder eher dagegen. Denn es wird viel über die Gesellschaft gesprochen. Das sind aktuelle, repräsentative Zahlen. Zwei Drittel der Deutschen sind eher für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr. Zweitens, in allen Altersgruppen und bei den Wählern aller Parteien mehrheitlich Zustimmung, und jetzt kommts: Bei den Jüngeren, bei den 18 bis 29-Jährigen 49 dafür, 31 Prozent dagegen und 20 Prozent wissen nicht. Das heißt, selbst bei den 18 bis 29-Jährigen mehrheitlich dafür.

Ich möchte mal eins ganz deutlich sagen: Dieses Ding können wir gar nicht von heute auf morgen umsetzen. Da braucht es eine ganz große gesellschaftliche Debatte, das dürfen wir nicht übers Knie brechen. Volle Pulle d'accord. Deswegen bin ich auch dem Bundespräsidenten dankbar, dass er die Debatte gesucht hat, und ich finde es schade, dass viele Politiker der Ampel-Parteien das gleich im Keim erstickt haben. Wir müssen die Partei sein, die diese Debatte auch in der Gesellschaft will.

(Beifall)

Der zweite Punkt, der größte Kritikpunkt, ist der, dass die Kapazitäten geschaffen werden müssen. Das wird Jahre dauern. Aber, liebe Delegierte, können wir jetzt nicht mal einmal andersrum denken? Dass wir es so machen, damit die jungen Leute auch Bock draufhaben? Also, dass wir sagen, wir machen es sehr breit im sozialen Bereich, Johanniter, Rotes Kreuz, Malteser, Feuerwehr, THW. Wir machen es auch berufsbegleitend, Bundeswehr. Wir gehen ins Ausland, ökologisches europäisches Jahr, vielleicht mal visionär denken in Europa. Vielleicht machen wir es mal so, dass die jungen Leute auch Bock draufhaben, einfach mal andersrum denken.

(Beifall)

Deshalb wäre ich euch dankbar, dass wir heute im Grundsatz Ja sagen, gleich bei der Abstimmung für das verpflichtende Gesellschaftsjahr. Und ich sage euch wirklich zu, wir machen im Grundsatzprogramm-Prozess eine Gruppe, die sich mit diesem Thema beziehungsweise mit

der Umsetzung weiter beschäftigt. Wir müssen mit Jungen reden und wir müssen vor Ort reden. Nur bitte habt Verständnis, jetzt nach drei Jahren Debatte sollten wir jetzt auch wirklich entscheiden. Wir machen hier kein Gesetz bis in die letzte Verordnung, sondern wir sind hier auf dem Parteitag und treffen eine Grundsatzentscheidung, und deswegen würde ich mich freuen, wenn ihr mit Ja stimmt. Vielen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Carsten! Und jetzt hat das Wort Hagen Blöcher aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

**Hagen Blöcher**: Liebe Parteifreunde! Ich begrüße diesen Antrag, weil er nicht nur die Frage stellt, was kann das Land für den Einzelnen tun, sondern auch die Frage stellt, was kann der Einzelne für dieses Land tun, und weil er sich auch damit beschäftigt, wie wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken in diesem Land. Ich möchte dennoch dafür plädieren, dass wir es freiwillig machen.

(Beifall)

Die Grundwerte-Charta wurde schon vielfach zitiert in dieser Debatte. Ein Grundsatz unserer neu definierten Bürgerlichkeit ist die Freiheit des Individuums. Da finde ich es unverständlich, dass Argumente wie, es hat noch niemandem geschadet, oder dieses integrative Argument dafür genutzt werden, um die individuelle Freiheit dermaßen einzuschränken, dass man Menschen sagt, ihr müsst ein Jahr oder neun Monate für diesen Staat arbeiten. Ich möchte, dass wir diese Debatte aber als Chance begreifen. Ich habe selber ein freiwilliges Jahr gemacht, ich war bei der Feuerwehr in Münster, und ich möchte es auch einfach mal an dieser Stelle sagen: Es ist was Schönes, Deutschland zu dienen. Das macht Spaß, und das unterscheidet uns von linken Parteien und das müssen wir auch betonen.

(Beifall)

Aber wir müssen diese Debatte in einem größeren Kontext verstehen. Wir müssen verstehen, dass wir mündige Staatsbürger wollen, dass wir Individuen wollen, die Ja sagen zu diesem Staat. Das geht aber nicht mit Zwang, das geht mit Freiwilligkeit, und dafür müssen wir werben. Serap Güler hat das gerade gesagt, Köln-Chorweiler, diese Leute müssen wir erreichen. Warum gehen wir dann nicht dahin und werben für unsere Ideen und werben für diese Idee und werben für unsere Idee von Staatsbürgerlichkeit? Das muss der Ansatz sein, der Ansatz darf nicht Zwang sein, es muss Freiwilligkeit sein, es muss ein Ja zu diesem Staat und zu dieser Nation sein und deswegen müssen wir die Leute mit Freiwilligkeit davon überzeugen. Vielen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank! Und als Nächste erhält das Wort Silvia Breher.

**Silvia Breher:** Vielen Dank, liebe Franziska! Liebe Freundinnen und Freunde! Die Freiwilligendienste sind ein absoluter Erfolg in Deutschland. Junge Leute lernen neue Lebensbereiche kennen, lernen neue Freunde kennen, über den Tellerrand hinausblicken. So vieles wurde schon gesagt und da sind wir uns einig: Wir erreichen aber leider nur einen Bruchteil der jungen Menschen, ganz aus verschiedenen Gründen, aus dem sozialen Herkunftsbereich, aus ihrem sozialen Umfeld, weil sie es schlicht nicht wissen und erkennen. Und predigen, aufklären, erklären, hingehen, anbieten, all das ist wichtig. Und ja, eine Pflicht hält nicht die Gesellschaft zusammen. Aber das, was man erfährt mit einem Dienst, das ist das, was am Ende zusammenhält, neue Kulturen, neue Menschen, neue Ideen kennenzulernen. Und wenn wir sie doch nicht freiwillig erreichen, dann ist es sinnvoll, eine Pflicht einzuführen und diesen Menschen, die wir sonst nicht erreichen können, einfach überhaupt erst mal die Chance zu geben, sich auszuprobieren, neue Ideen und neue Lebenswelten kennenzulernen.

Wir sprechen so oft über den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Viel zu oft ist es leider so, dass Menschen keine Chance mehr haben, ihren Lebensbereich zu verlassen. Früher, auch bei uns im ländlichen Raum, hat der Chef neben dem Arbeitnehmer gebaut, die Kinder sind zusammen zur Schule gegangen. Diese Lebenswirklichkeiten treffen sich heute viel zu oft gar nicht mehr. Deswegen wünsche ich mir, mit all den positiven Argumenten, die schon genannt wurden, eine Verpflichtung, damit wir allen jungen Menschen auf Dauer diese Chance im Leben einräumen. Vielen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Silvia! Und jetzt bekommt das Wort Joe Chialo aus dem Landesverband Berlin.

**Joe Chialo:** Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist mein allererster Redebeitrag hier in einem Parteitag der CDU, insofern auch für mich ein besonderer Moment.

(Beifall mit Rufen)

Vielen Dank! Es wurde schon sehr viel gesagt und ich möchte Ihnen alle möglichen Redundanzen ersparen. Aber ich wollte mich selbst der Möglichkeit nicht berauben, meinen Standpunkt hier klarzumachen, und mein Standpunkt ist, dass wir ein verpflichtendes Dienstjahr definitiv brauchen.

(Beifall)

Wer gestern genau der Rede von Friedrich Merz zugehört hat, der wird mitbekommen haben, dass er davon sprach, dass wir derzeit einen Epochenbruch durchleben. Ich glaube, es ist wahn-sinnig wichtig, uns resilient zu machen als Gesellschaft, für die Herausforderungen, die anstehen. Natürlich ist das ein super krasser Einschnitt in die Freiheit, und natürlich sprechen auch

viele einzelne Argumente dagegen. Da gibt es die Kostenfrage, da gibt es die Bürokratiefrage. Manche sagen auch, Eingriff in die persönliche Freiheit. Natürlich sind das alles Punkte, bis hin zur rechtlichen Umsetzung, die uns alle berühren und die auch wichtig sind, diese auszuräumen. Doch dem gegenübersteht: In einer Welt, die voller Echokammern besteht, soziale Echokammern, wo die Menschen nicht zueinanderkommen, finde ich es unheimlich wichtig, dass wir es schaffen, als Gesellschaft resilient zu werden. Ich werde nicht tiefer einsteigen, um ihre kostbare Zeit nicht in Anspruch zu nehmen, aber ich würde mich wahnsinnig freuen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen. Danke Ihnen!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, lieber Joe! Als Nächstes bekommt das Wort Burkard Dregger, ebenfalls aus dem Landesverband Berlin, und es macht sich bitte bereit Christiane Staab aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

**Burkard Dregger**: Liebes Tagungspräsidium, liebe Freunde! Ich möchte euch von meiner Tochter erzählen. Als sie Abitur gemacht hat, ein junges Mädchen mit einem tollen Abitur, mit allen Anlagen, hat sie gesagt: „Papa, ich möchte mal in die Bahnmissionsmission gehen.“ Dann haben wir in Berlin am Bahnhof Zoo in der Bahnmissionsmission eine Nachtschicht gemacht, nur eine. Und ich kann euch sagen, was das mit diesem Kind gemacht hat. Sie hat plötzlich eine neue Sicht auf die Welt bekommen, nicht aus ihrem wohlbehüteten Bereich, den sie von zu Hause und von ihren Freunden kannte, sondern vom wirklichen Leben, mit allen Höhen und Tiefen. Dann hat sie gesagt: „Papa, ich will mehr machen.“ Und sie hat dann anschließend sich für ein einmonatiges Praktikum dort zur Verfügung gestellt. Was ich damit sagen will, ist: Diejenigen, die gar nicht die Chance haben, diese Erfahrung zu machen, die werden auch diese Erfahrung nicht machen. Die werden auch nicht erkennen, wie notwendig ein Dienst ist und wie sinnstiftend ein Dienst ist.

Deswegen plädiere ich mit tiefster Überzeugung für eine allgemeine Dienstpflicht, damit all diejenigen, die nicht die Chance haben, über ihre Eltern oder Freunde, in den Genuss dieser Erfahrung zu kommen, dass ihnen diese Chance eröffnet wird. Was das bedeutet, ist heute mehrfach angesprochen worden, in diesem Land, das immer diversifizierter wird, immer individueller, dafür zu sorgen, auch Gemeinschaft zu erleben, Zusammengehörigkeit zu erleben, ist eine der fundamentalen Aufgaben einer bürgerlichen, auch einer christdemokratischen Politik. Deswegen bitte ich Sie um Unterstützung für die Dienstpflicht. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank! Jetzt erhält das Wort Christiane Staab aus dem Landesverband Baden-Württemberg, und danach hat das Wort dann Mareike Wulf.

**Christiane Staab:** Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Wir sind ziemlich am Ende der Debatte angekommen. Ich hatte tatsächlich überlegt, ob ich mich zu Wort melde.

(Vereinzelt Beifall)

Mache ich sehr gerne, weil ich hier vorne stehe und Sie bitte, wirklich für ein verpflichtendes Dienstjahr einzustehen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin Mutter von vier Kindern, ich war zehn Jahre Bürgermeisterin, bin jetzt Landtagsabgeordnete. Was ich erlebt habe, insbesondere als Bürgermeisterin, war, dass wir das Auseinanderfallen dieser Gesellschaft, das heute von vielen angesprochen worden ist, mittlerweile mit Händen greifen können. Wir haben Menschen, die sich stark im Ehrenamt engagieren, aber jetzt bitte ich Sie wirklich mal ganz kurz, Kopfkino anzuschalten. In Ihrer Stadt, in Ihrer Gemeinde, wer sind die, die sich da im Ehrenamt engagieren? Es sind ganz oft ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, es sind ganz wenig wirklich Junge, und es sind ganz selten Menschen mit Migrationshintergrund. Ich habe eine Freiwillige Feuerwehr bei mir gehabt, und ich habe meinen Jungs immer gesagt und meinen Mädels: „Wie schaffen wir es, Menschen in die Freiwillige Feuerwehr zu bekommen, die mit einem Migrationshintergrund bei uns angekommen sind?“ Wie kriegen wir sie ins DRK, wie kriegen wir sie zur DLRG, wie bekommen wir sie in die Kleiderstube und zur Tafel? Wir bekommen sie dadurch, dass wir ihnen die Augen öffnen für unser System, für unsere Vereinslandschaft, für unsere Rettungsdienste. Viele Menschen kommen zu uns und kennen dieses System nicht. Sie müssen vielleicht ein Stück weit auch einfach aufgezeigt bekommen, was für Chancen mit dem Ehrenamt verbunden sind. Wir haben insgesamt zu wenig, die aus unserer Blase kommen, sage ich jetzt ganz bewusst, zu wenig Kinder aus unserer Blase, die am Schluss dieses ganze System alleine schultern können.

Deswegen die Verpflichtung, wir erreichen dann alle. Keiner kann sich dann mehr verdrücken und kann sagen: „Mach du es!“ Dann ist jeder dabei, jeder ist ein Jahr dabei, für Deutschland was zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen bitte helft mit, dass wir unser Land wieder zusammenführen und dass jeder mitmacht, Deutschland für diese Zukunft zu gestalten und stark zu machen. Ich danke euch!

(Lebhafter Beifall)

**Franziska Hoppermann,** Tagungspräsidium: Auch hier ein ganz herzliches Dankeschön! Jetzt hat das Wort Mareike Wulf aus dem Landesverband Niedersachsen.

**Mareike Wulf:** Liebe Delegierte! Vielen Dank, dass ihr noch die Geduld habt. Ich möchte nur einen neuen Aspekt hinzufügen zu diesem Thema. Ich beschäftige mich nun seit über 15 Jahren mit den Auswirkungen des demographischen Wandels, und dem, was der jungen Generation an

Pflichten, an Verpflichtungen, auferlegt wird. Sie müssen die Rentner schultern, sie müssen die Schulden schultern, die jetzt neu wieder von dieser Regierung derzeit gemacht werden. Sie müssen mit viel weniger Leuten einen viel höheren Wohlstand erarbeiten. Sie müssen so gut und so effizient ausgebildet sein wie keine Generation zuvor, um sich das leisten zu können, was wir uns heute leisten können. Deshalb frage ich mich, bei all den richtigen und guten Argumenten, die jetzt genannt worden sind: Wenn wir eine resiliente Gesellschaft sein wollen, wenn wir krisenfähig sein wollen, warum soll dann diese Pflicht eigentlich nur für die Jungen gelten, für diese kleine Generation –

(Vereinzelt Beifall)

– die sowieso schon so viele Lasten hat? Ich finde, wenn wir schon über eine Verpflichtung sprechen, dann müsste sie eigentlich für alle gelten und insbesondere für die Generation, die eben nicht zur Wehrpflicht musste, wie beispielweise meine Generation das musste.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus diesem Grunde bitte ich, diese Überlegung, sollte sich heute eine Mehrheit für die Pflicht finden, wirklich darüber nachzudenken, ob wir nicht alle mit anpacken müssen, um diese Gesellschaft resilient zu machen, und wir nicht alle wissen müssen, wie man mit Katastrophenschutz beispielsweise umgeht, jeder von uns. Oder, und das finde ich, ist eine gute Variante in der Version 2, den Rechtsanspruch einzuführen, denn nicht jeder, der heute ein Soziales Jahr machen will, kriegt wirklich auch einen Platz, und – das ist der Antrag der Frauen Union – eine aktive Einladung des Staates an jeden auszusprechen, auch dann an diesem Gesellschaftsjahr teilzunehmen. Vielen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Mareike! Und jetzt bekommt das Wort Karin Prien.

**Karin Prien**: Liebe Freundinnen und Freunde! Ich unterstütze an dieser Stelle klar das Votum für ein verpflichtendes Dienstjahr und die Position von Carsten Linnemann. Warum tue ich das? Ich habe mir das nicht leicht gemacht. Ich weiß um all die verfassungsrechtlichen Hürden und ich weiß auch, dass das nichts ist, was wir in den nächsten sechs Monaten einführen können. Aber ich würde Sie einmal bitten, den Blick nach Israel zu richten. Ich weiß nicht, ob Sie das einmal verfolgt haben. Da ist es so, dass junge Menschen schon in der Schule mindestens zehn Wochen ein verpflichtendes Praktikum in der Armee oder in einer sozialen Einrichtung machen. Da ist es so, dass junge Frauen zwei Jahre in die Armee gehen, junge Männer drei Jahre in die Armee. Und warum ist das so? Es ist so, weil wenn man Frieden und Freiheit verteidigen will, dann braucht man junge Menschen, die bereit dazu sind, einen Dienst am Staat, an der Gesellschaft, zu leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Auffassung ist, meine Damen und Herren, dass es Ausdruck eines Staatsverständnisses ist, unseres christdemokratischen Staatsverständnisses, dass die Staatsbürgerschaft nicht nur Rechte, sondern eben auch Pflichten begründet.

(Beifall)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, geht es hier also um ein Staatsverständnis, ein modernes Staatsverständnis, es geht aber auch um den Zusammenhalt einer Gesellschaft – das ist mehrfach ausgeführt worden –, die immer mehr in Milieus zu zerfallen droht, die sich nicht mehr begegnen. Auch hier geht es darum, Zusammenhalt gibt es nicht umsonst, Zusammenhalt will erarbeitet werden und dieses verpflichtende Dienstjahr ist ein guter Weg, um dieses Ziel zu erreichen.

Meine Damen und Herren, haben wir den Mut, den Menschen in unserem Land auch hier etwas abzuverlangen, die Menschen werden es uns danken. Vielen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Karin! Dann bekommt jetzt das Wort Bernd Althusmann.

**Dr. Bernd Althusmann**: Frau Tagungspräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist viel über die individuelle Freiheit gesprochen, es ist intensiv daran erinnert worden, dass unsere junge Generation zahlreiche Belastungen erfahren hat, auch in der Coronapandemie. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube aber, mit Blick auf die kommenden Monate und die kommenden Jahre in Europa und im Wettstreit der Systeme, werden wir uns ein wenig aus einer gewissen Wohlstandsbequemlichkeit herausbegeben müssen. Ich glaube, dass das organisatorisch, wie materiell und personell alles machbar ist. Von daher spreche ich mich persönlich ausdrücklich für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr aus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es geht nicht um Selbstverwirklichung oder Freiheitsberaubung, das erfahre ich bei vielen Gesprächen mit vielen jungen Menschen. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist aber die Partei der Freiheit, aber einer Freiheit in Verantwortung, einer Freiheit auch zu etwas und nicht nur einer Freiheit von etwas. Auch das gehört zur DNA der CDU.

Letzter Satz: Ich bin 1986 zur Deutschen Bundeswehr gegangen, und im Rahmen meiner Offizier-Ausbildung hat mich ein Satz immer begleitet. Am Grab des unbekanntenen Soldaten steht: „Als wir Soldaten wurden, legten wir den Bürger nicht ab.“ Das war die Begründung des Staatsbürgers in Uniform, das war die Begründung der deutschen Wehrpflicht. Meine ganz persönliche Auffassung ist die, aber die muss hier nicht geteilt werden, ich habe damals mitgestimmt,

weil diese Partei sich immer kompromissfähig gezeigt hat. Ich habe auch den Begriff der Wehrungerechtigkeit immer wieder gehört. Aber in Wahrheit war es ein organisatorisches Problem. Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren, ich habe damals die Abschaffung der Wehrpflicht für einen Fehler gehalten.

(Vereinzelt Beifall)

In einer solchen entscheidenden Situation mit Blick auf die kommenden Jahre, angesichts der Tatsache, dass Länder so wie wir, freiheitlich, mit unseren Werten, so leben können, aber in Wahrheit von den 180 Ländern etwa nur noch 40 tatsächlich so sind wie wir, der Rest der Welt nicht, wäre es ein gutes Zeichen, wenn in Deutschland wie in Frankreich im Übrigen auch, eine klare Entscheidung zumindest von der Christlich Demokratischen Union gefällt würde. Ich persönlich sage: Schwanger oder nicht schwanger, halbschwanger gibt es in dieser Frage nicht. Insofern müssen wir uns heute entscheiden, und meine Entscheidung fällt für eine Verpflichtung. Vielen Dank!

(Beifall)

**Franziska Hoppermann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank lieber Bernd Althusmann! Damit haben wir die Rednerliste abgearbeitet. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Beifall)

Nach dieser so konzentrierten und intensiven Debatte zu fortgeschrittener Zeit kommen wir jetzt zur Abstimmung. Weil wir mehrere Anträge zu dem Thema haben und zwei Varianten bei 106 abzustimmen sind, bitte ich jetzt um besondere Aufmerksamkeit zur Abstimmung.

Zunächst geht es nur darum, dass wir die Anträge C100 und C103 bis 106 in der Fassung von 106 in den beiden Varianten zur Abstimmung stellen. Erst danach kommen wir zur Entscheidung in der Sache selbst. Ich lasse über diesen Verfahrensvorschlag der Antragskommission jetzt abstimmen. Wer dafür ist, dass wir so verfahren, den bitte ich um sein Hand- oder Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit überwältigender Mehrheit so angenommen.

Wir kommen dann jetzt zur Abstimmung in der Sache. Wir haben im Antrag C106 zwei Varianten vorliegen. Die Variante 1 ist die weitergehende Variante, deshalb stimmen wir über diese Variante 1 nun zuerst ab. Sie finden Sie auf den Seiten 114 bis 116. Wer der Variante 1 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. Die Variante 1, okay, ich sage es noch mal, die Variante 1 ist das verpflichtende Gesellschaftsjahr. Da die Verpflichtung das Weitergehende gegenüber dem Freiwilligen ist, stimmen wir jetzt über das verpflichtende Gesellschaftsjahr ab. Wer diesem seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Wer ist gegen Variante 1? – Das Erstere war aus dieser Sicht hier eindeutig die Mehrheit.

(Lebhafter Beifall)

Damit haben wir das jetzt so abgestimmt und damit haben sich auch alle anderen Anträge erledigt. – Genau, alle anderen Anträge sind damit erledigt. Wir haben hier vorhin beschlossen, auch auf Anregung des Parteivorsitzenden, dass wir alle anderen übrigen Anträge en bloc abstimmen, zu denen es keine Wortmeldungen gibt. Zu denen, zu denen wir Wortmeldungen vorliegen hatten, haben sich einige Änderungen ergeben. Deshalb wollen wir jetzt mit Ausnahme der Anträge C111 und C146 im Block abstimmen.

Die Voten der Antragskommission zu allen anderen Anträgen liegen Ihnen vor. Wer diesen Empfehlungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Karten- oder Handzeichen. – Vielen herzlichen Dank. Gegenstimmen? – Keine. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Es verbleiben die Anträge 111 und C146. Der Vorschlag ist, diese zwei Anträge an den nächsten Bundesausschuss, den sogenannten kleinen Parteitag, zu überweisen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt ebenfalls um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine Gegenstimme, keine Enthaltung. Auch dieses ist dann so einstimmig beschlossen.

Herzlichen Dank! Und damit übergebe ich an Bernd Althusmann.

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Liebe Freundinnen und Freunde! Wir stehen kurz vor dem Ende des 35. Parteitages und freuen uns auf den 36. Bevor unser Bundesvorsitzender gleich das Schlusswort sprechen wird, wollen wir allerdings noch ganz kurz gemeinsam einen Blick zurückwerfen auf zwei intensive, tolle Tage, auch hier gerade in Niedersachsen. Film ab!

(Film mit Musikunterlegung)

**Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU (im Film): Die Beschäftigung mit uns selbst ist notwendig. Aber die Beschäftigung mit der Lage der Menschen, mit der Lage der Betriebe in Deutschland, ist notwendiger als die Beschäftigung mit uns selbst.

(Beifall)

(Musik)

(Beifall)

**Dr. Bernd Althusmann**, Tagungspräsident: Vielen Dank! Damit kommen wir zum Ende. An das Rednerpult bitte ich den Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands für

TAGESORDNUNGSPUNKT 20:

Schlusswort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Friedrich Merz MdB

sein Schlusswort. Dahinter stehen schon die Wahlkämpfer aus Niedersachsen. Ich bedanke mich schon als Ihr Tagungspräsident für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit und Ihre Unterstützung. Sie haben es uns einfach gemacht.

(Beifall)

**Friedrich Merz**, Vorsitzender der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde! Im Vorfeld dieses Parteitages hat der eine oder andere gesagt: „Das ist doch in zwei Tagen gar nicht zu schaffen.“ Und jetzt haben wir 15:30 Uhr am zweiten Tag und wir haben alles geschafft, was wir uns vorgenommen haben, auf diesem Parteitag zu diskutieren, zu entscheiden, anzuhören und sogar ordentlich miteinander zu feiern. Das war ein toller 35. Parteitag der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde! Ich will das hier ganz ausdrücklich sagen, unabhängig von allen Ergebnissen. Aber wir haben gezeigt, dass wir eine diskutierende, engagierte, auch emotional engagierte Partei sind, die voller Sorgen, aber auch voller Ideen für Deutschland ist. Damit haben wir, CDU und CSU, Markus Söder mit seinem Besuch hier und wir gestern und heute gezeigt, was uns ausmacht. Wir sind eine Partei, die sich in tiefer Verantwortung für dieses Land empfindet, die aber gleichzeitig auch den Blick auf sich selbst richtet und ganz selbstkritisch die Frage stellt: Sind wir da richtig unterwegs?

Wir haben gestern eine engagierte Diskussion geführt über unsere Modernisierung. Darf ich das noch mal so sagen? Das ist ein kleiner Schritt, den wir da formal gegangen sind. Der größte Schritt muss jetzt folgen. Wir müssen attraktiv werden für junge Menschen, für Frauen, für diejenigen, die bis jetzt noch nicht in der Politik sind und die außen stehen und sich Gedanken machen, die Sorgen haben um unser Land. Für die muss die CDU eine interessante Adresse sein. Wir müssen als Abgeordnete, als Repräsentanten, als Mitglieder von Vorständen an der Basis unten, vor allem in der Kommunalpolitik zeigen, dass wir jetzt rausgehen und in den Dialog mit unserer Bevölkerung treten.

Ganz besonders gilt das für Niedersachsen. Lieber Bernd Althusmann, du hast hier eine fantastische Rede gehalten und dafür möchte ich dir noch mal ganz, ganz herzlich danken.

(Beifall mit Rufen)

Das war richtig klasse. Engagiert, profiliert und mit ganz klaren Vorstellungen über die Zukunft des Landes Niedersachsen.

Jetzt gehen wir aus diesem Parteitag heraus und genau in vier Wochen, morgen in vier Wochen, steht das Ergebnis fest, und bis dahin kämpfen wir um die Mehrheit in Niedersachsen. Das können wir tun, liebe Freundinnen und Freunde, weil wir geschlossen sind, weil wir gemeinsam auf diesem Weg gehen und deswegen lassen Sie mich zum Abschluss dieses Parteitages noch

einmal ganz herzlich danken. Ich danke der Messe Hannover, dass sie uns hier so gut aufgenommen hat, so gut betreut hat. Wenn sie hier mal herumgegangen sind und hinter die Kulissen schauen, dann sehen Sie, was so ein Parteitag auslöst, was so einen Parteitag auch ausmacht an Aufwand und an Technik, die dahintersteckt. Das ist ein richtig moderner, guter Parteitag gewesen, den wir hier in der Messe in Hannover machen konnten.

(Beifall)

Das wäre nicht möglich gewesen ohne unsere vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer aus den Landes- und Kreisverbänden. Herzlichen Dank an alle diejenigen, die bei der Vorbereitung dieses Parteitages dabei gewesen sind.

(Beifall)

Drumherum haben Sanitätsdienst und Sicherheitskräfte dafür gesorgt, dass dieser Parteitag reibungslos vonstattengehen konnte. Herzlichen Dank an alle diejenigen, die überwiegend freiwillig auch diesen Dienst geleistet haben, aus dem Roten Kreuz, aus der Polizei und viele, die dabei waren.

(Beifall)

Das Gleiche gilt für die weiteren vielen externen Dienstleister, die wir zur Verfügung hatten, die über diese Tage und Wochen hart gearbeitet haben, dass dieser Parteitag möglich wurde. Ich sage ein ganz herzliches Wort des Dankes an das Tagungspräsidium und an die Antragskommission. Liebe Freundinnen und Freunde, der eine oder andere Delegierte wird das gar nicht gesehen haben, aber das war hier mehr oder weniger rund um die Uhr die Arbeit des Tagungspräsidiums und der Antragskommission, diesen Parteitag hier gut durchzuführen und dafür zu sorgen, dass wir hier jederzeit klare Beschlusslagen hatten. Das war eine richtig gute Arbeit unseres Tagungspräsidiums und unserer Antragskommission.

(Beifall)

Dann sage ich ein herzliches Wort des Dankes dem Konrad-Adenauer-Haus, denjenigen, die in Berlin im Adenauer-Haus seit Wochen diesen Parteitag vorbereiten. Ich nenne stellvertretend für die vielen unseren Bundesgeschäftsführer Hennewig, Wolfgang Mosbacher, Isabel Hass, Ulf Leisner, Axel Tantzen, Philipp Müller und Johannes Dickhut. Die haben hier wirklich ganz hart gearbeitet und haben das alle richtig gut hinbekommen. Nur deswegen konnte dieser Parteitag auch so zügig beraten und auch so gute Beschlüsse fassen. Ganz herzlichen Dank an das Adenauer-Haus in Berlin und an alle diejenigen, die heute mit dabei gewesen sind.

(Beifall)

So, liebe Freundinnen und Freunde! Und jetzt gehen wir raus und zeigen, dass die CDU wieder auf einem Weg der Erneuerung, auf dem Weg auch zu neuen Mehrheiten ist. Die CDU ist

zurück, die CDU ist da, sie ist auch an der Spitze der politischen Diskussion in unserem Land. Opposition in Berlin, aber Regierung in vielen Bundesländern. Einige Ministerpräsidenten, die hier gesprochen haben, haben das eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Und auf dem nächsten Bundesparteitag wird ein Ministerpräsident Bernd Althusmann dabei sein und hier sprechen.

(Beifall mit Rufen)

Und ihm werden wir jetzt hier auf den Weg geben, und wir werden ihn begleiten, und wir schließen den Parteitag heute mal mit zwei Hymnen ab, dem Deutschlandlied und anschließend dem Niedersachsenlied.

Liebe Freunde, der Parteitag ist geschlossen!

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

(Niedersachsenlied – Beifall)

(Ende: 15:29 Uhr)

## REDNERVERZEICHNIS

	Seite
Albrecht, Philipp	126
Alemazung, Joy	117 f., 118, 144, 145
Althusmann, Bernd	11 ff., 17, 18, 39 ff., 169, 187, 203, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 238 f., 240
Arlt-Palmer, Christine	118, 119
Baldauf, Christian	151 f., 225 f.
Bauernfeind, Franca	41 f., 104 f., 153
Baumann, Ruth	113
Beckhoff, Sarah	107, 149
Biadacz, Marc	227
Bittner, Denise	101 f., 102
Blöcher, Hagen	232
Bornmann, Annelene	116
Brakhage, Lars	166
Brandes, Ina	69, 70, 74, 75
Breher, Silvia	234
Buchen, Christian	87
Caspary, Daniel	45 ff.
Chialo, Joe	234 f.
Claus, Ines	105
Connemann, Gitta	66 ff., 98
Czaja, Mario	75 ff., 135
Dezember, Franziska	93 f.
Dregger, Burkard	235

Dlovani, Zemfira	161
Dörk, Karina	83 f.
Feldmann, Irina	109 f., 110
Frei, Thorsten	92 f., 94, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108 f., 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 123, 124
Funk, Katharina	184 f.
Gleißmann, Birte	182
Gränzdröffer-Bucher, Silvia	119 f.
Gröhe, Hermann	144, 163 f.
Güler, Serap	152 f., 166, 228
Günther, Daniel	42 ff., 69, 122
Heber, Claudia	128 f., 129, 134 f.
Heil, Mechthild	97 f., 98, 129, 153 f., 218
Heilmann, Thomas	59 f., 64, 65
Heißner, Philipp	165 f., 217
Hemmerich, Kai-Uwe	210 f.
Hoppenstedt, Hendrik	124 f., 125, 126, 127 ff., 129, 130 f., 131 ff., 133, 177 f., 178, 179 f., 187
Hoppermann, Franziska	30, 34 f., 36, 37, 39, 41, 42, 44, 45, 156 f., 222, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239 f.
Hüttemeyer, André	216
Hummel, Florian	125
Jung, Andreas	50 ff., 65, 216 f.
Kampeter, Steffen	213 f.
Kerssenbrock, Freya	103 f.
Kiesewetter, Roderich	226 f.
Klieve, Andrea	100, 159 f., 209 f.

Klößner, Julia	36 f., 114 f., 115
Kramp-Karrenbauer, Annegret	111 f.
Krings, Günter	87 f., 182 f., 222 f., 223
Kuban, Tilman	37 ff., 166, 181 f., 231 f.
Laumann, Karl-Josef	203 ff., 215
Linnemann, Carsten	64, 136 ff., 164 f., 232 f.
Magwas, Yvonne	100 f., 147, 148, 177, 187, 217, 218, 219, 221, 222, 223 f.
Merz, Friedrich	5 ff., 19 ff., 70 ff., 90 f., 123, 201 f., 214 f., 216, 221 f., 240, 241 ff.
Meyer, Christian	18
Müller, Michael	120
Nowak, Andreas	134, 135
Onay, Belit	15 ff.
Peters, Tim	219 ff.
Pieper, Markus	62 f.
Ploß, Christoph	162 f., 230 f.
Poppitz, Nikolaus	133
Prien, Karin	99 f., 150 f., 237 f.
Puttrich, Lucia	45, 48 f.
Rachel, Thomas	145, 158 f.
Radtke, Dennis	211 f., 212 f.
Redmann, Jan	61 f.
Reichel, Markus	60 f., 207 f.
Rhein, Boris	224, 225
Rödder, Andreas	140 ff.
Rotte, Corinna	96 f.
Rotzinger, Bernhard	115 f.

Schäuble, Brigitte	117
Scharrenbach, Ina	75, 83, 84 ff., 87, 88 f., 90, 91 f., 133 f., 134, 135, 160 f., 180 f., 182, 183 f., 185 ff.
Schimke, Jana	205 f.
Schneider, Christine	113 f.
Schütte, Albrecht	88
Schweizer, Sarah	120 f., 121
Söder, Markus	188 ff.
Sommer, Sebastian	217 f.
Spehl, Felix	59
Staab, Christiane	236
Stehl, Christian	59
Steinkamp, Jochen	89 f.
Stump, Christina	70 ff., 74
Toscani, Stephan	58
Voigt, Mario	49, 53, 58, 60, 61, 66, 68, 136, 140, 143 f., 144 f., 145, 146 f., 147 f., 148 f., 149, 150, 151, 152, 153, 154, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167 ff., 169
Volquartz, Angelika	161 f.
von der Ohe, Juliane	106
Wadephul, Hannah Martha	121
Wadephul, Joe	219
Wagner-Scheid, Anja	104
Wegner, Kai	34 f.
Weiß, Peter	145 f.
Wetterich, Susanne	107 f., 108
Widmann-Mauz, Annette	95, 149 f.

Wiener, Klaus	65
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	112, 113
Winter, Wiebke	63 f., 111 f.
Whittaker, Kai	147, 178
Wolf, Helene	218, 229
Wüst, Hendrik	31 ff., 102 f.
Wulf, Mareike	236 f.

**A N H A N G****Beschlussprotokoll  
des 35. Parteitags der CDU Deutschlands  
am 09./10. September 2022 in Hannover****Tagesordnung:**

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Klarer Kurs für sichere Energie und eine starke Wirtschaft“  
Beratung und Beschlussfassung
9. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes zur Umsetzung der Vorschläge der Struktur- und Satzungskommission der CDU  
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
11. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands  
Änderungen des Statuts der CDU zur Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin/ des stellvertretenden Generalsekretärs  
Beratung und Beschlussfassung
12. Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin der CDU Deutschlands
13. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
14. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der CDU für den Vorstand der Europäischen Volkspartei für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2024

15. Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten der CDU für die Kongresse der Europäischen Volkspartei für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2024
16. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands  
Grundwertecharta  
Beratung und Beschlussfassung
17. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands  
Änderungen des Statuts, der Geschäftsordnung, der Finanz- und Beitragsordnung und der Parteigerichtsordnung der CDU  
(Umsetzung der Vorschläge der Struktur- und Satzungskommission der CDU)  
Beratung und Beschlussfassung
18. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „Volkspartei der Zukunft: Die CDU erneuern“  
Beratung und Beschlussfassung
19. Sonstige Anträge  
Beratung und Beschlussfassung
20. Schlusswort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

**Zu TOP 1:** **Eröffnung und Begrüßung** durch den Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Friedrich Merz MdB.

Das vorgeschlagene **Verfahren zur verbundenen Abstimmung über die Regularien** wurde in offener elektronischer Abstimmung bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

**Zu TOP 2:** Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 35. Parteitages der CDU Deutschlands am 09. September 2022 in offener elektronischer Abstimmung bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen gewählt:

**Tagungspräsident:** Dr. Bernd Althusmann MdB

**Beisitzer:** Ina Brandes

Thorsten Frei MdB

Daniel Günther MdB

Franziska Hoppermann MdB

Dr. Hendrik Hoppenstedt MdB

Yvonne Magwas MdB

Lucia Puttrich MdB

Ina Scharrenbach MdB

Prof. Dr. Mario Voigt MdB

**Zu TOP 3:** Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener elektronischer Abstimmung bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

**Zu TOP 4:** Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 35. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener elektronischer Abstimmung bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen wie folgt bestätigt:

**Vorsitzender:** Mario Czaja MdB

**Stellvertretende Vorsitzende:** Antje Tillmann MdB

Hermann Gröhe MdB

**Weitere Mitglieder:**

Philipp Amthor MdB                      Manfred Pentz MdB

Franca Bauernfeind	Dr. Markus Pieper MdEP
Dr. Christian Bäumler	Dr. Christoph Ploß MdB
Claus Bernhold	Karin Prien MdL
Peter Beuth MdL	Thomas Rachel MdB
Silvia Breher MdB	Herbert Reul MdL
Prof. Dr. Michael Brenner	Barbara Richstein MdL
Yannick Bury MdB	Ina Scharrenbach
Ines Claus MdL	Dr. Christiane Schenderlein MdB
Gitta Connemann MdB	Jana Schimke MdB
Alexander Dierks MdL	Gordon Schnieder MdL
Stefan Evers MdA	Nadine Schön MdB
Thorsten Frei MdB	Klaus Schuck
Serap Güler MdB	Christina Stumpp MdB
Christian Haase MdB	Prof. Dr. Mario Voigt MdL
Manuel Hagel MdL	Karina Wächter MdL
Mechthild Heil MdB	Dr. Johann Wadehul MdB
Isabelle Huber MdL	Jessica Weller
Andreas Jung MdB	Heike Wermer MdL
Mario Karschunke	Susanne Wetterich
Prof. Dr. Günter Krings MdB	Annette Widmann-Mauz MdB
Thomas Kufen	Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB
Sebastian Lechner MdL	Wiebke Winter
Patricia Lips MdB	Heinz Wöstmann
Yvonne Magwas MdB	Mareike Wulf MdB
Carsten Müller MdB	

**Zu TOP 5:** Die vom Bundesvorstand für den 35. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener elektronischer Abstimmung bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen wie folgt gewählt:

**Vorsitzender:**

Ulf Leisner  
Stellvertretender Bundesgeschäftsführer,  
Bereichsleiter Organisation & Veranstaltungen  
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Weitere Mitglieder:**

Christian Meyer  
Geschäftsführer CDU in Niedersachsen

Ellen Fischer  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Ronny Bereczki  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Zu TOP 6:** Die **Stimmzählkommission** wurde in offener elektronischer Abstimmung bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen wie folgt gewählt:

**Vorsitzender:**

Wolfgang Blum  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Stellv. Vorsitzende:**

Ute Elias  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Weitere Mitglieder:**

Abrusatz	Lutz	KV Minden-Lübbecke
Arnst	Martin	KV Warendorf-Beckum
Bauder	Yvonne	KV Esslingen
Bertram	Julius	KV Bonn
Blank	Andreas	KV Ennepe-Ruhr

Cao	Thomas	KV Mülheim an der Ruhr
Dussin	Stefan	KV Aachen
Ehrle	Manfred	BV Württemberg-Hohenzollern
Ernst	Harald	KV Herford
Ganzer-Hensel	Nina	KV Solingen
Goda	Walter	KV Vechta
Göttlicher	Heike	KV Ludwigsburg
Gottschalk	Jeanette	KV Potsdam-Mittelmark
Heißler	Nicole	KV Karlsruhe-Land
Hermann	Jürgen	KV Konstanz
Hörschen	Hartwig	KV Paderborn
Jeske-Werner	Imke	KV Peine
Joepen	Brigitte	KV Euskirchen
Kleinemeier	Hubert	KV Gütersloh
Kleinheyer	Robert	KV Rhein-Kreis Neuss
Kosinsky	Olaf	KV Weimarer Land
Krause	André	KV Mark
Leicht	Eike David	KV Remscheid
Leinenbach	Christof	KV Trier-Stadt + Trier-Saarburg
Leyh	Dominik	KV Schwalm-Eder
Lindhorst	Maria-Theresa	KV Holzminden
Lorenz	Ulrike	KV Bad Kreuznach
Lueddecke	Andrea	KV Hagen
Lülff	Fabian	KV Höxter
Mathieu	Carolin	LV Saar
Menzel	Rebecca	KV Wetterau

Müller	Elke	KV Steinfurt
Nacke	Andrea	KV Ammerland
Neumann	Anne	KV Dessau-Roßlau
Nies	Friedrich	KV Hochsauerlandkreis
Oetjen	Katrin	KV Hameln-Pyrmont
Orthey	Harald	KV Westerwald
Pelzer	Inge	KV Salzgitter
Petrulat	Jana	KV Uelzen
Richter	Jens	KV Rotenburg (Wümme)
Roth	Martin	KV Kassel-Land
Schary	David	KV Bochum
Sepbach	Bernd	KV Heilbronn
Siemers	Svenja	KV Baden-Baden + Rastatt
Thies	Werner	KV Hamm
Wahler	Kai	KV Essen
Wedemeier	Jan-Steffen	KV Göttingen
Wedermann	Beate	KV Friesland
Wehrhausen	Karoline	KV Ortenau
Willig	Marcel	KV Rhein-Lahn
Zarebski	Anna Lena	KV Lippe

**Zu TOP 7: Grußworte**

**Zu TOP 8:** Der 35. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands sowie Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Der 35. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes „**Klarer Kurs für sichere Energie und eine starke Wirtschaft**“ folgende Beschlüsse:

E 1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
E 2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
E 3	Ablehnung
E 4	Annahme
E 5	Annahme i.d.F. der Antragskommission
E 6	Ablehnung
E 7	Annahme
E 8	Ablehnung
E 9	Annahme
E 10	Annahme i.d.F. der Antragskommission
E 11	Ablehnung
E 12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
E 13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
E 14	Annahme
E 15	Annahme
E 16	Annahme

(Der Wortlaut der Anträge E 1 bis E 16 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Diese findet sich auch unter [www.cdu-parteitag.de/reden-berichte#beschluesse](http://www.cdu-parteitag.de/reden-berichte#beschluesse)).

**Zu TOP 9:** Der 35. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Mario Czaja MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 10:** Die **Mandatsprüfungskommission** des 35. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 35. Parteitag

1.001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1.001 Delegierten waren um 14:15 Uhr 919 Delegierte anwesend.

Der 35. Parteitag ist somit beschlussfähig.

gez. Ulf Leisner  
- Vorsitzender -

gez. Christian Meyer    gez. Ellen Fischer    gez. Ronny Bereczki”

**zu TOP 11:** Der 35. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes **Änderungen des Statuts der CDU zur Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin/des stellvertretenden Generalsekretärs** folgende Beschlüsse:

B 99	Annahme
B 105	Annahme
B 108	Annahme

(Der Wortlaut der Anträge B 99, B 105 und B 108 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Diese findet sich auch unter [www.cdu-parteitag.de/redenberichte#beschluesse](http://www.cdu-parteitag.de/redenberichte#beschluesse)).

**Zu TOP 12: Wahl einer/eines stellvertretenden Generalsekretärin/Generalsekretärs der CDU Deutschlands**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	846
Ungültig:	0
Enthaltungen:	20
Gültige Stimmen:	826
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	414
Ja:	740
Nein:	86

Es wurde gewählt:  
Christina Stumpp MdB

**Zu TOP 13:** Der 35. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Daniel Caspary MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 14:** Der 35. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und Enthaltungen als **Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand** für die Zeit vom 1.1.2023 bis 31.12.2024:

**Ordentliche Mitglieder:**

Ines Claus MdL  
 Michael Gahler MdEP  
 Jürgen Hardt MdB  
 Isabell Huber MdL  
 Gunther Krichbaum MdB  
 Patricia Lips MdB  
 Yvonne Magwas MdB  
 Dr. Markus Pieper MdEP  
 Lucia Puttrich MdL  
 Jens Spahn MdB  
 Dr. Johann Wadehul MdB  
 Roderich Kiesewetter MdB

**Stellvertretende Mitglieder:**

Dr. Christian von Boetticher  
 Elmar Brok  
 Mario Czaja MdB  
 Lena Düpont MdEP  
 Dr. Werner Langen  
 Dr. Hardy Ostry  
 Younes Ouqasse  
 Dr. Tim Peters  
 Christina Stumpp MdB  
 Stephan Toscani MdL  
 Sabine Verheyen MdEP  
 Wiebke Winter

**Zu TOP 15:** Der 35. Parteitag der CDU Deutschlands wählte auf Vorschlag der CDU-Landesverbände in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und Enthaltungen für die Zeit vom 1.1.2023 bis 31.12.2024 zu **Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der EVP:**

**Delegierte:**

Thomas Barth MdL  
 Uwe Becker  
 Yannick Bury MdB  
 Ines Claus MdL  
 Gitta Connemann MdB  
 Felix Diekmann-Lange

**Ersatzdelegierte:**

Knut Abraham MdB  
 Birgül Akpınar  
 Christel Bartelmei  
 Dr. Christian Bäumler  
 Elmar Brok  
 Mario Czaja MdB

Alexander Dierks MdL	Jascha-Rainer Dopp
Julia Dinn	Anna Margaretha Echterhoff
Catarina dos Santos Firnhaber MdB	Ursula Groden-Kranich
Elke Duhme	Edith Grupp
Birgit Ernst	Fabian Häring
Ulrich Francken	Claudia Hassenbach
Olav Göhs	Nathalie Herberger
Susanne Grobien MdBB	Dr. Norbert Herhammer
Jürgen Hardt MdB	Laura Hopmann MdL
Thomas Heilmann MdB	Veronika Koch MdL
Dr. Roland Heintze	Anna Maria Köhler
Katy Hoffmeister MdL	Tilmann Kuban MdB
Isabell Huber MdL	Dr. Werner Langen
Elisabeth Jeggle	Gisela Manderla
Roderich Kiesewetter MdB	Dr. Stephan Meyer MdL
Oliver Kraus MdL	Dr. Hardy Ostry
Gunther Krichbaum MdB	Younes Ouaqasse
Dr. Günter Krings MdB	Dr. Patricia Peill MdL
Lars Kuhlmann	Manfred Pentz MdL
Patricia Lips MdB	Dr. Tim Peters
Yvonne Magwas MdB	Romina Plonsker MdL
Thrasivoulos Malliaras	Henning Rehbaum MdL
Henning Otte MdB	Herbert Reul MdL
Lucia Puttrich MdL	Holger Scheel
Barbara Richstein MdL	Kerstin Schröder
Helmut Sauer	Bernd Schulze-Waltrup

Uwe Schäfer	Katharina Schuwalski
Günther Scharzt	Christina Stumpp MdB
Sven Schulze	Daniel Sturm MdL
Franziska Schütte-Sökeland	Stephan Toscani MdL
Jens Spahn MdB	Irene von Twistern
Jochen Steinkamp	Tobias Utter MdL
Roland Theis MdL	Prof. Dr. Mario Voigt MdL
Jonas Urbach MdL	Dr. Christian von Boetticher
Dr. Johann Wadephul MdB	Heike Wermer MdL
Karin Wolff MdL	Wiebke Winter

**Zu TOP 16:** Der 35. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes **Grundwertecharta der CDU Deutschlands** folgende Beschlüsse:

A 1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 5	Ablehnung
A 6	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 7	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 8	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 9	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 10	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 11	Ablehnung
A 12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 14	Ablehnung
A 15	Ablehnung
A 16	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 17	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 18	Ablehnung
A 19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 20	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 21	Ablehnung
A 22	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 24	Überweisung an die Fachkommission Zusammenhalt
A 25	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 26	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 27	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 28	Ablehnung
A 29	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 30	Ablehnung
A 31	Überweisung an die Fachkommission Zusammenhalt
A 32	Ablehnung
A 33	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 34	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 35	Ablehnung
A 36	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 37	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 38	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 39	Ablehnung
A 40	Ablehnung
A 41	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 42	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 43	Ablehnung
A 44	Ablehnung
A 45	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 46	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A 47	Ablehnung
A 48	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 49	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 50	Ablehnung
A 51	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 52	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 53	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 54	Ablehnung
A 55	Ablehnung
A 56	Ablehnung
A 57	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 58	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 59	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 61	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 62	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 63	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 64	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 65	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 66	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 67	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 68	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 69	Ablehnung
A 70	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 71	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 72	Ablehnung
A 73	Ablehnung
A 74	Ablehnung
A 75	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 76	Ablehnung

A 77	Ablehnung
A 78	Ablehnung
A 79	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 80	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 81	Ablehnung
A 82	Ablehnung
A 83	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 84	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 85	Überweisung an die Fachkommission Wohlstand
A 86	Überweisung an die Fachkommission Sicherheit
A 87	Ablehnung
A 88	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 89	Ablehnung
A 90	Ablehnung
A 91	Ablehnung
A 92	Ablehnung
A 93	Ablehnung
A 94	Ablehnung
A 95	Ablehnung
A 96	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 97	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 98	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 99	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 102	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 103	Ablehnung
A 104	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 105	Ablehnung
A 106	Ablehnung

A 107	Ablehnung
A 108	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 109	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 110	Ablehnung
A 111	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 112	Ablehnung
A 113	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 114	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 115	Ablehnung
A 116	Ablehnung
A 117	Ablehnung
A 118	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 119	Ablehnung
A 120	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 121	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 122	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 123	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 124	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 125	Ablehnung
A 126	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 127	Ablehnung
A 128	Überweisung an die Fachkommission Moderner Staat
A 129	Überweisung an die Fachkommission Nachhaltigkeit
A 130	Überweisung an die Fachkommission Nachhaltigkeit
A 131	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 132	Überweisung an die Fachkommission Wohlstand
A 133	Überweisung an die Fachkommission Wohlstand
A 134	Überweisung an die Fachkommission Internationale Stabilität
A 135	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 136	Ablehnung

A 137	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 138	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 139	Ablehnung
A 140	Ablehnung
A 141	Überweisung an die Fachkommission Wohlstand
A 142	Überweisung an die Fachkommission Nachhaltigkeit
A 143	Ablehnung
A 144	Ablehnung
A 145	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 146	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 147	Ablehnung
A 148	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 149	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 150	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 151	Ablehnung
A 152	Überweisung an die Fachkommission Humane Digitalisierung
A 153	Ablehnung
A 154	Überweisung an die Fachkommission Internationale Stabilität
A 155	Überweisung an die Fachkommission Nachhaltigkeit
A 156	Ablehnung
A 157	Überweisung an die Fachkommission Wohlstand
A 158	Ablehnung
A 159	Überweisung an die Fachkommission Soziale Sicherung
A 160	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 161	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 162	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A 163	Ablehnung
A 164	Überweisung an die Fachkommission Versorgungssicherheit
A 165	Überweisung an die Fachkommission Humane Digitalisierung
A 166	Ablehnung

A 167	Überweisung an die Fachkommission Wohlstand
-------	---

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 167 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Diese findet sich auch unter [www.cdu-parteitag.de/reden-berichte#beschluesse](http://www.cdu-parteitag.de/reden-berichte#beschluesse)).

**Zu TOP 17:** Der 35. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes **Änderungen des Statuts, der Geschäftsordnung, der Finanz- und Beitragsordnung und der Parteigerichtsordnung der CDU** folgende Beschlüsse:

B 1	Annahme
B 2	Annahme
B 3	Ablehnung
B 4	Ablehnung
B 5	Ablehnung
B 6	Ablehnung
B 7	Ablehnung
B 8	Annahme
B 9	Annahme
B 10	Annahme
B 11	Annahme
B 12	Annahme
B 13	Ablehnung
B 14	Annahme
B 15	Annahme
B 16	Ablehnung
B 17	Ablehnung
B 18	Annahme
B 19	Annahme
B 20	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B 21	Ablehnung
B 22	Ablehnung

B 23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B 24	Ablehnung
B 25	Ablehnung
B 26	Ablehnung
B 27	Vom Antragsteller zurückgezogen
B 28	Ablehnung
B 29	Ablehnung
B 30	Ablehnung
B 31	Annahme
B 32	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B 33	Ablehnung
B 34	Ablehnung
B 35	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B 36	Annahme
B 37	Als erledigt zu betrachten
B 38	Ablehnung
B 39	Ablehnung
B 40	Ablehnung
B 41	Ablehnung
B 42	Ablehnung
B 43	Ablehnung
B 44	Ablehnung
B 45	Ablehnung
B 46	Ablehnung
B 47	Ablehnung
B 48	Ablehnung
B 49	Ablehnung
B 50	Ablehnung
B 51	Annahme
B 52	Ablehnung

B 53	Ablehnung
B 54	Ablehnung
B 55	Ablehnung
B 56	Ablehnung
B 57	Annahme
B 58	Ablehnung
B 59	Ablehnung
B 60	Ablehnung
B 61	Ablehnung
B 62	Ablehnung
B 63	Annahme
B 64	Ablehnung
B 65	Ablehnung
B 66	Ablehnung
B 67	Ablehnung
B 68	Annahme
B 69	Ablehnung
B 70	Ablehnung
B 71	Ablehnung
B 72	Ablehnung
B 73	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B 74	Ablehnung
B 75	Ablehnung
B 76	Ablehnung
B 77	Annahme
B 78	Annahme
B 79	Annahme
B 80	Annahme
B 81	Annahme
B 82	Annahme

B 83	Annahme
B 84	Ablehnung
B 85	Ablehnung
B 86	Ablehnung
B 87	Ablehnung
B 88	Ablehnung
B 89	Annahme
B 90	Annahme
B 91	Annahme
B 92	Annahme
B 93	Annahme
B 94	Ablehnung
B 95	Ablehnung
B 96	Annahme
B 97	Annahme
B 98	Annahme
B 99	Annahme
B 100	Ablehnung
B 101	Ablehnung
B 102	Annahme
B 103	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B 104	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B 105	Annahme
B 106	Annahme
B 107	Annahme
B 108	Annahme
B 109	Annahme
B 110	Vom Antragsteller zurückgezogen
B 111	Überweisung an den Bundesvorstand
B 112	Annahme

B 113	Annahme
B 114	Ablehnung
B 115	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B 116	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B 117	Annahme
B 118	Annahme
B 119	Annahme
B 120	Annahme
B 121	Annahme
B 122	Annahme
B 123	Annahme
B 124	Annahme
B 125	Annahme
B 126	Annahme
B 127	Annahme
B 128	Annahme
B 129	Annahme
B 130	Ablehnung
B 131	Ablehnung
B 132	Ablehnung
B 133	Annahme
B 134	Annahme
B 135	Annahme
B 136	Annahme
B 137	Annahme
B 138	Ablehnung
B 139	Annahme
B 140	Ablehnung
B 141	Ablehnung
B 142	Annahme

B 143	Ablehnung
B 144	Ablehnung

(Der Wortlaut der Anträge B 1 bis B 144 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Diese findet sich auch unter [www.cdu-parteitag.de/reden-berichte#beschluesse](http://www.cdu-parteitag.de/reden-berichte#beschluesse)).

**Zu TOP 18:** Der 35. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes **„Volkspartei der Zukunft: Die CDU erneuern“** folgende Beschlüsse:

D 1	Annahme
D 2	Ablehnung
D 3	Annahme
D 4	Annahme
D 5	Annahme
D 6	Ablehnung
D 7	Annahme
D 8	Annahme
D 9	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 10	Überweisung an den Generalsekretär
D 11	Ablehnung
D 12	Ablehnung
D 13	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 14	Ablehnung
D 15	Annahme
D 16	Annahme
D 17	Behandlung bei Antrag B 85
D 18	Ablehnung
D 19	Ablehnung
D 20	Ablehnung
D 21	Als erledigt zu betrachten
D 22	Annahme

D 23	Annahme
D 24	Annahme
D 25	Annahme
D 26	Annahme
D 27	Annahme
D 28	Annahme
D 29	Ablehnung
D 30	Annahme
D 31	Annahme
D 32	Ablehnung
D 33	Ablehnung
D 34	Ablehnung
D 35	Annahme
D 36	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 37	Ablehnung
D 38	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 39	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 40	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 41	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 42	Ablehnung
D 43	Annahme
D 44	Annahme
D 45	Behandlung bei Antrag B 38
D 46	Ablehnung
D 47	Ablehnung
D 48	Behandlung bei Antrag B 43
D 49	Ablehnung
D 50	Ablehnung
D 51	Behandlung bei Antrag B 44
D 52	Ablehnung

D 53	Ablehnung
D 54	Behandlung bei Antrag B 46
D 55	Als erledigt zu betrachten
D 56	Behandlung bei Antrag B 48
D 57	Als erledigt zu betrachten
D 58	Annahme
D 59	Ablehnung
D 60	Ablehnung
D 61	Ablehnung
D 62	Ablehnung
D 63	Ablehnung
D 64	Ablehnung
D 65	Ablehnung
D 66	Als erledigt zu betrachten
D 67	Annahme
D 68	Ablehnung
D 69	Ablehnung
D 70	Ablehnung
D 71	Ablehnung
D 72	Ablehnung
D 73	Ablehnung
D 74	Ablehnung
D 75	Als erledigt zu betrachten
D 76	Annahme
D 77	Ablehnung
D 78	Ablehnung
D 79	Ablehnung
D 80	Ablehnung
D 81	Annahme
D 82	Annahme

D 83	Überweisung an den Bundesvorstand
D 84	Annahme
D 85	Annahme
D 86	Überweisung an den Bundesvorstand
D 87	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 88	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 89	Annahme
D 90	Ablehnung
D 91	Ablehnung
D 92	Überweisung an den Generalsekretär
D 93	Ablehnung
D 94	Annahme
D 95	Annahme
D 96	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 97	Ablehnung
D 98	Ablehnung
D 99	Ablehnung
D 100	Ablehnung
D 101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 102	Annahme
D 103	Annahme
D 104	Annahme
D 105	Annahme
D 106	Annahme
D 107	Ablehnung
D 108	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 109	Ablehnung
D 110	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 111	Annahme
D 112	Ablehnung

D 113	Annahme
D 114	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 115	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 116	Annahme i.d.F. der Antragskommission
D 117	Annahme i.d.F. der Antragskommission

(Der Wortlaut der Anträge D 1 bis D 117 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Diese findet sich auch unter [www.cdu-parteitag.de/reden-berichte#beschluesse](http://www.cdu-parteitag.de/reden-berichte#beschluesse)).

**Zu TOP 19:** Der 35. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über **die Sachanträge (C), die sonstigen Anträge zum Statut (S) und die Initiativanträge (i)** folgende Beschlüsse:

C 1	<b>Überweisung an den Bundesvorstand</b>
C 2	<b>Überweisung an die Fachkommission Soziale Sicherung</b>
C 3	Annahme
C 4	<b>Überweisung an die Fachkommission Soziale Sicherung</b>
C 5	Annahme i.d.F. des Antrags C 5
C 6	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 7	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 8	Annahme i.d.F. des Antrags C 5
C 9	<b>Überweisung an die Fachkommission Soziale Sicherung</b>
C 10	<b>Überweisung an die Fachkommission Soziale Sicherung</b>
C 11	<b>Überweisung an die Fachkommission Soziale Sicherung</b>
C 12	<b>Überweisung an die Fachkommission Soziale Sicherung</b>
C 13	Ablehnung
C 14	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 15	Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 16	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 17	Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 18	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>

C 19	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 20	Annahme
C 21	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 22	Sonstiges
C 23	Sonstiges
C 24	Sonstiges
C 25	Sonstiges
C 26	Annahme
C 27	Annahme
C 28	Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin und die Fachkommission Nachhaltigkeit
C 29	Sonstiges
C 30	Sonstiges
C 31	Sonstiges
C 32	Annahme
C 33	Sonstiges
C 34	Sonstiges
C 35	Ablehnung
C 36	Ablehnung
C 37	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an den Bundesvorstand
C 38	Sonstiges
C 39	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 40	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 41	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 42	Annahme
C 43	Annahme
C 44	Annahme i.d.F. der Antragskommission

C 45	Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 46	Sonstiges
C 47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 48	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 49	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 50	Annahme
C 51	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 52	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 53	Annahme
C 54	Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 55	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 56	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 57	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 58	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 59	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 61	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 62	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament</b>
C 63	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 64	Annahme
C 65	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 66	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 67	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 68	Annahme
C 69	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 70	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 71	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 72	Annahme i.d.F. der Antragskommission

C 73	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament</b>
C 74	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament</b>
C 75	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 76	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 77	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 78	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 79	<b>Überweisung an die Fachkommission Internationale Stabilität</b>
C 80	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 81	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 82	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 83	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die Fachkommission Sicherheit
C 84	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 85	Annahme
C 86	Annahme
C 87	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 88	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 89	Annahme
C 90	Annahme und Überweisung an den BACDJ
C 91	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 92	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 93	Annahme
C 94	Annahme
C 95	Vom Antragsteller zurückgezogen
C 96	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 97	Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 98	Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C 99	Annahme i.d.F. der Antragskommission und Überweisung an die Fachkommission Sicherheit
C 100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 102	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 103	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 104	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 105	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 106	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 107	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 108	<b>Überweisung an die Fachkommission Aufstieg</b>
C 109	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 110	Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin
C 111	<b>Überweisung an den Bundesausschuss</b>
C 112	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 113	Annahme
C 114	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 115	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 116	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 117	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 118	Annahme
C 119	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 120	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 121	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 122	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 123	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 124	Annahme und Überweisung an die Fachkommission Humane Digitalisierung

C 125	<b>Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses von Berlin</b>
C 126	<b>Überweisung an die Fachkommission Versorgungssicherheit</b>
C 127	Als erledigt zu betrachten
C 128	Annahme
C 129	Annahme
C 130	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 131	Annahme
C 132	Als erledigt zu betrachten
C 133	Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C 134	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 135	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 136	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 137	Ablehnung
C 138	Annahme
C 139	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 140	Annahme
C 141	Annahme i.d.F. des Antrags C 151
C 142	Ablehnung
C 143	Annahme
C 144	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 145	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 146	<b>Überweisung an den Bundesausschuss</b>
C 147	Annahme
C 148	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
C 149	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 150	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 151	Annahme i.d.F. des Antrags C 151
C 152	Behandlung bei Antrag B 37
C 153	Sonstiges

C 154	<b>Überweisung an den Bundesvorstand</b>
C 155	Behandlung bei Antrag B 40
C 156	Als erledigt zu betrachten
C 157	<b>Überweisung an den Generalsekretär</b>
C 158	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 159	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C 160	Ablehnung
C 161	<b>Überweisung in folgender Fassung</b>
C 162	Sonstiges
C 163	Sonstiges
C 164	<b>Überweisung an den Generalsekretär</b>
C 165	<b>Überweisung an den Generalsekretär</b>
C 166	Als erledigt zu betrachten
C 167	Durch Beschlussfassung zu Ziffer als erledigt zu betrachten
C 168	<b>Überweisung an den Generalsekretär</b>
C 169	Behandlung bei Antrag B 45
C 170	Ablehnung
C 171	<b>Überweisung an die Bundesfinanzkommission</b>
C 172	Annahme
C 173	Annahme und Überweisung an den Generalsekretär
C 174	Annahme und Überweisung an den Generalsekretär
C 175	Ablehnung
C 176	Behandlung bei Antrag B 50
S 1	<b>Überweisung an die Bundesfinanzkommission</b>
S 2	Vom Antragsteller zurückgezogen
S 3	Ablehnung
S 4	Ablehnung
S 5	<b>Überweisung an den Bundesvorstand</b>
S 6	Ablehnung
S 7	<b>Überweisung an den Bundesvorstand</b>
S 8	Ablehnung

S 9	Als erledigt zu betrachten
S 10	<b>Überweisung an den Bundesvorstand</b>
S 11	Ablehnung
S 12	Vom Antragsteller zurückgezogen
i 1	<b>Überweisung an den Bundesvorstand</b>
i 2	Annahme
i 3	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>
i 4	<b>Überweisung an den Bundesvorstand</b>
i 5	<b>Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion</b>

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 176 sowie S 1 bis S 12 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge i 1 bis i 5 ist in der „Sammlung der Initiativanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Diese finden sich auch unter [www.cdu-parteitag.de/reden-berichte#beschluesse](http://www.cdu-parteitag.de/reden-berichte#beschluesse)).

**Zu TOP 20:** **Schlusswort** des Vorsitzenden der CDU Deutschlands,  
Friedrich Merz MdB

Hannover, den 9./10. September 2022

**Herausgeber:**

CDU-Bundesgeschäftsstelle · Kampagne und Mobilisierung · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin  
Telefon 030 220700 · Telefax 030 22070111 · [www.cdu.de/kontakt](http://www.cdu.de/kontakt)